Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode

PlI. 16/13
21.03.18

13. Sitzung

am 21. März 2018, 09.00 Uhr, im Gebäude des Landtages

Beginn: 09.02 Uhr
Ende: 18.55 Uhr

PRÄSIDIUM:
Präsident Toscani (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:
Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)

Es fehlen:
Abg. Döring (SPD)
Abg. Spaniol (DIE LINKE)

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung 626

Fragestunde zum Thema „Landessportverband“ (Antragsteller: DIE LINKE-Landtagsfraktion) 626

zurückgezogen 626

Änderung der Tagesordnung 626

1. Nachrücken eines Abgeordneten 627

Abg. Mildau (CDU)..... 627

Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten zum Thema „Kontinuität und Innovation - Entschlossen handeln für ein modernes Saarland“...... 627

Ministerpräsident Hans 627

Abg. Lafontaine (DIE LINKE)..... 643

Abg. Funk (CDU)..... 649

Abg. Dörr (AfD)..... 653

Abg. Pauluhn (SPD)..... 656

Abg. Scharf (CDU)..... 662

Ministerin Rehlinger..... 664

Unterbrechung der Sitzung 671

2. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Zustimmung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des Saarländischen Mediengesetzes (Drucksache 16/277) ... 671

Ministerpräsident Hans zur Begründung..... 671

Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKM) 671

3. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Anpassung des Saarländischen Datenschutzgesetzes an die Verordnung (EU) 2016/679 (Drucksache 16/279) 671

Minister Bouillon zur Begründung..... 671

Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (IS) 672

4. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Anpassung dienstrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) (Drucksache 16/278) 672

Minister Bouillon zur Begründung..... 672

Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (IS) 673

5. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege (Drucksache 16/286) 673

Minister Commerçon zur Begründung..... 673

Abg. Schramm (DIE LINKE)..... 674

Abg. Renner (SPD)..... 675

Abg. Dörr (AfD)..... 676

Abg. Zehner (CDU)..... 677

Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKM) 681

6. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes betreffend: Gesetz Nr. 812 zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Schulordnungsgesetz: SchoG) (Drucksache 16/289) 681

Abg. Dörr (AfD) zur Begründung..... 681

Abg. Renner (SPD)..... 682

Abg. Schramm (DIE LINKE)..... 683

Abg. Wagner (CDU)..... 683

Abg. Dörr (AfD)..... 685

Abg. Renner (SPD)..... 686

Abg. Dörr (AfD)..... 687

Abg. Wagner (CDU)..... 687

Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung 688

7. Zweite Lesung des Gesetzes zur ersten Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Bundeskindergeldgesetzes (AGBSGB II/BKGG) (Drucksache 16/162) 688

(Erste Lesung: 9. Sitz. v. 4./5. Dez. 2017)

Abg. Kurtz (SPD), Berichterstatter..... 688

Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung 689

14. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sportes und der Sportförderung, Transparenz der Mittelvergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“ (Drucksache 16/317 - neu) 689

Abg. Flackus (DIE LINKE) zur Begründung..... 689

Abg. Wagner (CDU)..... 689

Abg. Hecker (AfD)..... 690

Abg. Berg (SPD)..... 691

Abstimmung, Annahme des Antrages 693

15. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern und Stellvertretern des Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sportes und der Sportförderung, Transparenz der Mittel-Vergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“ (Drucksache 16/318) 693

Abstimmung, Annahme des Antrages 693

8. Beschlussfassung über den von der Die LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Respekt für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen ausdrücken - Hinterbliebenenversorgung, Rente sowie Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf verbessern (Drucksache 16/294) 693

16. Beschlussfassung über den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Antrag betreffend: Ehrenamtliches Engagement fördern - Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen zukunftssicher gestalten (Drucksache 16/319) 693

Abg. Lander (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/294.. 693

Abg. Meyer (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/319..... 694

Abg. Meyer (CDU)..... 696

Abg. Lander (DIE LINKE)..... 697

Abg. Meyer (CDU)..... 697

Abg. Hecker (AfD)..... 698

Abg. Zimmer (SPD)..... 699

Abg. Hecker (AfD)..... 701

Abg. Zimmer (SPD)..... 701

Abstimmung über den Antrag Drucksache 15/294, Ablehnung des Antrages 701

Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/319, Annahme des Antrages 701

9. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Finanzierungsstopp Landesjugendring e.V.; Überprüfung der Gemeinnützigkeit (Drucksache 16/288) 701

Abg. Müller (AfD) zur Begründung..... 701

Abg. Zeyer (CDU)..... 703

Abg. Müller (AfD)..... 704

Abg. Zeyer (CDU)..... 704

Abg. Lander (DIE LINKE)..... 704

Abg. Thul (SPD)..... 705

Abg. Müller (AfD)..... 707

Abstimmung, Ablehnung des Antrages 707

10. Beschlussfassung über den vom Minister für Inneres, Bauen und Sport eingebrachten Antrag betreffend: Veräußerung des landeseigenen Grundbesitzes Ensemble „Forsthaus Neuhaus“ und „Scheune Neuhaus“, Gemarkung Malstatt-Burbach (Drucksache 16/305) 707

Abg. Flackus (DIE LINKE), Berichterstatter..... 707

Abg. Flackus (DIE LINKE)..... 708

Abg. Dr. Jung (SPD)..... 709

Abg. Dörr (AfD)..... 710

Abg. Thielen (CDU)..... 711

Minister Jost..... 712

Abstimmung, Annahme des Antrages 713

11. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 16/292) 713

Abstimmung, Annahme des Antrages 713

12. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung eingebrachten Antrag betreffend: Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht (Übersicht Nr. 2) (Drucksache 16/267) 713

Abg. Eder-Hippler (SPD), Berichterstatterin..... 714

Abstimmung, Annahme des Antrages 714

13. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern und Stellvertretern der Sportplanungskommission gemäß der Richtlinien der Landesregierung gemäß § 5 Abs. 2 Sportwettengesetz (Drucksache 16/293 neu) 714

Abg. Hecker (AfD)..... 714

Abg. Thielen (CDU)..... 714

Abstimmung, Annahme des Antrages 715

Präsident Toscani:
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung des Landtages.

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 13. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Die DIE LINKE-Landtagsfraktion hat die von ihr beantragte

Fragestunde zum Thema „Landessportverband“ (Antragsteller: DIE LINKE-Landtagsfraktion)

zwischenzeitlich zurückgezogen.

Herr Ministerpräsident Tobias Hans hat mit Schreiben vom 13. März 2018 mitgeteilt, dass er beabsichtigt, in der heutigen Landtagssitzung eine Regierungserklärung zu dem Thema „Kontinuität und Innovation - Entschlossen handeln für ein modernes Saarland“ abzugeben.

Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind übereingekommen, vor der Abgabe der Regierungserklärung zunächst Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Die DIE LINKE-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sportes und der Sportförderung, Transparenz der Mittel-Vergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“ gemäß Art. 79 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes als Punkt 14 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

Wer dafür ist, dass der Antrag - der uns mittlerweile als Drucksache 16/317 - neu - vorliegt - als Punkt 14 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/317 - neu - als Punkt 14 in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag nach TOP 7, also nach den Lesungen der Gesetzentwürfe, zu be-

(Präsident Toscani)

handeln. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Damit der Untersuchungsausschuss handlungsfähig ist, haben die im Landtag vertretenen Fraktionen mit der Drucksache 16/318 auch den Antrag betreffend Bestimmung von Mitgliedern und Stellvertretern des Untersuchungsausschusses eingebracht.

Wer dafür ist, dass der Antrag Drucksache 16/318 als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/318 als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Es wird vorgeschlagen, die beiden den Untersuchungsausschuss betreffenden Anträge unmittelbar nacheinander zu behandeln. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, dem Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion betreffend Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Drucksache 16/294, haben die Koalitionsfraktionen mit der Drucksache 16/319 den Antrag „Ehrenamtliches Engagement fördern - Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen zukunftssicher gestalten“ eingebracht.

Wer dafür ist, dass der Antrag Drucksache 16/319 als Punkt 16 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/319 als Punkt 16 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit Punkt 8 beraten wird.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung. Zwischenzeitlich hat die SPD-Landtagsfraktion den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen um die Benennung eigener Mitglieder und Stellvertreter der Sportplanungskommission erweitert. Der Antrag liegt uns nunmehr als Drucksache 16/293 - neu - vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Nachrücken eines Abgeordneten

Am 01. März 2018 hat Frau Abgeordnete Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Amt mit Wirkung zum 02. März niedergelegt. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 02. März 2018 mitgeteilt, dass gemäß § 42 des Landtagswahlgesetzes für die ausgeschiedene Abgeordnete Annegret Kramp-Karrenbauer Herr Timo Mildau, Saarbrücken, als Listennachfolger auf dem Landeswahlvorschlag der CDU in den Landtag des Saarlandes eintritt. Herr Mildau hat sein Mandat angenommen.

Erhebt sich gegen die Feststellung der Landeswahlleitung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte Herrn Mildau, zu mir heraufzukommen, damit ich ihn verpflichten kann. Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer bitte ich, sich zur Verpflichtung des Abgeordneten von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Nach Artikel 68 der Verfassung sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Herr Abgeordneter Mildau, ich verpflichte Sie hiermit auf die gewissenhafte Ausübung der sich aus Ihrem Mandat ergebenden Pflichten. - Herzlichen Glückwunsch.

Abg. Mildau (CDU):
Dankeschön.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Toscani:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erteile nun Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort zur Abgabe seiner Regierungserklärung zum Thema

„Kontinuität und Innovation - Entschlossen handeln für ein modernes Saarland“.

Ministerpräsident Hans:
Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp drei Wochen hat mich der saarländische Landtag zum neuen Ministerpräsidenten des Saarlandes gewählt. Ich habe die Wahl gerne angenommen. Ich habe aus Überzeugung den Eid auf die Verfassung des Saarlandes abgelegt.

Der Landtagspräsident Stephan Toscani hat ja in seiner ersten Rede als neu gewählter Präsident auf eine Tradition der saarländischen Ministerpräsidenten in diesem Land hingewiesen, und zwar diejenige, sich stets mit ganzer Kraft für unser Land und für seine Menschen einzusetzen. Diese Tradition - so bin ich jedenfalls festen Willens - werde ich fortsetzen. Ob ich mich dabei, um abermals auf die Rede des Päsidenten zurückzukommen, eher als Visionär oder eher als Krisenmanager werde beweisen müssen, das wird die Zukunft zeigen. Die letzten drei Wochen sind da allenfalls eine kleine Vorschau. Meine Damen und Herren, ich werde aber schon jetzt sehr deutlich machen, dass ich eine Politik der pragmatischen Problemlösung in diesem Land an-

(Ministerpräsident Hans)

strebe und vor allem eine Politik der nachhaltigen Zukunftssicherung.

Dem saarländischen Landtag biete ich eine faire Zusammenarbeit auf Augenhöhe an, sowohl gegenüber den Regierungsfraktionen als auch gegenüber der Opposition. Von dieser erwarte ich mir eine lebhafte und gerne auch zuspitzende Debatte in diesem Hause.

(Zuruf des Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE).)

Eine gesunde parlamentarische Kultur ist immer auch eine leidenschaftliche Streitkultur. Sie weckt letztendlich das Interesse der Menschen an Politik und sie ist unverzichtbar für die demokratische Meinungsbildung.

Ungeachtet dessen lade ich alle Fraktionen des Hauses aber auch ausdrücklich zur konstruktiven Zusammenarbeit ein. Es war immer eine Stärke des Saarlandes, dass alle politischen Kräfte, wenn es um das Schicksal unseres Landes ging, zur überparteilichen Geschlossenheit bereit und auch fähig waren. Ich möchte auch diese gute Tradition in diesem Hause fortführen. Entsprechend werden wir Initiativen und Vorschläge in diesem Sinne, gleich woher sie kommen, ernst nehmen und vorurteilsfrei prüfen.

Gleichzeitig wünsche ich mir von allen Fraktionen, auch von den Regierungsfraktionen, dass sie die Arbeit der Landesregierung stets kritisch begleiten und dass sie ihrer verfassungsmäßig zugewiesenen Kontrollfunktion gerecht werden. Ich bin der festen Überzeugung, der Qualität der Regierungsarbeit kann das nur guttun.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren! Ich habe als neuer Ministerpräsident ein wohlbestelltes Haus übernommen. In den vergangenen Jahren der Großen Koalition wurden wegweisende Weichenstellungen vorgenommen. So wurde der Landeshaushalt konsolidiert, sodass wir schon bald ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommen. Gleichzeitig wurde mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unser Land in die Lage versetzt, ab 2020 in die Schuldentilgung einzutreten. Darüber hinaus verfügen wir über neue finanzielle Gestaltungsspielräume zu gezielten Investitionen für die Zukunftsfestigkeit unseres Landes.

Unsere Saarwirtschaft ist gut aufgestellt und befindet sich im anhaltenden Aufschwung. Unser Arbeitsmarkt ist robust. Der vergangene Monat bescherte uns die niedrigste Februarerwerbslosigkeit seit 1981. Die Zahl der Beschäftigten hat mit über 390.000 einen neuen Rekordwert erreicht. Die Zeichen in diesem Land stehen klar auf Wachstum.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ebenso, liebe Kolleginnen und Kollegen, verhält es sich mit unserer Hochschul- und Forschungslandschaft. Mit dem Hochschulentwicklungsplan stehen unsere Hochschulen auf soliden Füßen. In einem breiten Spektrum von Studienfächern gewährleisten sie eine sehr gute akademische Ausbildung. Gleichzeitig spielen sie bei zentralen Zukunftsfeldern in der globalen Champions League. Das verdanken wir nicht zuletzt auch unserer exzellenten außeruniversitären Forschungslandschaft, die aus den Hochschulen in diesem Land hervorgegangen ist.

In der Bildungspolitik existiert mit dem Zwei-Säulen-Modell seit fast einem Jahrzehnt jetzt dauerhafter Schulfrieden. Die Betreuungssituation in Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen mit entsprechenden Ganztagsangeboten kann sich im Ländervergleich sehen lassen. Der Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat uns zuletzt deutliche Fortschritte bescheinigt und listet uns derzeit auf dem sechsten Platz im Bundesländerranking.

Im Bereich der inneren Sicherheit konnten wir in den letzten zwei Jahren die Zahl der Wohnungseinbrüche signifikant zurückführen und die Aufklärungsquote in diesem Bereich spürbar verbessern. Schließlich - und auch das gehört an diese Stelle in diesem Parlament - hat das Saarland die Flüchtlingssituation weitaus besser gelöst als andere Bundesländer. So verfügen wir beispielsweise als einziges Flächenland über ein zentrales Vorclearing für unbegleitete minderjährige Ausländer. In diesem Vorclearing wird eine medizinisch-psychiatrische Begutachtung einschließlich der Altersfeststellung vorgenommen. Sowohl am Schaumberg in dieser Vorclearing-Stelle als auch in Lebach sind Kolleginnen und Kollegen aus anderen Landesverwaltungen quasi Dauergast. Sie erkundigen sich bei unseren Behörden nach der Art und Weise, wie das bei uns im Saarland gehandhabt wird. Meine Damen und Herren, das spricht doch eindeutig für einen saarländischen Erfolg.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, das Saarland steht bei allen Herausforderungen unter dem Strich gut da. Wir überwinden die Haushaltsnotlage, konsolidieren und haben zugleich das Saarland in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangebracht. Und ich unterstreiche dabei: Dies war eine Gemeinschaftsleistung der Menschen in unserem Land, eine Gemeinschaftsleistung zahlreicher Einrichtungen der Zivilgesellschaft, eine Gemeinschaftsleistung aber auch der Ressorts und Behörden und nicht zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen des saarländischen Landtags, auch eine Gemeinschaftsleistung zwischen Landtag und Regierung. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle ausdrücklich. Ich kann sagen, es gab tatsächlich schon saarländische Ministerpräsiden-

(Ministerpräsident Hans)

ten, die ein weitaus schwereres Erbe in diesem Land anzutreten hatten.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Von daher ist es für mich selbstverständlich, dass ich diese Politik nahtlos und ohne Bruch fortsetzen werde. Der im vergangenen Jahr abgeschlossene Koalitionsvertrag ist und bleibt die Richtschnur des Handelns für die laufende Legislaturperiode. Dieser Koalitionsvertrag steht für Kontinuität und Verlässlichkeit. Für mich gilt in diesem Zusammenhang ohne Wenn und Aber „Pacta sunt servanda“.

Wir werden die Haushaltskonsolidierung wie geplant vollenden. Mit dem Haushaltsabschluss 2017 sind wir dem Haushaltsausgleich einen weiteren Schritt näher gekommen. Das ist Ihnen bekannt. Für 2017 hatten wir mit einer Neuverschuldung von 168 Millionen Euro gerechnet. Tatsächlich sind wir am Ende bei 10 Millionen Euro gelandet, das weiß nicht nur der Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Damit rückt ein ausgeglichener Landeshaushalt jetzt schon in greifbare Nähe. Unser verlässlicher und konsequenter Weg zeigt Erfolg.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Dieser erfreuliche Kurs erleichtert den Weg bis 2020. Mit den Jahren 2018 und vor allem 2019 liegt aber der steilste Teil des Weges zum strukturell ausgeglichenen Haushalt noch vor uns. Wie wir den Spagat zwischen Konsolidieren und Investieren auch in den kommenden Jahren bewältigen, wird Hauptthema der Haushaltsklausurtagung der Landesregierung im Juni sein. Dann werden wir uns mit den Eckdaten des Doppelhaushalts für die Jahre 2019 und 2020 intensiv zu beschäftigen haben.

Jedenfalls werden wir unsere Konsolidierungsvorgaben wie etwa die Reorganisation der Landesverwaltung wie vorgesehen fortsetzen. Gleichzeitig werden wir aber auch die neuen Handlungsspielräume aus dem jährlichen Belastungsausgleich nutzen und im nächsten Doppelhaushalt unsere „Investitionsoffensive Saar“ starten. Wir werden sie starten mit - aus heutiger Sicht - mindestens 50 Millionen Euro von 2019 auf 2020. Im nächsten Jahrzehnt werden wir dann schließlich insgesamt 1 Milliarde Euro in die Bereiche Bildung, Ausbildung und Betreuung, in die Hochschulen, in die Verkehrsinfrastruktur, in die Sanierung von Brücken und Straßen, in die IT- und in die kommunalen Infrastrukturen investieren. All das werden Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sein. Es werden Investitionen sein, die die Menschen in diesem Land greifen können. Es werden wichtige und gute Investitionen in dieses Land sein.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Diese Investitionen müssen sorgsam geplant und verantwortungsvoll umgesetzt werden. Denn wir stehen vor der Aufgabe, die Ursachen unserer nach wie vor schwierigen Haushaltslage nach und nach zu überwinden. Konkret heißt das: Wir sind gefordert, die Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Landes weiter zu stärken, sodass Steuereinnahmen steigen und die Menschen vom Lohn ihrer Hände Arbeit tatsächlich leben können; wir sind gefordert, unsere Schulden- und Zinslast zu reduzieren, und wir sind gefordert, durch eine verantwortungsvolle und angemessene Personalisierung unsere Versorgungsausgaben langfristig zu reduzieren und auf ein niedrigeres Niveau zurückzuführen.

Kurz: Die nach Abzug von Haushaltsvorbelastungen verbleibende Finanzkraft muss sich schrittweise so verbessern, dass wir zu gegebener Zeit auch ohne Sanierungshilfen mit anderen Ländern mithalten können. Dabei müssen wir aber realistisch sein. Das ist mir an dieser Stelle auch wichtig. Es ist kein Ziel, das wir innerhalb von fünf Jahren werden stemmen können. Das ist ein langfristiger Prozess, aber auf dieses Ziel müssen wir konsequent und beharrlich hinarbeiten.

Konsequent fortsetzen werde ich auch den politischen Führungsstil, den meine Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer als den „saarländischen Weg“ geprägt hat, auch übergreifend, über die Grenzen dieses Landes hinweg. „Saarländischer Weg“ deshalb, weil wir bislang das einzige Bundesland sind, das tiefgreifende Reformen der Landesverwaltung im engen Schulterschluss nicht nur mit den Gewerkschaften und in kontinuierlicher Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen in Gang gesetzt hat, es ist auch ein Konsolidierungsprozess, der sich bewährt hat, weil er an der Form des kritisch-konstruktiven Miteinanders mit den Gewerkschaften festgehalten hat. Das müssen wir auch in anderen Bereichen so fortsetzen, jedenfalls überall dort, wo es dem Wohl des Landes und dem Wohl der Beschäftigten dienlich ist. Auch dafür stehe ich als neuer Regierungschef.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Dieser „saarländische Weg“ betrifft jedoch nicht nur die Reorganisation der Landesverwaltung. Ich werde auch in anderen Bereichen - überall dort, wo es möglich ist - Projekte und Maßnahmen gemeinsam mit den Betroffenen planen und durchführen. Als Beispiel hierfür nenne ich etwa die Novellierung des Saarländischen Mediengesetzes. Diese ist erstmals in der Geschichte des Saarlandes im Rahmen einer Online-Konsultation beraten und verabschiedet worden. Im Zeitalter der mündigen, aktiven Bürgergesellschaft ist hier ein neuer, aktiver Weg gefragt. Jedenfalls ist dieser Weg der Rückkopplung mit den Betroffenen mein Gegenentwurf zu jeglicher Art von „Basta“-Politik.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

(Ministerpräsident Hans)

Für den Dialog zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern bedarf es einer fundierten Berichterstattung in den Medien. Bei uns sind das zum einen natürlich der Saarländische Rundfunk, die Saarbrücker Zeitung und unsere privaten Rundfunkunternehmen wie etwa Radio Salü, aber zum anderen eben auch neue Plattformen, die heute in der Medienberichterstattung eine Rolle spielen. Ich nenne Blaulichtreport-saarland.de oder breaking-news-saarland.de. Diese Medienunternehmen sind inzwischen maßgebliche Informationsquellen für die Menschen in unserem Land.

Mit dem Saarländischen Rundfunk als öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalt verbindet sich aufgrund der Beitragsfinanzierung ein besonderer Anspruch, eine besondere Verantwortung für eine qualitativ hochwertige Berichterstattung. Diesem Anspruch gerecht zu werden, ist und bleibt die beste Werbung für einen öffentlich finanzierten, unabhängigen und in unserem Land tief verwurzelten SR. Als solchen brauchen wir ihn auch in unserem Land. Wir als Landesregierung stehen hinter dem Saarländischen Rundfunk.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Dies tun wir, weil er gerade in unserem digitalisierten Medienzeitalter Qualitätsstandards setzt. Inzwischen hat sich da einiges verändert. Wir sehen die Beiträge des Aktuellen Berichts eben nicht erst abends, sondern teilweise schon vorher auf Twitter. Das ist notwendig, denn inzwischen sind längst andere, neue Formate hinzugekommen, die online bereits mehrere hunderttausend Nutzer pro Monat erreichen. Diese Formate gehören für viele Menschen in diesem Land zum täglichen Medienmix dazu. Es ist keine Frage: Unsere Medienlandschaft ist schneller, bunter und vielfältiger geworden. Das ist gut für dieses Land. Aus diesem Grund werden wir alles daran setzen, diese Medienvielfalt im Land zu erhalten.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Zur Grundausrichtung und DNA des Saarlandes gehört seit dem Bestehen des Landes die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Im Zentrum stehen dabei ohne Frage unsere engen Beziehungen zum Nachbar Frankreich. Es sind Beziehungen, die wir mit unserer Frankreichstrategie stets weiter vertiefen. Ganz wichtig ist für uns hierbei natürlich das Erlernen der französischen Sprache.

Dabei will ich jedes Missverständnis ausräumen. Die Frankreichstrategie bedeutet eben keine einseitige Fixierung auf die französische Sprache. Sie ist vielmehr Teil einer viel weiter gefassten internationalen Ausrichtung, die im Zeitalter der Globalisierung für ein exportabhängiges Land wie das Saarland unverzichtbar ist. Zu dieser internationalen Ausrichtung des Saarlandes gehört selbstverständlich auch die Beherrschung der englischen Sprache. Es geht um Französisch und Englisch, um nichts anderes.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Der sprachlich-kulturelle Aspekt ist das eine. Das andere ist der ökonomische Mehrwert, den eine solche Frankreichstrategie haben muss, wenn sie denn von den Menschen ernst genommen werden will. Eine vertiefte Kooperation funktioniert nur, wenn ein solcher ökonomischer Mehrwert tatsächlich gegeben ist, zum Beispiel beim grenzüberschreitenden Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt ist in diesem Land bereits weit gediehen. Das zeigen uns letztendlich die Pendlerzahlen. Aufgrund schwindender Deutschkenntnisse auf der anderen Seite der eigentlich nicht mehr existierenden Grenze ist allerdings, was die jüngere Generation anbelangt, hier eine rückläufige Pendlerzahl vor allem aus Lothringen zu verzeichnen. Aus diesem Grund hat man dort mittlerweile die Zeichen der Zeit erkannt und hat in Lothringen eine Deutschlandstrategie in Gang gesetzt. Es gab eine Stärkung des Deutschunterrichts für die Schülerinnen und Schüler. Ich glaube, das ist ein Zeichen dafür, dass man auf beiden Seiten - in Frankreich und in Deutschland - inzwischen verstanden hat.

Hinzu kommen aber auch bürokratische Hürden. Einige davon haben wir bereits abgebaut - auch dank der Task Force Grenzgänger. Wir sind aber längst noch nicht am Ziel einer gänzlichen Hindernisfreiheit. Da müssen wir tatsächlich noch dicke Bretter bohren. Aber diese dicken Bretter werden wir von der saarländischen Landesregierung bohren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Gleiches gilt für den grenzüberschreitenden Ausbildungsmarkt. Mit unserem Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung und unserer Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung haben wir wichtige rechtliche und institutionelle Voraussetzungen geschaffen. Ich glaube aber, das reicht noch nicht aus. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass der rechtliche Rahmen auch lebendig ausgefüllt wird und dass die damit verbundenen Möglichkeiten und Chancen insbesondere von den jungen Menschen als solche wahrgenommen werden.

Die Frankreichstrategie bedeutet für mich eine ganz gezielte Unternehmenspolitik, die sich an alle richtet. Ein Paradebeispiel dafür ist der Küchenhersteller „Nobilia“. Unsere saarländische Wirtschaftsministerin verdient hohe Anerkennung dafür, dass ihr die Ansiedlung dieses großen deutschen Küchenherstellers „Nobilia“ in Saarlouis gelungen ist. Ich halte das nicht nur für einen Meilenstein saarländischer Industriepolitik. Das ist eben auch ein Meilenstein für die Frankreichorientierung in diesem Land, denn ein zentraler Aspekt für die Standortentscheidung des

(Ministerpräsident Hans)

Herstellers war, dass wir eine günstige Voraussetzung für einen Markteintritt nach Frankreich haben. Es ist ein Standortvorteil, den wir in Zukunft noch offensiver vermarkten müssen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass in ganz Deutschland kein besserer Servicepartner für Frankreich als das Saarland zu finden ist. Wir müssen das noch stärker herausstellen. Wir müssen tatsächlich der Servicepartner für den Frankreichmarkt in Deutschland sein. Das muss unser festes Ziel sein.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ein weiteres Beispiel für konkrete Zukunftschancen ist das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene anvisierte deutsch-französische Zentrum für Künstliche Intelligenz. Hier ist das Saarland mit dem DFKI geradezu prädestiniert, eine bedeutende Rolle zu spielen, denn es beschäftigt schon seit Jahren französische Mitarbeiter und arbeitet längst schon mit renommierten internationalen Partnern wie dem EIT Digital in Brüssel oder dem INRA in Frankreich eng zusammen. Sollte es tatsächlich zu einem solchen deutsch-französischen KI-Zentrum kommen, erwartet uns hier ganz gewiss ein harter und herausfordernder Standortwettbewerb. Dennoch sehe ich für unser KI-Institut - das DFKI in Saarbrücken - in diesem Wettbewerb eine wichtige Rolle. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, alles daranzusetzen, um das deutsch-französische Zentrum für Künstliche Intelligenz nach Saarbrücken zu bekommen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich habe bereits gegenüber den Medien erklärt, dass das Gleiche für den Vorstoß des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron gilt, eine Europäische Universität zu gründen. Unsere Universität der Großregion mit inzwischen über 130.000 Studierenden, über 10.000 Dozenten, 18 mehrsprachigen Studiengängen und einem gemeinsamen Studentenausweis - das ist nicht gering zu schätzen - bringt dafür die besten Voraussetzungen mit. Wir werden diese Initiative nach Kräften unterstützen. Ich glaube, ich spreche auch im Namen aller im Parlament: Wir werden den Hut der Großregion für diese Europäische Universität in den Ring werfen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber auch in der Breite sehr viel stärker die Grenznähe und die Nähe zu Frankreich nutzen. Ich denke etwa speziell an auf französische Kunden zielende Werbestrategien für die Geschäftswelt, aber auch für die Alltagswelt. Ich denke an unsere Dependance in Paris, die künftig sehr viel gezielter den Investitionsstandort Saarland in der französischen Metropole vermarkten wird. Ich denke aber auch an eine Art Monitoring für das Frankreichgeschäft saarländischer Unternehmen. Wo hakt es im Marktzugang für deutsche Unternehmen? Wo bestehen Hürden und Probleme für Geschäftsbeziehungen nach Frankreich? Ich bin dem Wirtschaftsministerium und unserer Europa-Abteilung in der Landesregierung wirklich sehr dankbar, dass derzeit genau daran gearbeitet wird. Denn nur wenn wir all die kleinen Haken und Ösen, die es gibt, kennen, können wir uns letztlich um Abhilfe bemühen.

Meine Damen und Herren, es ist ja mittlerweile leider zum Breitensport geworden, gegen Europa Klage zu führen, gegen die Überregulierung der Kommission, gegen die Überlagerung nationaler Kompetenzen, gegen die Bürgerferne der Eurokraten. Ich glaube, wir sollten im Saarland einen ganz anderen Weg gehen. Wir sollten eher auf die Möglichkeiten schauen. Wir sollten die Chancen unserer europäischen Zentrallage genauestens eruieren und ausloten. Wir sollten keinen Vorstoß scheuen und keinen Versuch unterlassen, diese Chancen bestmöglich zu nutzen für unser Land und die Unternehmen in unserem Land sowie letztendlich für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, die Frankreichstrategie ist ein Aspekt, wenn es um die internationale Ausrichtung unseres Landes geht. Es gibt aber auch andere Aspekte, die hier eine Rolle spielen, etwa die Frage der Fairness in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Es ist bezeichnend für die Bedeutung der Globalisierung, wenn wir uns im kleinen Saarland Gedanken über die Ausgestaltung des Welthandels machen müssen. Aber gerade für einen exportorientierten Industriestandort wie das Saarland spielt diese Frage eine essenzielle Rolle. Globalisierung findet mittlerweile unmittelbar in unseren Unternehmen und Betrieben statt. Das sehen wir zum Beispiel derzeit beim Thema Stahl.

Es muss uns beunruhigen, wenn im Welthandel protektionistische Tendenzen zunehmen und der freie Warenverkehr einseitig eingeschränkt wird, wenn konkret die USA mit neuen Schutzzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte zu Verzerrungen im weltweiten Stahlhandel beitragen. Dies betrifft uns als Stahlstandort unmittelbar. Dabei wird - und das übersieht offenbar die Trump-Administration - die einmal geöffnete Abschottungsspirale auf beiden Seiten nur Verlierer hervorbringen. Denn globalisierte Wertschöpfungsketten, wie sie heute in den meisten Branchen Standard sind, erfordern mehr denn je liberale weltweite Handelsordnungen, und zwar nach dem Standard der WTO.

Klar ist für uns: An dieser Stelle ist die EU in der Pflicht, die heimische Industrie gegen jede Art von Wettbewerbsverzerrungen zu schützen. Sie ist in

(Ministerpräsident Hans)

der Pflicht, offensiv im Rahmen der WTO die Aufrechterhaltung des Freihandels zu verteidigen, und sie ist jetzt umso mehr aufgefordert, bei der Reform des Emissionshandels unsere Stahlindustrie nicht noch stärker zu belasten, als das ohnehin schon der Fall ist. Ich glaube, unsere Beschäftigten, die sich dafür anstrengen, sauberen, grünen Stahl im Vergleich zu dem, was wir weltweit haben, hier zu produzieren, haben es nicht verdient, in Misskredit zu kommen. Hier ist die Europäische Union gefordert.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz habe ich für unsere Sitzung letzten Donnerstag in Brüssel - es ist ja einiges passiert in den letzten drei Wochen - das Thema Stahl auf die Tagesordnung gesetzt und eine gemeinsame Erklärung vorgeschlagen, eine Erklärung zum Thema Stahl, in der sich die Länderchefs für eine Unterstützung der EU im Kampf für den Freihandel ausgesprochen haben. Bedeutende Stahlländer wie Niedersachsen und NRW haben sie mitgetragen. Am Ende waren sich alle Länder einig, auf Initiative des Saarlandes mit den Stahlländern ein geschlossenes Signal senden zu müssen. Ich bin meinen Kolleginnen und Kollegen im Länderkreis - das darf man im saarländischen Landtag auch ruhig sagen - dankbar, dass wir dieses starke und geschlossene Signal für unsere heimische Stahlindustrie gesetzt haben.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich will aber noch einmal betonen: Wenn wir gegen Protektionismus eintreten, dann muss das im Umkehrschluss auch bedeuten, dass wir nicht für Gegenstrafzölle eintreten. Das wäre, glaube ich, der falsche Weg. Wir müssen und wollen den freien und fairen Welthandel aufrechterhalten. Und fairer Welthandel heißt für mich auch internationale Steuergerechtigkeit. Aus diesem Grund sollten wir die Besteuerung von internationalen Konzernen und Großunternehmen in den Fokus nehmen. Konkret: Jeder kleine Bäcker in jedem kleinen Dorf, bei Ihnen und bei mir zu Hause muss wie selbstverständlich seine Steuern zahlen. Auf der anderen Seite gibt es internationale Großkonzerne wie etwa Google, Apple, Facebook und Amazon, die bei uns Milliardengewinne machen - wir alle haben diese Geräte in unseren Taschen oder auf den Tischen liegen, wir alle nutzen diese Softwares -, aber dafür keine Steuern zahlen. Es kann nicht angehen, dass diese Unternehmen letztendlich keine oder kaum Steuern zahlen, das ist ein Zustand, den wir auf Dauer so nicht hinnehmen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich bin deshalb froh, dass es derzeit auch Initiativen in der EU gibt, eine dreiprozentige Umsatzsteuer global agierende Internetriesen in Europa einzuführen. Die EU-Kommission legt heute eine entsprechende Gesetzesinitiative vor und auch beim EU-Gipfel Ende der Woche steht der Vorschlag auf der Tagesordnung. Niemand von uns will einen Handelskrieg. Aber auf Dauer haben wir nur dann eine Chance, der ökonomischen Vernunft wieder den Weg zu bahnen, wenn wir als geeintes Europa geschlossen und entschlossen auftreten.

Meine Damen und Herren, wenn ich eingangs auf die Fortsetzung des „saarländischen Weges“ verwiesen habe, so gilt das auch für die Kommunen. Auch hier setzen wir wie in der Vergangenheit auf eine Politik der engen, vertrauensvollen Partnerschaft und werden unsere Kommunen ganz sicher nicht allein lassen bei ihrem Bemühen um eine dauerhafte und nachhaltige Handlungsfähigkeit. Wir werden gemeinsam im Diskurs mit den Kommunen tragfähige Lösungen zur Senkung der Schuldenlast bei unseren saarländischen Kommunen erarbeiten. Vor allem das Thema Kassenkredite steht für uns in dieser Legislaturperiode nicht nur oben auf der Agenda, es steht tatsächlich im Vordergrund. Ansonsten bleiben wir bei dem, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, die konsequente Umsetzung des Kommunalpakts, die angemessene Beteiligung der Kommunen an unserer Investitionsoffensive und an den Entlastungen im Zuge des Bund-Länder-Finanzausgleichs.

Meine Vorgängerin hat das von dieser Stelle in einer Regierungserklärung als Beteiligung der Kommunen an der Zukunftsdividende des Saarlandes bezeichnet. Wir stehen für die Weitergabe der Bundesfinanzhilfen zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Dies betrifft auch diejenigen Mittel, die jetzt in Milliardenhöhe im Koalitionsvertrag der Bundesregierung beschlossen werden. Uns ist klar, die Kommunen im Saarland sind genau wie das Saarland keine Bittsteller im Hinblick auf den Bund. Wir sitzen gemeinsam mit den Kommunen in einem Boot, deshalb stehen wir an der Seite unserer saarländischen Kommunen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Und ich bleibe dabei und dafür stehe auch ich ganz persönlich ein: Wir setzen im Zusammenhang mit kommunalen Reformen weiterhin auf Freiwilligkeit. Dieses Prinzip der Freiwilligkeit betrifft auch meinen persönlichen Vorschlag, den ich im Zusammenhang mit Schulträgerschaften gemacht habe. Dort, wo Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur weiterführenden Schule bis zum Schulabschluss zusammenarbeiten wollen, darf eine Schulträgerschaft dieser Zusammenarbeit ganz sicher nicht im Weg stehen. Hier geht es allein um die Bildung von kommunalen Zweckverbänden auf freiwilliger Basis, nicht mehr, aber ganz sicher auch nicht weniger.

In der gleichen Weise wollen wir die Kommunen auch beim Aufbau ihrer digitalen Infrastruktur unterstützen. Bürgerinnen, Bürger und auch Unterneh-

(Ministerpräsident Hans)

men erwarten heute mehr und mehr einen schnellen, sicheren und einfachen Online-Zugang zu den kommunalen Verwaltungen, um ihre Behördengänge digital zu erledigen. Angefangen beim einfachen Bürger bis hin zum Architekturbüro muss das Standard werden. Gerade für kleine und mittlere Kommunen im ländlichen Raum ist dies von zentraler Bedeutung, wenn es um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in diesem Land geht. Aber genau für diese Gemeinden ist es oftmals personell wie auch strukturell ein Kraftakt, diese Infrastruktur in eigener Verantwortung aufzubauen. Daher werden wir als Land den Kommunen fundierte Vorschläge unterbreiten, um kommunale Querschnittsaufgaben wie Personal, Organisation, Haushalt und IT fachkompetent zu bündeln und zentral zu verwalten. Aufgaben also im sogenannten und vielfach unterschätzten Backoffice-Bereich, deren Zentralisierung weder die Bürgernähe vor Ort noch die Entscheidungskompetenzen der Kommune tangiert. Vorstellbar wäre zum Beispiel, dass ein solches Dienstleistungszentrum der eGo-Saar sein kann. Überlegungen hierzu sind derzeit noch im Fluss, aber sie werden angestellt.

Ebenso wie wir nach praktikablen Lösungen im Bereich der IT-Infrastruktur suchen, so suchen wir eben auch Lösungen für den Betrieb eines gemeinsamen Rechenzentrums von Universität, Land und Kommunen, also die Zentralisierung von besonders ausgestatteten Räumlichkeiten für die Unterbringung der Server an einem Ort und nicht etwa - wie wir es im Moment erleben - in Etagen von Rathäusern in jeder noch so kleinen Gemeinde. Fest steht bei all dem allerdings: Die verfassungsrechtlich verbriefte kommunale Selbstverwaltung ist und bleibt auch im Zeitalter der Digitalisierung ein Tabu. Mit mir als Ministerpräsident wird diese kommunale Selbstverwaltung auch in keiner Weise angetastet.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, werfen wir einen nüchternen Blick auf unsere Gesellschaft im Jahr 2018. Wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir feststellen: Es hat sich in der Gesellschaft eine tiefe Verunsicherung über die Grundlagen unseres politischen und staatlichen Handelns breit gemacht. In die Verunsicherung mischen sich konkrete Besorgnisse: Stehen unsere freiheitliche Gesellschaft, Demokratie, Wohlstand, Frieden und Zivilisation noch auf festen Säulen? Halten ihre Fundamente noch den Bedrohungen stand? Bedrohungen von innen wie die zunehmenden politischen und religiösen Radikalisierungen, aber auch von außen wie der internationale Terrorismus, die nukleare Aufrüstung, die Weltmachtansprüche Russlands und Chinas und nicht zuletzt die neue Unberechenbarkeit unseres transatlantischen Partners, der westlichen Führungsmacht USA.

Meine Damen und Herren, diese Besorgnisse müssen wir ernst nehmen. Wir dürfen die Menschen, die diese Besorgnisse aussprechen, nicht in eine Ecke stellen. Die Demokratie braucht den freien öffentlichen Diskurs wie die Luft zum Atmen. Das heißt aber nicht, dass wir alles tolerieren. Wo Menschen verbal herabgewürdigt werden, wo zu Hass aufgerufen wird, Gewalt angewandt wird, aktiv Hand an das Fundament unseres freiheitlich-demokratischen Grundwesens angelegt wird, muss sich unsere Demokratie als stark und wehrhaft erweisen. Und ich bin fest davon überzeugt: Sie wird sich als stark und wehrhaft erweisen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten ernst zu nehmen, ist zur Vertrauensbildung unverzichtbar. Das alleine ist aber noch nicht hinreichend. Vielmehr gilt hier der Satz aus dem Johannes-Evangelium: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.“ Das heißt, der Staat muss nicht nur Sorgen aufnehmen und Probleme beschreiben, sondern er muss auch handeln. Er muss so handeln, dass die Menschen konkret im Alltag spüren: Dieser Staat schützt zwar nicht vor allen Lebensrisiken, aber er schützt vor Kriminalität, Gewalt, Betrug, Unrecht, Gefahren und Schädigungen. Das sind Kernfunktionen staatlichen Handelns. Diese Kernfunktionen müssen wir auch ernst nehmen. Wir müssen auf diese Herausforderungen reagieren.

In einem funktionsfähigen Staat müssen aber Entscheidungen immer abgewogen werden und rechtsstaatlichen Prinzipien folgen. Sie müssen dem Gemeinwohl dienen und unzumutbare Belastungen minimieren. Ein gutes Beispiel dafür ist das Spannungsfeld zwischen Klima- und Naturschutz. Mit dem saarländischen Waldgesetz, das wir im vergangenen Jahr verabschiedet haben, ist uns ein guter Interessenausgleich gelungen.

Dass uns die Energiewende im Saarland wichtig ist, müssen wir nicht gesondert betonen. Das Saarland liefert heute dank unserer Landesförderung gemessen an der Landesfläche den meisten Solarstrom in allen Flächenländern. Wir gelten sozusagen als das Solarland Nummer 1. In Kombination mit dem Ausbau der Windenergie haben wir einen ansehnlichen Beitrag zur Energiewende geleistet. Der Klimawandel betrifft aber alle, daher muss diesem Klimawandel solidarisch begegnet werden.

Zugleich darf der Wald seine Erholungsfunktion nicht einbüßen. Aus diesem Grund haben wir im vergangenen Jahr unser Waldgesetz beschlossen, das den Bau von Windkraftanlagen im Staatswald erheblich einschränkt. Ich weiß, Kollege Lafontaine, das geht vielen im Land nicht weit genug. Es gibt aber auch diejenigen, denen das zu weit geht. Auch diese Rückmeldungen haben wir. Wenn es dann einen

(Ministerpräsident Hans)

neutralen Experten wie den Verfassungsrechtler Wolfgang Kahl aus Heidelberg gibt, der sagt, dass das saarländische Gesetz wirtschaftsfreundlicher ist als in anderen Bundesländern - ausgewogen und differenziert, so seine Worte -, dann sehe ich das durchaus als Kompliment. Es bestätigt den Kurs der saarländischen Landesregierung, also den Kurs der Koalition hier im Land.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, wir werden keine Kompromisse in diesem Land eingehen, wenn es um das Thema Grubenwasser geht. Wir werden alle Einwände gegen eine mögliche Grubenwasserflutung sorgfältig prüfen. Ich sage ganz klar und unmissverständlich: Wenn dabei herauskommt, dass eine Gefahr für Leib und Leben, für die Umwelt und für die Qualität des Trinkwassers oder eine Schädigung von Häusern oder sonstigen Gebäuden nicht zuverlässig ausgeschlossen werden kann, wird die beantragte Flutung nicht genehmigt werden. Da werden wir voll und ganz auf Nummer sicher gehen. Das heißt, wenn nach der Prüfung der jetzt eingegangenen Stellungnahmen weitere Gutachten notwendig sind, dann werden wir diese Gutachten in Auftrag geben.

Allerdings muss ich betonen: Wir leben in einem Rechtsstaat. Die RAG hat das Recht, dass wir ihren Antrag nach Recht und Gesetz prüfen. Wir lassen uns nicht unter Zeitdruck setzen. Das ist die Botschaft der Stunde. Wir nehmen uns die Zeit und notfalls die Expertise von externer Stelle, die wir dafür brauchen, denn für uns gilt: Wir nehmen die Sorgen und Befürchtungen der Menschen in diesem Zusammenhang ernst. Für uns gilt beim Thema Grubenwasser Genauigkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Kolleginnen und Kollegen, einen hundertprozentigen Schutz vor Gefahren und Kriminalität kann es nicht geben. Das wissen wir alle. Es ist uns auch klar, dass in den letzten Jahren einzelne Deliktfelder bundesweit ein nicht hinnehmbares Ausmaß angenommen haben. Hierfür gibt es Gründe. Zum einen sind unsere finanziellen Handlungsspielräume noch immer sehr eingeengt. Das erklärte Ziel war aber, die Eigenständigkeit unseres Landes zu sichern. Die Menschen in diesem Land sehen dies genauso. Zwei Landtagswahlen haben uns in diesem Ziel bestätigt. Die Konsolidierung unseres Landeshaushalts war dafür unverzichtbar. Das heißt, wir waren leider auch zu Einsparungen bei Polizei und Justiz gezwungen, um uns der Personalausstattung anderer Bundesländer anzunähern.

Zum anderen war der erhöhte Flüchtlingszustrom, der zusätzliche Belastungen mit sich gebracht hat, so nicht vorhersehbar. Da braucht es einfach seine Zeit, um geeignete Strukturen aufzubauen und Maßnahmen in Gang zu setzen. Dennoch denke ich, dass unser Staat, unsere Landesverwaltung, in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren vieles, ja Enormes, geleistet hat. Das verdanken wir an erster Stelle - das will ich hier ganz deutlich sagen - den Beamten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst, etwa im Bereich von Polizei und Justiz.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Richter und Staatsanwälte in diesem Land haben im Moment eine ganze Flut an Verfahren und Prozessen zu bewältigen. Die Staatsanwaltschaft muss angemessen personalisiert sein. Das ist Grundlage. Mit einer neu eingerichteten Zentralstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft werden wir den Terrorismus besser und gezielter bekämpfen können. Wir denken aber auch an die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten. Ihnen wird im Moment sehr viel abverlangt, denn die Zahl der Gefangenen ist in den letzten Jahren aufgrund der von mir genannten Probleme drastisch gestiegen. Sie verrichten eine an Grenzerfahrungen wahrlich nicht arme Tätigkeit. Wir alle wissen das von Besuchen in den einzelnen Justizvollzugsanstalten. Wir sind jedem Einzelnen im Justizvollzugsdienst zu tiefem Dank verpflichtet.

Ich möchte hier herausstellen: Wir sind heute vor allem dem Justizbeamten Patrick Hoffmann aus der JVA Saarbrücken, der im vergangenen Jahr als Ersthelfer einem Kollegen das Leben gerettet hat, zu tiefem Dank verpflichtet. Er ist vom Bundespräsidenten - er hat uns kürzlich besucht und dies noch einmal erwähnt - zum Neujahrsempfang eingeladen worden. Eine solche gute Tat eines Einzelnen im Justizvollzugsdienst darf durchaus in einer Regierungserklärung als Beispiel für gelebte Solidarität gewürdigt werden.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfraktionen und von der LINKEN.)

Ich möchte heute aber auch die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten würdigen. Ich weiß, dass wir der Polizei mit unseren Polizeireformen erhebliche Belastungen zugemutet haben und die Grenzen der Belastbarkeit gerade in manchen Inspektionen in diesem Land längst erreicht sind. Man muss dazu nicht die Zeitung aufschlagen, sondern nur mit dem einen oder anderen Polizeibeamten ins Gespräch kommen. Umso mehr will ich die Leistungen unserer Polizeibeamten anerkennen, die sich in der Kriminalstatistik 2017 widerspiegeln: 8 Prozent weniger Straftaten als 2016, eine Rückführung der Wohnungseinbrüche um 29 Prozent, eine Steigerung der Aufklärungsquote in diesem Bereich von 16,6 auf 27 Prozent. An dieser Stelle kann ich nur in Richtung saarländische Polizei ein ganz großes, ehrlich gemeintes Dankeschön für die Arbeit der Polizei sagen.

(Beifall des Hauses.)

(Ministerpräsident Hans)

Wir sehen uns aber genau deshalb auch in der Pflicht, unsere Polizei mit ganz konkreten Maßnahmen den Rücken zu stärken. Wir haben, was die Personalentwicklung betrifft, mittlerweile schon nachgebessert. Wir sind vom Personalabbaupfad abgewichen, haben zusätzlich einen Polizeiordnungsdienst eingeführt, der die Polizei von polizeifremden Aufgaben entlastet. Die Einzelheiten wurden im Landtag bereits von vielen dargelegt, deswegen brauche ich mich nicht zu wiederholen.

Auch der Einsatz von Ermittlungshelfern in den Inspektionen hat sich aus meiner Sicht bewährt, sodass wir hier einen weiteren Ausbau prüfen werden. Schließlich werden wir auch in den kommenden Jahren mehr Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen, als es die Polizeireform ursprünglich vorsah. Allein für dieses Jahr sind bereits 124 Einstellungen vom Ministerrat beschlossen worden. Im kommenden Jahr planen wir Einstellungen in entsprechender Höhe. Hinzu kommt, dass die in unserem Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen zur besseren Polizeiausstattung in vollem Gange sind, ebenso wie derzeit unter Beteiligung der Personal- und Interessenvertretungen sowie der Gewerkschaften an einer Weiterentwicklung der Zulagen für besondere Erschwernisse gearbeitet wird und auch an der Beschleunigung von Beförderungszeiten; denn der Beförderungsstau ist nach wie vor ein Riesenproblem in der saarländischen Polizei.

Die Polizistinnen und Polizisten können sich in diesem Land sicher sein - ich glaube, das sage ich auch im Namen der Saarländerinnen und Saarländer -, dass wir als saarländische Landesregierung unser Möglichstes tun, um unsere saarländischen Polizeibeamten bei ihrer aufreibenden, schwierigen Arbeit durch Regierungshandeln zu unterstützen, und ich würde mich freuen, wenn wir hierbei die Unterstützung des gesamten Parlamentes hätten.

(Beifall.)

In diesem Zusammenhang - auch das gehört heute hierher - möchte ich festhalten: Es war das Saarland, das als Vorsitzland der IMK die Bundesratsinitiative von Nordrhein-Westfalen für höhere Strafen bei Angriffen auf Polizeibeamte aufgegriffen hat. Ich bin froh, dass der Bundestag nunmehr aufgrund dieser Initiative vor knapp einem Jahr ein entsprechendes Gesetz beschlossen hat, mit dem nun für solche Taten auch Haftstrafen in Höhe von bis zu fünf Jahren möglich sind. Ich glaube, das ist notwendig, um unserer Polizei den Rücken zu stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall.)

Im Hinblick auf die Feuerwehrleute, die heute vor dem Landtag gestanden haben, will ich sagen, dass es bestimmte Berufs- und Personengruppen gibt, die ganz besonders von den derzeitigen gesellschaftlichen Umbrüchen betroffen sind. Sie werden in den letzten Jahren vermehrt Opfer von sinnloser, roher Gewalt, und dies auch dann, wenn sie einfach nur ihren Job machen und anderen Menschen helfen wollen. Das gilt ganz besonders für die Helfer der Rettungsdienste, es gilt in ganz besonderem Maße für die Feuerwehrleute, Menschen, die meistens ehrenamtlich diesen nicht ungefährlichen Dienst zum Wohle der Allgemeinheit leisten. Sie sind ausdrücklich in diese gesetzliche Regelung eingeschlossen, und dass dies geschieht, war auch höchste Zeit, meine Damen und Herren.

(Beifall.)

Wir würdigen das in unserem Land sicherlich überdurchschnittlich vorhandene Ehrenamt in vielfältiger Hinsicht und werden das auch in Zukunft tun. Diese Menschen bilden den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Von daher verdienen sie nicht nur lobende Worte, sie verdienen unsere tatkräftige Unterstützung, wenn es darauf ankommt.

Wenn es um das Ehrenamt geht, muss man natürlich auch über den Saarsport reden. Das Ehrenamt ist tragend für den gesamten Sportbereich im Saarland. Um es auf den Punkt zu bringen: Ohne ehrenamtliche Tätigkeit kein Sportland, ohne Ehrenamt also kein Jan Frodeno, ohne Ehrenamt auch kein Jonas Hector. Wir haben natürlich ein großes Interesse daran, dass die saarländische Sport- und Vereinslandschaft auch in Zukunft bestens aufgestellt ist. Deswegen will ich ganz bewusst heute auf die finanzielle Schieflage beim Landessportverband für das Saarland hinweisen.

Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport arbeitet als Rechtsaufsicht mit Hochdruck an der Aufklärung dieser Angelegenheit. Die zentrale Aufgabe des organisierten Sports und der Politik ist es nun, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Sanierung des Landessportverbandes im Saarland aus eigener Kraft gelingt. Diese ist Voraussetzung dafür, dass er seiner satzungsmäßigen Aufgabe, nämlich der Förderung des Saarsports - dafür ist der Landessportverband da - auch in Zukunft erfolgreich nachkommen kann. Konkret bedeutet das, dass kurzfristig alle Maßnahmen zu ergreifen sind, die eine dauerhafte und nachhaltige Finanzierung sicherstellen, auch wenn das mit schmerzlichen Einschnitten beim LSVS verbunden ist.

Zukünftig muss gewährleistet sein, dass es beim LSVS eine ordnungsgemäße Haushaltsführung gibt. Die Verwendung der zur Aufgabenerfüllung zufließenden Mittel muss transparent und nachvollziehbar gestaltet und auch nachgewiesen werden. Das Ministerium für Inneres und Sport wird als Rechtsaufsicht nach gründlicher Aufarbeitung dieser Angelegenheit den weiteren Handlungsbedarf seitens des

(Ministerpräsident Hans)

Ministeriums, seitens der Landesregierung sehr genau prüfen.

Wir brauchen bessere Kontroll- und Korrekturmechanismen. Gleichzeitig wollen und werden wir die Autonomie des Saarsports an dieser Stelle nicht infrage stellen, denn die fachliche Kompetenz, der Erfolg des Saarsports in den vergangenen Jahren gehen auf diese Unabhängigkeit, auf diese Eigenverantwortung des Saarsports zurück. Deswegen werden wir weder Autonomie noch Sportachtel in diesem Land infrage stellen. Das ist auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD zu Recht so vereinbart.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wenn heute in Zusammenhang mit der finanziellen Schieflage im Landessportverband auch ein Untersuchungsausschuss in diesem Haus eingerichtet wird, will ich an der Stelle sehr deutlich sagen: Die saarländische Landesregierung wird unter meiner Führung alles daran setzen, dass die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses unterstützt wird, wir werden auch alles daran setzen, dass die Aufklärungsarbeit parallel zur Aufklärungsarbeit der Landesregierung ein Erfolg wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Unterstützung sichere ich von dieser Stelle aus jetzt schon zu.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Auch ich bekomme als neuer saarländischer Ministerpräsident Zuschriften in Zusammenhang mit der Schieflage beim Landessportverband. Ein Familienvater schreibt mir einen Brief, in dem er sagt, dass er zweimal die Woche seine beiden Kinder mit dem Auto zum Sportplatz bringt. Er schreibt, dass er immer der Meinung war, dass er damit etwas getan hat für die Entwicklung seiner Kinder, und dass er den Eindruck hatte, der Saarsport sei in diesem Lande gut aufgestellt. Er schreibt dann aber weiter, dass es ihn umtreibt, wenn er sieht, dass all das in Verruf kommt, dass im Moment Vertrauen in den Sport und auch in handelnde Personen zerstört wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Situation darf nicht dazu führen, dass diese Väter und Mütter, von denen es viele gibt, ihre Kinder nicht mehr zum Sport bringen! Wir müssen alles daran setzen, dass nicht nur der Spitzensport im Lande gefördert wird, sondern dass jede kleine Sportanlage, die von diesen jungen Menschen bespielt wird, von dieser Landesregierung weiterhin unterstützt wird. Dafür stehe ich, dafür steht die gesamte Landesregierung.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wenn ich eben von der saarländischen Polizei gesprochen habe und davon, dass wir die Veränderungen im Bereich der inneren Sicherheit zum Anlass genommen haben, Ausnahmen vom Personalabbaupfad zu machen, möchte ich noch eine andere Berufsgruppe nennen, die in ganz besonderer Weise die Folgen gesellschaftlicher Schieflagen zu tragen hat, nämlich die Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen.

Ich weiß sehr wohl, dass in der weit überwiegenden Zahl der Schulen anständige Verhältnisse herrschen. Nicht von ungefähr bescheinigt uns der Bildungsmonitor spürbare Fortschritte. Es gibt aber auch Schulen, die mit der Vielfalt der Herausforderungen überlastet sind. Die Schreiben, die jetzt von einzelnen Schulen verfasst wurden, nehmen wir als saarländische Landesregierung sehr ernst. Gemeinsam mit den Schulleitungen wollen wir die Situation vor Ort weiter entschärfen. Bereits im Koalitionsvertrag haben wir uns dieses Themas angenommen, bevor uns diese Schreiben zugegangen sind.

Das, was unsere Schulen, unsere Lehrerinnen und Lehrer in den vergangenen Jahren geleistet haben, können wir nicht hoch genug anerkennen. Es war und ist immer noch ein wahrer Kraftakt, die zunehmende Vielfalt bei der Zusammensetzung unserer Schulklassen zu meistern. Wenn in der Folge einzelne Schulen, an denen die Probleme besonders gravierend sind, nahe dem Kollaps sind, darf uns das nicht verwundern. Dann müssen wir daraus unsere Konsequenzen ziehen. Deshalb werden und müssen wir weiterhin bei der Inklusion mit Augenmaß und mit Bedacht vorgehen. Dabei sind in allererster Linie zunächst einmal pragmatische Lösungen gefragt. Das ist jedenfalls mein Ansatz, aus diesem Grund sage ich unumwunden Ja zur Inklusion, wie wir sie mit dem Kompetenzzentrum und mit der Wahlfreiheit für die Eltern im Koalitionsvertrag beschlossen haben. Ich sage aber auch unüberhörbar Ja zu den Förderschulen im Land. Sagt man zu beidem Ja, wird man am ehesten der Realität mit ihren vielfältigen Ansprüchen gerecht. Deswegen muss man das mit dieser Ausgewogenheit angehen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Hauptverantwortung für den Einstieg junger Menschen in ein gelingendes Leben jedoch nicht allein bei den Schulen, sondern vielmehr bei den Eltern und Familien liegt, wird leider allzu häufig vergessen. Dabei ist meines Erachtens sonnenklar: Alle Bemühungen vonseiten des staatlichen Schulwesens nutzen wenig, wenn nicht schon im Elternhaus früh die Grundlagen bereitgestellt werden, wenn nicht von hier der maßgebliche Bildungsimpuls ausgeht.

Daher war es stets und ist es auch in Zukunft ein zentrales Anliegen, Familien, vor allem jungen Familien, in einer anspruchsvollen Lebensphase zur Seite zu stehen. Sie kennen alle das Projekt „Frühe Hilfen - keiner fällt durchs Netz“, das, wie im Koalitionsvertrag des Bundes vereinbart, auch künftig mit Bundeszuweisungen unterstützt wird. Allein das sind in

(Ministerpräsident Hans)

diesem Jahr mehr als 600.000 Euro. Sie kennen alle die lokalen Bündnisse für Familie, zurzeit 26 an der Zahl, zu denen wir mithilfe einer Familien-App nun auch einen schnellen mobilen Zugang geschaffen haben. Und Sie wissen auch, dass wir in unserem Koalitionsvertrag die schrittweise Senkung der Elternbeiträge für Krippen und Kitas beschlossen haben, und zwar um 25 Prozent bis zum Ende dieser Legislaturperiode. Darüber hinaus werden wir aber auch die im Koalitionsvertrag des Bundes in Aussicht gestellten Mittel für die Entlastung von Eltern bei den Gebühren der Kindertageseinrichtungen nutzen, um die Eltern im Saarland noch stärker zu entlasten, als das bisher vorgesehen war, nämlich um rund ein Viertel, günstigstenfalls sogar um bis zu einem Drittel ihrer Kosten. Aktuelle Erhebungen der Landeselterninitiative, die man sich durchaus auch einmal anschauen kann, zeigen, dass die Menschen von uns erwarten, dass wir uns dieses wichtigen Themas der Reduzierung der Kosten der Kinderbetreuung annehmen.

Die Familie bildet aber nicht nur für die Jungen das Sprungbrett ins Leben, sie war und ist bis heute oftmals auch der Rückhalt für ältere, insbesondere für pflegebedürftige Menschen. Wir haben in Deutschland etwa drei Millionen Pflegebedürftige. Mehr als 70 Prozent von ihnen werden zuhause versorgt, die allermeisten von Angehörigen, oftmals unter Hinzuziehung ambulanter Dienste. Meine Damen und Herren, das sind beeindruckende Zahlen, das sind Zahlen, die beweisen, dass zumindest im Saarland die Gesellschaft dann doch nicht so kalt und so egoistisch ist, wie das oft behauptet wird. Diese Menschen, die ihre Angehörigen zuhause pflegen, verdienen unser aller Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und bei der LINKEN.)

Um ihnen bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen, werden wir unsere Pflegestützpunkte vor allem mit Blick auf die digitale Vernetzung ausbauen, um die Kommunikation und den Informationsaustausch sowohl untereinander als auch mit den Betroffenen zu verbessern. Darüber hinaus prüfen wir derzeit die Einführung des Modells der „Nachbarschaftshelfer“. Dabei geht es vor allem darum, Privatpersonen aus dem Umfeld der Pflegebedürftigen für Unterstützungsleistungen im hauswirtschaftlichen Bereich zu gewinnen, die dann durch eine Aufwendungs- und Auslagenerstattung nach SGB XI auch ein Stück weit entgolten werden können. Von Bedeutung ist das vor allem für den ländlichen Raum, das ist von Bedeutung vor allem in infrastrukturschwachen Gebieten.

Dort weist, das ist Fakt, oftmals auch die hausärztliche Versorgung große Lücken auf. Aus diesem Grund schaffen wir mit unserem Hausärzteprogramm und unserem Stipendienprogramm für Mediziner Anreize, sich auf dem Land niederzulassen, also dort, wo Ärzte tatsächlich dringend gebraucht werden. Zudem fördern wir in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Fortbildung von Medizinischen Fachangestellten zu Versorgungsassistenten in der Hausarztpraxis; auch das ist eine wichtige Komponente. Diese Versorgungsassistenten können nämlich in den Hausarztpraxen die ärztliche Tätigkeit sinnvoll ergänzen und die Ärzte beispielsweise hinsichtlich der Routinearztbesuche entlasten.

Wie wichtig eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist, haben wir im Saarland kürzlich beim Thema Krankenhausversorgung erleben müssen. Wir haben das erlebt anlässlich der Schließung des Krankenhauses Wadern. Für uns gilt: Keine Region im Saarland, auch nicht der Hochwald, darf versorgungstechnisch abgehängt werden.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und der Regierungsbank.)

Dies meine ich nicht nur hinsichtlich der Bettenzahl, die dort nun anders aufgeteilt wird und vor Ort verlorengegangen ist. Ich sage das auch mit Blick auf die gestiegenen Ansprüche an die Spezialisierung, an die ausgewiesene Fachkompetenz der einzelnen Abteilungen - ich nenne hierzu etwa die Schlüsselbereiche Geriatrie, Neurologie, Orthopädie/Unfallchirurgie und Gynäkologie. Diese weitere Spezialisierung müssen wir auch in der Krankenhausplanung berücksichtigen. Diesbezüglich sind wir, wie ich meine, auf einem sehr guten Weg.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft. Der demografische Wandel ist in vollem Gange. Die Frage der medizinischen Versorgung in ländlichen Räumen wird künftig verstärkt in den Vordergrund drängen. Es wird künftig auf diese Frage ganz neue Antworten geben; Antworten, die vor wenigen Jahren noch undenkbar schienen, werden gefragt sein. Möglich wird dies durch den Prozess der zunehmenden Digitalisierung in fast allen Lebensbereichen.

Dieser Prozess der Digitalisierung hat die meisten von uns längst erreicht. Schon im Alter von zehn Jahren nutzen Kinder ganz selbstverständlich ihr Smartphone zur Kommunikation, zur Information und auch, wie man beim Blick zum Beispiel in die Restaurants in diesem Lande sieht, zur Unterhaltung. Intelligente vernetzte Systeme regeln mittlerweile den Verkehr, die Energieversorgung, die Logistik in vielen Bereichen. Aus unseren Verwaltungen sind IT-gestützte Buchungs- und Geschäftsvorgänge oder elektronisches Dokumentenmanagement nicht mehr wegzudenken. Online-Amtsblatt, digitales Grundbuch, elektronische Steuerklärung und viele

(Ministerpräsident Hans)

weitere digitalisierte Verwaltungsdienste mehr sind heutzutage glücklicherweise selbstverständlich. Industrielle Verarbeitungs- und Fertigungsprozesse funktionieren seit Jahren mithilfe automatisierter Computersteuerung. Man fragt sich bisweilen: Was kann da eigentlich noch kommen? Was wird eigentlich im Bereich der Digitalisierung noch kommen?

Diese Fragen, auch dazu werde ich oft angesprochen, stellen sich viele Menschen, und dies keineswegs nur in freudiger Erwartung. Sie stellen sich diese Fragen auch beunruhigt und besorgt: Wie verändert sich unsere Arbeitswelt? Was wird mit meinem Arbeitsplatz und vor allem mit meiner Arbeitskraft? Wie wird denn überhaupt sichergestellt, dass ich in einigen Jahren noch gebraucht werde? Zu welcher Ausbildung, zu welchem Berufsweg rät man seinen Kindern angesichts solcher Ungewissheiten? Und weiter noch: Was ist mit meinen Daten? Was mit meiner Privatsphäre? Wie weit reicht der Arm der schon erwähnten Internetgiganten in meine Intimsphäre hinein? Was wissen die über mich? Welche Macht besitzen die über mich? Wer sind denn überhaupt „die“? Sind das noch Menschen? Oder sind es anonyme Algorithmen, die hinter diesen Digitalisierungserfolgen stehen? Die künstliche Intelligenz, hat sie sich verselbstständigt? Sind wir ihr hilflos ausgeliefert? - Alle diese Fragen wecken auch Phantasien. Sie wecken Phantasien, bei denen die Grenzen zwischen Realität und Science Fiction verschwimmen. Wie weit sind wir noch Herr unseres Schicksals in der digitalisierten Welt?

Alle diese Fragen zeigen uns auch, wie wichtig es ist, beim Voranschreiten der Digitalisierung die Frage der Datensicherheit, die Frage des Datenschutzes in den Vordergrund zu stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die Cybersicherheit muss zur zweiten Säule des digitalen Fortschritts werden. Eine Einrichtung wie das CISPA an unserer saarländischen Universität ist in diesem Bereich mit Sicherheit ein Leuchtturm. Das ist ein Leuchtturm, der mittlerweile nicht nur weit über die deutsch-französische Grenze strahlt, nicht nur über die europäischen Grenzen hinweg - nein, auch in Nordamerika und in Asien ist dieser Leuchtturm CISPA mittlerweile zu sehen. Das ist eine Entwicklung, auf die wir in diesem Land zu Recht stolz sein können.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir stehen ohne Frage an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter. „Man kann so klug sein wie die Klugen dieser Welt und geht doch jederzeit in die nächste Minute wie ein Kind ins Dunkle.“ Dieser Satz von Otto von Bismarck scheint heute aktueller denn je. Von daher ist das Gebot der Stunde nicht nur, die Chancen der Digitalisierung entschlossen zu ergreifen. Es ist gleichermaßen das Gebot der Stunde, diesen Prozess mit Aufmerksamkeit, mit Bedacht und mit Augenmaß zu gestalten.

Ohne Zweifel gibt es Chancen der Digitalisierung. Wer wollte das bestreiten? Nehmen wir den Bereich der medizinischen Versorgung. Gerade für strukturschwache ländliche Regionen eröffnen sich hier ganz neue Möglichkeiten. Das wird ganz besonders deutlich, wenn wir einen Blick auf die sogenannte Telemedizin werfen. Diese ist mit dem E-Health-Gesetz Ende 2015 offiziell in Deutschland zugelassen worden. Explizit erlaubt werden darin Online- und Video-Sprechstunden mit Patienten ebenso wie die telemedizinische Befundbeurteilung von Röntgenaufnahmen. Wir alle wissen, wie das mittlerweile abläuft. Man geht in ein Krankenhaus oder in eine Arztpraxis und wird dort befundet. Künftig ist es möglich, dass das bei Ärzten erfolgen kann, die nicht in diesem Krankenhaus, nicht in dieser Arztpraxis sitzen. Damit entfällt in weiten Teilen die räumliche Trennung zwischen Arzt und Patient. Dort, wo es um Befunde geht, ist das auch hilfreich. Längere Anfahrzeiten sind dann eben nicht mehr nötig, was vor allem für ältere, in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen eine deutliche Entlastung verspricht. Vermieden werden auch lästige Wartezeiten in den Arztpraxen und damit auch die Ansteckungsgefahren in bislang häufig überfüllten Wartezimmern. Wir erleben das ja bei der gegenwärtigen Grippewelle. Vorteile durch die Digitalisierung ergeben sich auch für die Überwachung des Gesundheitszustandes von chronisch Kranken, für Routinebehandlungen, die per Fernanweisung von Familienangehörigen getätigt werden können, und insbesondere auch für die Notfall- und Bereitschaftsmedizin.

Darüber hinaus können sich Ärzte auch untereinander mittels moderner Kommunikationstechniken und bildgebender Systeme schneller, unkomplizierter und umfassender austauschen, wenn es um diagnostische und therapeutische Beurteilungen geht. Natürlich darf und wird die Telemedizin den persönlichen Patienten-Arzt-Kontakt nicht ersetzen. Sie birgt aber unabweisbare Entlastungspotenziale für alle Beteiligten, für das medizinische Personal ebenso wie für die Patienten. Und wer, meine Damen und Herren, wollte sich guten Gewissens diesem Fortschritt im Sinne der Menschen in den Weg stellen? Ich glaube, dieser Fortschritt wird für alle greifbar sein, und er wird auch mehr Nähe zu den Menschen bringen.

Klar ist aber auch: Diese Art von Fortschritt darf nicht einhergehen mit dem Missbrauch persönlicher Gesundheitsdaten. Diese Herausforderung ist umso größer, als mit der Digitalisierung im Gesundheitsbereich Millionen von sensiblen Daten künftig im Netz zirkulieren werden. Aus diesem Grund darf die Digitalisierung nicht dem Datenschutz vorauseilen. Der Datenschutz muss vielmehr streng mit der Entwick-

(Ministerpräsident Hans)

lung synchronisiert werden. Auch das ist eine Botschaft, die man den Menschen, die sich oftmals darüber Sorgen machen, senden muss.

Unter dieser Voraussetzung haben wir hier ein Beispiel, wie uns die Digitalisierung zum Segen gereichen kann. Es gibt zahlreiche weitere Beispiele, wie gerade der ländliche Raum von ihr profitieren kann. Den Online-Zugang zu den Verwaltungen habe ich bereits genannt. Ein anderes Beispiel ist der Online-Handel. So sehr er dem innerstädtischen Gewerbe auch zusetzt, so sehr ist er auch eine Erleichterung für Menschen im ländlichen Raum. Und schließlich gewinnen die ländlichen Räume mit ihren deutlich günstigeren Bauland- und Immobilienpreisen ganz neue Attraktivität für kleine und mittelständische Unternehmen, die sich vielleicht eine Niederlassung im größeren Ballungsraum nicht leisten können. Durch die digitale Anbindung können sie ihre Tätigkeit inzwischen eben auch in kleinen Dörfern ausführen. Wenn der Anbieter-Kunden-Kontakt elektronisch hergestellt und die Waren in virtuellen Räumen am PC präsentiert werden können, hat das gewisse Vorteile auch für wirtschaftliche Ansiedlungen.

Voraussetzung hierfür ist jedoch eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, sprich der zügige Ausbau der Breitbandnetze. Daran arbeiten wir zurzeit auf Hochtouren. Bis Ende dieses Jahres wollen wir - darauf haben sich die Netzbetreiber Deutsche Telekom, VSE NET und inexio verpflichtet - über eine nahezu flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s im gesamten Land verfügen. Damit legen wir gleichzeitig den Grundstein für den Aufbau einer Gigabit-Gesellschaft in den kommenden Jahren. Das ist der nächste Schritt. 50 Mbit/s, das sind die Hausaufgaben, die jetzt gemacht worden sind, der nächste Schritt in den kommenden Jahren ist die Gigabit-Gesellschaft. Bei der Versorgung mit schnellem Internet dürfen wir aber auch nicht den Mobilfunk vergessen. Wir stehen hier im permanenten Dialog mit den Anbietern, um bestehende Funklöcher im Saarland zu stopfen. Davon gibt es eben noch das ein oder andere. Wahrscheinlich hat es jeder heute Morgen auf dem Weg hierher beim Telefonieren gemerkt. All das wird maßgeblich dazu beitragen, die Funklöcher zu stopfen, damit der ländliche Raum vom städtischen Bereich nicht abgehängt wird.

Meine Damen und Herren, Chancen und Risiken, Potenziale und Möglichkeiten, Perspektiven und Grenzen begleiten den Fortschritt seit jeher. Und erfolgreich waren dabei meist diejenigen, die unter gründlicher Abwägung die einzelnen Faktoren realistisch gewichtet und auf dieser Grundlage entschlossen gehandelt haben. Genau das ist es, was wir mit unserer saarländischen Digitalisierungsstrategie erreichen wollen. Ausgehend von einem Leitbild „Heimat im digitalen Zeitalter“ werden wir Handlungsstrategien bis hin zu einzelnen Maßnahmen entwerfen, wie wir am besten zu den darin entworfenen Zielvorstellungen gelangen können. Ich möchte die Arbeit des von meiner Amtsvorgängerin einberufenen Digitalisierungsrats nutzen, um gezielte qualifizierte Anregungen für die Regierungsarbeit zu erhalten. Mit dem Digitalisierungsforum werden alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an der Entwicklung dieser Digitalisierungsstrategie für das Saarland beteiligt. Wir werden zudem regelmäßig - das ist neu - digitale Erlebnistage im Saarland durchführen, um der Öffentlichkeit die Digitalisierung näherzubringen und mit den Menschen darüber in den Dialog zu treten. Nur über Digitalisierung zu reden, reicht nicht. Wir müssen den Menschen tatsächlich Digitalisierung nutzbar machen und ihnen zeigen, wie das funktioniert. Auch dafür stehe ich ein.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Innovationen, auch die digitale Innovation, kommen nicht aus dem Nichts. Im hochtechnisierten Zeitalter bedarf es hierzu exzellenter Inkubatoren. Die finden wir im Saarland in einer außerordentlich dynamischen Hochschul- und Forschungslandschaft. Unsere Hochschulen, insbesondere die Universität und die HTW, erbringen trotz ihres Konsolidierungsbeitrags Höchstleistungen, die alle Anerkennung verdienen. Das sieht man etwa an den wettbewerblich eingeworbenen Drittmitteln. Das sieht man auch an der nahezu konstanten Zahl der Studienanfänger. Wir verfügen über beste Voraussetzungen, um auf der Grundlage der in diesem Jahr zu erarbeitenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen die Schwerpunktprofile in den Bereichen Informatik, NanoBioMed und Europa zu schärfen und eine noch stärkere Vernetzung mit den außeruniversitären Einrichtungen zu erreichen.

Neben UdS und HTW haben wir eine Vielzahl von leistungsstarken und international konkurrenzfähigen Einrichtungen, die in Zukunftsbereichen wie IT, Life Sciences, Automatisierung, Produktionstechnik sowie Materialien forschen. Diese erbringen nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftequalifikation vor Ort, sondern insbesondere auch zum Strukturwandel in unserem Land. Von daher ist für uns klar: Wir werden all unsere Möglichkeiten als Land nutzen, um die Profilierung dieser Schwerpunkte und ihre Fortentwicklung weiter voranzutreiben. Hier ist die saarländische Landesregierung weiterhin Partner von Universität und HTW.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich will hier Beispiele nennen, auch wenn heute in den Medien ein tragischer Unfall im Zusammenhang mit autonomem Fahren in den USA thematisiert wird: das Forschungsprojekt von HTW und DFKI im Zusammenhang mit dem Testfeld für autonomes Fahren in Merzig oder das ZeMA, wo Wissenschaft-

(Ministerpräsident Hans)

ler und fortgeschrittene Studierende von UdS, HTW und DFKI Forschung und Entwicklung an den Schnittstellen zwischen Mensch und Maschine betreiben. Ich glaube, es kommt in Zusammenhang mit autonomem Fahren darauf an, dass man weiter testet, dass man intensiv prüft und forscht. Das verlangen die Menschen von uns. Jedem ist klar, das autonome Fahren wird kommen. Wir können mit dazu beitragen, dass es sicher sein wird und dass es auch „Made im Saarland“ sein wird.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir können tatsächlich ohne Übertreibung behaupten: Wir spielen in bestimmten Forschungsbereichen in der internationalen Champions League mit. Dies gilt etwa für die Bereiche Pharmazie und Molekulare Medizin, wo die Universität Hand in Hand mit dem Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland an neuen Wirkstoffen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und insbesondere gegen die weit verbreiteten Antibiotikaresistenzen arbeitet.

Dies gilt, wie Sie wissen, insbesondere auch für den Bereich der Informatik mit einem breiten Themenspektrum von der Erforschung von Algorithmen und ihren Anwendungen über die Computerlinguistik bis hin zur künstlichen Intelligenz. Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz ist eben eines der weltweit größten Forschungszentren und deshalb zu Recht ein Aushängeschild für unsere saarländische Forschungslandschaft.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

International werden wir deshalb zunehmend eine Rolle spielen, wie ich es bereits beim Thema Digitalisierung hervorgehoben habe, im Bereich der Cybersicherheit. Dies, weil unser CISPA Helmholtz-Zentrum in Gründung nun zielorientiert ausgebaut wird. Wir sind dabei auf einem sehr guten Weg. Wir konnten erreichen, dass das CISPA bereits 2018 in die HGF-interne Evaluierung aufgenommen wird, letztendlich eine Vorbedingung für die spätere Aufnahme in die programmorientierte Förderung. Für das Helmholtz-Zentrum rechnen wir im Vollausbau mit 500 neuen Arbeitsplätzen aus der Grundfinanzierung mit Wissenschaftlern aus allen Kontinenten. Damit stoßen wir in eine ganz neue Dimension vor, was den Umfang und die Internationalität unserer Forschercommunity angeht. Dann entsteht im Umfeld der Uni hier in Saarbrücken so etwas wie ein großes Global Village, für das wir natürlich auch die entsprechende Infrastruktur mit ausreichendem Wohnraum, englischsprachigen Kitaplätzen und englischsprachigen Schulangeboten bereitstellen müssen. Es ist völlig klar, dass wir eine Aufgabe vor uns haben, der wir uns stellen werden. Ich bin sicher, wir werden sie beherzt anpacken und sie meistern.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, von der Dynamisierung unserer Forschungslandschaft mit all ihren Innovationspotenzialen versprechen wir uns natürlich wichtige Impulse für die heimische Saarwirtschaft. Ganz gewiss war die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein wichtiger, ein zentraler Schritt hin zur Zukunftssicherung. Aber sie ist eben beileibe nicht alles, ich will das deshalb hier gar nicht überhöhen. Zukunft hat dieses Land nur mit einer wachstumsstarken und das heißt vor allem mit einer hochgradig wettbewerbsfähigen Saarwirtschaft. Nur wenn wir unsere unternehmerische Wertschöpfung weiter erhöhen, werden wir auch mehr steuerliche Wertschöpfung erzielen, das ist eine Binsenweisheit. Und nur mit höherer Steuerkraft werden wir die Chancen des neuen Bund-Länder-Finanzausgleichs tatsächlich auch nutzen können.

Dabei haben wir ganz eindeutige Standortvorteile. Dazu zählen vor allem unsere qualifizierten Fachkräfte, die Standortverbundenheit risikobereiter Unternehmerinnen und Unternehmer sowie unsere Lage im Fadenkreuz der europäischen Verkehrsnetze. Aber wir dürfen auch nicht die Augen verschließen vor den Risiken, die in diesem Zusammenhang mit dem Ausbau unserer Saarwirtschaft auf uns zukommen werden. Ich nenne hier nur die Stichworte Strukturwandel in der Fahrzeugindustrie, Herausforderungen des Mittelstandes durch digitale Geschäftsmodelle, Fachkräftemangel, Kaufkraftrückgang und vieles mehr. Was bisher unsere Stärke ist und auch in Zukunft unsere Stärke bleiben soll, nämlich ein starker international wettbewerbsfähiger Industriestandort zu sein, ist beileibe keine Selbstverständlichkeit. Denn mit dieser Stärke als Industriestandort sind wir eben in hohem Maße abhängig von den Entscheidungen aus der Industrie und von der Standortpräferenz der einen oder anderen Konzernzentrale. Das muss uns klar sein. Aus meiner Sicht wird eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre sein, diese Abhängigkeit von Konzernzentralen ein Stück weit zu reduzieren. Ich bin mir sicher, dass wir diese Aufgaben und diese Herausforderungen gemeinsam meistern werden.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wenn wir Industriestandort bleiben wollen - und das wollen wir -, dann dürfen wir das Rückgrat unserer Industrie nicht aus den Augen verlieren, das ist die Automobilwirtschaft. Mehr als 44.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in rund 260 Firmen beschäftigt. Etwa 15 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Saarlandes wird rund um den Fahrzeugbau erwirtschaftet. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes, wie es mit der Automobilindustrie weitergeht. Eines ist klar: Das Auto, wie wir es kennen, wird es

(Ministerpräsident Hans)

in den nächsten Jahren nicht mehr geben, das wird sich verändern. Ebenso klar sind die Trends wie E-Mobilität, autonomes Fahren und vernetzte Mobilitätskonzepte. Die zentrale Aufgabe der Automobilindustrie, auch im Saarland, wird sein, sich mit diesen Trends auseinanderzusetzen, sie als Herausforderung anzunehmen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Bei dieser Aufgabe unterstützen wir die saarländische Automobilindustrie.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Im Klartext heißt das aber auch, dass wir die Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte und neuer Geschäftsmodelle in enger Partnerschaft begleiten müssen. Unsere Kompetenzen in den Bereichen automatisiertes Fahren, komplexe Sensorsysteme, neue Werkstoffe, Leichtbau oder Cybersicherheit müssen wir weiter ausbauen. Sie werden noch stärker als bisher zum Pulsgeber der Automobilwirtschaft hier im Saarland werden. Das alleine reicht aber nicht. Wenn wir Strukturwandel mitgestalten wollen, müssen wir auch die Forschungsergebnisse konsequent verwerten, die es hier gibt. Wir brauchen Prozesse, die Kunden weltweit mit den passenden saarländischen Anbietern zusammenbringen, und Konzepte, wie deren Angebote schnell und gut marktfähig werden. Das ist es, worauf es in Zukunft ankommt.

Mit dem sogenannten Autogutachten von IW Consult haben wir Ende des vergangenen Jahres den Grundstein dafür gelegt, diese Prozesse anzupassen und unsere Wettbewerbsfähigkeit als Automobilstandort in der nächsten Dekade zu sichern. Auf dieser Grundlage gibt es Entwicklungsszenarien und Handlungsansätze. Nach dem wahrscheinlichsten Szenario, das herausgearbeitet worden ist, haben wir rund zehn Jahre Zeit, um uns auf diese Trends umzustellen. Zehn Jahre ist im Bereich der Industrie eine sehr kurze Zeitspanne, deshalb dürfen wir überhaupt keine Zeit verlieren und müssen uns auf diese Prozesse einstellen. Auch dafür steht diese Landesregierung.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wenn wir nicht wollen, dass das Auto der Zukunft sozusagen ohne uns abfährt, dann müssen wir bei dieser Aufgabe auch die Schlüsselrolle beachten, die den saarländischen Niederlassungen multinationaler Konzerne zukommt. In diesen Unternehmen herrscht ein harter interner Standortwettbewerb, wo in welche Zukunftsfelder investiert wird. Aus diesem Grund müssen wir unsere Kontakte in die Konzernzentralen hinterfragen, müssen neue Kontakte erschließen und bestehende Kontakte systematisch pflegen. Das haben wir in der Vergangenheit getan, das werden wir künftig aber noch intensiver tun müssen, wenn wir nicht abgehängt werden wollen. Ich bin festen Willens, ich will, dass bei allen Standort- und Investitionsentscheidungen das Saarland nicht nur bundesweit, sondern europaweit zu den ersten Adressen gehört.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Die Digitalisierung wird aber nicht nur die Arbeitswelt in der Industrie verändern, sie wird vor allem den Mittelstand verändern bis hin zum kleinsten Handwerksbetrieb. Ich nenne als Stichworte nur Online-Handel, 3D-Druck, digitale Kundenkommunikation, disruptive Geschäftsmodelle, E-Business, Algorithmen-gesteuerte Vertriebskonzepte und vieles mehr. Manche Mittelständler blicken sicherlich auch mit Sorge auf diese Entwicklung und fragen sich, ob sie in diesem technologischen Wandel mit seinem verschärften Wettbewerb überhaupt noch mithalten können. Für mich steht dabei fest, dass wir den saarländischen Mittelstand mit dieser Herausforderung nicht alleine lassen dürfen. Unsere Aufgabe ist es, den Mittelstand fit zu machen für die digitale und globalisierte Zukunft. Wir müssen den kleinen und den mittelständischen Betrieben dabei helfen, ihren Platz in der neuen digitalen Welt zu finden, neue digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln, auf neue Technologien und neue Vertriebskonzepte umzustellen und sich nicht zuletzt im Wettbewerb um Nachwuchs-, Führungs- und Fachkräfte erfolgreich zu behaupten. Bei diesen Aufgaben dürfen wir den Mittelstand nicht alleine lassen, wir müssen mit ihm gemeinsam an einem Strang ziehen!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Nicht nur die Landesregierung, sondern auch die Kammern, die Wirtschaftsfördergesellschaften sowie die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, alle sind hier gefordert, unsere bisherigen Unterstützungsformate, Kooperationsplattformen und Netzwerke weiterzuentwickeln und an den neuen Herausforderungen auszurichten. Mit der am ZeMA angesiedelten Kooperationsplattform, die sich vornehmlich um automatisierte Produktionsprozesse kümmert, ist dazu bereits ein erster wichtiger Schritt getan worden. Weitere Schritte werden folgen müssen, um bestehende Kompetenzen zu bündeln und den mittelständischen Betrieben ein umfassendes und leicht zugängliches Angebot aus Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie aus Einstiegs- und Fördermittelberatung zur Seite zu stellen. Genau das braucht unser Mittelstand, wenn er die technologische und digitale Revolution der nächsten Jahre erfolgreich meistern soll.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Mittelstandsförderung muss bei uns im Saarland aber auch immer Gründerförderung sein. Wir wissen, der Industrieanteil an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung ist bei uns überdurchschnittlich, die Selbstständigenquote ist unterdurchschnittlich im Vergleich zum Bundesschnitt. Wir wissen aus

(Ministerpräsident Hans)

eigener leidvoller Erfahrung, wie sehr strukturelle Wandlungsprozesse eine Region mit einseitigen Gewerbeschwerpunkten treffen können. Deswegen ist und bleibt Diversifizierung unser zentrales Ziel. Und der beste Humus, aus dem heraus Diversität erwachsen kann, ist ein pulsierendes Gründerklima.

Das Gründungsgeschehen ist im Saarland derzeit - das muss man ehrlich sagen - wie übrigens auch im gesamten Bundesgebiet tendenziell rückläufig. Das ist kein Herausstellungsmerkmal. Es muss aber auch kein schlechtes Zeichen sein, dass das so ist, denn das hängt zunächst einmal auch mit der guten Situation am Arbeitsmarkt zusammen. Wer möchte nicht Sicherheit haben, wer möchte nicht die Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz haben? Das kann man verstehen. Nichtsdestotrotz werden aber auch in den Unternehmen händeringend Fachkräfte gesucht. Dann gibt es eben weniger Gründungen.

Das darf uns aber nicht davon abhalten, einen kritischen Blick auf die eigene Situation zu werfen. Es stimmt, unsere Universität ist als EXIST-Gründerhochschule als eine von sechs deutschen Hochschulen vom Bundeswirtschaftsministerium ausgezeichnet worden - und das nicht ohne Grund. Das ist sicherlich ein Auszeichnungsmerkmal für unsere Hochschule. Es stimmt, dass die Anzahl der wissens- und technologiebasierten Unternehmensgründungen auf dem Campus der Universität vergleichsweise hoch ist, von daher nicht ungerechtfertigt. Allerdings - das schreibt unsere Kontaktstelle für Wissens- und Technologietransfer an der Universität selbst - „wachsen diese oft eher schwach. Es gibt dabei nur wenige Ausnahmen wie die IDS Scheer AG, die vor dem Verkauf an die Software AG circa 2.760 Mitarbeiter hatte. Selbst dreistellige Mitarbeiterzahlen wie bei der Key-Systems GmbH, der VENSYS Energy AG oder der Sirrix AG sind eher selten.“

Das bringt in aller Deutlichkeit auf den Punkt: Es gibt bei uns im Saarland eben immer noch eine zu große Diskrepanz zwischen Wissensentstehung auf der einen und Wissensverwertung auf der anderen Seite. Wir haben eine exzellente universitäre und außeruniversitäre Forschung. Aber es ist uns eben noch nicht ausreichend gelungen, diese wissenschaftliche Exzellenz letztendlich auch in Gründungen zu lenken. Auch müssen wir das hervorragende innovative Umfeld, das es gibt, stärker als Anziehungspunkt für Unternehmen, die im Hightech-Bereich tätig sind, nutzen und dafür werben.

Wir müssen aus diesem Grund eben auch darüber nachdenken, wie wir im Bereich der Gründerförderung neue Wege beschreiten und neue Unterstützungsformate entwickeln. Mit dem Bau eines neuen InnovationCenters am Campus der Universität werden wir einen wichtigen Schritt zur Intensivierung dieses Technologietransfers in unserem Land tun. Es müssen aber auch weitere Schritte folgen, damit aus Wissen Wertschöpfung und aus Wertschöpfung Wachstum entsteht. Das, meine Damen und Herren, ist die Zukunftsaufgabe unseres Landes. Denn dieser Wandel in ein neues technologisches Zeitalter ist in vollem Gange. Deswegen dürfen wir diesen Zug nicht verpassen und müssen rechtzeitig darauf aufspringen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wir Saarländerinnen und Saarländer können Strukturwandel. Das haben wir bis zum heutigen Tag mehrfach bewiesen. Strukturwandel braucht aber auch die entsprechende Dynamik. Diese Dynamik zeigt sich ganz besonders an der Intensität des Gründungsgeschehens und am Gründungsklima. Meine Vision ist: Das Saarland muss in den nächsten fünf bis sieben Jahren zu einem bundesweit anerkannten und bekannten Hotspot für junge Gründer und für Ansiedlungen werden, zu einem Wirtschafts- und Hochschulstandort, an dem innovative und spannende Geschäftsideen realisiert und vor allem auch Wachstumsraten erzielt werden. Das muss das Ziel dieser Landesregierung sein.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun in diesem Land. Ich habe in meinen Ausführungen, auch wenn sie nicht gerade kurz waren, längst nicht das gesamte Spektrum an Herausforderungen ausgeleuchtet. Ich habe viel von Wissen, von Technologie, von Digitalisierung und von Dynamik gesprochen, von all dem also, was unseren Weg in ein modernes Saarland ausmacht. Aber bei aller Notwendigkeit, mit der Rasanz des Fortschritts mitzuhalten, dürfen wir niemals vergessen: Es gibt auch Menschen, die nicht mithalten können, Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nicht oder nur sehr eingeschränkt an den Segnungen unseres Wohlstands teilhaben können. Die Menschenwürde gilt aber nicht nur für die Erfolgreichen, die Leistungsfähigen, die Gewinner. Sie gilt für jeden in unserer Gesellschaft. Auch das gehört für mich zu einem modernen Land dazu. Hier werden wir nicht weniger ambitioniert handeln. Ich denke etwa an eine engagierte und nachhaltige Armutsbekämpfung in unserem Land. Auch das war immer wieder Thema hier im Landtag. Ich will und ich werde mich nicht damit abfinden, dass sich am unteren Ende der sozialen Skala Armut und soziale Isolation verfestigen. Dieses Thema wird uns in den nächsten Jahren weiter beschäftigen und ich verspreche Ihnen, dass es hier auch signifikante Impulse von der saarländischen Landesregierung geben wird.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Gleiches gilt für das Thema Integration. Die Flüchtlingssituation haben wir nicht zuletzt mit der Hilfe vieler Ehrenamtlicher gemeistert. Wir haben sie bes-

(Ministerpräsident Hans)

ser gemeistert, als das in den anderen Regionen der Fall war. Das habe ich schon gesagt. Man kann dieses Engagement sicherlich nicht hoch genug würdigen. Aber jetzt beginnt die Mühe der Ebene. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, haben Wohnungen. Sie sind fürs Erste versorgt. Ihre Kinder brauchen jetzt Schulen, Erwachsene orientieren sich auf den Arbeitsmarkt hin und sind zum Teil auch schon in Lohn und Brot. Jetzt muss aber die soziale und kulturelle Integration dieser Menschen, die zu uns gekommen sind, erfolgen. Hier werden wir strenge Maßstäbe anlegen im Sinne des Förderns, aber auch im Sinne des Forderns. Für mich ist klar: Wer sich an unsere Rechtsordnung hält, wer sich integriert, wer alles daran setzt, Fuß zu fassen, wer Gas dabei gibt, einen Job zu erreichen, der gehört zu unserem Saarland. Aber wer sich nicht daran halten will, der gehört nicht zu uns. Wir müssen stärker betonen, was zu uns gehört. Wir dürfen nicht so oft sagen, was nicht zu uns gehört, sondern das, was zu uns gehört, muss herausgestellt werden. Das muss Ziel unserer Politik sein.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich glaube, es ist auch ganz ähnlich mit unseren Religionen. Ich halte nichts von der Diskussion, ob der Islam nun zu Deutschland gehört oder nicht. Unser Staat ist weltanschauungsneutral. Das kann man auch gerade unter dem Kreuz hier im Plenarsaal sagen. Das ist mit gutem Grund so im Grundgesetz verankert. Von daher kann unser Staat gar nicht bestimmen, welche Religion nun zu uns oder zu unserem Land gehört. Wir müssen allerdings als Staat auch betonen, was der Staat kann, wozu er sogar als wehrhafter demokratischer Staat verpflichtet ist, nämlich das politisch-gesellschaftliche Agieren religiöser Gemeinschaften genau zu beobachten. Hier gilt für mich klipp und klar: Religionsgemeinschaften, gleich welcher Glaubensrichtung sie angehören, die sich nicht an an die Werte unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft halten, die unsere freiheitliche, demokratische Gesellschaft unterwandern wollen oder sogar die Interessen ausländischer Mächte auf deutschem Boden vertreten und propagieren wollen, gehören genauso wenig zu uns wie Parteien, die nicht auf dem Boden unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung stehen. Diese Personen, diese Objekte, diese Parteien und diese Leute gehören nicht zu uns.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Kolleginnen und Kollegen, gerade in Zeiten des rasanten gesellschaftlichen Wandels brauchen die Menschen Orte der Gewissheit. Sie brauchen Orte der Geborgenheit, der Nähe und des Zusammenhalts. Sie brauchen Sphären der Erholung, der Abwechslung vom Alltag, des kulturellen Genusses - auch das darf ein saarländischer Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung sagen -, sie brauchen auch das leibliche Wohl. Das leibliche Wohl gehört auch in den Vordergrund. Letzteres ist für uns ein Thema: „Hauptsach, gudd gess.“ Dazu stehen wir.

Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Land brauchen eine Heimat, die ihnen das Liebgewonnene belässt. Sie brauchen aber auch eine Heimat, die sie stark macht für das Neue. Um den Saarländerinnen und Saarländern genau diese Heimat zu sichern, dazu haben sie uns, dazu haben sie diese Landesregierung, dazu haben sie diesem Parlament ein Mandat gegeben. Unsere Pflicht und Aufgabe ist es, dieses Mandat verantwortungsvoll auszufüllen, die anstehenden Herausforderungen tatkräftig und entschlossen zu meistern. Also, packen wir’s an! Ich freue mich drauf.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:
Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Bevor wir nun zur Aussprache kommen, weise ich darauf hin, dass sich die Fraktionen auf eine Redezeit im Umfang des zweifachen Redezeitmoduls verständigt haben. Die Landesregierung trägt diese Vereinbarung freiwillig mit.

Ich eröffne nun die Aussprache zur Regierungserklärung. - Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann in der zur Verfügung stehenden Redezeit natürlich nicht auf alle Punkte eingehen, die der Ministerpräsident angesprochen hat. Ich möchte auf die Punkte eingehen, die uns und mir wichtig sind.

Es gibt eine Reihe von Übereinstimmungen, auch das will ich erwähnen. Wenn Sie beispielsweise vorhaben, Institute der künstlichen Intelligenz oder eine deutsch-französische, eine europäische Universität hier anzusiedeln, so unterstützen wir das nachhaltig. Das ist im Interesse unseres Landes. Wir haben dazu in den letzten Jahren günstige Voraussetzungen geschaffen. Insofern wünschen wir Ihnen und Ihrer Regierung bei solchen Projekten viel Erfolg. Wir wären froh, wenn solche Ansiedlungen bei uns an der Saar stattfinden würden.

Sie werden verstehen, dass ich heute einige Akzente setzen will, die mir wichtig sind. Ich habe mir die Frage gestellt, was ich in Ihrer Situation, Herr Hans, getan hätte. Sie sind nun einmal mitten in der Legislaturperiode Nachfolger einer Ministerpräsidentin geworden. Natürlich müssen Sie zunächst auf die Kontinuität dieser Politik verweisen. Das würde jeder so tun. Die Frage ist aber, ob es nicht wichtig wäre, andere Akzente zu setzen, um für die Zukunft eine an-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

dere Ausgangsbasis zu finden. Ich bin der Meinung, das wäre wichtig.

Auf diese anderen Akzente will ich zu sprechen kommen. Ich hätte beispielsweise an Ihrer Stelle nicht den Begriff des wohlbestellten Hauses gewählt. Ob er von Ihnen selbst ist oder wer Ihnen dazu geraten hat, tut nichts zur Sache. Ich bin aber nicht der Auffassung, dass wir sagen können, das Saarland sei ein wohlbestelltes Haus. Ich will die wichtigste Zahl nennen, die Sie genau wie die Ministerpräsidentin bei ihrer letzten Regierungserklärung verschwiegen haben. Wir haben nun einmal 14,4 Milliarden Schulden. Bei einem solchen Schuldenberg kann man nicht von einem wohlbestellten Haus sprechen. Das ist einfach die Wahrheit.

(Beifall von der LINKEN.)

Wenn jemand viel Geld hat, so sagen wir, er habe Vermögen. Das Wort Vermögen bedeutet, dass er etwas tun kann. Wenn jemand viele Schulden hat, dann sagt man aber nicht, er sei unvermögend oder nicht vermögend. Wenn man das Wort unvermögend vermeiden will, wäre der Ausdruck nicht vermögend angebracht, weil derjenige, der viele Schulden hat, in irgendeiner Form gefesselt ist. Er kann nicht das tun, was andere tun können, die eine weitaus bessere finanzielle Situation haben. Wenn wir also über die Zukunft unseres Landes nachdenken, so müssen wir beachten, dass wir weitaus ungünstigere Startbedingungen haben als andere, mit uns vergleichbare Länder. Deshalb wäre es gut gewesen, diese wichtigste Zahl der Landespolitik zu nennen und zu sagen, dass wir noch große Probleme vor uns haben.

In diesem Zusammenhang ist von uns immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir ja Verständnis dafür haben, dass Sie vor der Landtagswahl das Ergebnis des Bund-Länder-Finanzausgleiches gelobt haben, denn vor der Wahl muss eine Regierung ihre großartigen Leistungen loben. Ich darf aber noch einmal die Zahlen in Erinnerung rufen: Das finanzstarke Bayern bekommt bei einem solchen Deal 1,35 Milliarden, das finanzstarke Baden-Württemberg erhält bei einem solchen Geschäft der Ministerpräsidenten untereinander und mit dem Bund 961 Millionen und das finanzstarke Sachsen 768 Millionen. Das wirklich finanzschwache Saarland hat 489 Millionen aufzuweisen. Wir vertreten die Auffassung, dass der Rechnungshof Recht hat, der sagt, letztlich sind es nur 150 Millionen. Aber dann war das Ganze doch ein schlechtes Geschäft. Meine Damen und Herren, es wäre gut, wenn wir uns endlich Klarheit darüber verschaffen, dass wir bei der Regelung der Haushaltsnotlage und der Finanzen noch sehr viel zu tun haben.

(Beifall von der LINKEN.)

Es darf nicht so sein, dass nur die Medien darauf aufmerksam machen. Wir können nicht nur die Landesschulden nennen, sondern wir müssen auch noch die völlig überschuldeten Saargemeinden dazunehmen. Davon war auch zu wenig die Rede. Wir haben nämlich die am stärksten überschuldeten Gemeinden in Deutschland. Auch hier will ich Ihnen einmal Zahlen nennen, denn ohne Vergleich mit anderen Ländern reden wir uns unsere Welt nur schön. Wenn wir uns mit anderen Ländern vergleichen, werden wir feststellen, dass unsere Gemeinden so überschuldet sind, dass das Saarland im Gegensatz zu Bayern, das pro Kopf und Einwohner 644 Euro ausgibt, nur 203 Euro ausgibt. Rechnen Sie die Differenz von über 400 Euro einmal auf 1 Million Einwohner hoch, dann wissen Sie, welche Lücke klafft und wie problematisch es ist, wenn beispielsweise das finanzstarke Bayern bei dieser ungeheuer guten Finanzausstattung pro Jahr 1,35 Milliarden zusätzlich erhält, wir aber bei einer solch riesigen Lücke mit dieser geringen Summe abgespeist werden. Ich sehe, der Präsident des Rechnungshofes ist hier. Es war gut, dass der Rechnungshof, der nun wirklich kein Instrument der Opposition ist, darauf aufmerksam gemacht hat, dass es im Grunde genommen nur 150 Millionen sind.

Ich nenne diese Zahl, weil sie für die nächste wichtige Frage, nämlich die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, von enormer Bedeutung ist. Das A und O jeder wirtschaftlichen Entwicklung ist die Investitionshöhe. Wenn wir bei der Investitionshöhe zurückfallen, dann fallen wir auch wirtschaftlich zurück. Deshalb war es gut, dass die Saarbrücker Zeitung bei dem Report über die Kommunalfinanzen darauf hingewiesen hat, dass das Saarland beim Wirtschaftswachstum immer weiter zurückfällt. Wenn wir sagen, wir haben dies und jenes, dann stimmt das zwar alles, und wir sollten uns über kleine Fortschritte hier und da freuen, natürlich auch über größere Fortschritte. Ich freue mich auch, dass jetzt ein Unternehmen angesiedelt worden ist, das die Perspektive hat, 1.000 Arbeitsplätze aufzubauen, selbstverständlich freut man sich darüber und erkennt es an. Wir können aber solche Zahlen, die uns andere nennen und die zeigen, dass wir beim Wirtschaftswachstum immer weiter zurückfallen, nicht ignorieren und sagen, dass alles bestens ist.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat im selben Zeitraum einen Bericht darüber gebracht, wie die Wirtschaft der Länder in den letzten Jahren gewachsen ist. Falls Sie den Bericht anzweifeln, kann ich ihn Ihnen gerne zeigen. Dort steht nicht nur, dass wir weiter zurückfallen, dort steht, dass wir gerechnet über viele Jahre und im Ergebnis das schwächste Wirtschaftswachstum aller Länder haben. Das ist aber notwendigerweise so, wenn man bei den öffentlichen Investitionen so weit zurückhängt wie wir.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir daran gehen, die Zukunft unseres Landes zu planen, dann müssen wir unsere Ausgangssituation kennen, dann dürfen wir die wichtigste Zahl nicht verschweigen, dann müssen wir sehen, dass wir immer noch überschuldet sind. Deswegen ist es gut, dass wenigstens Beobachter von außerhalb dies erwähnen wie etwa die Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung, die sinngemäß schreibt: Es ist jetzt an der Zeit, dass der Bund dafür sorgt, dass das Leben in Saarbrücken bunter wird. Die Altschulden müssen zurückgefahren werden. Das ist ein Gebot der Zukunft. - Das müssen wir doch auch sagen. Wir können uns das doch nicht von anderen sagen lassen.

(Beifall von der LINKEN.)

Was Sie hier vorgetragen haben, hätte ich genauso vorgetragen, wenn ich in Ihrer Fraktion wäre, aber wir müssen uns doch einmal Klarheit darüber verschaffen, was die Ausgangsposition ist. Deshalb hätte ich an dieser Stelle nicht den Begriff des wohlbestellten Hauses verwandt.

Wenn wir über das wirtschaftliche Wachstum sprechen, dann ist die Frage, was wir angesichts dieser Zahlen noch tun können. Sie haben den Stahl angesprochen, der neben der Automobilwirtschaft ein wichtiger Faktor des Landes ist. Sie haben darauf hingewiesen, dass der Stahl von Entscheidungen betroffen ist, die weltweit im Gange sind. Mich hat gefreut, dass heute gemeldet worden ist, dass im letzten Jahr wieder Erträge erwirtschaftet worden sind. Die Entwicklung der beiden Jahre vorher war schon beängstigend und man hat sich die Frage gestellt, warum wir solch große Anstrengungen unternommen haben, um die Stahlindustrie auf gute Füße zu stellen. Wenn jetzt wieder Erträge vorhanden sind, ist das sehr positiv. Ich möchte hinzufügen: Es ist natürlich klar, dass wir bei einem solch geringen Handelsvolumen mit den Vereinigten Staaten wahrscheinlich keine Probleme bekommen, wenn dort die Zölle erhöht werden. Saarstahl gibt 4 Prozent als Handelsvolumen mit den USA an. Die Dillinger Hütte sagt, sie hat ihr Engagement deutlich zurückgefahren.

(Äußerung von Ministerin Rehlinger.)

Frau Wirtschaftsministerin, Sie haben eben bei meinen Ausführungen gestöhnt, aber wenn von außerhalb neue Mengen auf den europäischen Markt drängen - die Fachvereinigung spricht von 40 Prozent Wachstum -, dann werden auch wir Probleme bekommen. Das ist aber keine Aufgabe der saarländischen Politik, denn wir würden uns überheben und übernehmen, sondern es ist Aufgabe der Bundesregierung, in Gesprächen mit den europäischen Nachbarn und den USA darauf hinzuwirken, dass ein Handelskrieg vermieden wird. Denn ein Handelskrieg geht letztlich zulasten aller Beschäftigten in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten.

(Beifall von der LINKEN.)

Wenn ich über das Wirtschaftswachstum und die Finanzen gesprochen habe, dann taucht notwendigerweise auch der Begriff Digitalisierung auf. Wenn heute über Wirtschaft gesprochen wird, dann wird immer über Digitalisierung gesprochen. Dennoch müssen wir sagen, es ist wiederum nicht alleine die Schuld der saarländischen Landesregierung, dass Deutschland weit zurückhängt. Das ist für mich das Ergebnis der schwarzen Null und der daraus resultierenden Investitionsschwäche Deutschlands im Vergleich mit anderen Ländern.

Im öffentlichen Sektor haben wir eine enorme Investitionsschwäche. Deshalb wurde gestern oder vorgestern in den Nachrichten die Bundeskanzlerin eingespielt. Sie hat gesagt, bis zum Jahr 2018 werden alle überall in Deutschland ein schnelles Netz haben. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Investitionen weit zurückgeblieben sind. Ich möchte deutlich sagen, da ist etwas bei der öffentlichen Investitionstätigkeit in Deutschland zu verändern. Wir können mit dieser Finanzpolitik, die stolz darauf ist und sich damit schmückt, dass man eine schwarze Null hat, durchaus anders umgehen. Man kann die schwarze Null auch erreichen, wenn man beispielsweise Vermögenssteuern einführt - ich weiß, Sie kriegen jetzt wieder Pickel -, das ist aber durchaus möglich. Es ist einfach schlecht, eine schwarze Null anzupeilen und im öffentlichen Sektor unterinvestiert zu sein. Das ist ein wirklich gravierender ökonomischer Fehler. Hier kann ich die öffentliche Kritik nur nachvollziehen.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich möchte darauf hinweisen, dass das Problem der Digitalisierung - aus Zeitgründen muss ich das kurz streifen - nicht nur ein Problem in der Art ist, wie Sie es darstellen. Da gibt es keine Differenz. Ich will aber auf einen anderen Punkt zurückkommen, der mir sehr wichtig ist. Die jüngsten Meldungen von einem Unternehmen aus Cambridge zeigen, dass die Technologie, über die wir reden - Facebook, Google und so weiter -, eine Herausforderung für die Gesamtgesellschaft in einem Ausmaß ist, das immer noch nicht erkannt ist. Es geht nämlich um eine neue Form der Enteignung. Es geht um die Enteignung des Privatlebens der Menschen. Das ist eine noch nie da gewesene Herausforderung. Diese Enteignung des Privatlebens der Menschen können wir einfach nicht so weiterlaufen lassen, wie das jetzt geschieht. Ich will Ihnen ein Gegenkonzept vorschlagen. Wir brauchen gegenüber Google, Facebook und all denen eine öffentlich-rechtlich kontrollierte Plattform, die diese Dienstleistungen ebenso anbietet.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

(Beifall von der LINKEN. - Vereinzelt Lachen. - Sprechen.)

Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt. Es geht nämlich nicht nur um die Enteignung unseres Privatlebens. - Wissen Sie, wer eine solche Plattform als Erster gefordert hat? Es war der Feuilletonchef der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Herr Schirrmacher, der sich vielleicht ein bisschen intensiver mit diesem Thema beschäftigt hat als mancher, der hier meint, er könne in der Provinz irgendwie so daherreden. Es geht nicht nur um die Enteignung des Privatlebens, es geht auch um das Aushöhlen unserer demokratischen Ordnung. Wenn es so ist, dass die Leute mit regelrechten psychischen Profilen angesprochen werden und in ihrem Denken beeinflusst, ja manipuliert werden, dann können wir als Parlamentarier aller Länder dieses Thema nicht mehr außen vor lassen. Ich werbe nachdrücklich für eine öffentlich-rechtliche Plattform - deutschland- oder europaweit - und eine öffentlich-rechtliche Kontrolle. Wir haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren. So viel von mir zum Thema Digitalisierung.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich bin der Auffassung, wir dürfen es nicht immer nur unter ökonomischen Aspekten sehen. Sie sind alle wichtig. Alles, was Sie vorgetragen haben, unterstreiche ich. Es ist aber nicht nur eine ökonomische Frage, deshalb spreche ich sie an. Es ist für mich eine Frage der Entwicklung der Gesamtgesellschaft. Ich muss sagen, auch ich habe längere Jahre diesem wichtigen Thema eine viel zu geringe Beachtung geschenkt. Ich möchte darauf hinweisen, dass nach meiner Auffassung hier ein Grundbaustein unserer Gesellschaft infrage steht. Deshalb wollte ich dies ansprechen.

Nachdem ich Finanzen und Wirtschaft angesprochen habe, komme ich zu einem einzigen Umweltthema. Das ist Cattenom. Sie konnten es nicht ansprechen, wahrscheinlich auch aus Platzgründen oder so. Man kann ja nicht alle Themen ansprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Ich komme zu einem anderen Punkt. Ich möchte darauf hinweisen, dass es natürlich nach wie vor sehr ärgerlich ist, dass in Cattenom wiederum in größerem Umfang investiert wird und dass unsere Einwendungen praktisch keine Ergebnisse haben. Das ist sehr schade. Deutsch-französische Zusammenarbeit bedeutet meiner Auffassung nach auch, dass man in einem solch gravierenden Punkt Rücksicht nimmt auf die Befindlichkeiten der Nachbarregionen, auf Luxemburg, das Saarland und Rheinland-Pfalz. Deshalb bin ich der Auffassung, dass das eine Sache auf Bundesebene ist. Man sollte noch einmal mit Frankreich verhandeln, wie wir dieses Problem im Interesse der Großregion lösen können.

(Beifall von der LINKEN.)

Sie werden mir nachsehen, dass hier ein Punkt ins Spiel kommt, den ich ansprechen muss. Es ist nämlich so, dass wir zwei Minister im Kabinett haben, die in ihrer Funktion eine besondere Möglichkeit haben. Das sind Wirtschaftsminister Altmaier und der Außenminister Maas, wenn es um eine solche Frage geht. Ich will hier nur eines sagen und bitte darum, es richtig zu verstehen. Wenn wir Minister im Kabinett haben, dann können wir immer froh darüber sein. Aber ich wünsche mir, dass die Tätigkeit von Saarländern im Bundeskabinett irgendetwas Greifbares für das Saarland bringt. Da können wir uns von Bayern wirklich sehr viel abschneiden, wenn es darum geht, für das eigene Land etwas herauszuholen. Deshalb spielen Bayern in der Bundesliga und wir leider in der Regionalliga. Ich muss das so deutlich sagen.

(Beifall von der LINKEN. - Vereinzelt Lachen.)

Der Kollege Altmaier war so lange Finanzminister, wie ich es war. Aufgrund der Differenzen mit - -

(Lachen. - Zuruf: Der war gut.)

Ich will aber sagen, in meiner Zeit sind Milliarden hierher geflossen. Damals ist die deutsch-französische Hochschule hierhergekommen.

(Zuruf: Sie hatten einen Ausreißer.)

Ja, gut. - Aber man verlangt gar nicht solche Summen. Aber wenn gar nichts kommt, dann muss man irgendwann die Frage stellen, was die Damen und Herren im Kabinett eigentlich machen. Das sage ich in aller Klarheit. Da kommt gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir können das Leistungsprinzip nicht völlig außer Kraft setzen, wenn wir über Regierungsarbeit sprechen. Irgendwann muss jemand einen Nachweis bringen, dass er irgendetwas in Bewegung gesetzt hat, sonst ist es für ihn zwar schön, wenn er auf einem bestimmten Stuhl sitzt, und er kann auch in der Gegend herumreisen, aber irgendetwas muss doch dabei herauskommen.

Sie sprachen Cattenom an. Das Projekt einer Schienenverbindung von Saarbrücken nach Paris und Frankfurt ist nicht von selbst gekommen. Das ist unter anderem gekommen - ich habe es gesagt -, weil Bundeskanzler Kohl das als Pfälzer unterstützt hat. Es ist aber auch deshalb gekommen, weil der damalige Ministerpräsident die Möglichkeit hatte, wenn er es denn wollte, mit dem französischen Staatspräsidenten zu reden. Wir haben jetzt zumindest die Möglichkeit, über die beiden genannten Minister solche Kontakte in die Regierung zu haben.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Wenn wir diese Kontakte in die Regierung haben - mehr sage ich nicht; das ist wirklich keine Sache, die man auf die leichte Schulter nehmen soll -, dann sollten wir sie immer wieder ansprechen und sagen, du hast jetzt die Möglichkeit, etwas für unser Land zu erreichen, dann tue es bitte auch. Deshalb verweise ich auf die Bayern, die in dieser Richtung sehr viel mehr leisten, als bei uns in der Vergangenheit geschehen ist.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich komme jetzt zu einem anderen Feld, zur Krankenhausversorgung und zur Pflege. Das haben Sie gestreift; das wird vom Ministerium geliefert. Aber die Widersprüche, die in der letzten Zeit deutlich geworden sind, sind nicht angesprochen worden. Ich werde nämlich von Saarländern angeschrieben und angesprochen, warum diese Widersprüche nicht aufgelöst werden. Einer schreibt: Vor einem halben Jahr hieß es noch, wir müssen Betten abbauen. Vor einem halben Jahr hieß es noch, wir müssen Geld geben, damit die Betten abgebaut werden. Jetzt heißt es, wir müssen die Betten aufbauen. Was ist da eigentlich passiert? Die Leute fragen: Leben wir in Schilda? Wo leben wir? Ist das ein Schildbürgerstreich, dass zuerst mit Geld Betten abgebaut werden und dann wiederum mit Geld Betten aufgebaut werden?

Frau Ministerin, als das hier begründet wurde, hat Ihr Staatssekretär gesagt, wir haben eine überdurchschnittlich hohe Krankenhausdichte und Bettendichte. Es wurden die Zahlen der Bettendichte pro 100.000 Einwohner genannt. In Europa sind es 534, im Bund 611 und im Saarland 648. Mit diesen Zahlen haben Sie begründet, warum man Betten abbauen müsse. Was hat sich jetzt geändert? Es wurde bisher nichts vorgelegt, was für mich nachvollziehbar wäre, um zu sagen, wir müssen die Politik fundamental ändern. Hier hat die Landesregierung also einen erheblichen Nachholbedarf. Man kann sich nicht immer nur auf irgendwelche Gutachter beziehen. Gutachter können auch ein bisschen Quatsch aufschreiben. Nein, es muss auch Fachkompetenz im Ministerium vorhanden sein, wenn Investitionsentscheidungen getroffen werden. Das kann man wirklich erwarten.

(Beifall von der LINKEN.)

Dasselbe gilt für die Pflege. Es wurde vor einiger Zeit gesagt, wir haben keine Defizite oder Mängel in der Gesamtversorgung der ambulanten Pflege. Das hört man ja gerne. Jetzt hat man plötzlich etwas Neues erkannt. Es kam ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen; er ist wieder zurückgezogen worden. In diesem Antrag stand, dass doch Nachholbedarf besteht. Es ist gut, wenn man einmal eine Meinung oder Position ändert, aber man ist dann in der Begründungspflicht. Wir haben bei der Pflege auf Bundesebene dasselbe beobachtet. Da wird erzählt, wir haben jetzt einen enormen Bedarf. Wir werden ein paar tausend zusätzliche Stellen anbieten. Die fachlich damit Befassten aber sagen, es fehlen 80.000 Stellen.

Das ist dann ja runterzurechnen auf unser Land. Ich weise nur darauf hin, dass man - weil Sie jetzt mit einer neuen Funktion betraut sind und das ein oder andere verändern können - hier auf eine klare Linie drängen muss. Wir können nicht einfach ins Blaue hinein planen, Geld ausgeben und nachher wieder das Gegenteil von dem erzählen, was wir vorher erzählt haben. Das kostet ja alles viel Geld.

Ich sage noch einmal: Für mich gibt es eine Richtlinie, die sehr entscheidend ist in der ganzen Frage, die wir diskutieren, und das ist der Vergleich mit allen Ländern. Alle Zahlen, die wir hier haben - Sie haben ja auch wieder gesagt, wir werden 1 Milliarde investieren -, nutzen nichts, wenn andere Länder pro Kopf deutlich höhere Investitionsraten haben. Deshalb bitte ich Sie wirklich - ich habe das schon oft hier vorgetragen -, diese wichtige Herangehensweise in Zukunft einzuhalten, dass man immer das, was wir hier anzubieten haben, mit anderen Ländern vergleicht. Dann hat man nämlich Maßstäbe, um Entscheidungen zu treffen, populäre, aber auch unpopuläre. Anders geht es nicht. Wir müssen bei unserer Haushaltslage schlicht und einfach eine Einsicht haben: Wir haben weniger „Vermögen“ als andere Länder und wir müssen versuchen, mit dieser Situation fertig zu werden.

Neben der Krankenhausfrage, die ich jetzt herausgreife, will ich noch etwas zum Sport sagen, weil er im Mittelpunkt der Landespolitik gestanden hat. Es ist mittlerweile klar, das braucht hier auch nicht weiter vertieft zu werden, dass im Landessportverband in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Fehlentscheidungen getroffen worden sind. Soweit es um den Landessportverband geht, werden auch Konsequenzen gezogen und es wird versucht, das Ganze aufzuarbeiten. Es geht aber nicht nur um den Landessportverband. Es geht auch um die Landesregierung. Ich möchte eines sagen - ich habe vorhin von Begriffen gesprochen -, es ist auch nicht richtig, wenn die Landesregierung sich hinterher auf den Begriff der Rechtsaufsicht zurückzieht. Die Landesregierung ist nicht nur Rechtsaufsicht, sie ist über die Organe, die das Geld bewilligen et cetera, so sehr mit den ganzen Entscheidungen verwoben, dass sie natürlich auch fachlich gefordert ist, wenn es um die Förderung des Sports geht.

Ich hatte die Politik des Innenministers in der Flüchtlingsfrage mehrfach gelobt. Ich muss sagen, bei der Sportförderung bin ich etwas zurückhaltender, Herr Minister, Sie zu loben. Ich will nur darauf hinweisen, mit der Rechtsaufsicht alleine ist es nicht getan. Die Landesregierung ist in der verdammten Pflicht, hier

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

ihre Aufgabe zu erfüllen, und da geht es um die Struktur der Förderung des Saarsports. Sie ist über viele Jahre gewachsen, etwa seit der Neuberger-Zeit, Ältere wissen vielleicht noch, wer das war. Das ist alles organisch gewachsen. Nur irgendwann merkt man - auch hier wiederum der Vergleich mit anderen Ländern -, dass in unserem Land diese Organisationsstruktur zu Fehlentwicklungen geführt hat. Deshalb brauchen wir - ich sage das in aller Sachlichkeit - eine neue Organisationsstruktur, die insbesondere sicherstellt, dass stärker als bisher kontrolliert wird, was dort eigentlich geschieht.

(Beifall von der LINKEN.)

Sie sind innerhalb der Koalition in dieser Frage nicht einer Meinung. Wir haben aufmerksam gehört, was Sie gesagt haben, Herr Ministerpräsident. Ich begrüße das, Sie stecken ja nicht drin, soweit ich das überblicke. Aber ein Ding muss man nun wirklich anpacken, und zwar diesen sogenannten Strukturfonds. Der hat uns schon, als er damals eingerichtet worden ist, etwas irritiert. Wir hatten uns gefragt, was das soll. Es gab schon immer eine Kulturförderung und Sportförderung, warum jetzt noch einen besonderen Fonds? Ich habe den Eindruck, dass jetzt auch der sozialdemokratische Koalitionspartner merkt, dass es hier um eine Art Wahlkampfkasse für die CDU ging. Ich muss sagen, dafür ist die Sportförderung nun wirklich nicht da!

(Beifall von der LINKEN.)

Wir brauchen eine andere Struktur und wir brauchen eine andere Kontrolle. Alle Beteiligten müssen sich, auch wenn sie einbezogen waren - ich schaue jetzt, wie Einzelne reagieren, das ist richtig spaßig -, das wirklich hinter die Ohren schreiben. Es war immer so, dass Minister über das Land gereist sind und Scheckchen verteilt haben.

(Abg. Funk (CDU): Das müssen Sie ja wissen!)

Ich war zu faul dafür, das haben meine Minister gemacht!

(Heiterkeit.)

Es war immer so, aber es gibt bei allem Grenzen. Ich überblicke die Politik hier an der Saar über Jahrzehnte. Wenn man meint, obwohl man vom Stimmenergebnis her noch nicht einmal die Hälfte der Wähler vertritt - auch das sollten Sie sich manchmal in Erinnerung rufen -, man müsse alle Entscheidungen unter den Gesichtspunkten einer oder zweier Parteien treffen, dann ist das eine Fehlentwicklung. Wir werden Filz nie ganz abstellen können, wir werden parteipolitische Einflussnahme nie ganz abstellen können. Aber man kann es in einem Ausmaß übertreiben, dass die Wählerinnen und Wähler unruhig werden. Das ist derzeit im Saarland der Fall und deshalb müssen wir hier etwas tun.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich begrüße auch, dass Sie ohne Weiteres - ich will das anerkennend sagen - Ihr Versprechen eingelöst haben und einen Untersuchungsausschuss mit uns tragen. Das ist notwendig. Daraus schließe ich, dass irgendetwas aufgearbeitet werden muss. Es ist auch keine Schande zuzugeben, dass Mist gebaut wurde und etwas aufgearbeitet werden muss. Auf jeden Fall werden wir diesen Untersuchungsausschuss nicht in erster Linie dazu benutzen, die Arbeit der Staatsanwaltschaft zu machen. Das ist nicht die Aufgabe. Es ist die Aufgabe, die Frage zu untersuchen, ob die politische Organisation der Sportförderung an der Saar richtig gewesen ist, ja oder nein. Wenn wir Nein sagen, dann müssen wir als Parlamentarier darauf hinwirken, dass eine neue Organisation kommt, die sicherstellt, dass solche Fehlentscheidungen nicht mehr getroffen werden. Da gibt es bereits Vorschläge.

Ein Staatsrechtler hat heute etwas zur Toto-Gesellschaft gesagt, in welche Rechtsform die gegossen werden soll. Das muss man diskutieren. Ich habe immer wieder die Frage gestellt, warum über die Gelder, die man für Sportanlagen ausgibt, nicht etwa im Unterausschuss des Haushaltsausschusses entschieden werden kann. Das kann man alles diskutieren. Dann muss man eben eine Organisationsform finden, die der Sache adäquat ist. Wir werden auf jeden Fall als Oppositionspartei darauf hinwirken, dass die jetzige Organisationsstruktur überwunden wird. Ich bin der festen Überzeugung, es lag nicht nur an den handelnden Personen, das da hin und her geschoben worden ist, es lag daran, dass die jetzige Organisationsstruktur regelrecht dazu verführt, Entscheidungen zu treffen, die weniger kontrollierbar sind und nach dem Freundesprinzip getroffen werden. Wenn man jeden gut kennt, dann sagt man, ja, du bekommst so viel, du auch und so weiter. Wir haben jetzt die Liste bekommen, es fehlt nur noch das Datum, wann die Segnungen verteilt worden sind. Dann kann man das besser überprüfen und besser beurteilen, ob es sich hier um eine reine Wahlkampffinanzierung gehandelt hat.

Da ich vielleicht noch auf den ein oder anderen erwidern muss, will ich zum Schluss kommen. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bei denen wir übereinstimmen. Ich konnte das aus Zeitgründen nicht alles ansprechen. Es gibt aber einige strukturelle Fragen, bei denen wir nicht übereinstimmen, bei denen Sie sich vielleicht schon gedanklich nähern, es aber noch nicht aussprechen. Das wichtigste Problem ist, dass wir unsere Finanzen in Ordnung bringen müssen. Das können wir nicht nur einer Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung oder dem Berichterstatter der Saarbrücker Zeitung, wenn es um die Kommunalfinanzen geht, oder anderen,

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

die ich jetzt nicht abrufen kann, weil ich nicht alles gesehen habe, überlassen. Das ist unsere Sache. Wir müssen tatsächlich unsere Hausaufgaben machen. Wir haben sie zur Hälfte gemacht, aber die andere Hälfte fehlt noch. Ohne dass dieses Land bei den Investitionen dieselben Möglichkeiten hat wie vergleichbare andere Länder, wird es weiter zurückfallen. Wir müssen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger alle Anstrengungen unternehmen, um in die Lage zu kommen, genauso nach vorne zu investieren wie andere Bundesländer auch. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:
Als nächstes hat in der Aussprache der Fraktionsvorsitzende Alexander Funk das Wort.

Abg. Funk (CDU):
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein Tag voller Premieren. Der Landtagspräsident hat seine erste Sitzungsleitung übernommen, der Ministerpräsident hat seine erste Regierungserklärung in diesem Hause gehalten und ich darf als neuer Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion zum ersten Mal hier am Pult stehen. Diese Plenarsitzung bringt also allerhand Neues, nur, Herr Kollege Lafontaine, Ihre Rede hat leider nichts Neues gebracht. Sie haben wieder und wieder versucht, das Saarland in ein schlechtes Licht zu rücken. Sie haben versucht, mit falschen Statistiken und falschen Zahlen Stimmung zu machen. Ich will sie Ihnen gerne nennen. Die Tatsache, dass der Schuldenberg bei 14 Milliarden steht, kann man selbstverständlich nicht wegdiskutieren. Aber auch darüber haben wir schon mehrmals diskutiert, auch Sie haben in Ihrer Regierungszeit am Anfang mit 6 Milliarden DM Schulden angefangen. Am Ende Ihrer Regierungszeit waren diese Schulden verdoppelt. Sie haben also alles andere als die Schulden reduziert.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das ist doch alles falsch!)

Wir können ja die absoluten Zahlen holen, wir haben diese Diskussion schon häufiger geführt. - Dann haben Sie die Teilentschuldungen, von denen Sie gesprochen haben, ins Saarland gebracht, wofür natürlich auch Anerkennung von uns da ist. Aber jetzt den historischen Erfolg der Bund-Länder-Finanzbeziehungen - wo es darum geht, dass wir dauerhaft 500 Millionen mehr bekommen, wo es darum geht, dass wir wegkommen vom Bittstellen hin zu unserer eigenen Kraft, dass wir aus eigener Kraft unseren Haushalt stemmen können - so kleinzureden, das ist einfach unredlich.

Als ich studiert habe und meine erste Statistikvorlesung gehört habe, da hat unser Professor gesagt: Als erstes kauft euch das Buch „So lügt man mit Statistik“. Daran haben Sie mich mit Ihrer Rede erinnert, wenn Sie diese 500 Millionen mit den 1,3 Milliarden für Bayern ins Verhältnis setzen wollen. Auch das haben Sie dann in Ihren Halbwahrheiten verschwiegen: In Bayern leben ein paar Menschen mehr als hier im Saarland. Wenn wir diesen Erfolg auf die Köpfe umlegen, dann haben wir im Saarland 500 Euro pro Kopf mehr zur Verfügung und sind damit Spitzenreiter bei dieser Verhandlung zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Das zweite Bundesland, das gerade mal 100 Euro pro Kopf bekommt, ist Bremen. Wir haben also fünfmal mehr als der Zweitbeste bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Aber Sie machen so, als hätten wir hier versagt.

(Lang anhaltender Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Diese Tage war in der Saarbrücker Zeitung eine Studie veröffentlicht worden, dass sich die Menschen hier verlassen fühlen. Der Hauptgrund ist die Migration und das Versagen der Politik dabei. Ich will deutlich machen, dass natürlich mit diesem Jahr 2015, als viele Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, viele Menschen unsicher wurden, dass viele Menschen auch Angst bekommen haben, dass sie sich die Frage gestellt haben, wer denn alles in dieses Land kommt und was sie aus unserem Land machen. Aber gleichzeitig gab es auch eine enorme Hilfsbereitschaft in unserem Land. Gerade für uns als CDU ist es christlicher Anspruch, dass wir Bürgerkriegsflüchtlingen helfen. Aber wenn man sich dann die Studie genauer ansieht, weshalb die Unzufriedenheit in der Gesellschaft bei manchen Menschen so ist, dann kann man feststellen, dass Antworten kommen, die überhaupt nichts mehr mit den Flüchtlingen zu tun haben. Dann kommen Antworten wie schlechte Arbeitsbedingungen, zu wenig Geld, teure Schulhefte, eine ausgedünnte Infrastruktur von Bussen bis Briefkästen.

An der Stelle bin ich dankbar, dass heute ein Ministerpräsident eine Regierungserklärung gehalten hat, der diese Themen nicht verschweigt, der heute die Kernfunktionen staatlichen Handelns in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärung gestellt hat. Seit drei Wochen in Amt, benennt er die Probleme klar. Er macht deutlich, für welche Werte wir in dieser Gesellschaft stehen. Er macht aber auch genauso deutlich: Wer diese Werte nicht mitträgt, der muss unser Land verlassen. Dieser Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass er die Probleme nicht nur benennt, sondern dass er sie auch anpacken möchte, und dabei werden wir ihn mit Tatkraft unterstützen!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

(Abg. Funk (CDU))

Wir wollen, dass unsere Dörfer lebenswert bleiben, dass sich die Menschen dort, wo sie wohnen, wohlfühlen, dass sie sich dort, wo sie arbeiten, entfalten können und mit Stolz sagen, das ist unsere Heimat. Diese Verunsicherung, die in der Gesellschaft besteht, müssen wir ernstnehmen, die müssen wir aufgreifen. Ich habe das Problem der Flüchtlingsfrage erwähnt. Dass wir im Bereich der Integration viel mehr leisten müssen, ist unbestritten. Dazu gehört es natürlich, dass die Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, ganz schnell Deutsch lernen und in den Arbeitsmarkt integriert werden. Da gehört es zur Ehrlichkeit dazu - weil auch der Anstieg der Hartz-IV-Empfänger diese Tage diskutiert wurde -, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Flüchtlinge nicht in die Sozialsysteme abwandern, sondern in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt in Deutschland selbst zu bestreiten.

Dazu gehört auch, dass sich die Menschen in unserem Land sicher fühlen, dass sie keine Angst haben vor einem veränderten Arbeitsleben, vor der Rente, vor der Pflege, aber auch nicht vor Terroristen und Kriminalität. Da haben wir noch einiges aufzuholen, aber ich bin ausgesprochen dankbar, dass unsere saarländischer Innenminister Klaus Bouillon heißt. Er hat das Thema Wohnungseinbrüche frühzeitig erkannt, er hat die Ermittlungsgruppe Wohnungseinbruch eingerichtet, die Zahl der Beamten in diesem Bereich verdoppelt und den Druck auf die organisierten Banden erhöht. Und das mit Erfolg! Entgegen dem Bundestrend ist die Zahl der Einbrüche im Saarland um 29 Prozent gesunken und die Aufklärungsquote gestiegen. Das zeigt, wenn wir nicht alles als gottgegeben hinnehmen - wir müssen nicht alles als gottgegeben hinnehmen -, wenn die Politik die Rahmenbedingungen verändert, verbessert sich das Leben in unserem Land.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Und ja, der öffentliche Dienst musste in der Vergangenheit sehr hohe Einsparungen hinnehmen. Es wurde Personal abgebaut, damit wir unser Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt, erreichen. Auch da ist der Respekt bereits genannt worden. Selbstverständlich ist auch mehr Personal - polizeilicher Ordnungsdienst und so weiter - eingerichtet worden. Aber es geht bei der Frage des Rechtsstaates nicht nur um die Frage der Köpfe, nicht nur um die Frage, wie viele Polizeibeamte da sind, sondern welchen Stellenwert die Polizeibeamten in unserer Gesellschaft haben, wie die Politik ihnen den Rücken stärkt, auch die Medien und die Gesellschaft insgesamt. Ich wünsche mir, dass die Polizisten wieder als Respektpersonen wahrgenommen werden und dass wir darüber hinaus auch ein funktionierendes Justizwesen haben, dass die Staatsanwälte ihre Aufgaben erledigen können und dass auch in den Justizvollzugsanstalten die Arbeit geleistet werden kann. All das müssen wir organisieren, da müssen wir auch besser werden, das ist überhaupt keine Frage, aber auch da sage ich, das packen wir an!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wahrscheinlich können wir, gerade weil wir bis 2020 den Konsolidierungspfad fortsetzen müssen, nicht alles alleine stemmen. Wenn bei der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag der Pakt für den Rechtsstaat erwähnt ist und 7.500 neue Polizeibeamte in Deutschland eingestellt werden sollen, dann muss man auch mit dem Bund darüber verhandeln, wie das bei uns funktionieren soll, auf der einen Seite den Konsolidierungspfad fortzusetzen, die schwarze Null zu machen, und auf der anderen Seite neues Personal einzustellen. Da erwarte ich mir schon Antworten vom neuen Bundesfinanzminister Scholz. Hier erwarte ich auch Unterstützung von der neuen Bundesregierung für diesen Sonderfall im Saarland.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Herr Lafontaine, Sie haben den Landessportverband angesprochen. Es ist, glaube ich, unbestritten, dass der Sport eine immense Bedeutung für unser Land hat. Wir sind das Sportland, über 2.000 Vereine, 370.000 Bürgerinnen und Bürger, die dort organisiert sind. Diese Vereine leisten einen wichtigen Beitrag in unserer Gesellschaft. Gerade wenn es hier und da Probleme gibt, auch in der Infrastruktur, auch im öffentlichen Dienst, was Personalzahlen angeht, sind es die Vereine, die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, die dafür sorgen, dass es in unserem Land lebenswert ist, dass es in den Dörfern lebenswert ist.

Gerade die Sportvereine leisten einen immensen Beitrag für die Gesundheit, für die Integration von Flüchtlingen oder auch im Bereich der Inklusion. Kinder und Jugendliche bekommen Werte vermittelt. Das ist eine immense Präventionsarbeit, die man gar nicht hoch genug halten kann. Ein Kind, das in die Jugendhilfe rutscht, das abrutscht, das staatliche Hilfe benötigt, kostet round about 50.000 Euro jährlich. Dass wir da unsere saarländischen Vereine und die Menschen, die diese ehrenamtliche Arbeit leisten, unterstützen, halte ich für absolut richtig, halte ich für absolut notwendig. Und das sieht das gesamte Parlament so, zumindest einmal die Regierungsfraktionen, denn auch im Haushalt 2018 haben wir gerade die Mittel für das Ehrenamt erhöht, weil wir unseren Beitrag dazu leisten wollten, die Menschen, die diese ehrenamtliche Arbeit leisten, zu unterstützen. Deswegen haben wir das Geld bereitgestellt, deswegen werden wir natürlich auch in Zukunft Geld in Vereine überweisen; das ist notwendig.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen. - Zuruf des Abgeordneten Flackus (DIE LINKE).)

(Abg. Funk (CDU))

Wir müssen aber dieses Organisationsproblem selbstverständlich angehen.

(Ah! bei der LINKEN.)

Dass der LSVS in eine Schieflage geraten ist, bestreitet hier niemand. Und dass die ganze Organisationsstruktur untersucht werden muss, ist auch unbestritten. Da haben wir als CDU und SPD klar unser Wort gehalten. Wir werden der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zustimmen. Es ist notwendig, dass diese Strukturen untersucht werden und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das Ziel für uns ist dabei klar: Die Eigenständigkeit, die Eigenverantwortlichkeit des Saarsports muss erhalten bleiben ebenso wie die Konsolidierung, die im LSVS ansteht, auch tatsächlich erfolgen muss. Das ist für uns die Prämisse, damit der Saarsport eigenverantwortlich arbeiten kann.

Aber, Herr Lafontaine, an der Stelle will ich ein Weiteres sehr deutlich sagen. Wir werden dem Untersuchungsausschuss zustimmen, aber den Antrag, der von gestern auf heute eingebracht wurde, machen wir uns in Ihrer Wortwahl nicht zu Eigen. Das gleich vorab. Wir behalten uns auch das Recht vor, den Einsetzungsantrag gegebenenfalls zu erweitern. Sie haben in dem Antrag den Zeitraum ab 2013 drinstehen - -

(Abg. Flackus (DIE LINKE): 2011!)

2011, ja, aber vielleicht muss man auch mal die Zeit ab Neuberger oder - sagen wir mal - die Zeit ab 1985 etwas durchleuchten.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Es ist ja unbestritten, dass diese Strukturen schon über Jahrzehnte hinweg so herrschen. Es ist doch unbestritten, dass Sie der Meister dieser Organisationsstruktur sind!

(Beifall bei der CDU. - Zurufe von der LINKEN.)

Ich kann mich noch an die Zitate erinnern: Oskar hat die Macht, Alfred hat das Geld. - Ich kann mich auch noch an die üppigen Partys in den Spielbanken erinnern, als Sie mit Brasilianerinnen Lambada getanzt haben!

(Aufgebrachte Zurufe von der LINKEN.)

Das gehört dann auch dazu. Wenn wir diese Strukturen auf den Prüfstand stellen, dann stellen wir sie ganz auf den Prüfstand, dann wollen wir alles untersuchen und dann ziehen wir daraus gemeinsam unsere Konsequenzen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsfraktionen. - Weitere Zurufe und vereinzelt Kopfschütteln bei der LINKEN.)

Aber als neuer Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion sage ich, dass mir das nicht reicht. Auch wir als Parlament müssen stärker hinschauen, wohin die Gelder gehen, müssen für mehr Transparenz sorgen. Ich halte das für unabdingbar. Ich sage in aller Deutlichkeit: Was für den LSVS gilt, muss auch für die Regierung und den Landtag gelten. Das ist kein Misstrauen gegenüber der Regierung, aber es kann aus meiner Sicht nicht sein, dass wir einmal im Jahr den Haushalt verabschieden und anschließend die Regierung macht, was sie für richtig hält. Es gibt über das Haushaltsrecht sehr wohl Möglichkeiten, sich im Haushaltsausschuss die Entscheidungsfindung transparent darlegen zu lassen und dann dort zu Entscheidungen zu kommen. Es muss nur bei den Haushaltsberatungen im Landtag der eine oder andere Titel mal gesperrt werden und dann muss im Ausschuss erst einmal ein Konzept beraten werden, bevor wir sagen können, dafür stellen wir das Geld zur Verfügung. Da erwarte ich mir von diesem Parlament, von meiner Fraktion, aber auch von meinem Koalitionspartner etwas mehr Selbstbewusstsein, etwas mehr Mut und vor allen Dingen mehr Transparenz in allen diesen politischen Entscheidungen!

(Beifall bei der CDU.)

Kommunen, Dörfer sollen lebenswert bleiben. Hier bin ich erneut ausgesprochen dankbar, Herr Ministerpräsident, für die Ankündigung, dass wir die Kommunen nicht im Stich lassen. Dass wir gerade bei den Kassenkrediten etwas tun müssen, halte ich für unabdingbar. Ich selbst war 20 Jahre lang Mitglied in einem Stadtrat und weiß, wie schwierig die kommunalen Finanzen aussehen. Da müssen wir viele, viele unterschiedliche Wege gehen, insbesondere müssen aber die Kommunen auch selbst ihre Hausaufgaben machen, auch Doppelstrukturen abbauen. Deshalb werden wir über die Frage beispielsweise der unteren Bauaufsicht diskutieren, konkret darüber, ob wir sie in dieser großen Zahl brauchen. Wir werden auch freiwillige interkommunale Zusammenarbeit weiterhin unterstützen und forcieren. Wir müssen aber auch die Frage stellen, welcher Aufgabenträger wann und wo zuständig ist, und müssen auch die Frage der Kreisumlage diskutieren.

Ich kann mich noch gut erinnern, als wir in einer turbulenten Stadtratssitzung ein Schwimmbad geschlossen haben, weil wir 500.000 Euro für den Haushalt einsparen wollten, eine schwierige Entscheidung, mit eine meiner schwierigsten Entscheidungen im kommunalen Parlament. Ein paar Wochen, ein paar Monate später kam die Neuberechnung der Kreisumlage, die dann mal um 1 Million gestiegen ist. Das frustriert die Kommunalpolitiker vor Ort ungemein! Auch an dieser Stelle müssen wir etwas tun, müssen wir Hilfestellung leisten.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

(Abg. Funk (CDU))

Ein Schlüssel, das strukturelle Defizit bei den Kommunen abzubauen, ist sicherlich die Digitalisierung, ist sicherlich, dass wir eine schnelle, moderne, effiziente und auch kostengünstige Verwaltung hinbekommen. Auch an dieser Stelle müssen wir uns als Land überlegen, wie wir den Kommunen helfen können, insbesondere beim Know-how, bei den Köpfen. Ich habe den Eindruck, dass die eine oder andere Kommune gerade bei diesem wichtigen Thema überfordert ist, und deshalb dürfen wir sie nicht alleinlassen. Ich will ein Beispiel aus meiner Heimatstadt nennen, eigentlich völlig abstrus und absurd; ich habe mir lange überlegt, ob ich es hier im Landtag überhaupt erwähnen soll. Wenn Sie gestern die Nachrichten gelesen oder gehört haben, werden Sie wissen, dass die EU Geld für kostenloses WLAN bereitstellt, 120 Millionen Euro für 6.000 Kommunen in ganz Europa. Das geht nach dem Windhund-Prinzip: Man darf seit gestern Anträge stellen. Die EU bezahlt das in den Dörfern, überall. Und letzte Woche hat der Bexbacher Stadtrat in seiner unendlichen Weisheit beschlossen, dass W-LAN eine veraltete Technologie sei, dass das W-LAN in Kambodscha schon abgebaut werde und dass man daher das Geld aus Europa nicht wolle.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dieses Beispiel zeigt, dass der eine oder andere in dieser Frage der Digitalisierung, des schnellen Internets, der effektiven Verwaltung, der modernen Verwaltung, der Verwaltungs-Apps, bei denen man auch Anträge über das Smartphone stellen kann, noch nicht wirklich angekommen ist, dass noch eine geringe Vorstellungskraft für dieses wichtige Zukunftsthema vorhanden ist.

Der Ministerpräsident ist in seiner Regierungserklärung auf die Chancen und Risiken eingegangen. Ich will nun einmal die Risiken gerade auch mit Blick auf das Arbeitsleben beleuchten: Es gibt Untersuchungen, wonach in den kommenden fünf Jahren 3,4 Millionen Arbeitsplätze durch die Digitalisierung wegfallen werden, wegfallen könnten. Das wären 10 Prozent aller Arbeitsplätze! Können Algorithmen plötzlich die Arbeit eines Steuerberaters übernehmen, können 3-D-Drucker die Arbeit von Zahntechnikern übernehmen, wird das Arbeitsleben komplett verändert. Man muss aber auch sehen, dass es Chancen gibt, beispielsweise über Chatbots. Das sind persönliche Assistenten, die im Internet automatisch Beratungsleistung machen, 24 Stunden, immer freundlich, die auf jedes Problem eine Antwort haben. Auch das sind mögliche Chancen der Digitalisierung.

Wir erleben derzeit einen unglaublich rasanten Fortschritt im Bereich der künstlichen Intelligenz, der massive Auswirkungen auf nahezu alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche haben wird. Begünstigt durch vielfältige Entwicklungen wie das Aggregieren gigantischer Datenmengen in Clouds, wie Google oder Amazon sie haben, und durch die schlicht in unglaublicher Weise gestiegene Rechenpower aktueller Rechner führt das maschinelle Lernen dazu, dass immer mehr Systeme autonom arbeiten, ohne menschliches Zutun, und das meist besser, schneller und genauer. Ich gebe Ihnen ein Beispiel zur Veranschaulichung: Während meiner Studienzeit - ich habe 1996 angefangen - wurde noch die Frage heiß diskutiert, ob es denn ein hochspezialisierter Rechner schaffen könnte, ein Schachturnier gegen den Schachgroßmeister zu gewinnen, also Deep Blue von IBM gegen Garri Kasparow. Das war 1996. Die Partie ging unentschieden aus. Zehn Jahre später war die Sache gegessen; heute gewinnt die Maschine gegen jeden Menschen, siehe IBMs Jeopardy!-Rechner.

Ein anderes Beispiel, das zeigt, wie sich die Technik dreht: 2004 hat die US-Forschungsagentur DARPA eine Great Challenge ausgeschrieben. Gesucht wurde ein autonom fahrendes Fahrzeug, das 200 Meilen durch die Wüste autonom zurücklegt. Keines der Teams hat das Ziel erreicht, das beste hat gerade einmal sieben Meilen zurückgelegt. Heute, 13 Jahre später, werden autonom fahrende Autos in Serie gebaut. Ein BMW fährt perfekt zu jeder Tag- und Nachtzeit mit Tempo 200. In 13 Jahren von „geht nicht“ zur Serie.

Ein letztes Beispiel, an dem man sieht, was auf uns zukommen kann: 2016 gab es von DARPA eine neue Great Challenge. Dieses Mal sollten zwei Rechnersysteme voll autonom gegeneinander im Cyber-Krieg antreten, sich voll autonom gegenseitig hacken, sabotieren, autonom die Kontrolle übernehmen. 2016 war das Ergebnis noch bescheiden, so bescheiden wie bei der Great Challenge zum autonomen Fahren im Jahr 2004, zum autonomen Fahren, das heute Realität ist. Wann also werden wir die Robo-Wars sehen?

Herr Kollege Lafontaine, wenn Sie in diesem Zusammenhang angesichts dieser technischen Entwicklung, angesichts dieser Innovation, die wir überhaupt nicht aufhalten können - und auch gar nicht aufhalten wollen -, als Antwort auf alle Digitalisierungsstrategien und -prozesse in der Welt mit einer öffentlich-rechtlichen Plattform kommen, muss ich mich schon fragen, ob Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Das ist Medien-Kommunismus pur! Das kann überhaupt nicht zum Ziel führen! Deswegen ist das abzulehnen.

(Beifall von der CDU und bei der SPD. - Lachen von der LINKEN.)

Dieser Robo-War, dieser Cyber-Krieg, dieser voll autonome Cyber-Krieg, der eventuell auf uns zukommt, zeigt doch, dass der Ministerpräsident vollkommen recht hat, wenn er in seiner Regierungser-

(Abg. Funk (CDU))

klärung sagt, dass Cyber-Sicherheit die zweite Säule der Digitalisierung sein muss. Das Schöne daran ist, dass das Saarland quasi auf einem Schatz zur Gestaltung dieser digitalen Zukunft sitzt wie keine andere Region in Europa. Mit dem Helmholtz-Institut für IT-Sicherheit haben wir erfolgreich die vermutlich weltweit größte Einrichtung ihrer Art ins Land geholt. Mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, dem DFKI, haben wir seit nunmehr fast 30 Jahren den Vorreiter auf diesem Feld in unserem Land. Künstliche Intelligenz und Cyber werden nahezu alle Branchen verändern, neue Wertschöpfungsketten werden entstehen. Das bedeutet Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen, die diese Chancen tatsächlich ergreifen, die also nicht lamentieren, nicht jammern, die nicht die Risiken in den Vordergrund stellen, sondern die so anpacken, wie das unser Ministerpräsident heute angekündigt hat. Damit können wir die Zukunft gestalten, aus dem Saarland heraus! Also: Packen wir's an! Wir unterstützen die neue Regierung dabei.

(Anhaltender Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:
Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor weniger als zehn Monaten haben wir hier die Regierungserklärung der ehemaligen Ministerpräsidentin gehört. Sie hat uns mitgeteilt, was sie in den nächsten fünf Jahren ihrer Regierungszeit alles im Saarland und für das Saarland machen wolle. Sie hat sich nach der Regierungserklärung dann aber mehr der Bundespolitik zugewandt. Angesichts von „auf keinen Fall GroKo“, „Jamaika“, dann „doch nicht Jamaika“ und endlich „unbedingt GroKo“ war rund ein halbes Jahr keine Zeit für Politik im Saarland.

Heute nun haben wir die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Tobias Hans gehört. Wir haben einen neuen Ministerpräsidenten, einen neuen Finanzminister haben wir auch, im Übrigen haben wir aber die alte Regierung vor uns.

(Zuruf des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Eine Regierung geht nahtlos in die nächste Regierung über. Es sind fast dieselben Leute, allerdings unter anderer Führung.

Beim Amtsantritt des Ministerpräsidenten gab es von vielen Seiten Kritik, Schulabschlüsse und Berufserfahrung betreffend. Wir von der AfD haben uns dieser Vorverurteilung nicht angeschlossen. Für uns zählt weniger die Vergangenheit, wir richten unseren Blick in die Zukunft. An den Früchten erkennt man die Bäume, an ihren Erfolgen werden wir die neue Regierung messen.

Unsere Fraktion hat nun leider nur 8 Minuten Redezeit, mal zwei genommen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Nutzen Sie sie!)

Deshalb kann ich mich jetzt nicht in aller Tiefe um die einzelnen Themen kümmern und alles darstellen.

(Abg. Wegner (CDU): Machen Sie das nur mal bei einem Thema!)

Aus diesem Grunde werde ich mich auf Schlagworte beschränken müssen, Sie können sich aber darauf verlassen, Herr Wegner, dass wir in der weiteren Arbeit des Parlaments auch auf Einzelheiten eingehen werden.

(Abg. Eder-Hippler (SPD): Das wäre das erste Mal.)

Die Regierungserklärung eines neuen Ministerpräsidenten, der im Laufe der Legislaturperiode das Amt übernimmt, zu schreiben, ist sicher nicht einfach. Auf der einen Seite muss er natürlich eine gewisse Kontinuität zeigen, auf der anderen Seite muss er aber auch zeigen, dass er Mut und Entschlossenheit für Neues hat. Außerdem muss er die Regierungsfraktionen zufriedenstellen. Das hat er geschafft, das habe ich am Beifall gehört. Aber zählen wird die Arbeit danach!

Was wir Saarländer nicht wollen, ist ein „Weiter so!“, langsam aber sicher bergab. Die vom Ministerpräsidenten angekündigten Maßnahmen sind nach unserer Ansicht nur begrenzt geeignet, die Zukunft unseres Landes zu sichern. Wir haben einen gewaltigen Investitionsstau, baufällige Brücken, schlechte Straßen, die Universität in Saarbrücken braucht dringend 600 Millionen Euro, die Universitätskliniken in Homburg brauchen noch mehr. Ich will nicht alles aufzählen, das ist schon hundertmal gemacht worden. Bei den Investitionen ist das Saarland Schlusslicht unter den 16 Bundesländern. Es heißt hier ja oft, man soll sich mit anderen Bundesländern vergleichen, das ist so ein Vergleich, wir sind am Ende der Skala. Das Ludwigsparkstadion in Saarbrücken ist ein Beispiel dafür. Es wird sehr oft im Zusammenhang mit dem Berliner Flughafen genannt, wenn Ihnen das was sagt. Wann wird dort vermutlich das erste Spiel stattfinden?

Da hilft auch das von der Regierung angekündigte Jahrzehnt der Investitionen wenig, zumal man damit nicht sofort beginnen kann oder will. Wie soll ich das verstehen? Man wartet jetzt noch, dann fängt man an, investiert für zehn Jahre und dann war es das? Wenn das so gehandhabt würde, kann das nicht funktionieren. Um ein Bild zu gebrauchen: Einem toten Patienten braucht man keine Spritze mehr zu

(Abg. Dörr (AfD))

geben. Das heißt, wenn das Saarland erledigt ist, brauchen wir auch keine Investitionen mehr. Was wir brauchen, sind ab sofort ständige, außerordentliche und erhebliche Investitionen mit aller Macht in allen Bereichen und immer, immer, immer.

Wir hatten in der Vergangenheit einen Strukturwandel zu verkraften, mindestens einen, eigentlich mehrere. Ein neuer Strukturwandel, das ist einige Male hier angesprochen worden, ist abzusehen, und das nicht nur auf einem einzelnen Gebiet. Ich nenne als Schlagwort Diesel und Autoindustrie, das gilt auch für die Technik und viele andere Dinge. Die Zukunft des Landes hängt auch davon ab, ob es ein anerkannter Standort von Wissenschaft und Forschung ist. Wir können diesen neuen Strukturwandel nicht bewältigen, wenn wir nicht in Forschung und Wissenschaft an der Spitze sind. Wir haben eine gute Ausgangsposition. Ich schließe mich da dem Lob des Herrn Lafontaine für die Regierung an, das stimmt ja gelegentlich. In diesem Bereich sind wir wirklich vorne. Aber das muss auf jeden Fall aufgebaut werden. Deshalb muss die Förderung der Hochschulen Vorrang haben. Das Saarland muss eine Bildungshochburg sein! Die beste Schule ist für unsere Kinder gerade gut genug. Der Ministerpräsident hat von einem Schulfrieden bei uns gesprochen, davon kann meiner Ansicht nach keine Rede sein. Dass sich ganze Kollegien dazu genötigt sehen, sogenannte Brandbriefe an den Kultusminister zu schreiben, ist in meinen Augen ein Skandal. Aber ein noch größerer Skandal ist, wie das Kultusministerium darauf reagiert hat und in welcher Zeitfolge.

(Abg. Renner (SPD): Wieso?)

Die ideologisch motivierte Inklusion ist ein Vergehen an unseren behinderten Kindern und an den Regelschülern. Hier muss also dringend etwas getan werden. Wir brauchen da keine auswärtigen Berater. Jeder Blinde sieht ja, wo es hier klemmt und was im Argen liegt. Was unsere Schulen brauchen, ist keine Symptombehandlung, sondern eine Grunderneuerung. Weg von der Ideologie, zurück zur Wirklichkeit. Wir brauchen neue Verkehrswege, die Saarbahn muss ausgebaut werden, Radwege müssen gewartet und neu geschaffen werden, wir brauchen einen gut funktionierenden und preiswerten ÖPNV. Die Bahnverbindung Paris-Saarbrücken-Frankfurt muss weiter gefördert werden, und es müssen Einsparungen vermieden werden. Wir brauchen zuverlässige Flugverbindungen und einen gut funktionierenden Saarpfalz-Flughafen Saarbrücken-Zweibrücken. Das sage ich immer wieder, und ich weiß, dass darüber gelächelt wird. Hinter vorgehaltener Hand wird aber auch schon hier in diesem Hause gesagt: Wir brauchen doch im Saarland eigentlich keinen Flughafen.

(Heiterkeit. - Abg. Pauluhn (SPD): Ich möchte mal wissen, wer das gesagt hat. - Abg. Renner (SPD): Nennen Sie Ross und Reiter!)

Hinter vorgehaltener Hand!

(Abg. Pauluhn (SPD): Ja wer war es denn?)

Sie waren es nicht.

(Ministerin Rehlinger: Da hast du ja noch mal Glück gehabt! Ich hatte dich schwer im Verdacht. - Heiterkeit.)

Dann kann ich mir auch erklären, in welcher Art und Weise man an dieses Problem in der Vergangenheit herangegangen ist und in der Gegenwart herangeht.

(Weitere Zurufe von der SPD.)

Überhaupt, warum müssen wir immer zufrieden sein, wenn wir Durchschnitt sind? Wer im Fußball einen mittleren Tabellenplatz anstrebt, steigt in der Regel ab. Und wer das Mittelmaß anstrebt, wird am Ende der Skala landen. Warum sollen wir denn nicht mal den Mut haben, groß zu denken? Bevor man groß handeln will, muss man groß denken können. Wie soll unser Saarland aussehen, wenn unsere Kinder so alt sind wie wir jetzt? Wie soll es hier in 20 oder 30 Jahren aussehen? Soll es ein mittelmäßiges und zurückgebliebenes Saarland sein, auf das man mitleidig herabblickt?

(Seufzen von Ministerin Rehlinger.)

Ja, Frau Rehlinger, da kommt viel Arbeit auf Sie zu, deshalb stöhnen Sie wohl schon.

(Ministerin Rehlinger: Nein, das ist nicht der Grund. - Heiterkeit.)

Nein. Für unsere Kinder wollen wir ein Saarland, das in allem Spitze ist, das man bewundert und auf das unsere Kinder stolz sein können. Wir wollen ein Saarland als Bildungszentrum mit einem vorbildlichen Gesundheitssystem, eine Hochburg in allen Sportarten und mit den entsprechenden Leistungszentren.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Und der 1. FC Saarbrücken wird Deutscher Fußballmeister.)

Wir wollen ein Saarland als Kulturzentrum, als Erholungs- und Freizeitparadies, als Zentrum für Kongresse, Tagungen und Messen. Wir wollen ein gerechtes Saarland, in dem es keine Armen gibt. Wir wollen ein Saarland, das ein Magnet ist für leistungsfähige und leistungswillige Menschen, ein Land, das sich junge und aufstrebende Familien als neue Heimat auswählen.

Kann die Regierung ein solches Saarland schaffen? Wo ist das Wissen und Können im Land? Im Bildungsministerium oder in den Schulen und Hochschulen?

(Abg. Renner (SPD): Am Rednerpult ist es jedenfalls nicht.)

(Abg. Dörr (AfD))

Ich bin ja auch nicht in der Regierung, Herr Kollege. - Ist es im Wirtschaftsministerium oder in den Unternehmen und Betrieben? Ich frage schließlich: Wo ist das Wissen und Können, im Gesundheitsministerium oder in den Krankenhäusern und Arztpraxen?

Die Regierung ist kein Unternehmer, sie kann nicht unternehmen, sie muss das auch nicht können. Die Aufgabe die Regierung ist es, den Rahmen zu setzen, Freiräume für die Tätigen zu schaffen, zu unterstützen, wo Hilfe nötig ist. Die Regierung muss wegkommen vom Gehabe des vergangenen Obrigkeitsstaates, der für seine Untertanen gedacht und gehandelt hat, wie zum Beispiel bei der geplanten Gebietsreform. Die Regierung weiß schon im Voraus, was richtig ist: je größer, umso besser, und möglichst einheitlich und zeitgleich. Die Gemeinden können das jetzt freiwillig machen. Wenn sie es nicht freiwillig machen, werden sie dazu gezwungen werden, nach dem Motto: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt." Wir nennen das Vorhaben nicht Gebietsreform, sondern Verwaltungsvereinfachung, Verwaltungsverbesserung und Verwaltungsverbilligung. „Lasst uns mehr Demokratie wagen", hat ein Kollege,

(Lachen. - Abg. Renner (SPD): Aber kein Kollege von Ihnen!)

der bedeutender war als Sie, Herr Renner, einmal gesagt. Und recht hat er gehabt! Das gilt auch für uns.

(Abg. Renner (SPD): Das ist unglaublich.)

Ich habe ja hier an dieser Stelle schon mal gesagt, dass wir hier im Saarland eine Demokratie im Aufbau sind, das passt ja dazu, also lasst uns mehr Demokratie wagen. Wann haben wir endlich den Mut, damit anzufangen?

Es wird immer vom demografischen Wandel gesprochen und wie wir uns darauf einstellen sollen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine demografische Katastrophe. Um es ganz einfach zu sagen, in unserem Land kommen nicht genug Kinder auf die Welt, um den Fortbestand der Saarländer zu sichern. Anstatt sich nur mit den Folgen dieser Katastrophe zu befassen, sollte man darüber nachdenken, warum zu wenig Kinder geboren werden und was wir machen können und müssen, um das zu ändern. Das ist weitsichtige Politik. Es muss sofort nicht etwas, sondern viel getan werden. Ein großes Problem sind die Schulden und die Geldknappheit. Es ist zwar schon viel darüber gesprochen worden, aber ich werde nicht müde, öfter mal dasselbe zu sagen, auch in diesem Zusammenhang.

(Sprechen bei der SPD.)

Der Bund muss seiner Verpflichtung gerecht werden und das Land ausreichend mit Geld ausstatten. Insofern muss ein Schuldenschnitt von mindestens 5 Milliarden Euro her. Dazu muss unseren Städten und Gemeinden geholfen werden. Wir sollten endlich aufhören, das ist auch schon gesagt worden, das Erreichte zu loben, zumal es nur ein Ansatz war. Wir müssen jetzt mit Mut und Tat nach vorne gehen und versuchen, für unser Land das Erreichbare zu erreichen, andernfalls geht es nicht.

Es kann doch nicht sein, dass südeuropäische Länder Hunderte von Milliarden Euro von der Bundesrepublik Deutschland bekommen und Banken saniert werden, und für das eigene Bundesland Saarland ist das notwendige Geld nicht da. In diesem Zusammenhang muss man auch mal fragen, welche Bundesbehörden gibt es wo und wie viele Bundesbehörden haben wir im Saarland? Die Saar-Regierung muss alle Anstrengungen unternehmen, um das neue deutsch-französische Zentrum für Künstliche Intelligenz an die Saar zu holen. Es nützt alles nichts, nachher zu sagen, wir haben uns angestrengt, wir haben das prima gemacht, hatten eigentlich alle guten Argumente, und das Ding ist nachher in München. Ich denke, das wird der erste Prüfstein für die neue Regierung sein: Kriegen wir dieses Zentrum, wenn es neu geschaffen wird, hier an die Saar, wo wir all diese Voraussetzungen haben, oder kriegen wir es nicht?

Natürlich müssen wir auch selbst sparen. Wir müssen zeigen, dass das Geld bei uns gut angelegt ist, dass es nicht in ein Fass ohne Boden geschüttet wird. Wir müssen zum Beispiel sparen bei der ausufernden Bürokratie, die viel Geld kostet und oft sowohl Privatleute als auch die Wirtschaft behindert. Eine sofortige Verwaltungsvereinfachung ist nötig, eine Verwaltungsebene muss weg.

(Sprechen.)

Nach dem Subsidiaritätsprinzip, auf Deutsch Selbstständigkeitsgrundsatz, müssen also untergeordnete Verwaltungen das übernehmen, was sie machen können.

(Zuruf: Nein! - Sprechen und Zurufe von SPD und CDU.)

Ich werde darauf aufmerksam gemacht, dass ich zum Ende kommen muss, deshalb überspringe ich einige Punkte und sage nur noch das, was ich am Schluss sagen wollte. Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige. Wir hoffen, dass es unserem Ministerpräsidenten nicht so geht wie Hans im Glück. Wir hoffen, dass er als Ministerpräsident tüchtig ist und dann das verdiente Glück hat zum Wohle unserer schönen Saar-Heimat. Glück auf!

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:
Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Stefan Pauluhn.

Abg. Pauluhn (SPD):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die eigentliche Herausforderung in solchen Debatten ist für mich nicht, die Ideen der Regierung noch einmal aufzugreifen und zu reflektieren oder auf kritische Anmerkungen des Kollegen Lafontaine einzugehen - ich werde nachher zwei Punkte dazu sagen -, sondern ist an solchen Tagen immer, nach dem Kollegen Dörr hier stehen zu müssen.

(Lachen. - Abg. Eder-Hippler (SPD): Du tust uns leid!)

Herr Dörr, es ist von Ihnen auch heute wieder ein Satz gesagt worden, der die Diktion und das Denken der Dreißigerjahre trägt, das will ich in aller Deutlichkeit sagen. Ich finde, wenn das in diesem Haus gesagt wird - -

(Abg. Dörr (AfD): Können Sie genau sagen, was Sie meinen?)

Im Gegensatz zu Ihnen werde ich das auch sagen und nicht wie Sie eben: Welche Verwaltungsebene wegfällt, das muss man noch überlegen. Jetzt komme ich zum Schluss, Tschüss!

(Zuruf des Abgeordneten Dörr (AfD).)

Ich komme zum Punkt, Herr Dörr. Wenn man hier Sätze der Diktion der Dreißigerjahre spricht, dann muss man damit rechnen, dass diese auch scharf erwidert werden. Sie sagten: Inklusion ist ein Vergehen an den Regelschülern. Welches Denken steckt dahinter? Eine klare Trennung zwischen Menschen ohne Behinderung und Menschen mit Behinderung, das ist Ihr Denkansatz! Keine Inklusion, sondern vorschreiben, welches Kind mit welcher Einschränkung wohin kommt, und nur die Gesunden und diejenigen, denen es gut geht, kommen in die Regelschule. Das ist Ihr Denkansatz! Das ist die Diktion der Dreißigerjahre, und die kann ich in diesem Hause nicht akzeptieren! Ich will sie nicht hören, und ich weise sie zurück!

(Beifall von den Regierungsfraktionen und der LINKEN.)

Es passt zu Ihrer Fraktion, dass der Kollege Müller dann auch noch lacht. Es passt alles ins Bild. Ich sage Ihnen, ich komme aus einem Ort, wo es eine große Behinderteneinrichtung, Haus Sonne, gibt. Ich erlebe nicht nur Inklusion in der Schule, ich erlebe Inklusion im täglichen Leben, jeden Tag. Ich erlebe, wie meine Tochter - Gott sei Dank gesund - von Begegnungen mit Menschen mit Einschränkungen profitiert. Ich erlebe umgekehrt, wie Menschen mit Einschränkungen vom Miteinander mit Menschen ohne Einschränkungen profitieren und dadurch ein besseres Leben führen. Das ist der Ansatz, den diese Landesregierung verfolgt, und nicht Ihrer, Kollege Dörr.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Es fällt schwer, zum eigentlichen Thema zurückzukommen. Es sind gerade vier Monate her, seit wir an gleicher Stelle zur Haushaltsverabschiedung des Etats 2018 im Rahmen einer Generaldebatte - das ist so ähnlich wie nach einer Regierungserklärung - miteinander diskutierten und ich meine Ausführungen mit den Worten eröffnete: „Ein turbulentes Jahr geht zu Ende.“ - Dabei prognostizierte ich, wohl in weiser Voraussicht, dass es auch erstmal turbulent weitergehen würde. Ich hatte allerdings eher an die bundespolitische Lage gedacht, das gebe ich gerne zu, als an das, was uns hier im Land erwartete. Aber so oder so war die Prognose wohl zutreffend, das kann man, glaube ich, heute sagen.

Zu dieser Zeit Ende November, Anfang Dezember vorigen Jahres, Jamaika war gerade nicht wegen des Klimawandels in der Karibik untergegangen, sondern auf dem Balkon der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin, hätte man entweder bei einer Wette viel Geld gewonnen oder wäre - wahrscheinlicher - als nicht ganz kirre bezeichnet worden, wenn man vorausgesagt hätte, wie sich die politischen Verhältnisse in Deutschland, aber vor allem hier im Saarland, im Detail entwickeln würden. Und dies nicht mal so sehr mit der Vorhersage, dass wir jetzt schlussendlich die vierte Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben - das war noch halbwegs vorauszusehen, und das obwohl wir Sozialdemokraten es uns auf diesem Weg nicht einfach gemacht haben -, sondern vielmehr wie es kürzlich in einer allseits beliebten Satire-Show im deutschen Fernsehen so treffend hieß: Berlin? Wo ist Berlin? - Deutschland wird aus dem Saarland regiert. - So amüsant, wie es der eine oder andere finden mag, ist doch ein bisschen etwas Wahres daran, der Kollege Lafontaine wies in einem anderen Zusammenhang darauf hin.

Wer hätte vor Weihnachten eigentlich gedacht, dass jetzt ein neuer Ministerpräsident - übrigens der jüngste in ganz Deutschland - hier auf der Regierungsbank sitzt und die bisherige ausgeschiedene Ministerpräsidentin in Berlin sich nicht mehr alleine dem Wohle des Saarlandes verpflichtet fühlen muss, sondern sich zuallererst den Gedanken rund um das Konrad-Adenauer-Haus und ihrer Partei als Generalsekretärin widmet? Wer hätte gedacht, dass das Bundeswirtschaftsministerium auch von einem Saarländer geleitet wird? Last, but not least, wer hätte prognostiziert, dass der neue Außenminister ebenfalls ein Saarländer wird? Übrigens einer, dessen erste und zweite Ministerzeit hier in diesem Hause ihren Anfang nahmen.

Es sind also drei Figuren in Berlin an der Spitze der politischen Republik. Man darf wohl zu dem Schluss kommen, so stark war dieses Bundesland vielleicht noch nie vertreten, mindestens seit dem meiner Er-

(Abg. Pauluhn (SPD))

innerung nach viel zu kurzen Gastspiel des Kollegen Lafontaine in seiner Doppelrolle als SPD-Vorsitzender und Finanzminister in Berlin. Ich finde, das ist ein besonderer Aspekt der GroKo in Berlin und dabei auch ein guter für uns in diesem Bundesland, auf jeden Fall einer, auf den viele Saarländerinnen und Saarländer ganz offensichtlich mit ein wenig Stolz blicken. Zunächst einmal ist so viel Saarland in Berlin ungewöhnlich, doch bei genauerer Betrachtung ist es das vielleicht auch wieder nicht.

Ich hatte schon vergangenen Dezember erwähnt, dass saarländische Politikerinnen und Politiker natürlich auch ob der geografischen Kleinheit unseres Landes sehr nahe bei den Menschen sind und darum einfach ein Gespür dafür haben, was die Menschen umtreibt und beschäftigt und welche Probleme sie wirklich drücken. Wer nahe bei den Menschen ist, der ist zuerst einmal auch per se dazu geeignet, Herausforderungen der Zeit zu erkennen und darauf gute Antworten zu geben, eine Grundvoraussetzung für eine gute Politik.

Leider überwogen die positiven Schlagzeilen aus der Politik des Landes in den letzten Monaten nicht immer. Es gab auch Negativmeldungen und Einzelne verursachten Schlagzeilen, die man lieber nicht gelesen hätte. Auch das möchte ich an dieser Stelle nicht unter den Teppich kehren. Dafür wird die Politik zu Recht scharf gerügt. Daraus müssen auch die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Zuvörderst muss man hier wohl alles rund um die Krise beim LSVS nennen. Diese hat sich zweifelsfrei in eine Richtung entwickelt, die uns allen, die sich dem Saar-Sport seit Langem vielfältig verbunden fühlen, nicht gefallen kann.

Hier muss es schnell zu einer größtmöglichen transparenten und objektiven Aufklärung aller Sachverhalte kommen, um weiteren und noch größeren Schaden von unserem Land und vor allem vom Saar-Sport insgesamt fernzuhalten. Denn Sport im Saarland ist natürlich auch spitze, ob beispielsweise im Handball, im Triathlon, bei Badminton oder Tischtennis. Aber Sport im Saarland ist vor allem auch der Sport in der Breite. Die Leistung derer, die das möglich machen, nämlich die von mehreren Tausend ehrenamtlich Tätigen, dürfen wir bei all diesen Fragen auch nicht vergessen. Vor allem ihre Leistung steht nicht zur Debatte und darf durch die momentane Ungewissheit, ob in zweifelhaften Finanzierungsfragen oder durch partielles Fehlverhalten Einzelner, nicht unendlich im Feuer stehen.

Dafür müssen wir sorgen. Auch darum muss es eine umfassende parlamentarische Aufklärung innerhalb eines Untersuchungsausschusses geben. Das begrüßen wir ausdrücklich. Deshalb ist, glaube ich, auch heute hier nicht der Moment, Differenzierungsdebatten um Einsetzungsbeschlüsse zu führen - das ist ein falsches Signal -, sondern wir müssen zusammen ein großes Interesse daran haben, dass möglichst schnell alle Ungereimtheiten aufgeklärt werden und wieder Ruhe in die Landessportschule einkehrt.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Sehr gut! - Abg. Schramm (DIE LINKE): Genau so ist es! - Beifall von der SPD und der LINKEN.)

Denn neben dem LSVS arbeiten in der Hermann-Neuberger-Sportschule mehr als hundert Menschen. Die haben im Moment alle Angst, wie es weitergeht, Angst um ihren Arbeitsplatz. Ich sage jetzt einmal pauschal, alle machen dort einen tollen Job für den Sport und sind auch nicht betroffen von all dem, was uns im Moment umtreibt. Ich glaube, die politischen Debatten müssen auch den Arbeitsplätzen dort Rechnung tragen. Man muss schnell zu Lösungen, zu den richtigen Lösungen kommen. Wir brauchen eine schnelle Aufarbeitung, wir brauchen auch schnell wieder Ruhe und Sicherheit für die Beschäftigten beim LSVS, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und der LINKEN.)

Zur Arbeit der Sportplanungskommission. Kollege Lafontaine, da bin ich dann nicht ganz bei Ihnen; ich weiß gar nicht, in der wievielten Legislatur ich dort Mitglied bin, zwischendurch war ich einmal nicht Mitglied, jetzt bin ich es wieder, aber es waren auch immer Vertreter der LINKEN, seit es DIE LINKE im saarländischen Landtag gibt, dabei. Meines Wissens sind die allermeisten Beschlüsse dort - vielleicht alle - in all den Jahrzehnten immer auch nach intensiver Debatte unter Beteiligung aller einstimmig gefallen. Das gehört auch zur Wahrheit.

Die kritischste Sitzung, die ich dort erlebt habe, war die letzte in der letzten Woche. Da können Sie einmal Ihre Kollegin fragen, wer dort Fragen aufgeworfen hat und wer dort mit dafür gesorgt hat, dass bestimmte Dinge nicht beschlossen wurden, die andiskutiert waren. Da hätte ich mir vielleicht von rechts und links auch ein bisschen mehr Flankierung gewünscht.

(Abg. Dörr (AfD): Ich war nicht vertreten, Herr Pauluhn!)

Letztendlich sind es gute Beschlüsse gewesen, die gefasst wurden. Insofern glaube ich, dass die Sportplanungskommission überhaupt nicht zur Debatte stehen darf und auch nicht zur Debatte steht, sondern ein Instrument ist, das über viele Jahre hervorragend funktioniert hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die letzten Monate ohne gewählte Regierung in Berlin werden als eine Zeit des Übergangs - vielleicht sogar als eine Zeit der Unsicherheit - im Gedächtnis der Menschen bleiben. Es gab in dieser Zeit diese Unge-

(Abg. Pauluhn (SPD))

wissheit bei uns. Ob in Berlin oder im Saarland, eines war uns, der Saar-SPD, in diesen turbulenten Tagen jedenfalls immer wichtig, nämlich als Stabilitätsanker dieser Regierung, dieses Landes, dieser Großen Koalition im Saarland verstanden und wahrgenommen zu werden.

Wir haben auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass eine Verweigerung koalitionärer Verantwortungsübernahme im Bund auch nach einem für meine Partei fürchterlichen Wahlausgang am Ende nicht dazu führen darf, Politikverdrossenheit durch Verweigerung weiter zu beflügeln und vor allem eines damit zu bewirken, nämlich dass reaktionäre und populistische Kräfte mit radikalen Parolen in diesem Land noch mehr Nährboden finden, als wir dies ohnehin schon heute feststellen müssen.

Mit der Entscheidung der SPD - auch hier waren die saarländischen Roten mit ihrer Festlegung einmal wieder näher und enger an den Menschen - haben wir den teils keifenden Voraussagen mancher aus der AfD, man wäre bald schon die neue Volkspartei - so hieß es da -, und diesen Prognosen einen kräftigen Strich durch die Rechnung gemacht. Allein das war es schon wert, die Chancen durch Regieren nun in die Hand zu nehmen und auch wieder mehr Zuversicht und auch mehr an politischem Unterschied in schwieriger Zeit sichtbar werden zu lassen.

(Beifall von der SPD.)

In diesem Prozess - das will ich nun auch schon einmal erwähnen - hat mich das eine oder andere geschmerzt, aber eines besonders - ich muss das einfach heute einmal loswerden -, nämlich wie unsere ehemalige Ministerpräsidentin auf die Haltung der SPD im Oktober reagiert hatte. Ich zitiere vom „Deutschlandtag“ der Jungen Union in Dresden. Sie sagte: „Die Sozialdemokraten fühlen sich nur wohl, wenn sie zuerst an die Partei und dann an das Land denken.“ Das tat vielen weh, das tat mir weh. Ich glaube auch, das stimmt nicht. Nur einmal nebenbei: Wenn ich das heute mit gleicher Münze zurückzahlen wollte, dann gäbe es dazu bekannterweise eine Grundlage. Das sollen aber andere tun und am Ende beurteilen, wo denn wessen Wohlfühlecke ist. Heute muss es zudem weniger um die letzten Monate als um die vor uns liegende Zukunft gehen.

Mit der nach wie vor richtigen Überschrift „Solide wirtschaften - mutig gestalten - mehr investieren.“ möchten wir zunächst vor allem im Saarland und jenseits des im Bund gewonnenen Image- und Einflussgewinnes dafür sorgen, dass wir den Moment der Ungewissheit - vielleicht auch der Unsicherheit - entstanden nicht zuletzt aufgrund der Personalwechsel wieder zurückdrängen und den Saarländerinnen und Saarländern die richtigen Antworten geben auf die drängenden Fragen und Probleme der Zeit.

Dazu gehört für mich, dass wir uns im Landtag dem Thema Veröffentlichungspflichten und Selbstverpflichtungen zu Einkünften in der Politik noch einmal zuwenden und natürlich auch der Frage, wie es mit zu viel an Nebentätigkeiten von Abgeordneten aussieht. Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative im Präsidium dieses Hauses, die vom neuen Präsidenten ausging. Ich begrüße überdies das Angebot von Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dem Parlament auf Augenhöhe begegnen zu wollen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Lieber Tobias, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, als ehemaliger Fraktionsvorsitzender müssten Sie aber auch wissen - ich sage das mit einem kleinen Augenzwinkern -, dass das Parlament niemals auf Angebote dieser Art wartet oder gar auf solche setzt.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Das Parlament hat schlicht und einfach die Aufgabe, das Regierungshandeln zu begleiten, es zu kontrollieren und wenn nötig auch zu gestalten. Denn schließlich gilt auch hier in diesem Landtag eine Regel, die man in Berlin als die des leider viel zu früh verstorbenen, unserer Region sehr verbundenen ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck in Erinnerung behält. Sein Satz zum parlamentarischen Selbstverständnis war immer, dass kein Gesetz aus dem Parlament hinausgeht, wie es hineingekommen ist. Das ist auch der Ansatz dieses Hauses. Dem wollen und werden wir uns weiter stellen. Sollte einmal - trotz leiser Bedenken - eine Initiative der Regierung so gut sein, dass das Parlament gar nichts ändern muss, auch das darf vorkommen, dann gehen wir davon aus, dass diese Initiative bereits im vorparlamentarischen Raum dem wachsamen Auge der Mitglieder dieses Hauses nicht entgangen war und dort bereits ihren parlamentarischen Input gefunden hat. Insofern sind wir ganz bei Ihnen und danken für Ihr Angebot der Mitarbeit auf Augenhöhe.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für diese Legislaturperiode hatten wir bereits das Jahrzehnt der Investitionen angekündigt. Diesen eingeschlagenen Kurs werden wir fortsetzen. Wir fördern und unterstützen bestmöglich. 1 Milliarde Euro werden für Bildung, Hochschulen, Verkehr und kommunale Infrastruktur vorsehen. Dass dies auch unter Einhaltung der Schuldenbremse geht, zeigt der Haushaltsabschluss 2017. Die Neuverschuldung ist wesentlich niedriger ausgefallen als geplant. Der Spagat zwischen Konsolidieren und Investieren ist möglich und gelingt. Zudem eröffnen die Ergebnisse der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 neue und zusätzliche Spielräume.

(Abg. Pauluhn (SPD))

So erfreulich dies aus Landessicht auch sein mag, so selbstkritisch müssen wir uns dennoch in Bezug auf unsere kommunale Familie unausweichlichen Fragen stellen. Schließlich trägt das Land Verantwortung für seine Kommunen, für die kleinen und großen, und eine besondere für den Großraum Saarbrücken. Wie versetzen wir die saarländischen Kommunen in die Lage, ihre Haushalte zu sanieren und gleichzeitig Investitionen zu ermöglichen? Welche Rolle kann dabei eine Reform der kommunalen Aufgaben spielen? Wer nimmt künftig welche Verwaltungsaufgaben wahr? - Die Daten dazu sind erfasst, Meinungen sind großflächig ausgetauscht. Wir müssen jetzt zur Umsetzung kommen.

Mein Kollege Magnus Jung hat in seiner Rede zum Haushalt sinngemäß gesagt, dass wir kein Erkenntnisproblem mehr haben, sondern eigentlich nur noch ein Umsetzungsproblem. Ich will dazu heute Folgendes ergänzen: Es gibt genug Argumente, wir brauchen keinen neuen, zusätzlichen Debatten, sondern wir setzen jetzt auf die Vorarbeit des Innenministeriums, das eine Vorlage ausarbeitet, um schnellstmöglich zu Entscheidungsprozessen zu kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Innenminister, das ist auch notwendig, weil wir den vielen ehrenamtlich kommunalpolitisch Tätigen verpflichtet sind. Nächstes Jahr ist Kommunalwahl. Wenn es zu Veränderungen in den Strukturen kommt, so müssen die Kolleginnen und Kollegen aus den Kommunalparlamenten auch frühzeitig wissen, was auf sie zukommt. Deshalb brauchen wir diese Debatte schon bald, am besten noch vor der Sommerpause.

(Beifall von der SPD.)

Einen weiteren Zuruf an die saarländischen Gemeinden und Städte will ich von dieser Stelle machen. Für die anstehende finanzielle Entlastung des Saarlandes gilt für die SPD und diese Regierung in Gänze der Grundsatz, dass Geld, das für die Kommunen gedacht ist und ihnen zusteht, auch an sie weitergeleitet werden wird. Dafür sind wir angetreten. So viel muss man den Kommunen zugestehen. Das ist das Mindeste, denn die Kommunen waren in den letzten Jahren solidarisch mit dem Landeshaushalt. Diese Solidarität müssen wir jetzt zurückgeben.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Es ist nicht nur die Kommunalreform, die uns umtreibt, sondern wir haben auch einen anderen, größeren Anpassungsprozess an eine Reform zu leisten. Es ist die Organisationsstruktur der saarländischen Polizei und die Sicherheitsstruktur in diesem Land insgesamt. Wir sind davon überzeugt, dass diese Regierung die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen liefern kann. Diese Regierung wird wichtige Reformen für dieses Land vorantreiben. Wenn es um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Saarland geht, dann ist es zweifelsfrei die Große Koalition, die kluge und nachhaltige Reformen anpackt, dann ist es vor allem auch der Mix in dieser Koalition, der dafür sorgt, dass die richtige Mitte zwischen Sicherheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gefunden wird. Das war in der Vergangenheit unser Anspruch und das wird er auch in Zukunft sein.

(Beifall von der SPD.)

Ich möchte einige Beispiele aufführen, die aus unserer Sicht als zentral für eine gute Sicherheitspolitik zu nennen sind. Wir verändern die Organisationsstruktur des saarländischen Verfassungsschutzes, um bisherige Reibungsverluste abzubauen und die Arbeit im Hinblick auf das Berichtswesen und letztendlich auf die Kontrolle des Parlamentes noch besser zu machen. Das Thema lautet nicht Abschaffung des Verfassungsschutzes oder Zusammenlegung mit anderen Ämtern, sondern es geht um eine zusätzliche Verbesserung der Arbeit des Verfassungsschutzes. Das gehört zur Gesamtsicherheitslage, denn wenn der Verfassungsschutz überhaupt schon einmal wichtig war, dann in dieser Zeit. Dem muss man Rechnung tragen und die Arbeit derer, die beim Verfassungsschutz beschäftigt sind, einmal ausdrücklich loben.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wir befinden uns in einem regen Austausch mit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, denn keiner kennt die Struktur in der Polizei und deren Organisation besser als die Beamtinnen und Beamten selbst. Es ist klar, es kommt zu einer Weiterentwicklung der jetzigen Struktur. Es ist kein Bruch oder Schnitt, sondern eine Weiterentwicklung. Für mich und uns in der Regierung stehen drei Punkte ganz obenan. Zu allererst die Verbesserung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als Mittelpunkt und Anker einer Reform. Das ist das Wichtigste, was wir im Auge haben müssen, ebenso die Entlastung von Arbeitsverdichtung bei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Denn diese Arbeitsverdichtung gibt es zweifelsfrei. Ein Drittes ist uns wichtig und auch dies schreibt der Koalitionsvertrag fest: In jeder der 52 saarländischen Kommunen wird es auch zukünftig einen Polizeistandort geben. Die Polizei vor Ort kann nur so, ohne Fernsteuerung, mit eigenen Ansätzen auf spezielle, lokale Gegebenheiten reagieren. Deshalb müssen wir uns an diesen Grundsätzen orientieren, wenn wir demnächst die Weiterentwicklung der Organisationsreform der Polizei angehen.

(Beifall von der SPD.)

Ich will zu einem weiteren Punkt kommen, der zentraler Bestandteil unserer Arbeit und im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist. Es geht um die Absenkung der Elternbeiträge für Krippen und Kitas. Bildung und Bildungsgerechtigkeit beginnen bereits im

(Abg. Pauluhn (SPD))

frühkindlichen Bereich. Unsere Kindertagesstätten sind heute nicht mehr nur Betreuungseinrichtungen, sondern vielmehr auch Bildungseinrichtungen. Auch darum muss frühkindliche Bildung beitragsfrei sein. Wir schaffen das nicht in einem Schritt, aber wir wollen es in mehreren schaffen. Wenn nun noch vom Bund zusätzliches Geld kommt, dann sparen wir dadurch keinen saarländischen Anteil ein, sondern wir werden ihn darauf verwenden, dass die Absenkung der Elternbeiträge noch schneller und intensiver umgesetzt werden kann als bisher geplant, und das im Sinne der Kinder und damit ganz bestimmt im Sinne des gesamten Landes.

Wenn ich bei Bildungsgerechtigkeit bin, dann bin ich direkt bei Bildungsminister Ulrich Commerçon. Er konnte in den letzten Wochen einen schönen Erfolg vermelden. Dies ist ein Ergebnis seiner Arbeit. Der gebundene Ganztag erfreut sich weiterhin einer hohen Nachfrage. Die vorläufigen Anmeldezahlen der künftigen Fünftklässler zeigen, dass der Ausbau des gebundenen Ganztags unbedingt weitergehen muss. Von den 3.736 Schülerinnen und Schülern, die im kommenden Schuljahr eine Gemeinschaftsschule besuchen werden, haben sich 1.033 an einer Schule mit gebundenem Ganztag angemeldet. Das entspricht einem Aufwuchs um fast ein Viertel. Insgesamt besuchen jetzt 28 Prozent der Fünftklässler an Gemeinschaftsschulen eine gebundene Ganztagsschule. Mit dem Angebot des gebundenen Ganztags schaffen wir mehr Bildungsgerechtigkeit. Hier können Schülerinnen und Schüler noch individueller und gezielter gefördert werden. Es ist nichts Neues, wenn ich sage, dass wir eine echte Wahlfreiheit zwischen Halbtagsschulen mit freiwilliger Nachmittagsbetreuung und dem echten Ganztag brauchen. Das erwarten die Eltern von uns. Das ist auch eine Zukunftsvision für dieses Land. Daran sollten wir weiterarbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Die Anmeldezahlen bei den Gemeinschaftsschulen laufen insgesamt positiv und sind stabil - das habe ich bereits gesagt -, auch wenn es zugegebenermaßen an Brennpunkten Probleme gibt. Dem müssen wir uns widmen und stellen. Das tun wir gemeinsam. Auch dazu gab es einen zusätzlichen Haushaltstitel. Das ist ein Punkt, den man nicht einfach ausblenden darf.

Auf diesem Erfolg dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Wir müssen die Gleichwertigkeit zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium ernst nehmen und herstellen. Deshalb müssen wir weiter in Qualitätsverbesserungen investieren. Kein Kind darf auf dem Weg zu seinem bestmöglichen Abschluss wegen falscher Ideologiedebatten - ob in der Gesellschaft oder in der Politik - auf der Strecke bleiben. Wir sollten keinen Wettbewerb zwischen Schulformen zulassen und schon gar nicht fördern, sondern das Ziel verfolgen, in beiden Schulformen für alle Kinder die Besten zu werden. Wenn wir im Saarland die Besten auf beiden Schulwegen wären, dann wären wir wirklich ein Aushängeschild der Bildungspolitik in der ganzen Republik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, daran müssen wir weiter arbeiten!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Das wäre wirklich ein kindgerechter Weg. Ich will zusammen mit meiner Fraktion den Bildungsminister immer wieder ermuntern und ihn dabei unterstützen, wo es geht.

Gerade wenn ich von unseren Kindern spreche, ist mir ein Thema besonders wichtig, welches in den letzten Tagen und Wochen immer wieder in den Medien präsent war. Es ist die Diskussion über Armut und Tafeln, die leider wieder mehr in den Fokus gerückt werden muss. Wir leben in einem der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt, aber nicht allen Menschen geht es gut. Häufig spricht man dabei von den sozial Schwachen. Ich mag diese Bezeichnung nicht, weil sie verfälscht, um was es dabei geht. Menschen, die jeden Euro zweimal oder dreimal umdrehen müssen, sind nicht sozial schwach. Sie sind einfach arm. Sozial schwach ist eher ein Minister, der die Existenz dieser Armut leugnet. Das hat Heribert Prantl mit Blick auf die Aussagen von Herrn Spahn so kommentiert. Und auch von der hiesigen Regierungsbank kam klarer Widerspruch. Vollkommen zu Recht, wie ich finde. Dem muss man entgegentreten.

(Beifall von der SPD und vereinzelt bei der LINKEN.)

Gerade im Saarland sind viele Menschen von Armut betroffen. Es sind vor allem alleinerziehende Frauen und alte Menschen. Im Saarland wachsen 25.000 Kinder in Armut auf. Sie spüren täglich, was es bedeutet, sich etwas nicht leisten zu können - beim Schuhkauf, wenn die Klassenfahrt ansteht oder wenn das Geld am Ende des Monats nur noch für trockene Nudeln und Ketchup reicht, wenn eingepackte Billigwurst das frische Gemüse und das frische Obst ersetzt, wenn kein Geld übrig ist für Kino, geschweige denn einen Theaterbesuch oder einen Tagesausflug; von Urlaub ganz zu schweigen. Das ist Armut in Deutschland, auch im Saarland, speziell für Kinder. Jedes Kind, das davon betroffen ist, ist ein Kind zu viel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da geben Sie mir sicherlich alle recht.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und vereinzelt von der LINKEN.)

Neben der Bekämpfung von Armut müssen wir aber mit dem Blick auf die gleichen Kinder dafür sorgen, dass Digitalisierung und der Zugang zu den Netzen der Zukunft keine Frage ist, in der eine neue, zusätzliche Spaltung zwischen Arm und Reich ent-

(Abg. Pauluhn (SPD))

steht. In schicken Villenvierteln und der neuen City im Ballungsraum Glasfaser und draußen auf dem Dorf, dort, wo Häuser leer stehen, reicht Kupfer. Der Staat investiert auch in digitale Infrastruktur, damit Lebensverhältnisse und damit Zukunftschancen zwischen den Menschen in unterschiedlichen Wohnrevieren nicht immer weiter und schneller auseinanderklaffen. Wir müssen unsere Kinder auf das Leben und die Arbeit in einer digitalisierten Welt bestmöglich vorbereiten. Dazu investieren wir das Geld. Wir wollen Schwellen abbauen und nicht zusätzlich neue aufbauen!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Das Saarland ist gut dabei. Weitere Schritte werden folgen. Das wurde bereits gesagt. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei aller Euphorie für unsere digitale Zukunft dürfen wir vor allem auch aufgrund unserer starken Industriestandorte im Land in diesem Haus ein Thema nicht verschweigen. Wenn ich das richtig reflektiere, wurde das logischerweise in der Debatte über die Regierungserklärung sowohl vom Kollegen Funk als auch vom Kollegen Lafontaine aufgegriffen. Es ist die Diskussion um Automotive und um die Frage, wie es mit dem Diesel weitergeht. Die rechtliche Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge, Wertverluste von gerade erst erworbenen Diesel-Pkw, die Bedrohung von Arbeitsplätzen - all dies bestimmt derzeit die Debatte bei diesem Thema.

Dabei dürften doch gerade die Verbraucher und die Arbeitnehmer in unserem Land nicht die sein, die wegen der Gier einzelner Konzernzentralen in der Autobranche am Ende im Regen stehen und alleine die Zeche zahlen müssen. Die Konzerne haben gelogen und betrogen; sie müssen jetzt dafür geradestehen. Wer bescheißt, der muss bezahlen, und nicht der Kunde, der schon einmal für eine Lüge bezahlt hat und zur Kasse gebeten wurde, weil er ein Produkt gekauft hat, bei dem nicht drin war, was drauf stand. Die Automobilindustrie ist gefordert, Besitzern von älteren Dieselautos annehmbare Lösungen anzubieten. Das geht aus meiner Sicht über das, was auf Grundlage von Software-Updates geplant ist, deutlich hinaus. Dazu gehört gerade die technische Umrüstung, und zwar auf Kosten der Verursacher und nicht der Verbraucher.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Es muss auch einmal gesagt werden, dass das alles technisch möglich wäre. Die HTW im Saarland hat vor wenigen Wochen Tests gefahren. Mit einfachen Umrüstarbeiten wäre jeder Diesel zukunftsfit zu machen und läge deutlich unter den Grenzwerten der neuesten Normen. Das müsste beziehungsweise muss doch der Anspruch sein und wäre ein Zukunftssignal für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Automobilindustrie. Ich will beispielhaft die über 3.000 Beschäftigten bei Bosch in Homburg nennen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir stehen an der Seite der Beschäftigten in unserem Land und für sichere Arbeitsplätze. Das gilt in besonderem Maße für unsere heimische Stahlindustrie. Wenn es einen Grund gibt, warum sich größere Firmen für das Saarland entscheiden, dann ist es folgender: Wir Saarländerinnen und Saarländer verfügen über eine Identität, die in besonderem Maße mit unserer Industrie verbunden ist. Das Saarland kann Industrie.

Früher war es in unserem Land der Bergbau. Heute sind es Forschung, Fahrzeug- und Maschinenbau sowie die Stahlindustrie. Wir haben eine moderne und innovative Stahlindustrie, die zu Beginn der 2000er-Jahre schon einmal als Old Economy politisch diskreditiert wurde. Im Gegensatz zu anderen haben wir uns als SPD immer gegen jene politischen Kräfte gewehrt, die die Zukunft unserer Industrien frühzeitig abgeschrieben und damit gefährdet haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Saarland ist ein Industrieland. Wir wollen, dass es ein solches bleibt. Es stimmt, dass das Saarland einen Pulsschlag aus Stahl hat. Um ihn weiter hören zu können, arbeiten wir gemeinsam mit der Ministerpräsidentin, mit der Wirtschaftsministerin - -

(Sprechen und Heiterkeit.)

Entschuldigung, daran muss ich mich noch gewöhnen. Wir arbeiten gemeinsam mit der Ministerpräsidentenkonferenz, sollte das heißen,

(Vereinzelt Beifall)

mit der Wirtschaftsministerin, mit dem Einsatz von Tobias Hans und dem Einsatz von Anke Rehlinger und mit der klaren Aussage: Saarland ist Stahlland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Zur Ansiedlung der Firma „Nobilia“ wurde vieles gesagt. Die Saarbrücker Zeitung hat sich sogar dazu hinreißen lassen, in der Überschrift zu schreiben: „Ritterschlag für Anke Rehlinger“. Ungeachtet dessen finde ich es eine großartige Ansiedlung, weil damit nicht nur Chancen in weiter Zukunft verbunden sind, sondern bis zu 1.000 Arbeitsplätze in naher Zukunft, vor allem für Saarländerinnen und Saarländer, geschaffen werden. Das ist ein richtig großer Erfolg dieser Landesregierung, insbesondere von Anke Rehlinger.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich will zum Schluss noch ein Thema aufgreifen, das bereits genannt wurde. Es ist das Thema Pflege. Kollege Lafontaine hat darauf hingewiesen, dass wir eigentlich weitaus mehr als 8.000 Pflegekräfte brau-

(Abg. Pauluhn (SPD))

chen, was jetzt im Bund beschlossen wurde. Da haben Sie recht. Aber ich glaube, man hätte in diesem Koalitionsvertrag auch die Zahl 20.000 aufnehmen können. Das eigentliche Problem ist doch: Es gibt sie auf dem Markt nicht. Pflegekräfte werden händeringend gesucht. Deshalb brauchen wir Konzepte, wie wir zu mehr Einstieg in die Pflegeberufe kommen. Ich finde es wichtig, dass die Große Koalition in Berlin beschlossen hat, auf das pflichtige Schulgeld für solche Ausbildungsberufe zu verzichten. Garantie von Teil- in Vollzeit ist ein auch ein Thema. Wir brauchen hier im Saarland - da bin ich voll bei der Sozialministerin - eine richtige Initiative der Werbung für mehr Kräfte in die Pflegeberufe. Das kann man zusammen mit dem Parlament, dem Sozialministerium und den Gewerkschaften gestalten. Wir schaffen damit die Voraussetzungen, dass wir überhaupt welche einstellen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Ich will damit zum Ende kommen und noch einmal unterstreichen, dass diese Landesregierung mit ihrer Arbeit - jetzt auch unter einem neuen Ministerpräsidenten und einer jüngeren Regierung insgesamt - die richtigen Dinge anpackt, um dieses Land weiterzuentwickeln und ihm eine gute Zukunft zu geben. Das ist der Anspruch dieser Großen Koalition und Landesregierung. Lassen Sie uns vor allem daran arbeiten. Ich hoffe auf den Zuspruch und die Unterstützung des ganzen Hauses. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:
Das Wort hat nun der Abgeordnete Hermann Scharf von der CDU-Fraktion.

Abg. Scharf (CDU):
Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem modernen Saarland, das wir mit der Regierung weiterentwickeln wollen, hat jeder Platz, ob Frau oder Mann, ob behindert oder nicht behindert. Ich sage heute an diesem Rednerpult klar und deutlich: Der Weg in die inklusive Gesellschaft ist nicht aufzuhalten.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Und es ist gut so, dass es so ist. Durch gemeinsame Begegnungen zwischen Behinderten und nicht Behinderten merkt man irgendwann gar nicht mehr, wer behindert ist und wer nicht. Das spüren wir in unseren Schulen und in vielen anderen Einrichtungen. Es ist gut, dass wir unterschiedliche Systeme haben. Wir haben wunderbare Regelschulen, in denen wir viele Menschen inkludiert haben. Da sind wir Spitzenreiter. Wir brauchen aber die Förderschulen für die schwerst- und mehrfachbehinderten Menschen. Wir wissen heute aufgrund der modernen Medizin, dass Kinder, die zur Welt kommen und 400 Gramm wiegen, auch später eine besondere Schonung brauchen und inkludiert werden müssen. Das ist oft ein Weg der ganz kleinen Schritte. Das dauert einfach. Deshalb brauchen wir die Unterschiedlichkeit. Dafür steht diese Große Koalition.

Ich möchte ein paar Bemerkungen machen und beim Thema Pflege beginnen. Der März ist der Monat der Pflege. Wir haben, liebe Monika Bachmann, sehr viel erreicht. Aber ich will das, was Herr Lafontaine angesprochen hat, gar nicht kleinreden. Wir haben große Probleme. Jeder, der vor ihnen die Augen verschließen würde, würde in einem Land leben, das es nicht gibt. Wir malen uns die Welt nicht, wie wir sie wollen, sondern müssen einfach wissen, dass diese Dinge existent sind. Deswegen will ich einige Zahlen in Erinnerung rufen. Wir haben aktuell in unserem Land knapp 40.000 pflegebedürftige Menschen. Davon werden in unseren 150 Heimen über 12.000 Menschen gepflegt, 8.000 werden von Pflegediensten betreut. Die große Anzahl - fast 20.000 Menschen - wird von ihren lieben Angehörigen gepflegt. Die brauchen Entlastung, meine Damen und Herren! Das schaffen wir nur gemeinsam und wenn wir an einem Strang ziehen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Mich hat der „Tatort“ am Sonntag vor acht Tagen sehr intensiv bewegt. Ich weiß nicht, wer ihn gesehen hat. Schwerpunkt war dort das Thema Demenz. In diesem Film ging es zunächst um kriminelle Energien. Auch das ist Realität. Davor dürfen wir auch nicht die Augen verschließen. Wir können ja einmal im Justizausschuss die Staatsanwaltschaft berichten lassen, was in unserem Lande falsch läuft. Was mich und viele andere auch aber am meisten betroffen gemacht hat, war die Hilflosigkeit der vielen Angehörigen, die mit dieser Aufgabe überfordert waren, weil sie 365 Tage 24 Stunden pflegen müssen. Deswegen müssen wir dem Thema Demenz - da haben wir den einen oder anderen Punkt im Koalitionsvertrag - einen noch größeren Stellenwert beimessen als derzeit. Wir müssen den Pflegepakt stärken und neue Wege gehen. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir müssen uns vor Augen führen: Wenn wir in den Pflegekonferenzen mit den Pflegekräften im Dialog sind - das macht Monika Bachmann sehr gut, das will ich dir heute einmal sagen -, spüren wir, dass viele am Ende sind. Deswegen kämpfen wir doch, damit wir verlässliche Dienstpläne bekommen!

Nur am Rande: Wir haben heute gehört, wie viele Arbeitsplätze wir im Automobilbereich haben. In der gesamten Gesundheits- und Sozialbranche unseres Landes arbeiten mehr als 60.000 Menschen, die sich Tag für Tag für andere einbringen! Das ist auch

(Abg. Scharf (CDU))

eine tolle Sache. Das können wir bei dieser Gelegenheit auch einmal herausstellen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich war gestern in der Winterbergklinik. Das ist ein tolles Haus mit moderner Medizin. Da wird Digitalisierung, modernes Dienstplanmanagement und vieles andere eingesetzt. Das ist ganz toll. Diese Dinge müssen wir forcieren, aber wir brauchen trotzdem mehr Frauen und Männer, die bereit sind, die Pflege am Bett zu leisten. Wir werden deshalb Initiativen ergreifen und werden sie demnächst im Plenum in einem Antrag haben. Jetzt ist Herr Lafontaine nicht da. Ich will es ihm sagen. Wir wollten einen solchen Antrag nicht heute Abend um 22.00 Uhr diskutieren, weil es Abgeordnete gibt, die dann nicht mehr da sind. Vielleicht ist es ganz gut, wenn Sie im April-Plenum dann mal dabei sind und wissen, was wir alles in unseren Antrag geschrieben haben. Deswegen machen wir das im April.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Bei dem Thema Pflege sind wir auf einem Weg, auf dem wir noch sehr viel zu tun haben. Deswegen bitte ich noch einmal darum: Es soll eine gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Aufgabe sein.

Ich will noch ein paar Sätze zu den Krankenhäusern sagen. Wir haben aktuell in unseren Krankenhäusern - das muss man verinnerlichen - 10.848 Beschäftigte, davon 4.836 Pflegekräfte. Das ist eine Zahl, die schon immens ist. Ich habe eine Bitte - und das sagen auch viele Player in der Pflege immer wieder: Redet das System nicht so schlecht! Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass wir in unseren Krankenhäusern Leuchtturmprojekte haben. Ich will nur Herrn Professor Gottschling vom Universitätsklinikum und die Augenklinik von Herrn Professor Seitz nennen oder die Kardiologie am Winterbergklinikum, die Geriatrie auf dem Sonnenberg. Viele Leute kommen von außerhalb des Saarlandes und lassen sich speziell hier behandeln. Das müssen wir einfach positiv sehen, bei allem, was negativ ist. Wir haben ein tolles Gesundheitssystem. Dafür will ich den Ärztinnen und Ärzten, den Pflegekräften und allen, die dort tätig sind, herzlich Dankeschön sagen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Warum wird im Krankenhausplan, der bis 2025 Gültigkeit haben soll, ein Aufwuchs von Betten sein? Ich kann erklären, warum: Wir haben mehr Spezialisierung. Wo haben wir Aufwüchse? Wir haben sie in der Schmerz- und Palliativmedizin. Dort brauchen wir mehr Betten. In der Geriatrie brauchen wir sie und in anderen Segmenten wie der inneren Medizin, denn wir Menschen werden immer älter. Da müssen wir im Gegenzug sagen: Wir haben immer kürzere Liegezeiten in den Krankenhäusern, teilweise unter 6 Tagen. Deshalb brauchen wir mehr Betten, um die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt häufiger krank werden, versorgen zu können.

Ich will noch eines in Erinnerung rufen. Das letzte Lebensjahr eines Menschen verschlingt 80 Prozent der Gesamtkosten für Gesundheit. Da wird deutlich, um wie viele Milliarden - an dem Kuchen will sich ja jeder bedienen - es da geht. Wir müssen deshalb darauf achten, dass wir diese Spezialisierung forcieren und unsere Kliniken wirklich fit machen. Die Saarländerinnen und Saarländer haben verdient, dass sie in unseren stationären Einrichtungen die beste medizinische Versorgung haben.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich will noch ein paar Sätze zu unseren Hospizen sagen, weil mir das sehr wichtig ist. Es ist gelungen - wir haben in die Systematik sehr viel Geld gesteckt -, in jeder Gebietskörperschaft Systeme zu installieren, die sich ambulant sehr gut um die Dinge kümmern, so etwa die spezialisierte ambulante Palliativversorgung, die es ermöglicht, dem Wunsch der Menschen Rechnung zu tragen, im häuslichen Umfeld sterben zu dürfen. Wir haben zwischenzeitlich aber auch vier stationäre Hospize. Wir müssen uns vor Augen führen: Der Tod gehört zum Leben dazu. Es ist einfach wichtig, dass wir diese Dinge weiter stabilisieren und ausbauen. Da sind wir auf einem guten Wege.

Zum Thema Inklusion will ich sagen, dass wir in der Eingliederungshilfe an einem Punkt angelangt sind, an dem wir durch die Differenzierung und Spezialisierung viel erreicht haben. Aber - auch das will ich klar und deutlich sagen - wir werden mehr Geld im System brauchen, weil wir mehr stationäre Plätze brauchen werden, auch mehr Werkstattplätze. Wir haben im Moment einen sehr guten Arbeitsmarkt. Es ist gelungen, den einen oder anderen in den Integrationsbetrieben unterzubringen. Aber wenn wir hier irgendwann auch nur leichtere Probleme haben, wird es für die behinderten Menschen schwer werden. Deswegen müssen wir Vorsorge treffen. Bei den Haushaltsberatungen für 2019 müssen wir kucken, dass wir im Segment der Eingliederungshilfe aufrüsten.

Mit Blick auf die Uhr will ich zu meinem letzten Themenkomplex kommen, dem Ehrenamt. Wir sollen - der Ministerpräsident hat es schon getan - heute den vielen Ehrenamtlichen ein herzliches Wort des Dankes sagen. Ich will zwei, drei Gruppen herausgreifen. Es sind vorhin die Parteien angesprochen worden. Was unsere vielen Freundinnen und Freunde in den kommunalen Gremien an ehrenamtlicher Arbeit leisten, ist nicht hoch genug zu schätzen. Deshalb sollten wir heute diesen Menschen ein ganz herzliches Wort des Dankes sagen. Ich glaube, es ist wichtig, Folgendes herauszuarbeiten: Parteien

(Abg. Scharf (CDU))

sind die Säulen der Demokratie. Deswegen müssen wir sie stärken, um anderen, die wir nicht in der Demokratie brauchen, entsprechend entgegnen zu können.

(Beifall von der CDU.)

Ich will auch noch die Betriebs- und Personalräte nennen. Demnächst stehen die Wahlen an. Es ist wichtig, dass wir für dieses starke System eintreten. Ich will im Namen der Großen Koalition auch den vielen Menschen, die großartige Arbeit in den Vereinen leisten, ein herzliches Wort des Dankes sagen.

Ich will noch einen Menschen zitieren, der heute Nachmittag zu Grabe getragen wird, Kardinal Karl Lehmann. Er ist von Markus Schächter gefragt worden: Das soziale und gesellschaftliche Engagement in Deutschland, das Sie immer eingefordert haben, zeigt sich gegenwärtig nicht nur in der Flüchtlingsfrage außerordentlich intensiv und nachhaltig. Deutschland ist, ob man sich dabei auf die Bergpredigt oder die Menschenwürde beruft, außerordentlich engagiert. Es gibt eine riesige, ehrenamtliche, karitative Hilfe. - Darauf hat der Kardinal dann geantwortet: Diese Hilfsbereitschaft und dieses Engagement sind wunderbar und großartig. Ich schmälere nichts daran, wenn ich sage, ich würde sie mir auch an anderer Stelle noch etwas deutlicher wünschen. Ich habe immer schon daran geglaubt, dass in der privaten Innerlichkeit unserer Gesellschaft vieles verborgen ist und noch sehr viel ethische Substanz lebt. Es zeigt sich sehr, dass da in der Tiefe unserer Gesellschaft noch Vieles und Großartiges schlummert. Wenn es angerufen wird, ist es da, und es hat sich gezeigt: Wo die große Not unmittelbar sichtbar ist, sind doch sehr, sehr viele Menschen zur Tat aufgeweckt worden. Das hat mich tief und lebhaft gefreut.

Ich will den Worten des Kardinals nicht mehr viel hinzufügen. Wir Mutigen, dazu zähle ich diese Große Koalition, werden diesen Weg gemeinsam mit denen, die uns begleiten wollen, weitergehen. Diejenigen, die sich ins Abseits gestellt haben, die die alten Thesen vertreten, sollen sich bitte in die Sackgasse verrennen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:
Das Wort hat nun die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kardinal Lehmann hat ausgezeichnet, dass er von allen, die mit ihm vor Ort unterwegs waren, als ein Mensch bezeichnet worden ist, der immer sehr nah am Persönlichen gewesen ist.

Vorhin ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass auch der Erfolg saarländischer Politik, auch saarländischer Politikerinnen und Politiker in Berlin, seinen Ursprung darin hat, dass man sehr nah bei den Menschen ist. Eine Aussprache zu einer Regierungserklärung kann ein Weg von vielen möglichen Wegen sein, zumindest mit dem, was man an politischen Ideen entwickelt hat, nahe bei den Menschen zu sein, auch dank des Saarländischen Rundfunks, der uns noch überträgt. Ich glaube, dass die Aussprache eben gezeigt hat, wer in einer Zustandsbeschreibung verharrt - manchmal sogar noch in einer falschen - und wer die Realität anerkennt, aber deutlich macht, dass er sich nicht unbedingt mit den Verhältnissen abfinden will. Sie hat gezeigt, wer deshalb dann auch beschreibt, was man ändern muss, und nach einem Abgleich der Möglichkeiten sagt, was man von dem, was man für notwendig hält, auch machen kann. Ich glaube, das ist eine gute Beschreibung dafür, wie Politik funktioniert. Wenn man sich an dieser Richtschnur orientiert, kann man das abliefern, was man am Ende des Tages abliefern muss, nämlich nicht nur schlaue Reden oder ein freundliches Lächeln, sondern vor allem auch etwas Reales, etwas Konkretes. Dann kann man das machen, was die Menschen von uns erwarten, nämlich liefern. Und das ist auch der Auftrag dieser Großen Koalition: Nicht reden, sondern liefern. Darum geht es in den nächsten vier Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Viele Antworten auf die Herausforderungen der Zeit haben wir ja dankenswerterweise schon in unserem Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Einige kann man durchaus vorhersehen und kann dazu die Antworten miteinander vereinbaren. Insofern bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er noch einmal vorgetragen hat, was im Koalitionsvertrag dazu angedacht gewesen ist und was auch immer noch unser Ansatz ist, um bestimmte Lösungen zu finden.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, die Chancen, die wir in der letzten Legislaturperiode erarbeitet haben, mit den Ergebnissen der Bund-Länder-Verhandlungen zu nutzen und aus diesen Chancen etwas für dieses Land zu machen. Man darf an der Stelle nicht nur das sehen, was in unserem Koalitionsvertrag steht, sondern man muss auch das sehen, was im Bundeskoalitionsvertrag steht, denn erfreulicherweise enthält er aus saarländischer Sicht viele Elemente, die uns dabei helfen, Projekte, die wir als wichtig definiert haben, besser, schneller oder einfacher umsetzen zu können.

An dieser Stelle soll auch eine prominente personelle Besetzung in Berlin nicht schädlich sein. Natürlich werden wir die Möglichkeiten, die darin stecken, für

(Ministerin Rehlinger)

uns auch nutzen wollen. Ich sage, ja, es ist richtig, die Erwartungshaltung zu haben, dass Saarländerinnen und Saarländer, die in Berlin in verantwortlicher Position arbeiten, nicht den Blick in ihr Heimatland - wo im Übrigen auch ihre Wahlkreise liegen - verlieren, sondern dass sie mit uns dafür sorgen, dass saarländische Projekte realisiert werden. Das ist eine Erwartungshaltung, die die Saarländerinnen und Saarländer, aber auch wir alle miteinander haben, da brauchen wir uns überhaupt nicht auseinanderdividieren zu lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Weil wir das im Übrigen nicht dem Zufall überlassen wollen, haben wir, glaube ich, schon einen Termin vereinbart, dass das Kabinett sich gerade auch mit unseren Vertreterinnen und Vertretern in Berlin, aber auch mit solchen Bundesministern, bei denen wir besondere inhaltliche Anliegen haben, noch einmal zusammensetzen wird. Das haben wir in der letzten Legislaturperiode schon gemacht und das werden wir auch diesmal tun, um über die von uns definierten Projekte, bei denen wir Hilfeleistung und Unterstützung erwarten, zu diskutieren. Einige davon sind heute angesprochen worden. Leider sind nicht alle neu, an einigen davon arbeiten wir schon seit längerer Zeit, aber natürlich werden wir das an der Stelle wieder tun.

Ich will nur einige wenige Punkte aufgreifen, wo wir eine echte gegenseitige Verstärkungssituation haben bei dem, was wir machen wollen, und dem, was uns der Bund mit an die Hand gibt. Ein Punkt, der schon genannt worden ist und der uns im Vorankommen sicherlich helfen wird, ist das Thema Kita-Gebühren. Der Bund hat erklärt, dass er 3,5 Milliarden Euro für diesen Bereich zur Verfügung stellen wird. Weil die Große Koalition in diesem Land nicht vom Geldsegen überrascht werden wollte und auch nicht wollte, dass wir uns anschließend darüber streiten müssen, was wir mit dem Geld machen - vor allem nicht mit dem Finanzminister darüber streiten wollte, ob er möglicherweise dieses Geld einbehält -, haben wir in weiser Voraussicht schon in unseren Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass für den Fall, dass der Bund den Ländern Geld für das Thema Kita und Krippen zur Verfügung stellt, wir es nehmen. Es soll aber nicht das Geld, das wir einsetzen wollten, um die Eltern bei den Beiträgen zu entlasten, ersetzen, sondern es wird obendrauf kommen.

Das heißt, wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart: Mit dem Geld, das wir als Land in die Hand nehmen, wollen wir die Eltern bis zum Ende der Legislaturperiode um bis zu 25 Prozent entlasten, also um ein Viertel, und wenn der Bund etwas draufgibt, dann kommt das nicht anstatt des Geldes, das wir als Landesgeld einsetzen, sondern es kommt obendrauf. Insofern helfen wir auf jeden Fall mit 25 Prozent plus x den Eltern bei den Beiträgen. Das halte ich für eine gute Botschaft. Vor allem ist es eine tolle Botschaft für diejenigen, die sich das von ihrem hart erarbeiteten Geld abknapsen müssen, wenn sie die Kinder in die Betreuung geben wollen.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Gleiches können wir mit Sicherheit auch beim Ausbau der Ganztagsschulen sagen, auch beim Ausbau der Gebundenen Ganztagsschulen. Die Zahlen sind eben genannt worden. Der Bund hat gesagt, er nimmt 11 Milliarden Euro in die Hand, ein Riesenprojekt, das es in diesem Umfang so sicherlich noch nie gegeben hat und das uns hilft, durchgängig für Betreuung zu sorgen. Es hilft uns, soziale Gerechtigkeit herzustellen auch dort, wo die Kinder es vielleicht besonders notwendig haben, sie können nämlich auch am Nachmittag, und zwar kostenfrei, in den Genuss von Bildung kommen. Es hilft uns aber auch, ernst zu machen mit dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das ist wichtig.

Es geht darum, die digitale Bildung in den Schulen voranzutreiben; wir haben ja eben darüber gesprochen, was gerade wieder bei Facebook passiert ist. Dann sollte eigentlich die nächste Generation mit dem, was wir ihnen an digitaler Bildung mit auf den Weg geben, nicht mehr so überrascht sein, wie wir es heute sind, wenn wir in die Zeitung kucken und sehen, was wieder für ein Schindluder getrieben worden ist mit Daten von wem auch immer, und keiner weiß so richtig, was er tun soll. Die nächste Generation soll in der Lage sein, diese Aufgabe, nämlich Digitalpolitik, nicht nur als Infrastrukturpolitik zu verstehen, sondern auch als Gesellschaftspolitik. Sie soll in der Lage sein, diese Aufgabe mit dem notwendigen Wissen ausgerüstet auszufüllen. Dazu muss man aber auch in die Schulen investieren, sowohl in das, was dort an technischer Ausrüstung vorhanden ist, als auch in das, was in die Köpfe hinein muss, aber auch bei der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, denn die müssen es vermitteln. Auch dazu braucht es Geld und auch das wird zur Verfügung gestellt. Ich halte das für eine wichtige und zentrale Investition in die Köpfe vor allem der jungen Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU.)

Es gibt einen weiteren Bereich, den wir als wichtig definiert haben, denn bei aller positiven Entwicklung der Wirtschaftszahlen - die können wir gerne differenziert betrachten, denn sie sind nicht in allen Teilen so gut, wie wir sie gerne hätten - gibt es einen Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der ganz besonders kritisch zu betrachten ist, und zwar deshalb, weil wir uns mit ihm eigentlich sehr viel Mühe gegeben haben und ihn gerade nicht links haben liegen lassen. Das ist der Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir

(Ministerin Rehlinger)

hatten im letzten Koalitionsvertrag dazu 15 Millionen Euro vereinbart, Geld, das wir in die Hand nehmen wollten, um dort richtig voranzukommen. Wir haben viel erreichen können, weil wir Geld ersetzen konnten, das der Bund gestrichen hat, sonst wäre das bei uns wirklich problematisch geworden. Aber es ist immer noch nicht so gut, wie ich es gerne hätte; das möchte ich auch einmal sagen. Deshalb haben wir uns überlegt, was man tun muss, damit wir endlich dorthin kommen, wohin wir wollen.

Es gibt zwei Ansatzpunkte. Den ersten liefert uns der Bund, weil endlich das kommen kann, wofür wir alle gemeinsam und auch ich persönlich in den letzten Jahren wirklich vehement gekämpft haben, weil wir nämlich die Möglichkeit erhalten, den Passiv-Aktiv-Transfer auch umzusetzen. Das heißt, wir geben Menschen Geld nicht dafür, dass sie zu Hause sind, sondern dafür, dass sie eine gemeinnützige Arbeit erledigen können, wodurch sie in eine Lebenssituation kommen, in der Arbeiten heißt, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, aber auch Würde zu erfahren, Teilhabe zu erleben und dem Leben einen Sinn zu geben. Das ist etwas, was der Bund uns ermöglicht. Ich halte das für einen großen Schritt nach vorne. Er geht immer noch nicht weit genug, aber er geht in die richtige Richtung. Und wir werden alle zu überzeugen versuchen, dass der nächste Schritt ein größerer sein kann. Auch das sollte man nicht gering schätzen in Zeiten, in denen wir noch nicht so gut waren, wie wir uns das vorgestellt haben.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir haben uns natürlich auch noch einmal angeschaut, was mit dem Geld gemacht wurde und was man noch besser machen kann. Ich will darauf hinweisen, dass wir uns vorgenommen haben, bei der Förderung der Langzeitarbeitslosen einen bundesweit so noch nicht dagewesenen arbeitsmarkpolitischen Perspektivwechsel vorzunehmen. Bisher geht es in der Regel darum, ausschließlich den Langzeitarbeitslosen zu betrachten und zu überlegen, was zu tun ist - qualifizieren, weiterbilden -, um ihn in den Arbeitsmarkt zu bringen. Wir müssen, wie ich meine, leider feststellen, dass das eine zu enge Betrachtung ist. Denn oftmals liegen die Gründe dafür, dass es nicht gelingt, die Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen, nicht alleine und ausschließlich in der Person und in der Qualifikation der Person. Vielmehr wirken auch das familiäre Umfeld, die Situation der Kinder, des Ehepartners, des Lebenspartners und vieles andere. Wollen wir wirklich erfolgreich sein, müssen wir also tiefer in die Lebenssituation dieser Menschen blicken und bei den echten Problemen, die sie haben, ansetzen. Andernfalls lassen wir ihnen einfach nur Arbeitsmarktmaßnahme nach Arbeitsmarktmaßnahme angedeihen, ohne die Erfolge zu haben, die wir uns erhoffen. Deshalb muss man tiefer reingehen, und das ist der Perspektivwechsel, den wir mit dem guten Geld, das wir dafür in die Hand nehmen, einleiten wollen. Das ist, so finde ich, kein kleines Signal, das sollte man nicht geringschätzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Zum Bund-Land-Verhältnis ist in diesem Zusammenhang ein Projekt ganz prominent genannt worden, über das ich hier berichten darf, da ich in der Sondierungsgruppe war, die das aufgeschrieben hat: ein staatliches Institut für künstliche Intelligenz in deutsch-französischer Kooperation aufzubauen. Das ist natürlich etwas, zu dem wir uns vornehmen, das ins Saarland zu holen. Dass wir alle davon überzeugt sind, dass hier der beste Ort dafür ist, das ist wohl vorauszusetzen. Nun geht es darum, auch andere davon zu überzeugen, dass dem so ist.

Ich möchte ergänzen: Ich halte es für wichtig, ein staatliches Institut aufzusetzen, wie das vorgesehen ist. Man könnte ja fragen, ob wir neben dem, was wir schon haben, überhaupt noch ein weiteres Institut brauchen. Man muss sich aber auch betrachten, auch bei anderen Instituten, wie sehr sich die Wirtschaft einkauft. Das ist ja zunächst einmal schön fürs Renommee. Was bedeutet das aber für die Arbeit in den Instituten? Wer lenkt und leitet die Forschungsprojekte, und mit welcher Zielrichtung bei den Ergebnissen geschieht dies? Ich halte es für sehr wichtig, vor diesem Hintergrund auch ein staatliches Institut zu etablieren - am besten natürlich bei uns im Saarland.

Das sollten wir auch noch einmal in den Gesamtkontext unserer Rolle als Bundesland an der Grenze zu Frankreich stellen. Der deutsch-französische Motor hat nun wirklich lange genug vor sich hingestottert. Wir reden ja immer davon, die deutsch-französische Freundschaft auch als Motor der europäischen Integration einzusetzen. Nun hat aber der Motor gestottert, mal war er im Leerlauf, und manchmal musste man sogar den Eindruck gewinnen, dass der Rückwärtsgang eingelegt wurde. Wollen wir hier vorankommen, brauchen wir auch wieder die gemeinsam definierten Projekte. Wer könnte für solche Projekte besser geeignet sein als die Grenzregion, als ein Bundesland wie das Saarland, zumal als ein Bundesland, das so sehr darauf setzt, dass die Nähe zu Frankreich und die Grenzlage eben keine Nachteile sein müssen, sondern auch Vorteile sein können.

Diesen Punkt müssen wir auch in Berlin noch viel deutlicher vortragen. Ich hoffe, dass sich dafür die Rahmenbedingungen eher verbessert als verschlechtert haben. Das Signal, das Heiko Maas als Außenminister gegeben hat, indem er noch am Tage seiner Vereidigung abends zu seinem französischen Außenministerkollegen gereist ist, ist ein Signal für die deutsch-französische Freundschaft. Daran sollten wir anknüpfen, das kann nur zu unserem

(Ministerin Rehlinger)

Vorteil, zum Vorteil für unsere Region und, das sage ich klar, auch zum Vorteil für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich will auch noch auf ein paar Zahlen zu sprechen kommen. Vorhin wurde auf die Probleme hingewiesen, die mit der Konsolidierung des Haushaltes einhergehen. Ich will diese Probleme gar nicht in Abrede stellen. Gerade wenn man einen besonderen politischen Gestaltungsanspruch hat, schmerzt das Sparen ganz besonders. Das Sparen hat in den zurückliegenden Jahren auch wirklich wehgetan, keineswegs in erster Linie nur uns, sondern vor allem auch anderen in diesem Land, nämlich denjenigen im Ehrenamt, die viele gute Ideen haben, die wir aber nicht immer so unterstützen konnten, wie sie sich das gewünscht hätten. Das gilt aber auch für die Hauptamtlichen bei den Trägern, denen wir zum Beispiel sagen mussten, dass wir die Tarifsteigerungen nicht ohne Weiteres ausreichen konnten, weshalb sie sich, um klarzukommen, die Gelder gewissermaßen selbst ausschwitzen mussten.

Eines muss man aber klar feststellen, denn das sagen die Zahlen deutlich: Wir sind im Jahr 2012 mit einer Nettoneuverschuldung von 700 Millionen Euro gestartet, Tendenz steigend. Jetzt sind wir angekommen bei einer Nettoneuverschuldung, die gerade noch bei 10 Millionen Euro liegt. Hätte man es haushaltstechnisch geschickt angestellt, wäre wahrscheinlich sogar ein erster Haushalt mit ausgeglichener Einnahme- und Ausgabeseite abzubilden gewesen. Um diese Effekthascherei ging es aber gar nicht, die entscheidende Erkenntnis bleibt: Das ist eine gewaltige Wegstrecke der Konsolidierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Land gemeinsam zurückgelegt worden ist. Diese Konsolidierung hat vielen Menschen im Land etwas abverlangt, sie ist aber die Grundlage dafür, nun noch einmal ganz anders in die Zukunft blicken zu können als früher. Aus dieser Startposition heraus kann man sagen: Jetzt lasst uns gemeinsam darüber nachdenken, was die Schwerpunkte einer künftigen Haushalts-, Investitions-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik in diesem Land sein sollen. Wir versuchen dann schwerpunktmäßig herauszuarbeiten, wofür wir die freiwerdenden Mittel zur Verfügung stellen. Das ist der Wert der Anstrengung, die wir hinter uns gebracht haben.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Ich befürchte fast, dass es nicht einfacher sein wird, nun neu zu definieren, was man mit den gewonnenen finanziellen Spielräumen machen kann, verglichen mit dem, was wir zuvor gemacht haben, nämlich zu erklären, bei wem man sparen muss. Denn auch jetzt wieder werden alle alles wollen, und wieder wird man nicht allen alles geben können. Dafür ist aber die Politik da, dafür gibt es Schwerpunktsetzungen. Es ist unsere Aufgabe, die Geschicke insoweit richtig zu lenken.

Im Koalitionsvertrag haben wir klar vereinbart, dass wir das Geld nutzen wollen, um wieder in unser Land zu investieren. Auch wir haben ja wahrgenommen, dass der Zustand der Infrastruktur nicht so ist, wie wir ihn uns vorstellen. Uns ist bewusst, dass man da rangehen muss. Schon vor der Landtagswahl bin ich nicht müde geworden zu sagen, dass wir jetzt den Aufbruch in das Jahrzehnt der Investitionen wagen müssen. In einigen Bereichen werden wir diesen Aufbruch nicht erst ab dem Jahr 2020 wagen, vielmehr erledigen wir das jetzt schon. Wir arbeiten schon daran; das Jahrzehnt der Investitionen beginnt nicht erst 2020, sondern hier und heute. Wie wäre es anders zu erklären, dass ich gestern in der Landespressekonferenz ein millionenschweres Programm zur Investition in den saarländischen Straßenbau darstellen konnte? 100 Millionen Euro investieren wir im Jahr 2018 in die Straßen im Saarland. Ja, ich könnte mir vorstellen, noch etwas mehr für meine Landesstraßen zu tun, aber 100 Millionen Euro sind auch kein Pappenstiel. Das ist eine echte Aussage, das ist ein Signal. Daran zeigt sich auch eine Trendwende, denn wir sparen nicht nur, sondern nehmen wieder Geld in die Hand, um dieses Land fit zu machen für die Zukunft.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Nun ist das aber zum Glück nicht das einzige, was vorangebracht wird - das wäre in der Tat vielleicht doch etwas zu wenig. Es gibt aber jetzt schon weitere Beispiele, die man nennen kann: 37 Millionen Euro für die Investitionen in die Berufsbildungszentren unseres Landes. 37 Millionen Euro werden wir dafür in die Hand nehmen. Auch das ist Geld, das verbaut werden kann und von dem auch die saarländische Bauwirtschaft profitieren kann. Auch diesen Effekt sollte man nicht vernachlässigen.

Zudem ist das eine politische Aussage. Überall sind wir unterwegs und loben das duale Ausbildungssystem. Wir singen das Hohe Lied der beruflichen Bildung. Ich bin allerdings der Ansicht, dass der eine oder andere konkrete Schulraum diesem Hohen Liede nicht ganz gerecht wird. Auch deshalb ist es notwendig, dieses Geld in die Hand zu nehmen, denn wir können den Schülerinnen und Schülern, die wir für eine duale Ausbildung gewinnen wollen, nicht einerseits mit guten Argumenten sagen, dass wir diese Ausbildung sehr wertschätzen, und andererseits die Orte der Ausbildung in einem dringend sanierungsbedürftigen Zustand lassen. Der Zustand ist ja nicht bei allen gleich. Wir haben gute, aber wir haben auch einige, die in einem katastrophalen Zustand sind. Da haben wir Abhilfe geschaffen, und 37 Millionen Euro zu investieren, das ist eine Aussage,

(Ministerin Rehlinger)

machen können, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Das Gleiche gilt, wenn wir über Hochschulen sprechen. Das gilt zum einen für den Hochschulbau, es gilt aber auch für die Frage, wie viel wir in den Globalhaushalt hineingeben. 20 Millionen Euro haben wir miteinander vereinbart, damit in das System wieder Luft hineinkommt. Ich glaube, bei aller Bedeutung der Leuchttürme in der Forschungslandschaft und an den Hochschulen, die wir zwingend brauchen, auch um Renommee und Reputation zu gewinnen, zu behalten oder auszubauen, darf nicht der Rest irgendwie im Dunkeln stehen. Deshalb müssen wir den Hochschulstandorten insgesamt Geld in die Hand geben.

Gleichwohl haben wir natürlich ein besonderes Projekt vor Augen, an dem wir alle gemeinsam arbeiten sollten, denn es ist eine große Chance für dieses Land, das ist das Helmholtz-Zentrum in Gründung. Es ist auf einem guten Weg. Die Rahmenbedingungen für den Bau des Gebäudes sind das eine, aber man braucht auch einiges drumherum. Ich bin eine große Freundin der Philosophie, dass uns allein wissenschaftliches Renommee in diesem Land nicht hilft, sondern dass wir auch dafür Sorge tragen müssen, dass die guten Ideen entweder in schon bestehenden Betrieben Realität auf den Hallenböden werden oder dass auf der anderen Seite neue Betriebe daraus entstehen, dass sich neue Geschäftsmodelle entwickeln können, für die wir Platz brauchen, denen wir zur Seite stehen müssen, wenn sie gründen wollen.

Deshalb ist es konsequent und folgerichtig, dort nicht nur einen Ort des Forschens zu schaffen, sondern nebenan oder in unmittelbarer Nähe ein Helmholtz-Startup-Zentrum auf den Weg zu bringen. Die Gespräche dazu laufen auch schon. Ich weiß nicht, wie oft mein Jour fixe mit Professor Backes schon stattgefunden hat. Das ist dabei eines der zentralen Projekte. Wir brauchen die gesamte Agenda. Das fängt bei der internationalen Schule an, geht über Gründungszentren bis hin zum Thema Wohnen. All das muss in einer großen gemeinschaftlichen Kraftanstrengung auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen, glaube ich, wirklich einen Masterplan, wenn es darum geht, das aufs Gleis zu setzen, damit es zum Erfolg wird. Dafür brauchen wir auch die saarländische Wirtschaft und die Kammern an unserer Seite. Das sollten wir möglichst konzentriert auf den Weg bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wenn ich über Investitionen spreche, will ich eine weitere nennen, nämlich die Investition in den Kongress- und Messestandort Saarbrücken. Das ist heute noch gar nicht erwähnt worden. Ich halte das für ein wichtiges Signal, wie es dort weitergehen kann. Wir haben jetzt einen akzeptablen Zwischenzustand. Viele kleinere Messen finden in den jetzigen Räumlichkeiten statt. Aber das ist nicht das Zukunftskonzept, an dem wir im Moment arbeiten. Es gibt einen Stufenplan, der abgearbeitet wird. Es werden Sanierungsbedarf und Raumgröße ermittelt, es gibt auch eine städtebauliche Frage zu klären, und am Ende steht dann die Frage: Wo kommt das Teil nun hin? Wie bauen wir es? Wir stellen die Finanzierung dazu schon dar. Wir haben uns in den Koalitionsvertrag einen ambitionierten Zeitpunkt hineingeschrieben, nämlich 2019. Ich sage hier an uns alle gerichtet, wir sind sehr, sehr gut beraten, das nicht als ein Feld der Auseinandersetzung zu benutzen, sondern als eine Möglichkeit, dieses Land und die Landeshauptstadt nach vorne zu bringen. Und das ist auch die Aufgabe dieser saarländischen Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Zum Thema Kommunales ist einiges schon gesagt worden, vor allem steht dazu auch vieles in unserem Koalitionsvertrag. Ich glaube auch, dass wir ganz gut beraten sind bei der Aufgeregtheit, die dieses Thema bisweilen in der Öffentlichkeit produziert, jetzt zügig zu Ergebnissen zu kommen. Diese Ergebnisse sollten sich auf der Grundlage unserer Vereinbarung im Koalitionsvertrag bewegen. Da gibt es eindeutige Hinweise darauf, wie interkommunale Zusammenarbeit ausgestaltet werden kann und soll. Denn in der Tat brauchen wir Klarheit, damit man in den Strukturen arbeiten kann. Das sollte man nicht auf die lange Bank schieben. Insofern sollten wir uns an den Fahrplan halten, den wir uns gemeinsam als Landesregierung gegeben haben in Vereinbarung auch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Wenn wir uns daran halten, ist es mir nicht so bange, aber dann müssen wir, ehrlich gesagt, noch etwas mehr Gas geben, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Ich will deutlich machen, dass es eben nicht nur um Zahlen, um Investitionen in Gebäude und Infrastruktur geht, sondern dass es vor allem natürlich auch um die Menschen in diesem Land geht. Es geht um die Saarländerrinnen und Saarländer, und zwar in ihrer völlig unterschiedlichen Verfasstheit. Ich glaube, dass wir insgesamt in der Politik ganz gut beraten sind, einen vernünftigen Ausgleich hinzubekommen, einerseits anzuerkennen, wo es gut läuft und wo man dafür sorgen muss, dass es noch besser geht, dass es eine Entwicklungsperspektive gibt, und andererseits zu erkennen, dass es trotzdem noch einige Felder gibt, wo wir sagen, das ist nichts, was wir akzeptiert wissen wollen, das sind keine Umstände, Zustände et cetera, von denen wir sagen, sie dürfen so bleiben, wie sie sind. Das eine im

(Ministerin Rehlinger)

Extrem heißt hochjubeln, das andere im Extrem heißt alles schlechtreden. Dazwischen liegt nach meiner Einschätzung der richtige Weg. Deshalb gehört es natürlich dazu zu sagen, dass es vielen in diesem Land gut geht und dass dieses Land viele Perspektiven hat. Aber nicht alle können gleichermaßen davon profitieren, deshalb müssen wir uns natürlich intensiv um sie kümmern.

Aus meiner Sicht war die Debatte bei der Essener Tafel unerfreulich. Unerfreulich deshalb, weil ich es nicht für gut empfunden habe, dass man oberlehrerhaft versucht, den Menschen, die dort jeden Tag versuchen, einen guten Job zu machen, zu erklären, was sie zu tun und was sie zu lassen haben, anstatt mal mit ihnen zu reden. So unerfreulich das dort gewesen ist, so positiv ist doch zumindest, dass jetzt wieder in der Öffentlichkeit ein Schlaglicht auf dieses Thema geworfen wird, das auch viele Möglichkeiten bietet, dort ein gutes Stück miteinander voranzukommen. Deshalb brauchen wir neben der Frage, was man zur Armutslinderung vorhalten muss - nichts anderes sind ja die Tafeln; leider sind sie inzwischen schon fast zu einem Regelinstrument geworden -, auch die Frage, was wir tun müssen, um Armut zu bekämpfen. Da finden sich natürlich nicht alle Antworten im Sozialministerium, mitnichten! Das hat auch etwas mit Bildung zu tun, das hat natürlich etwas mit Arbeiten zu tun, aber es hat auch etwas mit Gesundheit zu tun und mit anderen Dingen. Deshalb braucht man dort einen großen Ansatz. Es hat natürlich auch viel mit Punkten zu tun, die in der Bundespolitik zu entscheiden sind. Aber nichtsdestotrotz muss man dieses Thema angehen.

Ich stehe noch ein bisschen unter dem Eindruck einer Veranstaltung, die ich gestern Nachmittag hatte, wo wir Vertreterinnen und Vertreter der Tafeln eingeladen hatten, Wohlfahrtsverbände und Vertreter der Kirchen. Ich glaube, wir wären alle gut beraten, uns das noch mal genau anzuhören, was uns von dort berichtet wird. Wir sollten denen, die uns helfen, den Sozialstaat menschlich erscheinen zu lassen, auch helfen. Da gab es gute Anregungen, ich finde, die sollten wir bei anderer Gelegenheit noch einmal miteinander diskutieren. Dort wird hervorragende Arbeit geleistet. Es ist heute vielen gedankt worden. Ich will dem einen Dank anschließen nach meinem gestrigen Gespräch: Ich will den vielen Ehrenamtlichen, die sich um die Tafeln verdient gemacht haben, danken, die es nicht verdient haben, dass man sie beschimpft, dass sie als Brennglas einer gesellschaftlichen Debatte herhalten müssen, wo sie sich kaum noch helfen konnten.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Zum Thema Digitalisierung ist ganz viel gesagt worden. Ich will dem, was den technischen Anteil angeht, überhaupt nichts hinzufügen. Es stecken jede Menge Chancen drin, es gibt aber auch jede Menge Risiken. Die Aufgabe von Politik und der Ausweis eines handlungsfähigen Staates ist es, aus diesen Chancen etwas zu machen und die Risiken zu minimieren. Wir müssen bei aller technologischen Betrachtung feststellen, dass die Digitalisierung auch vielen Menschen Angst macht. Wie anders wäre in einer Zeit, in der wir in einigen Teilen schon Vollbeschäftigung haben, das Ausmaß an Verunsicherung zu erklären, ob man seinen Arbeitsplatz behält, ob es diesen Beruf in Zukunft noch geben wird und ob man ihn eigentlich auch guten Gewissens seinen Kindern als Ausbildungs- oder Studienberuf empfehlen kann. Das ist etwas, was wir uns sehr genau ansehen sollten. Darauf werden wir nicht nur einfach technologische Antworten geben können, sondern da bedarf es einer größeren Kraftanstrengung.

Das Thema Automobilwirtschaft ist angesprochen worden, 44.000 Beschäftigte machen deutlich, welche Bedeutung die Automobilwirtschaft bei uns im Land hat. Ich kann von dieser Stelle aus nur wiederholen, dass wir uns als saarländische Landesregierung sicherlich nicht beteiligen werden bei denjenigen, die als Totengräber des Diesels unterwegs sind. Das ist nicht gut für unseren Standort, ich halte es aber auch nicht für geboten. Wenn es darum geht, einen Strukturwandel auf den Weg zu bringen, sollte man den nicht als Strukturbruch ausgestalten, sondern man sollte allen, die daran mitarbeiten können, auch die Gelegenheit geben, etwas umzuformieren. Wenn man das allerdings von einem Tag auf den anderen macht, dann hat man keine Chance und produziert nur Verlierer. Das ist nichts, woran wir teilhaben wollen.

Gleichzeitig will ich aber auch sagen, dass es nicht um einen blinden Schutz der Automobilhersteller geht. Es gibt ganz klar eine Herstellerverantwortung für das, was passiert ist. Wir haben es hier mit Manipulationen zu tun. Wenn am Ende dieser Manipulationen, gepaart mit gerichtlichen Entscheidungen, quasi eine Entwertung des Eigentums von Hundertausenden, von Millionen von Dieselfahrern in Deutschland steht, dann darf das nichts sein, was die Politik irgendwie unter den Teppich kehrt, sondern dann muss man laut und deutlich sagen, dass das nicht zu akzeptieren ist. Deshalb bin ich zumindest mittlerweile der Auffassung, dass Softwarelösungen alleine nicht mehr reichen, wir werden auch Hardwarelösungen brauchen. Wenn sie Geld kosten, dann kosten sie eben diejenigen Geld, die bisher auch gutes Geld verdient haben. Wenn man sich die Gewinnspannen ansieht, ist, glaube ich, trotz aller Skandaldebatten dafür Luft da, das sollte man auch in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Zum Stahl ist einiges gesagt worden, ich glaube, das ist auch eine Bewährungsprobe für die Europäische Union. Wir sagen immer, Deutschland alleine

(Ministerin Rehlinger)

als Wirtschaftsstandort ist zu klein, um gegen China oder in diesem Fall gegen die USA wirkmächtig auftreten zu können. Das trifft auch zu, es ist eine Begründung, warum wir uns in der Wirtschaftsunion der Europäischen Union zusammengeschlossen haben. Wenn der Anwendungsfall kommt, der die Grundlage dafür gewesen ist, dass man sich zusammengeschlossen hat, dann muss auch geliefert werden. Nach den Aussagen, die wir hier gehört haben, als die EU-Kommission bei uns gewesen ist, sage ich ganz deutlich, mir ist das alles noch zu zögerlich, was dort vorgetragen wird, an dieser Stelle ist es mir zumindest zu langwierig. Es geht nicht darum, Auge um Auge, Zahn um Zahn einen Handelskonflikt und einen Handelskrieg heraufzubeschwören. Man muss zügig, umfassend und vor allem in dem notwendigen Umfang reagieren. Das war bei China nicht der Fall, wir werden sehen, ob das bei den USA der Fall sein wird. Das ist auf jeden Fall ein Anwendungsfall, bei dem die EU ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Es ist eben gesagt worden, dass wir nach wie vor eine außerordentlich niedrige Quote bei der Selbstständigkeit haben. Sicherlich liegt die Ursache immer noch ein bisschen in der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes insgesamt, jetzt dadurch befeuert, dass es keinen Druck gibt, in die Selbstständigkeit zu gehen, weil die Situation auf dem Arbeitsmarkt so gut ist. Ich sage aber umgekehrt, es waren wahrscheinlich nicht die besten Gründungen, die nur aus Verlegenheit gemacht wurden. Die gute Statistik bezogen auf die Insolvenzen bei den Unternehmen ist auch ein Spiegelbild der Situation, denn seit Bestehen dieser Statistik gab es noch keinen so guten Wert wie in diesem Jahr. Wir sind gut aufgestellt. Ich sage aber ausdrücklich, weil das mit vielen Anwendungsbeispielen schon belegt ist, das hat auch etwas mit der Arbeit im Wirtschaftsministerium und insbesondere mit der Arbeit des Wirtschaftsstaatssekretärs zu tun, dass zumindest dort, wo eine Insolvenz droht, sie in vielen Fällen abgewendet werden konnte. Auch das gehört dazu. Das sind die Fälle, die Gott sei Dank eben nicht Eingang in eine Statistik finden werden.

(Beifall von der SPD.)

Es ist sicherlich keine besonders angenehme Überleitung, wenn man quasi die Zahlungsunfähigkeit oder zumindest Finanzierungschwierigkeit nutzt, um noch ein Thema des Sports aufzugreifen. Ich will es an der Stelle jedoch nicht unerwähnt lassen, weil durchaus immer darauf geschaut wird, wie dieses Thema innerhalb der Koalition diskutiert worden ist, und weil insbesondere von den Medien ein besonderes Schlaglicht darauf gelegt wird. Wir sind alle miteinander gut beraten, dies als einen gemeinsamen Weg zu begreifen, dafür Sorge zu tragen, dass am Ende nicht Sportlerinnen und Sportler die Zeche zahlen müssen, weil die Spitzenförderung gekürzt wird, weil bestimmte Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr finanziert werden können, weil vielleicht gute Trainer nicht mehr bezahlt werden können und deshalb der eine oder andere sportliche Traum, der sich erfüllen könnte, vielleicht nicht in Erfüllung geht. Insofern ist das eine Aufgabe für die Zukunft, jetzt Strukturen zu schaffen, die es weiterhin ermöglichen, dass der Saarsport etwas ist, worauf wir alle in diesem Land stolz sein können, und zwar völlig egal ob man im Breitensport oder im Spitzensport unterwegs war. Ich glaube, das ist die grundsätzliche Beschreibung der Aufgabe, die vor uns liegt.

Natürlich ist in erster Linie der Landessportverband gefragt; das ist eine Kraftanstrengung, die erst einmal geleistet werden muss. Daneben geht es auch darum, die Fragen aufzuwerfen, warum wir an diesem Punkt angekommen sind, was eigentlich schief gelaufen ist. Waren es die Strukturen, waren es Personen, war es beides zusammen und was ergibt sich daraus für die Zukunft? Insofern müssen alle Zahlen auf den Tisch. Diejenigen, die dort auch in staatlicher Funktion tätig sind, müssen ihre Aufgaben wahrnehmen. Wir brauchen eine Nachvollziehbarkeit dessen, was gewesen ist, und eine Auflistung darüber, was für die Zukunft notwendig ist, damit wir keine Antwort schuldig bleiben. Es wurde in den Raum gestellt, und zwar nicht von irgendwoher, sondern - so glaube ich - in einer Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft -, dass diese Mittel zur „politischen Landschaftspflege“ genutzt wurden. Damit wir keine Antwort schuldig bleiben, ist innerhalb der Koalition geklärt worden, dass dieser Punkt von uns nachgefragt wird und wir ihn miteinander klären. Nichts anderes, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Dann wird man aus dem Klärungsprozess und aus dem, was am Ende dieses Klärungsprozesses steht, eine Bewertung vorzunehmen haben. Diese wird jedoch am Ende erfolgen und nicht am Anfang des Prozesses. Ich glaube, wir befinden uns noch am Anfang, das gehört leider auch zur traurigen Wahrheit dazu.

Insgesamt, muss man feststellen, ist kein gutes Bild in der Öffentlichkeit entstanden. Das kriegt jeder mit, wenn man unterwegs ist. Deshalb muss man dafür sorgen, dass es ein gutes Bild wird, denn beim Sport sollte nicht die Politik, sollten nicht die Finanzen, sondern die Freude und die Leistung im Mittelpunkt stehen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das am Ende so ist, damit die Strukturen dazu passen. Wir sollen in der Landesregierung dafür Sorge tragen, dass es in diesem Land vorangeht. Daran will diese Regierung gemeinsam arbeiten. Wir als Koalitionspartner auf Augenhöhe in dieser Regierung werden das auch tun, wir werden unseren Beitrag dazu leisten. Ich bin fest davon überzeugt, dass uns

(Ministerin Rehlinger)

das gemeinsam gelingen wird. In diesem Sinne herzlichen Dank und Glück auf.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:
Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache. Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Mittagspause ein und treffen uns um 14.40 Uhr hier wieder.

(Die Sitzung wird von 13.30 Uhr bis 14.41 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsident Heinrich:
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren fort in der Tagesordnung unserer heutigen Landtagssitzung. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Zustimmung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des Saarländischen Mediengesetzes (Drucksache 16/277)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort.

Ministerpräsident Hans:
Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Grund der heutigen Vorlage, die ich Ihnen mache, sind die Änderungen im Zusammenhang mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung, die am 25. Mai in Kraft treten wird und in den EU-Staaten dann zur Anwendung kommt. Vor diesem Hintergrund gibt es zum einen die Notwendigkeit, Änderungen am rundfunkrechtlichen Staatsvertrag vorzunehmen. Ein entsprechendes Zustimmungsgesetz wird Ihnen hiermit vorgelegt.

Es geht im Großen und Ganzen darum, dass weiterhin journalistische investigative Tätigkeit in Deutschland und damit auch im Saarland möglich sein wird. Es ist, glaube ich, für jeden nachvollziehbar, dass es schlecht möglich ist, journalistische Arbeit im Rahmen der EU-Datenschutz-Grundverordnung zu gestalten, wenn man bei jeder personenbezogenen Information abfragen muss, ob das erlaubt ist. Ich glaube, ich muss hier keinem näher erklären, dass das wenig sinnhaft wäre. Von daher ist es gut, dass der Einundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag die entsprechenden Möglichkeiten enthält. Es ist weiterhin gut, dass die Europäische Union uns die Möglichkeit gibt, unser Landesmediengesetz dahingehend anzupassen, dass wir von Öffnungsklauseln Gebrauch machen können, sodass Rundfunk und journalistische Tätigkeit weithin möglich sind.

Es sei ansonsten noch darauf hinzuweisen, dass im Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag eine Klarstellung darüber vorgenommen wird, dass öffentlich-rechtlicher, beitragsfinanzierter Rundfunk die Aufgabe hat, miteinander zu kooperieren. Das ist vor allem auch im Hinblick auf kartellrechtliche Bestimmungen sehr sinnvoll und auch im Sinne unseres eigenständigen Saarländischen Rundfunks eine gute Sache. Von daher schlage ich vor, dass Sie dem Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und der vorgelegten Änderung des Saarländischen Mediengesetzes in Erster Lesung zustimmen. Ich möchte das hiermit einbringen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/277. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/277 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/277 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen bei Ablehnung der AfD-Fraktion und Zustimmung der DIE LINKE-Landtagsfraktion angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Anpassung des Saarländischen Datenschutzgesetzes an die Verordnung (EU) 2016/679 (Drucksache 16/279)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Klaus Bouillon das Wort.

Minister Bouillon:
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den Regierungsentwurf des Gesetzes zur Anpassung des Saarländischen Datenschutzgesetzes an die Verordnung (EU) 2016/679. Am 25. Mai 2018 wird die Europäische Datenschutz-Grundverordnung unmittelbar geltendes Recht in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Ihr Ziel ist es, ein gleichwertiges Schutzniveau für die Rechte und Freiheiten von natürlichen Personen bei der Verarbeitung von Daten in allen Mitgliedstaaten herzustellen. Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung

(Minister Bouillon)

im öffentlichen Bereich, sprich bei Behörden, Ämtern und Kommunen in unserem Land. Mit ihm wird das bisherige Saarländische Datenschutzgesetz an die Europäische Datenschutz-Grundverordnung angepasst. Diese Anpassung erfordert eine grundlegende Neukonzeption. In der gebotenen Kürze darf ich auf den wesentlichen Inhalt des Gesetzentwurfs hinweisen.

Im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen ist der Umstand hervorzuheben, dass sich der Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung im Interesse eines einheitlichen Datenschutzniveaus auf alle dem Saarländischen Datenschutzgesetz unterliegenden öffentlichen Stellen erstreckt. Ein Regelungsschwerpunkt bei den Grundsätzen der Verarbeitung personenbezogener Daten ist ebenfalls gegeben. Die Rechte der betroffenen Personen sind von der Datenschutz-Grundverordnung erheblich gestärkt worden. Die Datenschutz-Grundverordnung schreibt für die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für Datenschutz eine völlige Unabhängigkeit vor. Dies bedeutet, dass der Landesbeauftragten für Datenschutz als Aufsichtsbehörde verstärkte Befugnisse bis hin zur Untersagung einzelner Datenverarbeitung zustehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke dem Herrn Minister und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/279. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/279 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/279 in Erster Lesung einstimmig angenommen ist bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und der DIE LINKE-Landtagsfraktion und bei Enthaltung der AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Anpassung dienstrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) (Drucksache 16/278)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Klaus Bouillon das Wort.

Minister Bouillon:
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf enthält im Schwerpunkt die Anpassung dienstrechtlicher Vorschriften an die Vorgaben der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung vom 27. April 2016. Diese wird wie gesagt ab dem 25. Mai 2018 unmittelbare Geltung in den europäischen Mitgliedstaaten erlangen und damit Anwendungsvorrang gegenüber dem nationalen Recht genießen. Vor diesem Hintergrund sind die nationalen Gesetzgeber gehalten, die Konformität der bestehenden Regelungen mit den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung herzustellen. Bei dem hierfür durchgeführten Normenscreening hat sich gezeigt, dass der bisherige hohe Schutzstandard im saarländischen Dienstrecht, insbesondere im Personalaktenrecht, mit Blick auf die Öffnungsklauseln der Datenschutz-Grundverordnung größtenteils beibehalten werden konnte.

Auch wurde für Fälle der behördlichen Auskunftsverweigerung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung die Möglichkeit der Anrufung der Landesbeauftragten für Datenschutz als eine Kompensationsregelung vorgesehen. Im Ergebnis trägt somit der Gesetzentwurf den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung Rechnung, das Schutzniveau für die Rechte und Freiheiten von natürlichen Personen bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten in allen Mitgliedstaaten anzupassen und diesem dazu gleichzeitig Geltung zu verschaffen.

Des Weiteren wurden mit dem Bundesgesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechtes unter anderem die Vorschriften zum Mutterschutz im Beamtenstatusgesetz dahingehend ergänzt, dass nunmehr „effektiver“ Mutterschutz zu gewährleisten ist.

Schließlich erfolgte im Saarländischen Disziplinargesetz eine Klarstellung dahingehend, dass für kommunale Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, die zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung keinen Dienstvorgesetzten hatten, bei Disziplinarverfahren die Kommunalaufsicht, das heißt das Landesverwaltungsamt, als oberste Dienstbehörde zuständig ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Gesetzentwurf in Erster Lesung zuzustimmen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke abermals dem Herrn Minister und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen.

(Vizepräsident Heinrich)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/278. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/278 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/278 in Erster Lesung einstimmig angenommen ist bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen, der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung der AfD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege (Drucksache 16/286)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Ulrich Commerçon das Wort.

Minister Commerçon:
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege wird ein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2017 bis 2022 umgesetzt, der sich bereits im Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode findet. Der Auftrag lautet, das Saarländische Denkmalschutzgesetz unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips zu novellieren und dabei die Beteiligung der Kommunen und die Rechte des Landesdenkmalrates zu stärken.

Darüber hinaus sind auch weitere Neuregelungen angestrebt, die sich im bisherigen Gesetz als untauglich oder unklar erwiesen haben. In diesem Zusammenhang sollen das Anzeige- und das Genehmigungsfreistellungsverfahren abgeschafft werden, da sie sich nicht bewährt haben. Neu in das Gesetz aufgenommen wird das UNESCO-Welterbe als schützenswertes Kulturerbe.

Außerdem wurde die Neufassung so formuliert, dass die Übersichtlichkeit und Lesbarkeit des Gesetzestextes verbessert wurden. Auf diese Weise erhalten die interessierte Öffentlichkeit und die Besitzerinnen und Besitzer von Denkmälern leichter Klarheit über die rechtlichen Regelungen.

Ein paar Worte zur Historie. Im Jahr 2004 wurden das staatliche Konservatoramt als Landesdenkmalamt durch eine Gesetzesänderung im Denkmalrecht dem Umweltministerium angegliedert und die unteren Denkmalbehörden abgeschafft. Diese Behördenstruktur, die das Gesetz von 2004 geschaffen hatte, hatte zur Folge, dass es kein Vier-Augen-Prinzip zwischen vorgesetzter und nachgeordneter Behörde mehr geben konnte und dass die fachliche Kompetenz im Bereich der Denkmalpflege, die auf kommunaler Ebene vorhanden war und die einen bedeutenden Beitrag zur Umsetzung der Ziele des Denkmalschutzgesetzes geleistet hatte, Schritt für Schritt abgebaut wurde.

Andererseits wurde es dadurch auch zunehmend schwieriger, kommunale Belange in die Entscheidungen des Landesdenkmalamtes einzubringen. Auch hinsichtlich der Rolle des Landesdenkmalrates, dem ehrenamtlich tätigen Expertengremium, das die Landesregierung in Fragen des Denkmalschutzes berät, bestand Handlungsbedarf. Die Beteiligung des Landesdenkmalrates wird nach der bisherigen Rechtslage erst verlangt, wenn ein abgebrochenes Denkmal aus der Denkmalliste ausgetragen werden soll; also erst nachdem die Genehmigung eines Abbruchs bereits erfolgt war. Dies hat verständlicherweise innerhalb des Gremiums einigen Unmut erzeugt.

Diese Änderungsbedarfe, die sich aus der Erfahrung der letzten Jahre mit der Umsetzung des Gesetzes von 2004 ableiten, werden im vorliegenden Entwurf umgesetzt. Zugegebenermaßen handelt es sich bei diesem Gesetzentwurf um einen Kompromiss, aber Kompromisse machen die Stärke von Demokratien aus. Das hat uns der Bundespräsident vor wenigen Wochen deutlich auch für die Öffentlichkeit vermittelt. Persönlich mache ich weiterhin keinen Hehl daraus, dass es nach meinem Geschmack schöner wäre, das Vier-Augen-Prinzip auf zwei verschiedenen Ebenen zu haben, nämlich auf der kommunalen Ebene über die Unteren Denkmalschutzbehörden und über die staatliche Ebene als Oberste Denkmalschutzbehörde. Aber schließlich geht es hier nicht um persönliche Vorlieben, sondern um eine solide Neuordnung. Eine Wiedereinführung der alten unteren Denkmalschutzbehörden wäre mittlerweile kaum realisierbar und nicht vernünftig.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Denkmalschutz und Denkmalpflege künftig von zwei Behörden wahrgenommen werden. Das Ministerium für Bildung und Kultur wird Oberste Denkmalbehörde, das Landesdenkmalamt nachgeordnete Behörde. Damit wird für Denkmäler mit überregionaler Bedeutung ein echtes Vier-Augen-Prinzip eingeführt. Das Landesdenkmalamt wird künftig bei Maßnahmen an Denkmälern mit überregionaler Bedeutung nur in Abstimmung mit der Obersten Landesdenkmalbehörde, dem Ministerium für Bildung und Kultur, entscheiden können.

Das Gesetz berücksichtigt zudem kommunale Belange und Besonderheiten stärker als bisher, ohne die Unteren Denkmalbehörden auf kommunaler Ebene wieder einzuführen. Kommunen haben nun gegenüber dem Landesdenkmalamt einen Beratungsanspruch und können jederzeit gegenüber

(Minister Commerçon)

dem Landesdenkmalamt eine Stellungnahme zu Denkmalangelegenheiten, die sie betreffen, abgeben. Darüber hinaus wird der Landesdenkmalrat durch die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes in seiner Tätigkeit als beratendes Gremium gestärkt. In Fällen, in denen die Wahrnehmung des Vier-Augen-Prinzips zu keiner Einigung von Ministerium und Landesdenkmalamt führt, wird zu der strittigen Frage aktiv eine Stellungnahme des Landesdenkmalrates eingeholt. Außerdem regelt die Gesetzesnovelle, dass der Landesdenkmalrat künftig bereits vor der Bescheidung eines Antrags auf Abbruch eines Denkmals gehört wird. Da es sich beim Landesdenkmalrat um ein ehrenamtlich tätiges Beratungsgremium handelt, wird sich dadurch keine grundsätzliche Änderung seiner Funktion ergeben. Die Verantwortung für die Verwaltungsakte liegt weiterhin bei den zuständigen Behörden.

Neben dem Landesdenkmalrat ist mit den ehrenamtlichen Denkmalbeauftragten weiteres bürgerschaftliches Engagement und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb von Expertengremien vorhanden. An diesem im Jahr 2004 eingeführten Amt wollen wir festhalten. Wenn ich mir folgende Bemerkung erlauben darf: Das ist der Beweis dafür, dass auch ich lernfähig bin. Ich habe es damals sehr stark kritisiert, muss aber mittlerweile feststellen, dass es eine kluge Neuregelung war.

Im Saarland existiert eine bedeutende Szene von Menschen, die sich ehrenamtlich für Denkmalschutz einsetzen, gerade wenn es darum geht, die zahlreichen Zeugnisse der Industriekultur in unserem Land zu erhalten und zu nutzen. Außerhalb einer gesetzlichen Regelung wollen wir ausloten, welche Möglichkeiten existieren, die Zusammenarbeit mit diesen Initiativen weiter zu intensivieren.

Festhalten will die Landesregierung auch an zwei wichtigen Prinzipien des Denkmalschutzes im Saarland: Erstens daran, dass Kulturdenkmäler unmittelbar durch das Denkmalschutzgesetz geschützt sind, das heißt, dass es keines Verwaltungsaktes bedarf, der die Unterschutzsetzung regelt. Von daher ist auch die Eintragung in die Denkmalliste lediglich ein Akt, der Öffentlichkeit und Transparenz bezüglich der Denkmäler schafft.

Zweitens wollen wir auch am sogenannten Schatzregal festhalten, was bedeutet, dass Bodenfunde, die einen wissenschaftlichen Wert haben und die nicht bei genehmigten Grabungen entdeckt wurden und für die kein Eigentümer oder keine Eigentümerin festgestellt werden kann, weiterhin Eigentum des Landes sind. Beide Regelungen erhöhen in der Praxis die Schutzwirkung des Gesetzes auf Kulturdenkmäler.

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Entwurf des neuen Saarländischen Denkmalschutzgesetzes seitens der Anhörberechtigten im externen Anhörverfahren durchweg grundsätzlich positiv aufgenommen wurde. Es ist sehr erfreulich, dass wir in einem sachlichen und konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten diese Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes auf den Weg gebracht haben. Der vorliegende Gesetzentwurf wird die Struktur des künftigen Denkmalschutzgesetzes erleichtern und der einfacheren Handhabung der Rechtsgrundlage des Landesdenkmalrates dienen. Durch die Novellierung wird der Landesdenkmalrat in seiner Tätigkeit als beratendes Gremium gestärkt. Mein Dank gilt abschließend allen, die sich inhaltlich und konzeptionell hierbei eingebracht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Zustimmung zum Gesetzentwurf, zur Überweisung und weiteren Beratung in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Heinrich:
Ich danke dem Herrn Minister und eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die LINKE-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Astrid Schramm.

Abg. Schramm (DIE LINKE):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Henning Freese, der Vorsitzende des Landesdenkmalrates hat gesagt: Um die Akzeptanz des Denkmalschutzes zu stärken, brauchen wir ein Gesetz, das auch für Laien lesbar ist. - Das ist mit der hier vorliegenden Novelle leider nicht geschehen. Mit diesem Gesetz wird es wohl kaum gelingen, mehr Menschen im Saarland für den Denkmalschutz zu sensibilisieren. Immerhin - der Minister hat es eben gesagt - liegt nun ein Gesetzentwurf vor. Nach acht Jahren, in denen eine Novelle versprochen wurde, ist das ja auch eine Leistung.

(Vereinzelt Lachen bei der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute gar nicht so sehr ins Detail gehen. Wir werden den Entwurf zunächst einmal in den zuständigen Kulturausschuss verweisen und dort behandeln. Wir werden die Fachleute hören. Deshalb mache ich es kurz. Wir begrüßen durchaus, dass ein Vier-Augen-Prinzip hergestellt werden soll. Es ist sinnvoll, ein Landesdenkmalamt als eigene Fachbehörde einzurichten und die Oberaufsicht beim Kultusministerium anzusiedeln, so wie das früher einmal war.

Die Beteiligung der Kommunen halten wir allerdings für deutlich zu gering. Die unteren Denkmalschutzbehörden sollen wohl aus Kostengründen, wie es heißt, nicht wieder eingeführt werden. Die Kommunen sollen lediglich angehört werden. Anhören kann

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

man viel, aber die Entscheidungen werden eben woanders getroffen. Auch die SPD hat in früheren Jahren immer wieder zu Recht die Entkommunalisierung der Denkmalpflege kritisiert. Nur die kommunale Ebene ist nahe genug an den Bürgerinnen und Bürgern dran, denn die Denkmäler gehören ihnen.

Deshalb wäre es längst überfällig, den Fehler von 2004 zu korrigieren und die Kommunen beim Denkmalschutz deutlich zu stärken. Denkmalschutz ist kein Selbstzweck, sondern soll auch das Empfinden der Öffentlichkeit widerspiegeln. Diesem Gedanken folgend lässt sich leicht einsehen, wie nützlich eine örtliche Verankerung der Denkmalpflege sein kann. So hat es das Kulturforum der SPD 2011 ausgedrückt. Es wäre gut gewesen, wenn sich der Minister an diese wahren Worte seiner Parteifreunde erinnert hätte.

Auch der Landesdenkmalrat, in dem wirklich Experten sitzen, müsste deutlich stärker werden, als es bisher im Entwurf ersichtlich wird. Es ist ein Fortschritt, dass er künftig vor Umnutzungen oder Abbrüchen angehört werden soll. Aber anhören, zuhören und auf jemanden hören ist bekanntlich nicht immer dasselbe. Ein echtes Mitspracherecht sieht anders aus. Auf Augenhöhe ist der Denkmalrat immer noch nicht.

Der große Wurf ist der vorliegende Entwurf aus unserer Sicht auch nicht. Warum man acht Jahre warten musste, leuchtet mir nicht ein. Die Novelle markiert nicht das Ende der Halbherzigkeiten, hat Christoph Schreiner in der Saarbrücker Zeitung geschrieben, leider zu Recht. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind gespannt auf die Kritik der Experten im Rahmen einer Anhörung. Deshalb werden wir uns heute enthalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die SPD-Landtagsfraktion rufe ich den Abgeordneten Jürgen Renner auf.

Abg. Renner (SPD):
(Der Abgeordnete steht am Rednerpult und dreht sich zum Vizepräsidenten um.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muss immer aufpassen, wenn Isolde Ries einem im Nacken sitzt. Deswegen musste ich mich vergewissern, wer gerade präsidiert.

(Lachen und Sprechen.)

Ich bin ganz locker. - Mit der vorliegenden Gesetzesnovelle zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege greift die Regierung ein wichtiges Thema auf. Mit der Novellierung werden die Institutionen Kultusministerium, Landesdenkmalamt, Landesdenkmalrat und die Kommunen in ein neues Verhältnis zueinander gesetzt. Auf der Entscheidungsebene über den Umgang mit bedeutsamen Denkmälern wird - so wurde eben gesagt - das Vier-Augen-Prinzip wieder eingeführt. Der Landesdenkmalrat wird gestärkt und die Beteiligung der betroffenen Kommunen ebenso. Das wirklich Erfreuliche an diesem Gesetz ist, dass Denkmalschutz und Denkmalpflege in ihrer herausgehobenen Aufgabe neu herauspoliert werden, nämlich beim bewussten Umgang mit dem kulturellen Erbe und dessen Bewahrung.

Dies dient der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Geschichte ihrer Heimat und gleichzeitig auch der Weiterentwicklung von Kreativität und Schaffenskraft unseres Gemeinwesens. Damit berühre ich einen wichtigen, wenn nicht sogar den wichtigsten Punkt der Novelle. Der Denkmalschutz wird im Gegensatz zur bislang geltenden Rechtslage in seiner Bedeutung als öffentliche Angelegenheit gestärkt. In diesem Zusammenhang und im Zusammenhang mit der Unterschutzstellung des Finanzministeriums im April 2010 zitiere ich einen Kommentar aus der Saarbrücker Zeitung von Cathrin Elss-Seringhaus. „Ein Kernproblem wird der Politik auf dem goldenen Tablett präsentiert: Das Auseinanderdriften von Bürger und Bürokratie. Denkmalschutz ist eine kulturelle Tätigkeit und ein öffentliches Anliegen, keine Wissenschaft. Deshalb wurde einst auch ein demokratisches Beratergremium installiert - freilich als Palaver-Club, ohne irgendwelche Rechte. Das ist absurd und muss geändert werden. Sonst verewigt sich der unverantwortliche Denkmalschutzkrieg. Dessen traurigstes Opfer: Das Bürgervertrauen in die Solidität und Kompetenz einer Behörde, die selbst Bausünden für historisch wertvoll erachtet und in Masse statt in Klasse macht. Ein fachlich korrekter, aber nicht vermittelbarer Weg.“

Das ist der Kern. Die Gesellschaft muss sich im öffentlichen Diskurs darüber verständigen dürfen und können, was tatsächlich unter Schutz gestellt, umgenutzt oder abgebrochen werden soll, und zwar bevor Entscheidungen der entsprechenden Behörde erfolgen, auch wenn diese demokratisch legitimiert ist. Diese drei Punkte - Vertrauen der Bürger in Institutionen und staatliches Handeln, das Stärken des öffentlichen Diskurses und Transparenz in staatlichen Entscheidungsvorgängen - werden mit dieser Novellierung deutlich herausgehoben.

Zum Verfahren. Der Minister hat bei der Einbringung gesagt, das Landesdenkmalamt wird als nachgeordnete Behörde eingerichtet. Das Ministerium ist in Zukunft Oberste Denkmalbehörde. Das Landesdenkmalamt entscheidet als Fach- und Vollzugsbehörde über die Eintragung von Baudenkmälern und beweglichen Bodendenkmälern in die Denkmalliste und über Anträge auf Zerstörung oder Beseitigung.

(Abg. Renner (SPD))

Zuvor ist der Landesdenkmalrat anzuhören. Bei Erhaltungs- und Umnutzungsmaßnahmen an überregional bedeutenden Denkmälern entscheidet das Landesdenkmalamt in Abstimmung mit der obersten Denkmalbehörde. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet die oberste Denkmalbehörde nach erneuter Anhörung des Landesdenkmalrates, die Kommunen sind zu beteiligen. Es gibt also eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten und Möglichkeiten, diese Angelegenheiten in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

Lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zum Denkmalschutz machen. Im Saarland engagieren sich viele Menschen für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege. Es sind ehrenamtliche private Initiativen ebenso wie Unternehmen, Vereine, Stiftungen und Kommunen. Davon können sich die Bürgerinnen und Bürger jedes Jahr ein beeindruckendes Bild beim Tag des offenen Denkmals machen, bei einer Vielzahl von Veranstaltungen, Führungen, Wanderungen, Ausstellungen und Vorträgen. Gewürdigt wird dieses Engagement natürlich durch die hohe Anzahl von Besuchern. Gewürdigt wird dies unter anderem durch die Verleihung des saarländischen Denkmalpflegepreises. Dieses vielfältige Engagement zeigt, auf welch breiter Basis Denkmalpflege als gesellschaftliche Aufgabe im Saarland verstanden wird. Ich glaube, dafür haben alle Beteiligten den Dank dieses Hauses verdient.

2018 steht im Zeichen des europäischen Kulturerbejahres. Beispielhaft für das verbindende europäische Erbe stehen im Saarland die französischen Architekturen der Nachkriegszeit. Hier werden der Sender Europe 1 in Berus und natürlich das Pingusson-Gebäude in Saarbrücken in den Fokus gerückt. Gerade letzteres Gebäude, das lange Zeit auch in der Öffentlichkeit als ungeliebtes Denkmal begriffen wurde, hat in der letzten Zeit einen Bedeutungswandel erfahren. Kaum ein anderes Gebäude steht so für die deutsch-französische Geschichte, das Zusammenwachsen beider Nationen und die europäische Einigung.

Dass dies wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt wurde, ist natürlich auch dem Kultusminister zu verdanken, der 2013 im Rahmen des Elysée-Jahres das Haus mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, Vorträgen, Workshops und so weiter geöffnet hat. 3.000 Besucher haben sich ein Bild von diesem Haus und seinem Stellenwert machen können. Deshalb richte ich einen Dank an die Landesregierung angesichts dieser Einbringung der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes. Damit setzt sie sich zum wiederholten Mal für den Bestand und die Sanierung dieses Gebäudes ein.

Ich glaube, dass die Gesetzesnovellierung eine gute Grundlage dafür ist, die Aufgabe des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege unter öffentlicher Teilhabe und Teilnahme wahrnehmen zu können. Wir werden dem Gesetzentwurf heute in Erster Lesung zustimmen. Wir freuen uns natürlich auf die weitere Beratung und die Anhörung im zuständigen Bildungs- und Kulturausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen, Herr Kollege Renner, und rufe für die AfD-Landtagsfraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr auf.

Abg. Dörr (AfD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute Morgen schon so viel gedankt worden, da schließe ich mich dem Dank so weit an, wie er verdient ist, und im Voraus danke ich schon all denen, die bisher vergessen wurden.

Das Denkmalschutzgesetz. Der Denkmalschutz im Saarland wurde über viele Jahre stiefmütterlich behandelt. 2004 wurden Strukturen zerschlagen und die Denkmalpflege einfach als Anhängsel in unterschiedliche Ministerien eingegliedert, mal im Umweltministerium, mal im Ministerium für Bildung und Kultur. Die 2011 geplanten Gesetzesänderungen der Jamaika-Koalition scheiterten mit der Koalition.

Nun liegt ein neuer Gesetzentwurf zur Neuregelung des saarländischen Denkmalschutzes vor. Dabei ist grundsätzlich zu begrüßen, dass es endlich nach langer Zeit wieder eine Fachbehörde mit dem Namen Landesdenkmalamt im Saarland geben soll, zwar immer noch unter der Aufsicht des Kultusministeriums, aber immerhin eine eigene Behörde, was zunächst das Landesdenkmalamt im Ansehen ein wenig aufwertet. Diese Art der Aufwertung ist nahezu kostenfrei für das Saarland. Aber sobald es an die Kosten geht, können wir nicht erkennen, wie das Gesetz in vorliegender Form der Denkmallandschaft förderlich sein kann.

Durch den Wegfall der Unteren Denkmalschutzbehörden ging viel von dem kommunalen und regionalen Bezug verloren. Einführen kann man die Unteren Denkmalschutzbehörden nun nicht mehr - besser gesagt, man will nicht mehr -, weil das Land dafür sämtliche Kosten zu tragen hätte. Dafür erscheinen neue Begriffe im vorliegenden Gesetzentwurf, wie „Umnutzung“ und - man höre und staune - „Abbruchanträge“. Worte, die in der noch gültigen Fassung des Denkmalschutzgesetzes nicht vorkommen. Ich habe da ein Zitat, aber das erspare ich Ihnen.

Natürlich gab es schon immer aus verschiedenen Gründen das Erfordernis, Denkmäler sozusagen zu opfern, sei es aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten oder aus Gesichtspunkten der Kommunal- und Regionalentwicklung. Dies ist eine Aufgabe, die sich die saarländischen Denkmalschützer auch nie leicht

(Abg. Dörr (AfD))

machten und die hier auch nicht zur Debatte stehen soll. Aber es erscheint wenig zielführend, diese schwerwiegende Entscheidung, wie im Gesetzentwurf nun vorliegend, der Person des Ministers zur letzten Entscheidungshoheit zu übertragen. Da steht: „Das Landesdenkmalamt entscheidet bei Erhaltungs- und Umnutzungsmaßnahmen an überregional bedeutenden Baudenkmälern und Abbruchanträgen in Abstimmung mit der Obersten Denkmalbehörde. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet die Oberste Denkmalbehörde nach erneuter Anhörung des Landesdenkmalrates."

Abgesehen davon, dass man diesen Paragrafen als Lex Pingusson-Bau bezeichnen könnte und man sich aus der Kombination von überregional bedeutenden Baudenkmälern und Abbruchanträgen ohne viel Fantasie vorstellen kann, in welche Richtung die schleppende, teure Sanierung des Pingusson-Baus schlußendlich wohl laufen soll, sagt der Text des Paragrafenentwurfs auch allgemein nicht mehr und nicht weniger, als dass die tatsächliche Entscheidung über ein Denkmal bis hin zum Rückbau in der Hand einer Einzelperson liegt. Es wird zwar eine Einigung zwischen Landesdenkmalamt, der Obersten Denkmalbehörde und dem Landesdenkmalrat angemahnt, aber es wird sich im Streitfall stets der Minister als Oberste Denkmalbehörde durchsetzen. Das entspricht unserer Ansicht nach nicht dem Vier-Augen-Prinzip. Natürlich ist es nach dem Vier-Augen-Prinzip, weil alle das sehen, aber es ist kein Entscheidungsprinzip mit mehreren Personen, es läuft auf eine Person raus. So soll es von der Landesregierung mit dem Gesetzentwurf nach eigenem Bekunden angestrebt werden. Leider ist so vorprogrammiert, dass Denkmalschutz und Denkmalerhaltung nicht zwangsläufig Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen im denkmalpflegerischen Entscheidungsprozess haben.

Dies betrifft aber nicht nur Baudenkmäler. In § 16 Abs. 2 heißt es: „Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf von sechs Arbeitstagen nach Eingang der Anzeige beim Landesdenkmalamt unverändert zu lassen und vor Gefahren zu schützen, wenn nicht das Landesdenkmalamt vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Die Fortsetzung der Arbeiten ist zu gestatten, wenn ihre Unterbrechung unzumutbare Kosten verursachen würde und das Landesdenkmalamt hierfür keinen Ersatz leisten will."

(Abg. Dr. Jung (SPD): Wer hat denn das aufgeschrieben?)

Es ist etwas klein geschrieben, aber Sie können ja hierherkommen und mir beim Vorlesen helfen, Herr Jung. - Dies steht zwar so bereits im gültigen Gesetz, aber man kann daran ablesen, wie weit Denkmalschutz in Bezug auf Bodendenkmäler geht. Alles, was nichts kostet, ist in Ordnung. Aber sobald höhere Kosten entstehen könnten, werden Fundstellen geopfert, weil das Landesdenkmalamt hierfür keinen Ersatz leisten will.

Das ist nicht die Vorstellung der AfD zum Schutz und zur Bewahrung von Bau- und Bodendenkmälern. Im Denkmalschutz sollte es keine oder eine sehr hoch gesteckte finanzielle Obergrenze für Abbruch von Baudenkmälern oder die Zerstörung von Bodendenkmälern geben. Denn, ob Boden- oder Baudenkmal, es gilt: Weg ist weg, ohne jegliche Möglichkeit, in irgendeiner Weise einen wie auch immer gearteten Ausgleich zu schaffen, wenn man sich bewusst wurde, dass die Entscheidung möglicherweise keine gute Idee war.

Wir möchten nicht um jeden Preis die Entwicklung des Landes durch übertriebenen Denkmalschutz unnötig erschweren. Aber wie erläutert versucht die Landesregierung, es sich günstig zu machen. Zumindest möchte sich die Landesregierung die Möglichkeit eröffnen, über Denkmäler letztendlich bis hin zum Abbruch durch den zuständigen Minister selbst zu entscheiden.

Der vorliegende Gesetzentwurf zeigt erneut, dass auch unser kulturelles Erbe unter den Sparzwängen unseres Saarlandes leidet und dass die Abschaffung der Unteren Denkmalschutzbehörden und somit des unmittelbaren kommunalen Bezugs falsch war. Wir können dem vorliegenden Gesetzentwurf in Erster Lesung nicht zustimmen.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich rufe für die CDU-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Sascha Zehner auf.

Abg. Zehner (CDU):
Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen." Diesen Vers aus einem Werk, das sicherlich zu den geistigen Denkmälern gehört wie wenige andere, möchte ich meinen Ausführungen voranstellen. Sie werden dieses Zitat sicherlich alle erkannt haben, es ist ein Vers aus Goethes Faust. Bitte stellen Sie sich, wenn wir über Denkmäler reden, für eine Sekunde vor, dass eben dieser Faust uns verloren ginge. Und stellen Sie sich vor, er würde nur konserviert werden und nicht gleichzeitig in jeder Epoche neu gedacht und neu gedeutet werden. Und genau damit befasst sich dieser Gesetzentwurf, nämlich mit der Frage des Denkmalschutzes und der Denkmaldeutung.

Am heutigen Tage legt die Landesregierung das Gesetz zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege vor. Damit wird einerseits umgesetzt, worauf sich

(Abg. Zehner (CDU))

CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag verständigt haben. Wir haben im Koalitionsvertrag schon Schwerpunkte gesetzt, insbesondere auf das Vier-Augen-Prinzip, die Frage, wie wir den Denkmalrat stärken können und wie wir in Zukunft die lokalen Betroffenen, sprich die Kommunen, beteiligen können.

Was dieser Ableitung aus dem Koalitionsvertrag eine besondere Bedeutung verleiht, ist schon daran ablesbar, dass es in Form eines komplett neuen Gesetzes geschieht: Mit dem formalen Akt, dass nicht etwa ein bestehendes Gesetz rein überarbeitet wird und gleichsam eine Aktualisierung erfährt, hat es sich die Koalition ganz bewusst zur Aufgabe gemacht, ein Signal zu setzen, und zwar mit einem komplett neu gefassten Gesetz, das zwar einerseits deklaratorisch ist, aber andererseits sicherlich sehr bewusst auch inhaltlich neue Akzente setzt, ohne jedoch die wichtigen und richtigen Punkte abzulösen, die im bisherigen Denkmalschutzgesetz vorhanden waren. Wir schreiben fort, was erfolgreich war, und novellieren, was es zu novellieren gilt. Wir werden hiermit sowohl zukunftsfähige und zeitgemäße Änderungen anpacken, die wir auch in den Rechtsgrundlagen für die Denkmalpflege benötigen, aber auch aus dem vorangegangenen Text „mutatis mutandis“ - wie ich eben schon ausgeführt habe - inhaltlich weite Teile übernehmen, die sich in der Praxis bewährt haben.

Somit wird gezielt auch vieles aus dem bereits existierenden Recht fortgeschrieben und dokumentiert, was Inhalt dieses Gesetzes sein soll: Auf der einen Seite geht es um die Bewahrung von etwas sehr Wichtigem, nämlich unserem kulturellen Erbe, das sich sicherlich nur an ganz wenigen Punkten so intensiv zeigt wie im Denkmalschutz, in den Denkmälern und wohl verstanden in den Kulturgütern, die es zu schützen und zu bewahren gilt, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der anderen Seite steht, dass wir natürlich die Fortentwicklung der saarländischen Städte und Gemeinden, der Kulturlandschaften, des Wohnens und der Industrie weiterhin gestatten wollen. Hätten wir vor 100 Jahren alles konserviert, hätte es nie eine Entwicklung gegeben, wie wir sie heute vorfinden. Mithin gilt es also beim Denkmalschutz immer, beide Aspekte zu berücksichtigen. Genau das wird hier abgebildet. Es ist ein Werk, auf das die Regierung stolz sein kann und die Koalitionsfraktionen mit Respekt blicken dürfen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Würde das Ensemble des St. Johanner Marktes in Saarbrücken noch exakt mit jener Nutzung bestehen, zu der es errichtet wurde, nämlich größtenteils mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, so wäre daraus nie jener quirlige Kern der Landeshauptstadt Saarbrücken und das pulsierende Herz des größten Oberzentrums zwischen Metz und Mainz geworden, eben jener St. Johanner Markt in seiner heutigen Gestalt mit Baudenkmälern, Einkaufsmöglichkeiten für Schmuck, Mode und Kunst oder zum Flanieren beim ersten Sonnenstrahl. Sicherlich hätten wir heute Mittag auch gerne die Gelegenheit gehabt, den St. Johanner Markt zu nutzen. Das wäre für uns angenehm gewesen, aber wir sind hier damit beschäftigt, die Rechtsgrundlagen zu schaffen, damit so etwas möglich ist, meine Damen und Herren. Genau darum geht es.

(Sprechen und vereinzelt Heiterkeit.)

Mithin ist es Aufgabe des Gesetzgebers, nicht nur zu regeln, wie Gebäudlichkeiten, Ensembles oder Kulturgüter im besten Sinne für uns und die nachfolgenden Generationen zu konservieren sind, sondern er hat auch dafür Sorge zu tragen, dass die Denkmäler - unter Berücksichtigung der Erhaltung ihres Charakters - zeitgemäß genutzt werden und in Zukunft perspektivisch weiterentwickelt werden können.

Mit dem Ihnen heute vorliegenden Gesetz wird dazu ein entscheidender Schritt getan. Aber genauso möchte ich denjenigen, die sich mit dem Entwurf noch nicht identifizieren können, von dieser Stelle aus zurufen: Bringen Sie sich im Rahmen der Anhörungen und des Gesetzgebungsverfahrens ein, sei es durch Gespräche oder durch Briefe, die wir auch schon erhalten haben. Denkmalpflege lebt, wie es auch das Recht definiert, nicht etwa davon, dass im Wege eines reinen Verwaltungsaktes etwas zum Denkmal erklärt wird, sondern genau umgekehrt: Wir haben Denkmäler aus der Vorzeit, der Bronzezeit. Diese Denkmäler, die uns hinterlassen sind, werden per definitionem aus der Erkenntnis ihres Wertes und dem Charakter für unsere Kultur zum Denkmal. Die Eintragung in die Denkmalliste ist nur der bloße verwaltungsrechtliche Vorgang, wie der Minister ihn dargestellt hat, um Denkmal zu werden, aber er setzt den Wert und Charakter für unsere Kultur voraus, um den Charakter des Denkmals zu erlangen. Ein Objekt - bleiben wir der Einfachheit halber bei einem Gebäude oder einer Ausgrabungsstätte - muss also als schützens- und bewahrenswert im allgemeinen Gedächtnis und der allgemeinen Wahrnehmung vorhanden sein, damit es Denkmalcharakter erlangt und nicht einfach nur als Denkmal festgeschrieben wird.

Das erspart uns gewiss keine Kontroversen. Ich darf nur daran erinnern, welche Auseinandersetzungen der Rekonstruktion des Saarbrücker Schlosses vorausgingen, ehe man sich entschied, Tradition und damalige Gegenwart in Form des Erhalts der noch bestehenden Bausubstanz des Barockschlosses um die Errichtung des postmodernen Mittelrisaliten zu ergänzen und wieder zu vervollständigen. Noch heute wogt ein Streit, ob die Ludwigskirche - jenes Sym-

(Abg. Zehner (CDU))

bol, das selbst auf den Zwei-Euro-Münzen das Saarland repräsentiert - in seiner jetzigen Sandsteinfassade zu sehen sein soll oder ob nicht wie ursprünglich eine weiße Farbe die Fassade kleiden soll, ganz ähnlich den noch erhaltenen Gebäuden, die am Ludwigsplatz die Kirche umfassen.

Es gäbe noch prägnantere Beispiele, aber gewiss haben Sie Verständnis, wenn ich heute - unbeschadet meiner tiefsten Bewunderung für die französische Kultur - das Gebäude Georges-Henri Pingusson nicht näher benenne, sondern darauf verweise, dass es hier zu diskutieren gilt und dass es sich lohnt, sich selbst ein Bild zu machen.

(Beifall von der CDU.)

Meine Damen und Herren, im Ernst: Sie sehen, der Denkmalschutz ist ein komplexes und schwieriges Thema. Er betrifft die öffentliche Hand, vom kleinsten Ortsteil im Saarland bis zum Saarland als Ganzes, er betrifft große Institutionen wie die Kirchen, nicht wenige Unternehmen, aber auch sehr viele Bürgerinnen und Bürger, insbesondere als Eigentümer von Baudenkmälern. Denn steht ein Haus unter Denkmalschutz, ändern sich sofort die Möglichkeiten des Eigentümers oder der Eigentümerin, Umbauten oder Veränderungen durchzuführen. Das kann beim Anbau eines Fahrradunterstandes beginnen und bis zur energetischen Sanierung reichen.

Gerade deshalb ist beim Denkmalschutz doppelte Sensibilität gefragt: die Sensibilität, die dem Denkmal gebührt, aber auch jene, meine Damen und Herren, die aus den Nutzern und Eigentümern nicht gleichsam über Nacht Personen macht, die durch die Hintertür enteignet werden, indem Vorschriften erlassen werden, die so streng sind, dass das Gebäude kaum noch zu halten ist. Hier haben wir aber ganz bewusst - darauf werde ich noch kurz eingehen - an der einen oder anderen Stelle bestimmte rote Linien eingezogen, die nicht überschritten werden dürfen.

Nach dieser Bemerkung, die Ziele und Motive der Koalitionsfraktionen und des Gesetzes verdeutlicht, möchte ich noch einige Beispiele aus dem Gesetzestext darlegen. Es heißt zwar so schön „Erste Lesung“, aber ich bin davon überzeugt, dass es auch in Ihrem Sinne ist, dass ich auf die Lesung verzichte - wie es auch der Minister getan hat - und nur prägnante Beispiele herausgreife.

Nun klingt der Titel „Gesetz zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege“ nicht sehr spannend und sehr abstrakt und viele werden fragen: Was hat das Ganze mit meiner Lebenswirklichkeit zu tun? Aber ganz egal, ob Sie hier in diesem Hohen Hause mit aufmerksamem Blick das Gebäude wahrnehmen, ob Sie von hier durch die Fenster auf Saarbrücken blicken, ob Sie heute Abend zu Fuß nach Hause gehen oder die Saarbahn nutzen, um in Ihre Wohngemeinde zu fahren: Sie werden nahezu immer die Chance haben, sich mit Denkmälern auseinanderzusetzen und damit Geschichte zu erleben, Geschichte, die sich in der Gegenwart abbildet, die sich in die Gegenwart gerettet hat. Sie werden in den wärmeren Monaten genau wie ich von Mettlach mit seinen wunderschönen Ensembles bis zum Deutsch-Französischen Garten auch im Freien all das erleben, warum es dieses Gesetzes bedarf. Wir müssen gemeinsam schützen, nutzen und erhalten, was die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft bildet.

Eine solche Brücke ist metaphorisch das Hüttenareal in Völklingen, und betrachten wir uns seine Nutzung, so wird deutlich, wie die Zeitläufe es binnen eines Menschenlebens vermögen, nicht nur einzelne Gebäude oder Ensembles zu verwandeln, sondern ganz Areale in Nutzen, Wahrnehmung und Wirkung zu verändern. Noch im 20. Jahrhundert war das heutige Weltkulturerbe ein wichtiger Arbeitgeber, im Guten wie im Bösen, Produktionsstätte hochwertigen Eisen und Stahls, danach Industriebrache. Heute ist es einer der wichtigsten Orte, an dem nicht nur saarländische und europäische Industriegeschichte fassbar ist und bleibt. Das gesamte Hüttenareal wurde als vollständiges Ensemble als so wichtig erkannt, dass es in die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste aufgenommen wurde.

Heute wird das Ensemble als Ort kultureller Vielfalt, als Stätte der Begegnung zwischen Vergangenheit und Zukunft und nicht zuletzt als Ausstellungsort genutzt. Was könnte es kulturell im besten Sinne Spannenderes geben als eine Gruppe interessierter Schülerinnen und Schüler, denen an einem Ort der saarländischen Industriegeschichte große Ausstellungen wie zurzeit zum Beispiel die Inka-Ausstellung nahegebracht werden? Und deshalb ist es richtig und wichtig, dass endlich ein solcher Ort auch Eingang in die denkmalpflegerischen Bestimmungen findet, wie § 2 Abs. 1 des Gesetzes dies exakt regelt.

Doch ebenso wie für dieses große Ensemble bestimmt das Gesetz, dass insbesondere bei Baudenkmälern die Eigentümer zum Erhalt verpflichtet sind. Hier könnte ein tragisches Dilemma entstehen, indem ein Baudenkmal seinen Eigentümer in die Armut treibt, weil die Kosten des Erhalts die finanziellen Möglichkeiten oder die zu erwartenden Einnahmen bei Weitem übersteigen. Deshalb regelt § 5 zum Schutz der Eigentümerinnen und Eigentümer, dass die Baudenkmäler zu schützen sind, soweit dies wirtschaftlich zumutbar ist. Mit anderen Worten: Die Große Koalition hat sehr wohl darauf geachtet, dass niemand um seine wirtschaftliche Existenz bangen muss, weil er Eigentümer eines Baudenkmals wird.

(Abg. Zehner (CDU))

Während wir ganz bewusst darauf verzichten, die abgeschafften Unteren Denkmalschutzbehörden wieder einzuführen, wollen wir gleichwohl die Interessen und Besonderheiten der jeweils betroffenen Kommunen stärker als bisher in Denkmalschutz und -pflege einfließen lassen. So werden die Kommunen nicht nur regelmäßig informiert, sondern können jederzeit Stellungnahmen abgeben. Sie können sich äußern und erhalten gegebenenfalls von Amts wegen das Recht, sich an der Denkmalpflege zu beteiligen. Dies mag technisch klingen, bedeutet aber, dass im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens jede Behörde dazu verpflichtet ist - und nach unserer Überzeugung dies auch tun wird -, künftig im Interesse der Kommunen und im Interesse des Denkmals zu handeln.

Wie auch für die anderen genannten Aufgaben werden dafür die in Abschnitt 7 des Gesetzes aufgeführten Behörden zuständig sein: das Ministerium für Bildung und Kultur als Oberste Denkmalbehörde, die als Landesdenkmalamt dem Kultusministerium bereits seit Ende 2017 nachgeordnete Behörde und nicht zuletzt das Landesarchiv als für bedeutsame Archive zuständige Behörde.

Der Landesdenkmalrat wird weiterhin bestehen und in seiner wertvollen Tätigkeit von uns ausdrücklich unterstützt. Er berät die Oberste Denkmalbehörde, sprich das Ministerium, und ebenfalls das Landesdenkmalamt. Während wichtige Eckdaten wie die Berichtspflicht oder die Pflicht zur Anhörung des Landesdenkmalrats im Gesetz geregelt sind, gilt es, der Gewaltenteilung Rechnung zu tragen und die exakte Ausführung - das will ich auch betonen - der exekutiven Gewalt zu überlassen, die per Verordnung regeln wird, wie konkret die Gestaltung stattfinden wird. Darum werden wir vertrauensvoll die detaillierte Ausgestaltung in die Hände der Landesregierung als Verordnungsgeber legen.

Doch nicht nur der Landesdenkmalrat wird die Behörden unterstützen. Zudem können Personen, die hierfür besonders qualifiziert sind, als Denkmalbeauftragte bestellt werden. Sie sollen im besten Sinne ein wachsames Auge auf Vorgänge werfen, die Denkmalschutz und Denkmalpflege betreffen, und nötigenfalls die Denkmalbehörden unterrichten, auch Fundanzeigen annehmen und weiterleiten sowie das Landesdenkmalamt bei der Erfassung der Denkmäler unterstützen. Ebenso wie beim Landesdenkmalrat setzen wir auch bei den Denkmalbeauftragten auf das Ehrenamt, was aber zugleich bedeutet, dass mit einem schlanken hauptamtlichen Verwaltungsapparat so viel Fachkompetenz wie irgend möglich eingebunden sein muss.

Sehr verehrte Damen, meine Herren, Sie sehen, wie umfangreich und komplex, aber auch wie vielfältig und spannend der Bereich des Denkmalschutzes ist. Das Gesetz ist aus meiner Sicht sehr gut lesbar und sehr gut nachvollziehbar, ich glaube, auch für den Laien. Mit dem hier Ausgeführten habe ich nur einen kleinen Teil des Gesetzes dargestellt. Von welch hoher Bedeutung der Denkmalschutz ist, zeigt mir auch, dass uns schon eine Reihe von Zuschriften erreicht hat von Personen und Institutionen, die uns wertvolle und wichtige Anregungen zum Denkmalschutz und seinen Rechtsnormen mit auf den Weg geben.

Es gilt für uns also, einen Rechtsraum zu schaffen, der die gesamte Breite des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege abbildet: von der beweglichen bronzezeitlichen Metallkunst über den Brunnen auf dem St. Johanner Markt oder die Gründerzeitvilla in Neunkirchen bis hin zu den großen Ensembles wie dem ehemaligen Benediktinerkloster in Mettlach. Darum ist es eine reine Selbstverständlichkeit, wenn ich nochmals unterstreiche, dass wir die Gespräche führen werden - und ich bin überzeugt, hier spreche ich nicht nur für die CDU, sondern für die gesamte Koalition - und ein offenes Ohr für die Anliegen derjenigen haben werden, die betroffen sind und die sich mit ihrem Fachwissen einbringen möchten.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Denn, meine Damen und Herren, wie mein Anfangszitat klarstellt, ist nur der Besitz wertvoll, den man auch tatsächlich nutzt, sei es durch seinen bloßen Anblick, sei es durch seine Nutzung zum Beispiel als Museum oder als Erinnerung an unsere Geschichte - eben als Denk-Mal, Objekte aus einer anderen Zeit, die ihre Vollendung darin finden, dass sie uns helfen zu verstehen!

Und so gestatten Sie mir, dass ich Zeilen aus jenem Monolog des Faust aufgreife, um zum Schluss zu gelangen: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. Was man nicht nützt, ist eine schwere Last!" - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:
Danke Herr Kollege Zehner, für die ausführliche Positionierung zu einem nur kleinen Teil des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes.

(Heiterkeit.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/286. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/286 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Ent-

(Vizepräsident Heinrich)

haltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/286 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, abgelehnt hat die AfD-Landtagsfraktion, enthalten hat sich die DIE LINKE-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes betreffend: Gesetz Nr. 812 zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Schulordnungsgesetz: SchoG) (Drucksache 16/289)

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat in seinen Ausführungen bei der Regierungserklärung die „Schule aus einem Guss“, erwähnt, angemahnt, gesagt, das sollte so sein. Ich denke, bis zur „Schule aus einem Guss“ ist es noch ein weiter Weg.

Im Augenblick ist es doch so, dass jede Schule mindestens zwei Herren hat: zum einen den Schulträger, zum anderen die Schulaufsicht in Form des Kultusministeriums. Das ist ja schon an sich eigentlich nicht ideal, in der Realität ist es aber zudem so, dass von beiden Herren jeweils mehrere Gesichter mit der Schule zu tun haben. Das heißt, die Schule hat mit sehr vielen Herren zu tun. Unser Antrag zielt darauf, den einen Herrn, den Schulträger, so zu bestimmen, dass eine vernünftigere Lösung entsteht als bislang vorhanden.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Schulträgerschaft ja auch hier im Saarland nicht in Stein gemeißelt ist. Wir haben schon alles gehabt; das kann man am Beispiel des Gymnasiums in Sulzbach sehr gut nachvollziehen: Das war einmal ein städtisches Gymnasium, dann war es ein staatliches Gymnasium, nun ist es ein Gymnasium des Regionalverbandes Saarbrücken. Wir haben die weiterbildenden Schulen - die Gemeinschaftsschulen, die Gymnasien, auch die Förderschulen -, bei ihnen ist der Landkreis beziehungsweise der Regionalverband Saarbrücken Schulträger. Wir von der AfD meinen, dass das keine gute Lösung ist.

Ich nehme als Beispiel die Stadt Saarbrücken: Man kann es niemandem begreiflich machen, dass eine Stadt mit fast 200.000 Einwohnern - Landeshauptstadt, Universitätsstadt, halb auch eine Messestadt - nur für ihre Grundschulen zuständig ist. Sie ist nicht für die Gymnasien in dieser Stadt zuständig, nicht für Förderschulen - nur für die Grundschulen.

In der letzten Zeit konnte man nun auch noch in der Presse lesen, dass der Landrat des Kreises St. Wendel, Herr Recktenwald, meint, die Kreise sollten auch Träger der Grundschulen sein. Das kann man nun wirklich gar nicht mehr verstehen. Das haben auch die Bürgermeister nicht verstanden und sich sofort dagegen gewehrt. Es gibt also jetzt wieder einen Streit, wer Träger der einzelnen Schulformen sein sollte.

Die Idee der AfD ist keine neue Idee. Professor Diether Breitenbach, ehemaliger Kultusminister zur Regierungszeit von Herrn Lafontaine, hat mir mal gesagt: Ich will ja, dass die Städte und Gemeinden die Träger sind, aber die Bürgermeister wollen nicht, sie scheuen die Verantwortung. - Das mag damals so gewesen sein, ich weiß es nicht. Jedenfalls handelt es sich bei unserer Idee nicht um eine neue Idee. Es ist aber eine vernünftige Idee, wenn ich zum Beispiel Folgendes betrachte: Ich bin ja in der Regionalversammlung. Wir schließen Verträge ab, der Regionalverband mit den Gemeinden, wenn zum Beispiel in einer Gemeinde eine Grundschule den Gebäudekomplex der Gemeinschaftsschule mitbenutzt. Dann wird gestritten, wer den Hausmeister bezahlt, welcher Schulhof zu welcher Schule gehört und so weiter. Das ist Kraftvergeudung, macht die Sache nur komplizierter. Ein anderes Beispiel: Neulich wurde ein Parkplatz geplant hinter dem Rathaus von Sulzbach. Auch dort musste ein Ausschuss der Regionalversammlung ran und die Stadt, weil beide als Miteigentümer betroffen waren und der Regionalverband als Schulträger. Das ist also eine Sache, die nicht in Ordnung ist.

Wir sind der Ansicht, dass die Gemeinden und die Städte, in denen die Schulen stehen, auch Schulträger sein sollten. Sie sind mit der Schule vertraut, sie kennen die Schule. Derzeit ist es doch so: Wird eine neue Regionalversammlung gewählt und muss der Schulausschuss raus, zum Beispiel nach Riegelsberg, heißt es immer wieder: Wo ist denn dort eigentlich die Schule? Wie komme ich am besten dort hin? - Es entscheiden also Leute aus Großrosseln über die Schule in Quierschied und Leute aus Quierschied über die Schule in Kleinblittersdorf. Das muss doch so nicht sein! Deshalb sind wir dafür, dass die Stadt beziehungsweise die Gemeinde Schulträger ist.

Nun hat der Ministerpräsident vor Kurzem eine Idee geäußert. Er hat gesagt, man sollte Schulträgergesellschaften bilden. Das ist, wie ich finde, eine gute Idee.

(Abg. Renner (SPD): Damit ist Ihr Antrag doch hinfällig!)

Die Gemeinde hat damit das Recht, selbst zu bestimmen. Fühlt sich eine Gemeinde aber überfordert und möchte sie sich deswegen mit anderen Gemein-

(Abg. Dörr (AfD))

den zusammentun, wäre es möglich, das im Rahmen einer Schulträgergesellschaft zu lösen.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD).)

Solche Sachen wären dann möglich, aber vom Gesetz her wäre die kleinste Einheit vor Ort zunächst einmal auch der Schulträger. Das folgt auch dem Prinzip „mehr Demokratie wagen“. Das also ist Gegenstand unseres Antrages, und wir bitten, diesem zuzustimmen.

(Beifall von der AfD. - Abg. Renner (SPD): Welchem Antrag denn jetzt?)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender. - Ich rufe für die SPD-Landtagsfraktion Herrn Kollegen Jürgen Renner auf.

Abg. Renner (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dörr, Sie lassen mich ratlos zurück. Worüber sollen wir jetzt abstimmen?

(Abg. Dörr (AfD): Sie haben doch den Gesetzentwurf vorliegen!)

Ja, das ist ja auch okay. Sie tragen Ihren Vorschlag vor, und dann loben Sie einen weiteren Vorschlag, auf den ich auch noch eingehen werde, als zielführend. Damit müsste die Konsequenz aus Ihrer Rede doch eigentlich sein, dass Sie Ihren Gesetzentwurf heute zurückziehen. Wie dem auch sei, ich halte mich jetzt einmal an das, was Sie uns schriftlich fixiert vorgelegt haben.

Die derzeitige Struktur der Schulträgerschaft im Saarland ist das Ergebnis der Schulstrukturreformen von 1996 aus Anlass der Bildung der Erweiterten Realschulen. Es galt nach der Verfassungsänderung, die Neuordnung der Sekundarstufe 1 auch im Schulrecht abzubilden und das damit auch abzuschließen. Die verpflichtende Trägerschaft für die Schulen der Sekundarstufen 1 und 2 wurde den Gemeindeverbänden, also den Landkreisen und damals dem Stadtverband, dem heutigen Regionalverband, zugewiesen.

Mit dieser Regelung kam man damals übrigens auch dem Wunsch der kommunalen Seite nach, die Schulträgerschaft einheitlich zu regeln. Denn zuvor lag die Schulträgerschaft für die Realschulen bei den Kreisen, die für die Sekundarschulen und Hauptschulen bei den Gemeinden. In Finanzierungsfragen gab es zwischen den Gemeinden damals mitunter auch erhebliche Rechtsstreitigkeiten. Es bot sich daher an, eine landesweit einheitliche Ordnung der Schulträgerschaft herzustellen. Dabei hat man sich auch orientiert an den Regelungen anderer Bundesländer.

Es macht auch heute noch Sinn, dass sich die Städte und Gemeinden um die Grundschulen als „Schulen für alle“ kümmern. Das tun sie auch, dies auch über ihre Aufgabe hinaus, wenn man zum Beispiel an die Schaffung kommunaler Bildungslandschaften denkt. Es geht dabei um die Verzahnung von Kitas, Krippen, Grundschulen und Frühen Hilfen, um möglichst früh allen Kindern Chancen für ihren weiteren Lebensweg erschließen zu können. Es macht auch Sinn, dass Landkreise und Regionalverband ein auf die Bedürfnisse der Landkreise bezogenes überörtliches Schulangebot im weiterführenden Bereich vorhalten und abstimmen. Mit diesem Anforderungsprofil hat sich die 1996 getroffene Regelung im Schulordnungsgesetz aus unserer Sicht mehr als bewährt. Im Übrigen können Gemeinden heute auch schon den Antrag stellen, die Trägerschaft von weiterführenden Schulen zu übernehmen. Aber wie wir alle wissen, hält sich der Ansturm sehr in Grenzen.

Wir haben ein Schulordnungsgesetz, das 2012 die Kooperation von Schulaufsichtsbehörde und Schulträgern auf eine neue Ebene gehoben hat. Die Regelung, dass Änderungen im örtlichen Schulangebot nur im Einvernehmen zwischen Schulaufsicht und Schulträgern möglich sind, hat sich sehr bewährt. Das hat zu einer neuen Übereinkunft geführt, wie man mit Neuregelungen vor Ort umgeht. Alle Änderungen, die seither im Schulangebot erfolgt sind, waren einvernehmlich, wenn ich mal vom Fall Perl-Besch absehe. Das hat sich also bewährt, wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

Lassen Sie mich aber noch einen Punkt ansprechen, der heute Morgen auch in der Regierungserklärung eine Rolle gespielt hat, nämlich den Vorschlag, Schulträger-Zweckverbände einzurichten. Ich meine, man sollte solche Fragen immer mit der gebotenen Sorgfalt erörtern und mit allen Beteiligten absprechen. Es bringt nichts, auf der einen Seite aus objektiv vorhandenem oder subjektiv empfundenem Erfolgsdruck beim Thema Gebietsreform einen Vorschlag zu machen, bei dem die Bildung in den Widerstreit kommunaler Interessen hineingezogen wird. Das bringt für beide Themenbereiche, die davon berührt sind, glaube ich, nichts. Wir müssen diese Fragen sehr an der Sache orientiert miteinander diskutieren ohne Schnellschüsse, dann, glaube ich, können wir auch konstruktiv zu Regelungen kommen. - Den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion werden wir ablehnen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen, Herr Kollege Renner. - Ich rufe auf für die LINKE-Landtagsfraktion Frau Kollegin Astrid Schramm.

Abg. Schramm (DIE LINKE):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD möchte, dass künftig die Städte und Gemeinden Schulträger für alle Schulen sind, für Grundschulen ebenso wie für die weiterführenden Schulen, beruflichen Schulen und Förderschulen. Begründet wird das damit, dass die Schulträgerschaft auf den niedrigstmöglichen kommunalen Ebenen am besten aufgehoben wäre, weil man dort nahe bei den Menschen sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich sind wir, DIE LINKE, für das Subsidiaritätsprinzip. Eine staatliche Aufgabe sollte so weit wie möglich von der unteren Ebene, der Ebene vor Ort, wahrgenommen werden. Aber in diesem Fall passt dies nicht wirklich. Denn es gibt bisher nicht ohne Grund eine Unterscheidung zwischen den Grundschulen, die in Trägerschaft der Städte und Gemeinden sind, einerseits, und den weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Kreise andererseits, denn die weiterführenden Schulen haben in der Regel eine Schülerschaft, die über die einzelnen Gemeinden hinausgeht. Eine Trennung ist also durchaus sinnvoll. Es ist aus unserer Sicht auch nicht zielführend, den Städten und Gemeinden zusätzliche Aufgaben zu übergeben, ohne dass ihre finanzielle Situation grundlegend verbessert wird. Bekanntlich, das wissen wir hier alle, haben die saarländischen Kommunen die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Deutschland. Wenn die Einnahmesituation der Gemeinden deutlich verbessert würde, etwa durch eine gerechte Besteuerung, dann gäbe es zumindest eine finanzielle Grundlage für dieses Vorhaben. Aber die AfD ist ja, ebenso wie die CDU und die SPD, gegen jede Reichensteuer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, dass es wirklich auch drängendere Probleme gibt als die Frage der Schulträgerschaft. Wir kennen die Brandbriefe der Lehrerinnen und Lehrer an den Gemeinschaftsschulen, wir kennen die Schwierigkeiten an den Grundschulen, wir wissen, dass an den Schulen, vor allem an den Grund- und Gemeinschaftsschulen, ganz viele verschiedene Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen sind. Mehr als ein Viertel der Schülerinnen und Schüler quer durch alle Schulformen kommt aus einkommensschwachen Haushalten, sodass sie vom Entgelt für die Schulbuchausleihe befreit werden müssen. An den Gemeinschaftsschulen sind es 33 Prozent, an der Gemeinschaftsschule Ludwigspark in Saarbrücken sogar 63,5 Prozent, fast zwei Drittel! Dazu kommt, dass 28 Prozent der Schülerinnen und Schüler dort nicht oder nicht ausreichend Deutsch sprechen können und 15 Prozent einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben.

Die Lehrerinnen und Lehrer an der Ludwigsparkschule und an den anderen Schulen machen einen sehr guten Job, sie sind sehr engagiert. Von den Schülern, die an einer Gemeinschaftsschule Abitur machen, hatten mehr als 40 Prozent keine Empfehlung für das Gymnasium; sie hätten dort gar keine Chance gehabt. Sie zum Abitur zu führen, ist ein riesiger Erfolg. Aber die Probleme an den Schulen werden immer größer. Darum sollten wir uns kümmern, nicht um die Frage, welche Verwaltungseinheit für die räumlichen und sächlichen Kosten des Schulbetriebes aufkommt. Deshalb lehnen wir den Antrag der AfD ab. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:
Danke Frau Kollegin Schramm. - Ich rufe für die CDU-Landtagsfraktion auf Herrn Abgeordneten Frank Wagner.

Abg. Wagner (CDU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Im vorliegenden Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion geht es um eine Änderung des Schulordnungsgesetzes, um das Thema Schulträger. Zu diesem Thema gab es in den vergangenen Wochen zahlreiche Diskussionen und Veränderungsvorschläge. Wir haben momentan zahlreiche Diskussionspunkte im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit. Auch im Bereich der Bildung lohnt es sich, über neue Lösungen und Wege nachzudenken. Es gibt hier mit Sicherheit noch die ein oder andere Stellschraube, an der es sich zu drehen lohnt. Dies soll aber in Ruhe und mit der nötigen Weitsicht geschehen.

Die bisherige Struktur der Schulträgerschaften hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Die AfD-Fraktion möchte mit diesem Gesetzentwurf die Trägerschaft der Schulen in vollem Umfang auf die Kommunen verlagern. An dieser Stelle wäre es einmal sinnvoll gewesen, sich einen Überblick über die Schulen und ihre Aufgaben vor Ort zu verschaffen. Das Saarland besteht nicht nur aus dem Regionalverband. Wie sieht es mit den kleinen Kommunen aus? Es wäre wirklich einmal interessant, wenn Sie sich das vor Ort anschauen würden. Die Lehrerinnen und Lehrer wären mit Sicherheit auch gespannt auf Ihre Äußerungen. Mit Ihrem Vorstoß zur Änderung der Schulträgerschaft steuern Sie in eine völlig falsche Richtung. Bei einem genaueren Hinsehen und einer zielgerichteten Recherche hätten Sie schnell bemerkt, dass Ihr Vorhaben zum Scheitern verurteilt ist.

(Abg. Wagner (CDU))

Zum Ist-Stand, wir haben es eben schon gehört. 1996 wurde die Schulträgerschaft für die weiterführenden Schulen und die Förderschulen G und L auf Wunsch der kommunalen Seite - das muss betont werden - neu geregelt; die Grundschulen sind in Trägerschaft der Kommunen, die Landkreise haben die Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, berufliche Schulen und die Förderschulen Lernen und Geistige Behinderung in ihrer Verantwortung. An dieser Stelle darüber nachzudenken, das Rad vollkommen zurückzudrehen, ist kontraproduktiv.

Gerne möchte ich im Folgenden Ihr Vorhaben einmal am Beispiel der Stadt Wadern skizzieren. Die Stadt Wadern hat insgesamt knapp 16.000 Einwohner und besteht aus 14 Stadtteilen. Dort gibt es drei Grundschulen, eine größere Gemeinschaftsschule, ein Gymnasium, ein Berufsbildungszentrum und eine Förderschule Lernen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf hätte die Stadt Wadern somit die Aufgabe, neben der Trägerschaft der drei Grundschulen vier weitere Schulen in die Trägerschaft zu übernehmen. Die Kommunen sind allerdings von ihrer Personalausstattung und auch den einzelnen Fachbereichen in ihrer Verwaltungsstruktur nicht darauf vorbereitet. Im Bereich der Bauabteilung, Instandhaltung und neuen Bauvorhaben müsste hier definitiv nachgesteuert werden. Auch die Schulabteilung müsste sich völlig anders aufstellen, denn die Aufgaben in einem Sekretariat einer Grundschule sind mit Sicherheit völlig anders als bei weiterführenden Schulen. In den beruflichen Schulen gibt es ganz viele Fachrichtungen, die auch in der Verwaltung abgebildet sein müssen. Die Bereiche Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sind hier ebenfalls nicht angesiedelt.

Wie ich bereits erwähnte, wurde das Schulordnungsgesetz im Jahr 1996 verändert, im Jahr 2012 gab es eine weitere Anpassung. Der Kollege Renner hat bereits mehrere Beispiele genannt. Ich erwähne noch die Zusammenarbeit zwischen Land und kommunalen Schulträgern, die im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft festgeschrieben wurde. Auch die Schulentwicklungsplanung wird eng miteinander abgestimmt und nicht nur in einem kleinen Bereich betrachtet.

Gerade bei den weiterführenden Schulen macht die Verwaltungsebene der Landkreise Sinn. Dadurch gibt es in allen Landkreisen ein breites Portfolio von verschiedenen Schulen der einzelnen Schulformen. Themen wie Klassenmehrbildung, auch ein ganz wichtiger Themenbereich, den man betrachten muss, sowie Nachmittagsbetreuung und Ganztag sind auf dieser Verwaltungsebene ebenfalls deutlich einfacher im Handling. Die Schulträgerschaft der Landkreise erlaubt eine abgestimmte Schulentwicklungsplanung innerhalb einer größeren Verwaltungsebene. Dadurch werden Doppelungen vermieden, und eine möglichst optimale und bedarfsgerechte Versorgung mit allen Schulformen wird gewährleistet.

Des Weiteren haben wir die wichtigen Fachbereiche Sozialarbeit, Jugendhilfe, Schulpsychologie und Gesundheitswesen unter einem Dach. Hier findet schon jetzt eine gute Vernetzung zwischen Schule und den einzelnen Fachbereichen statt. Das Thema multiprofessionelle Teams, bei uns im Koalitionsvertrag als „Kollegium der Zukunft“ abgebildet, wird uns immer mehr einholen, dafür muss es Lösungen beziehungsweise Konzepte geben. Wenn die Landkreisebene als Schulträger wegfällt, wäre dies sehr schwierig für die Konzeption und Umsetzung in diesem Bereich. Durch die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen hat Schule viele weitere Aufgaben erhalten, die es zu lösen gilt.

An dieser Stelle möchte ich exemplarisch auf den Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung hinweisen, wir haben heute Morgen einiges dazu gehört. Bei unseren zahlreichen Schulbesuchen schlägt dieses Thema immer wieder auf. Egal wohin wir gehen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher erzählen uns, hier gibt es Probleme, hier muss man entsprechend gegensteuern. Wir haben immer mehr Schüler mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen, insbesondere in den Grundschulen und auch in den Gemeinschaftsschulen, dort, wo die Heterogenität am allergrößten ist. Oftmals ist wegen einzelner Schüler kein störungsfreier Unterricht möglich. Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf einen störungsfreien Unterricht, das möchte ich an der Stelle betonen.

(Beifall bei der CDU.)

Neben der Entlastung der Lehrkräfte und der Klassengemeinschaften haben wir aber hier vor allem das beeinträchtigte Kind im Blick: Ruhe für dieses Kind im Unterricht, aber auch die Stärkung seiner Persönlichkeit. An diesen Kindern wird permanent gezerrt, sie wissen gar nicht, wohin sie gehören, sie fühlen sich oftmals völlig fehl am Platz. Hier gilt es einfach, an der Persönlichkeit zu arbeiten. Wir stellen an diesem Punkt unter keinen Umständen beziehungsweise niemals die Inklusion infrage, aber dort, wo Inklusion an ihre Grenzen kommt, gilt es auch, andere Wege einzuschlagen.

Hier sei es mir erlaubt, darauf einzugehen, was der Kollege Georgi diese Woche zum Besten gegeben hat: Massive Ablehnung unserer Forderung, über eine neue Förderschule nachzudenken. Auch da lade ich dazu ein, sich vor Ort ein Bild zu machen. Wir sprechen davon, wenn ein Kind permanent im Unterricht stört und die Eltern merken, sie kommen nicht mehr weiter, aber natürlich möchten, dass das Kind in der Freizeit und nachher im Beruf gefestigt ist. Die Förderschule ist oft ein besserer Weg. Es

(Abg. Wagner (CDU))

gilt, das zu erkennen und darauf vorbereitet zu sein, damit im Saarland die entsprechenden Schulplätze vorgehalten werden können. Von daher wird es von uns weiterhin die Forderung geben, im Bereich der sozial-emotionalen Beeinträchtigung über weitere Förderschulen nachzudenken.

(Beifall von der CDU.)

Abschließend möchte ich auf den Vorschlag unseres Ministerpräsidenten Tobias Hans eingehen. Der Ministerpräsident hat die Möglichkeit von einem Zweckverband Bildung dargestellt. Dieser stellt nicht die bestehende Struktur im Bereich der Schulträgerschaften infrage. Die Grundschulen sollen weiterhin in der Hand der Kommunen und die weiterführenden Schulen in der Hand der Landkreise beziehungsweise des Regionalverbandes liegen. Einen Zweckverband wird es auf rein freiwilliger Basis geben. Dies bietet aber an der einen oder anderen Stelle große Chancen. Es gibt zahlreiche gute Projekte und Vorhaben, die oftmals an den Grenzen der Schulträgerschaften scheitern. Oft haben wir Campus-Lösungen, wo Kita, Grundschule und Gemeinschaftsschule an einem Ort sind. Die Schulen möchten zusammenarbeiten, vielleicht im Rahmen eines neuen Konzeptes, beim gebundenen Ganztag oder bei der modernisierten Nachmittagsbetreuung und vieles mehr. Hier gilt es, vielleicht mit einem Zweckverband eine Alternative zu schaffen. Mit einem Zweckverband könnte man neue Wege eröffnen und auch Synergieeffekte erzielen. Solche Konstrukte muss man sich allerdings in Ruhe anschauen. Es lohnt sich, sich mit allen Beteiligten vor Ort an einen Tisch zu setzen und darüber zu diskutieren. Es soll definitiv nichts aufgezwungen werden.

Wie ich bereits anfangs erwähnte, ist die gesamte Verlagerung der Schulträgerschaften auf die kleinste Verwaltungsebene der Kommune völlig unzweckmäßig. Dies wäre ein Rückschritt. Die Überschuldung der Kommunen zwingt sie, Personal einzusparen, interkommunale Zusammenarbeit zu suchen, Doppelstrukturen abzubauen und so weiter. In dieser Zeit jetzt noch diese Verlagerung der weiterführenden Schulen zu betreiben, wäre genau das Gegenteil der Politik der finanziellen Konsolidierung der Kommunen. Wir halten an dem bestehenden Gesetz fest und sehen keine Notwendigkeit zu einer neuen Anpassung. Wir lehnen daher den vorliegenden Gesetzesentwurf ab. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsident Heinrich:
Danke, Herr Kollege Wagner. - Ich rufe auf für die AfD-Landtagsfraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):
Zuerst einmal Herr Wagner, herzlichen Dank, Sie haben im Grunde am Schluss für unseren Gesetzesänderungsvorschlag plädiert, weil Sie geschildert haben, wie schwierig es ist, Kita, Gemeinschaftsschule und Grundschule unter einen Hut zu bringen, wenn irgendetwas auf kommunaler Ebene geplant ist. Das ist in Wirklichkeit auch so, ich habe eben versucht, es am Beispiel des Regionalverbandes Saarbrücken aufzuzeigen. Sie haben gesagt, dass die Stadt Wadern vielleicht nicht in der Lage wäre, ihre Gemeinschaftsschule als Schulträger zu führen. Ich glaube, das ist nicht so. Früher waren die Hauptschulen sowieso - -

(Abg. Wagner (CDU): Früher, früher! - Die Zeiten ändern sich!)

Ja, die Zeit geht vorwärts, aber manchmal nicht auf dem richtigen Weg, manchmal geht sie in eine Sackgasse. Das ist hier der Fall. Ich denke, man sollte nochmal darauf zurückkommen, dass die Städte und Gemeinden für ihre Schulen das Sagen haben. Jetzt sind auch noch die Kosten angeführt worden. Das ist genau ein Punkt, weshalb diese Frage dauernd in den Mittelpunkt rückt. Die Städte und Gemeinden bezahlen ja für die Schulen, die in ihrem Gebiet stehen. Sie bezahlen über die Umlage, die jedes Jahr ein Streitpunkt ist zwischen den Landkreisen oder dem Regionalverband Saarbrücken auf der einen und den Städten und Gemeinden auf der anderen Seite. Wären die Städte und Gemeinden Träger der Schulen, würden diese Kosten nicht anfallen, und sie müssten nicht umverteilt werden. Wenn umverteilt wird, gibt es immer Gewinner und Verlierer. Jeder denkt, er ist Verlierer. Ich schaue mir meine Schule an, die in Quierschied steht, und dann sage ich mir, Mensch, was hat der Regionalverband mit dem vielen Geld gemacht, das er als Umlage von uns will, hier sehe ich nichts.

(Sprechen.)

Das ist jetzt nur ein theoretisches Beispiel. Es ist aber so, dass es um diese Umlage immer Zank gibt. Frau Schramm, deshalb ist das kein Kostenfaktor für die Gemeinden, es ist ein Faktor für mehr Demokratie oder weniger Demokratie. Probleme mit den Grenzen bestehen, egal wie groß Sie das Gebiet machen. Wenn Sie Kreise haben - ich war lange genug in Kreistagen und Regionalversammlungen -, dann haben Sie auch den Ausgleich zu anderen Kreisen. Nehmen wir das Beispiel des Regionalverbands Saarbrücken und des Nachbarkreises Saarlouis: Kinder aus Saarbrücken besuchen weiterführende Schulen in Saarlouis, das wird abgerechnet. Das ist jetzt schon so und ist auch bei großen Gebietskörperschaften der Fall.

Was ich nun wirklich beantrage, Herr Renner, ich denke, Sie sind ja doch intelligent - -

(Abg. Dörr (AfD))

(Sprechen und Lachen)

Sie haben doch gelesen, was in dem Antrag steht.

(Abg. Renner (SPD): Sie haben etwas anderes gesagt!)

In dem Antrag steht es doch klar drin. Ich habe eben nur den Vorschlag des Ministerpräsidenten aufgegriffen und gesagt, dass das gar nicht so schlecht ist und dass das nachdenkenswert ist. Nur zu Ihrer Information und damit dass Sie ganz sicher sind, Herr Renner. Genauso, wie es in dem Vorschlag steht, das ist unser Antrag.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:
Danke, Herr Dörr. - Ich rufe auf für die SPD-Landtagsfraktion Herrn Jürgen Renner.

Abg. Renner (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da solche Debatten sich immer in allgemeine bildungspolitische Debatten erweitern, wollte ich doch noch einmal das Wort ergreifen. Herr Dörr, wenn Sie hier schon zu Ihrem Gesetzesantrag sprechen, müssen Sie sich schon auf den eigenen Antrag beziehen. Wenn Sie noch nicht zu Ende gedacht haben, bringen Sie Gesetzesanträge doch dann ein, wenn diese zu Ende gedacht sind. Damit wäre uns allen geholfen.

Wir reden hier natürlich über Veränderungen - es ist auch eine Strukturdebatte, wenn wir ehrlich sind -, über Schulträgerschaften, über Zweckverbände, alle Schulen zu den Kommunen oder eine neue Zwischenebene Zweckverbände. Leute, das ist nicht das Problem, das wir zuerst in der Bildungspolitik hier in diesem Land zu lösen haben. Wir haben andere Probleme. Die werden auch hier in der Debatte genannt. Deswegen will ich darauf eingehen.

Wir können noch so viele Zweckverbände, Veränderung von Strukturen, von Schulträgerschaften oder andere Dinge fordern, kein einziges Problem wird dadurch an unseren Schulen gelöst. Wenn hier darauf verwiesen wird, dass wir gesellschaftliche Veränderungen an unseren Schulen haben, auf die sich die Schulen natürlich einstellen müssen, sage ich, ja, die auch, aber nicht nur und nicht alleine. Dann müssen wir sehen, was da los ist. Da kann ich auch quer über das Land fahren und noch fünf Förderschulen fordern. Auch damit ist kein Problem gelöst. Ich kann auch Sonderklassen fordern. Damit werden Probleme und Belastungen verlagert und Probleme unsichtbar gemacht, wenn man nicht auch den anderen Teil der Problemlösung benennt.

(Beifall von der SPD.)

Und der heißt, wir müssen à la longue zu einer wirksamen Entlastung unserer Schule kommen. Wenn wir verstärkt verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche haben, dann müssen wir uns darum kümmern. Dann brauchen wir aber - ich werde nicht müde, es immer wieder zu betonen - eine Neuordnung der Sozialarbeit an den Schulen im Saarland.

(Beifall von der LINKEN.)

Das darf man dann auch nicht einfach so auf die Langfristebene schieben, sondern da sind alle Beteiligten gefordert, ihren Beitrag zu bringen. Drei Ministerien sind zuständig, das Bildungsministerium, das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium. Alle drei haben dann ihren Beitrag zu bringen. Ich kann auch durch die Gegend laufen, die Belastung der Schulen thematisieren und dabei einen wichtigen Teil weglassen. Ich möchte mir nicht vorstellen, über was wir heute an unseren Schulen diskutieren würden, wenn nicht in der letzten Legislaturperiode, statt 588 Stellen im Schulbereich gestrichen, 300 neu geschaffen worden wären. Das muss man einmal sagen.

Herr Dörr hat angesprochen, es sei im Bildungsbereich auf sogenannte Brandbriefe erst später reagiert worden. Das ist ja nicht der Fall. Die Sachen sind unmittelbar im Ministerium bearbeitet worden. In Absprache mit den Schulen sind unmittelbar Ressourcen zur Verfügung gestellt worden, es ist mehr für die Förderschulen gegeben worden, es ist mehr Sprachförderung gegeben worden. Gerade die Schule, die in den letzten Wochen und Monaten so im Fokus gestanden hat, hat die beste Schüler-Lehrer-Relation in diesem Land. Da muss man doch einmal fragen, wenn die Lehrkräfte alleine nicht ausreichen, was man noch braucht. Die Lehrer sind keine Psychologen, keine Schulsozialarbeiter und keine Therapeuten, also müssen wir aus diesen Professionen Unterstützung hinbekommen und müssen die Zusammenarbeit zwischen Bildung und Jugendhilfe verbessern, die Strukturen verbessern, um zu neuen Regelungen und Zuständigkeiten zu kommen mit den Jugendämtern und mit den Landkreisen, die Zuständigkeiten als Schulträger, aber auch als Träger der örtlichen Jugendhilfe haben. Deswegen ist auch aus diesem Grund Ihr Antrag völlig daneben. Das muss ich Ihnen sagen.

Ich will noch einen Punkt anmerken. Wenn wir über Verbesserungen an Schulen reden, dann betrifft das die Gleichwertigkeit. Wir diskutieren gerade darüber, an welchen Stellschrauben wir drehen müssen, um die Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschule und Gymnasium sicherzustellen. Da kann ich in der Debatte nicht einfach den Zeigefinger heben und sagen: Vorsicht, das kostet Geld! Ja, das kostet Geld. Wir müssen klar machen, welche Kriterien bei der Gleichwertigkeit zu beachten sind und dass wir zunächst einmal fachlich diskutieren, wenn es etwa um

(Abg. Renner (SPD))

die Ausstattung mit Funktionsstellen geht, die Ausstattung, Systemzeitanrechnung, Deputatstunden und so weiter und so fort, ohne dass gleich der Finanzvorbehalt thematisiert wird. Wir können da noch so viele Förderschulen einrichten und wir haben im Übrigen im Koalitionsvertrag eine klare Regelung dazu,

(Zuruf aus der CDU: Ja, die haben wir!)

aber dort, wo Bedarf ist, muss man dem auch gerecht werden. Das machen wir auch. Wir alle müssen wirklich miteinander reden, wo Entlastung notwendig ist und wo an dieser Stelle etwas zu tun ist.

Mit Blick auf Finanzen - so glaube ich -, ist der Stellenabbaupfad im Bildungsbereich in Zukunft so nicht zu halten. Wir werden da modifizieren müssen, auch in den Haushaltsberatungen, und wir werden, damit wir auch in Zukunft Handlungsfähigkeit im Bereich der Bildungspolitik beweisen, an dieser Stelle ehrlich sein müssen und die Debatte ganz fair führen, dies aber nicht über irgendwelche Strukturen wie Schulträgerschaften oder Zweckverbände. All das ist Quark, wenn ich es einmal so sagen darf, wir müssen uns um die Sache kümmern.

(Beifall von der SPD und der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen. - Ich rufe noch einmal Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr auf.

Abg. Dörr (AfD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja richtig froh, dass ich diesen Antrag mit meinen Kollegen von der AfD-Fraktion eingebracht habe.

(Abg. Renner (SPD): Ich jetzt auch!)

Abgesehen davon, dass das ein guter Antrag ist, hat er auch zu einer Diskussion über Inklusion, Förderschulen, Sozialarbeiter an der Schule geführt und hat vor allen Dingen auch gezeigt - auch für die vielen Saarländerinnen und Saarländer, die ich grüße, die jetzt alle hier zusehen -, dass die Koalitionsfraktionen gar nicht so ganz einig sind und dass da wirklich noch Diskussionsbedarf ist.

(Abg. Scharf (CDU): Ist das schlimm? Wir sind ja nicht der Gesangverein „Harmonie“.)

Nein, ich finde es gut, ich finde es prima. Ich finde vor allen Dingen prima, dass es deutlich geworden ist. Das wird auch zu einer Diskussion führen, an der wir sehr gerne teilnehmen, von außen selbstverständlich, denn Sie lassen uns ja nicht mitmachen. Wir dürfen ja nicht mitspielen.

(Lachen bei der LINKEN und der SPD.)

Aber wie gesagt, es ist sehr gut, dass diese Diskussion heute hier wegen unseres Antrags zustande kam. Aber den Antrag halten wir selbstverständlich aufrecht und bitten darum, ihn anzunehmen. - Dankeschön.

(Beifall von der AfD. - Abg. Thul (SPD): Aber Lösungen bieten Sie nicht!)

Vizepräsident Heinrich:
Ich rufe für die CDU-Landtagsfraktion Herrn Kollegen Frank Wagner auf.

Abg. Wagner (CDU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ein paar Worte von meiner Seite. Herr Dörr, heute Nachmittag habe ich endlich einmal gesehen, dass Sie doch Pädagoge sind und irgendwie alle einen wollen. Das ehrt Sie, aber es wäre schön, wenn Sie wirklich konkret würden.

Auf den Bereich der Verwaltungsebene möchte ich an der Stelle kurz eingehen. Sie haben eben bei dem Beispiel Wadern gesagt, das wäre kein Problem. Ich glaube, Sie sollten wirklich vor Ort gehen und mit den Kommunen sprechen. Die hängen zu Recht an ihren Grundschulen. Aber weitere Schulen in ihr Portfolio aufzunehmen, ist eine so große Herausforderung, dass ich nicht glaube, dass die meisten Kommunen auch nur ansatzweise darüber nachdenken. Man braucht dann in jeder Kommune einen deutlich größeren Verwaltungsapparat, um dieses breite Feld an Schulformen zu bedienen. Dann kann man nicht sagen, wie es im Bereich der Landkreise ist, hier hat man ein Schulamt, hier eine Bauverwaltung und so weiter. Ich denke, es muss einmal ganz genau nachgeschaut werden, denn auch hier wollen wir Frieden in unserer Schullandschaft und das in den Verwaltungsebenen gespiegelt haben.

Sie haben eben wieder das Thema Zweckverband angeführt. Ich muss sagen, an der einen oder anderen Stelle ist es wirklich dreist, wie Sie auf eine Idee aufspringen und diese dann als eigene Idee verkaufen. Damit verschleiern Sie, dass Sie ohne eigene Vorstellungen und ohne ein eigenes klares Konzept sind. Sie stellen Ihren Antrag komplett anders dar. Das ist definitiv nicht fair und das lassen wir uns auch nicht bieten.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Zum Thema multiprofessionelle Teams. Wir arbeiten definitiv an diesem Thema. Wir haben auch schon Vorschläge gemacht. Wir setzen auf der Ebene der Landkreise und des Regionalverbandes an. Es lohnt sich, hier genauer hinzuschauen. Wir möchten eine Art Task Force bilden, ein Team, das die Bereiche Schulpsychologie, Gesundheitswesen, Sozialamt und so weiter abdeckt; ich könnte weitere Bereiche aufführen. Es gilt, Vertreter aller Fachbereiche an einen Tisch zu bekommen, sodass sie wöchentlich

(Abg. Wagner (CDU))

zusammenkommen und sich austauschen, damit ein Anfang gemacht wird, die Schulen zu beraten und Fallbesprechungen durchzuführen, wenn die Schulen merken, dass sie an einigen Stellen nicht weiterkommen. Aus dieser Erfahrung heraus sollen die Teams ausgeweitet werden. Wir wollen nicht sagen: Hier haben wir ein paar Sozialarbeiter, da kommen ein paar Schulpsychologen hin. - Nein, wir möchten, dass es von unten aufwächst und dass man es sich gemeinsam anschaut.

Zum Bereich der Förderschulen. Ich bin froh, dass das Thema aufgegriffen wurde. Zum Mehrbedarf steht sehr wohl etwas im Koalitionsvertrag. Diesen Mehrbedarf haben wir definitiv im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung. Wir haben bei allen vier Schulen einen Aufnahmestopp, da geht nichts mehr. Es gibt eine große Warteliste. Viele Schülerinnen und Schüler, vor allem deren Eltern sind verzweifelt. Sie warten dringend auf einen Platz und auf eine Lösung für ihr Kind. Wir müssen reagieren. Es ist sehr wohl sinnvoll, neue Förderschulen an den Start zu bringen, damit wir eine gleichmäßige Struktur bei den Förderschulen für soziale Entwicklung im Saarland haben.

Die Begleitklassen oder Außenklassen, wie sie eben genannt wurden, sind eine Möglichkeit, um schneller zu starten. Aber bei all dem werden wir definitiv das Regelsystem nicht vergessen. Wir möchten das Regelsystem weiter stärken, wir möchten, wo es Sinn macht, weitere Ressourcen in das System bringen. Die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher landesweit sagen, dass sie im Problemfeld der sozial-emotionalen Beeinträchtigungen permanent an ihre Grenzen kommen. Hier möchten wir andere Lösungen haben. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Heinrich:
Ich danke Ihnen, Herr Kollege Wagner. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/289. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/289 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/289 abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion, abgelehnt haben die Mitglieder der Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur heutigen Sitzung darf ich ganz herzlich die Mitglieder der CDU Habach unter Leitung unseres Kollegen Alwin Theobald begrüßen, die im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit bei uns zu Gast sind. Seien Sie uns herzlich willkommen und nehmen Sie vor allen Dingen gute Eindrücke mit.

(Beifall.)

Wir kommen nun zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur ersten Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Bundeskindergeldgesetzes (AGBSGB II/BKGG) (Drucksache 16/162)

Zur Berichterstattung erteile ich dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Abgeordneten Hans-Peter Kurtz das Wort.

Abg. Kurtz (SPD), Berichterstatter:
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat den von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf in seiner neunten Sitzung am 04. Dezember 2017 in Erster Lesung angenommen und an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr überwiesen. Aufgrund der umfangreichen Änderungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in Bezug zur Bundesbeteiligung an den Bedarfen für Unterkunft und Heizung ist die Novellierung der beiden Gesetze notwendig geworden.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Änderungen des § 46 eingepflegt. Der Bund beteiligt sich weiterhin zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung, die sich in ihrer Zusammensetzung und auch in der Höhe wesentlich verändert haben. Dagegen hat die Beteiligung für Leistungen für Bildung und Teilhabe keine Änderung erfahren. Der Anteil des Bundes an Leistungen für Unterkunft und Heizung wird weiterhin von den Ländern erstattet, sodass die Weiterleitung der Erstattungsbeträge an die Kommunen nach wie vor in der Verantwortung der Länder liegt. Die kommunalen Spitzenverbände haben von der ihnen angebotenen Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben, keinen Gebrauch gemacht.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr empfiehlt dem Plenum einstimmig - bei Enthaltung der AfD-Landtagsfraktion - die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs in Zweiter und letzter Lesung. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Heinrich:
Ich danke dem Berichterstatter und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

(Vizepräsidentin Heinrich)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/162 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/162 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig angenommen worden ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sportes und der Sportförderung, Transparenz der Mittelvergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“ (Drucksache 16/317 - neu)

Zur Begründung des Einsetzungsantrages erteile ich Herrn Abgeordneten Jochen Flackus das Wort.

Abg. Flackus (DIE LINKE):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es sehr kurz machen. Wir haben heute schon von vielen prominenten Seiten Stellungnahmen zur Situation des Saarsports gehört. Wer heute die Veröffentlichung in den Medien zur Kenntnis nimmt, der kann sagen, es gibt keinen Zweifel, dass der Saarsport in einer tiefen Krise ist. Diese Krise - das will ich von unserer Seite aus deutlich sagen - ist nicht ausgelöst durch die vielen ehrenamtlichen Mitglieder in den Sportvereinen wie Trainer und andere, die sich engagieren, sondern sie ist ausgelöst von der Führung des Sports, die der Saarsport im Landessportverband und auch darüber hinaus hat.

Wir haben festgestellt, dass das Krisenmanagement unfähig gewesen ist. Die Debatte fing im November/Dezember an und hat sich hingezogen. Zum Thema Finanzmanagement: Wir haben bei 700.000 Euro Defizit angefangen, jetzt sind wir bei 2 Millionen strukturellem Defizit. Es gibt Diskussionen über die Vergabestrukturen, vor allem im Verstärkungsfonds. Wir haben eine mangelnde Rechtsaufsicht zu beklagen.

Ich fasse zusammen: Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Landessportverbandes und seines Präsidiums ist erschöpft. Deshalb ist aus unserer Sicht gerade im Interesse der ehrenamtlichen Sportengagierten in diesem Land ein Untersuchungsausschuss der einzige Ausweg, die Krise zu bewältigen.

(Beifall von der LINKEN.)

In unserem Antrag finden Sie vier zentrale Arbeitsfelder, die ich nicht vorzustellen brauche, denn das wird sich im Verlauf der Ausschussarbeit ergeben. Man muss aber noch dazu sagen - auch bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, ist das angeklungen -, dass wir im Rahmen der Ausschussarbeit auch, aber sicherlich nicht im Kern, über die Zukunft der Aufstellung im Saarsport reden müssen. Ich glaube, das ist eine zentrale Frage. Da gibt es Konsens. Der Ausschuss sollte zumindest beim Abschluss seiner Arbeit so weit sein, dass er aus seiner Sicht Handlungsempfehlungen bei der Aufarbeitung der Krise geben kann, damit wir auf einen anderen Weg kommen.

Nachdem ich heute die Beiträge gehört und im Vorfeld Diskussionen gehabt habe, scheint es so zu sein, dass alle Fraktionen der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zustimmen wollen. Das ist gut so. Das begrüßen wir ausdrücklich. Ich möchte der guten Ordnung halber aber noch eines dazu sagen: Wir hätten es besser und fairer gefunden, wenn die Opposition den Vorsitz dieses Ausschuss hätte übernehmen können. Wir wissen, dass Sie das eben nicht so gewollt und anders entschieden haben. Das akzeptieren wir. Das ist am Ende des Spiels auch nicht das Entscheidende. Ich möchte das an dieser Stelle aber noch einmal erwähnen. Wir hätten es als fairer und zielführender empfunden, dass dort eine Partei an der Spitze, die nicht in die Diskussion involviert ist. Und das steht eindeutig meine Partei, ist meine Fraktion. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag. - In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen, Herr Kollege Flackus. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Kollege Frank Wagner.

Abg. Wagner (CDU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab möchte ich betonen, dass wir bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses Wort halten. Nach der Wahl hatten wir angekündigt, dass wir uns entsprechenden Anträgen nicht verschließen. Obwohl die Opposition nicht über die erforderliche Stimmenanzahl zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verfügt, halten wir uns an die Absprache und werden der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zustimmen.

Die CDU steht an dieser Stelle für größtmögliche Transparenz und möchte gemeinsam auf eine Aufklärung hinwirken. Dem beantragten Untersu-

(Abg. Wagner (CDU))

chungsgegenstand stimmen wir zu. Der Antrag selbst scheint an der einen oder anderen Stelle etwas zu tendenziös zu sein. Es darf nicht das vorweggenommen werden, was erst durch die Untersuchung aufgedeckt werden soll. Die Berichterstattung über den Landessportverband in den letzten Wochen und Monaten heizte den Unmut weiter an und brachte uns unter anderem dazu, noch einmal intensiv über den Verhaltenskodex nachzudenken.

Das Ziel eines Untersuchungsausschusses ist die Sachverhaltsaufklärung. Hierbei sollte von uns allen gefordert werden, unvoreingenommen und objektiv alle zugänglichen Beweismittel aufzunehmen, zu sichten und in ein Gesamtbild einzufügen, denn auch im parlamentarischen Untersuchungsverfahren gilt es, eine faire rechtsstaatliche Verfahrensführung zu gewährleisten. Im Untersuchungsverfahren ist wichtig, darauf zu achten, nicht den Prüfungsrahmen des Parlamentes zu überschreiten. Ein Prüfkriterium eines Untersuchungsauftrages ist der rechtsstaatlich verankerte Bestimmtheitsgrundsatz. Darauf ist zu achten. Aufgabe muss es sein, in Ruhe zu agieren und für bestmögliche Aufklärung und Transparenz zu sorgen. Dafür stehen wir.

Sport und Ehrenamt gehören im Saarland zusammen. Das Ehrenamt im Saarland ist ein verlässlicher Partner in allen Bereichen, vor allem in der Freizeit, im Sport, in der Kultur und so weiter. Wir müssen dafür sorgen, dass die saarländische Sport- und Vereinslandschaft erhalten bleibt. In unseren Sport- und Kulturvereinen wird ganz wertvolle Arbeit geleistet, auch bei der Jugend, wo für unseren Nachwuchs gut gesorgt wird. Der Sport ist auch ein guter Partner bei den Kindergärten und Schulen, wo immer wieder unterstützt wird und ganz wertvolle Arbeit geleistet wird, vor allem bei der Nachmittagsbetreuung und dem gebundenen Ganztag. Hier brauchen wir die Vereine. Hier brauchen wir die Übungsleiter und Trainer, die mit den Kindern wertvolle Arbeit leisten.

Hier gilt es, Vertrauen zurückzugewinnen und dafür zu sorgen, dass unsere Vereine und Sportverbände weiter auf soliden Füßen stehen. Auch ich war in den letzten Wochen auf vielen Veranstaltungen, auf Sportplätzen und in Turnhallen. Ich habe viele Gespräche geführt und gemerkt, dass es wichtig ist, mit den Leuten zu sprechen und ihnen das Gefühl zu geben, dass wir uns kümmern. Wir möchten die entsprechenden Sachverhalte aufdecken und das Saarland bei den Strukturen des Sports fit für die Zukunft machen.

Wir alle oder sehr viele von uns waren in der Vergangenheit stolz auf das, was das Sportland Saarland ausmacht. Wir haben eine gute Infrastruktur bei der Sportschule. Die Vereine haben vielfältige Fortbildungen für ihre Übungsleiter und Trainer, um eine hohe Qualität in der Jugendausbildung zu haben. Dort finden die Kinder Stützpunkte für diejenigen, die vielleicht im Profisport oder im Spitzensport weitermachen wollen.

Die Autonomie des Sportes und das Sportachtel waren hier ganz wichtige Instrumente, die uns unterstützt und geholfen haben. Die Unterstützung unserer Sportverbände ist in Deutschland vorbildlich. Dies alles muss nun hinterfragt werden und auf den Prüfstand kommen. Wenn Fehler gemacht wurden, gilt es, diese lückenlos herauszuarbeiten und strukturelle und konzeptionelle Veränderungen herbeizuführen. Die Politik ist an dieser Stelle gut beraten, in Ruhe, mit Vernunft und Weitsicht zu agieren. Es ist wichtig, die intensive Zusammenarbeit mit dem autonomen Sport zu suchen und sich an einen Tisch zu setzen.

Es ist keine einfache Zeit für den Saarsport. Hier gilt es, den Sport intensiv zu unterstützen und für die Aufklärung und die entsprechenden Verbesserungen zu sorgen. Ich appelliere an alle - wie ich es eben schon sagte -, in Gespräche zu gehen, speziell auf den Sportplätzen und in den Vereinen, um die Leute zu unterstützen, damit sie uns im Ehrenamt erhalten bleiben.

Der Sport verdient weiterhin unsere Anerkennung. Lassen Sie uns dies gemeinsam angehen. Gemeinsam sollten wir Seite an Seite Partner des Sportes sein und dafür sorgen, dass es eine transparente und objektive Aufklärung geben wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:
Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die AfD-Landtagsfraktion rufe ich Herrn Abgeordneten Lutz Hecker auf.

Abg. Hecker (AfD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich muss mich entschuldigen, ich bin noch ein bisschen erkältet. Die Stimme ist noch nicht so da. - Ich habe bereits am 07. Februar, als wir hier einen Antrag der LINKEN-Fraktion zur Änderung der Geschäftsordnung diskutiert haben, darauf hingewiesen, dass es die Aufgabe dieses Hauses ist, die politischen Verantwortungen zu klären. An dieser Stelle sind wir jetzt. Insofern ist es selbstverständlich, dass wir dem Antrag zustimmen. Wir haben im August einen Antrag des Kollegen Raphael Schäfer diskutiert, der hieß: „Das Saarland ist Sportland und muss Sportland bleiben.“ Er ist mit großer Einmütigkeit verabschiedet worden.

Was seitdem passiert ist, ist in weiten Teilen eine Tragödie für den Saarsport. Spitzensportler und Trainer haben das Land verlassen. Das Finanzloch beim LSVS wird unsere Vereine und Verbände sowie den Breitensport betreffen. Mittlerweile ist von

(Abg. Hecker (AfD))

Zahlungsunfähigkeit die Rede. Das muss geklärt werden.

Heute Morgen habe ich die Aussage des Kollegen Funk nicht ganz verstanden. Sie hat mich ein wenig in die Richtung gedrängt zu glauben, dass eine Diskrepanz bezüglich der Formulierung insbesondere des zeitlichen Rahmens besteht, über den aufzuklären wäre. Vielleicht kann noch jemand etwas dazu sagen. Dabei wäre es natürlich für mich interessant - -

(Abg. Funk (CDU): Kann man nachlesen. Das können Sie im Protokoll nachlesen. Ich habe gesagt, wir stimmen dem Antrag zu. Alles Weitere wird sich bei der Arbeit feststellen lassen.)

Das habe ich dann vielleicht akustisch falsch verstanden. Okay. - Dabei wäre es natürlich für mich interessant, einen ehemaligen Ministerpräsidenten beim Lambada zu beobachten.

(Sprechen. - Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Er meint diese Vorstellung, die ich leider nicht besucht habe, weil ich nicht wusste, dass so hübsche Frauen da waren. - Lautes Lachen. - Beifall.)

Vizepräsident Heinrich:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Abgeordnete Hecker hat das Wort hat Wort. Ich bitte - -

(Heiterkeit und lautes Sprechen. - Zuruf des Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE).)

Herr Kollege Lafontaine! - Herr Hecker, bitte fahren Sie fort.

Abg. Hecker (AfD):
Vielen Dank, Herr Präsident. Wenn der Ministerpräsident heute Morgen gesagt hat, dass die saarländische Sportlandschaft auch in Zukunft bestens aufgestellt sein soll, impliziert das ja, dass sie momentan bestens aufgestellt ist. Diese Diagnose kann ich leider momentan so nicht bestätigen. Der Kollege Pauluhn hat heute Morgen in dem Zusammenhang von partiellem Fehlverhalten Einzelner gesprochen. Ich glaube, das ist nicht der Kern des Problems, im Gegenteil, es verharmlost das Problem. Es ist offensichtlich, dass wir hier systemimmanente Fehler zu betrachten haben. Daran wollen wir konstruktiv mitwirken.

(Präsident Toscani übernimmt den Vorsitz.)

Ich unterstütze die Anmerkung des Kollegen Flackus. Auch wir hätten es als sinnvoller empfunden, wenn die Opposition den Vorsitz des Ausschusses hätte. Das können wir nicht ändern. Wir unterstützen den Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Vielen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Berg (SPD): Doch!)

Es liegt noch eine Wortmeldung vor? - Wir orientieren uns gerade. - Okay, die Wortmeldung bezieht sich auf Punkt 8 der Tagesordnung, bei dem wir noch nicht sind. Aber das Missverständnis ist geklärt. Also gebe ich der Kollegin Petra Berg das Wort.

Abg. Berg (SPD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich entschuldigen, für mich kam nach Punkt 7 Punkt 8. Ich habe übersehen, dass das Punkt 14 war. Das war mein Fehler.

Ich möchte jetzt etwas technisch werden zu dem Untersuchungsausschuss. Unsere saarländische Verfassung bestimmt in Art. 79: „Der Landtag hat das Recht und auf Antrag von einem Viertel der Abgeordneten auch die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.“ Dieses Recht übt der Landtag des Saarlandes heute aus und übernimmt damit die Pflicht, einen Untersuchungsauftrag zu erfüllen. Unser Ministerpräsident hat heute Morgen in seiner Regierungserklärung die Regierungsfraktionen aufgefordert, die Arbeit der Landesregierung stets kritisch zu begleiten und der verfassungsmäßig zugewiesenen Kontrollfunktion gerecht zu werden. Diesen Auftrag nehmen wir gerne an. Dass wir ihn heute schon so annehmen müssen, hätten wir vielleicht nicht gedacht, aber ich glaube, es liegt in unser aller Interesse, das zu tun und hier kritisch Aufklärung zu leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne wird der Untersuchungsausschuss als scharfes Schwert der Opposition gegenüber der Regierung bezeichnet, aber das ist nur bedingt richtig. Das parlamentarische Untersuchungsrecht hat eine viel zentralere Bedeutung, es ist nicht nur das scharfe Schwert der Opposition. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss ist eigentlich ein Hilfsorgan des Parlaments und dient dem Zweck, die Arbeit unseres Landtags zu fördern, diese Arbeit zu erleichtern, indem er Tatsachen und Vorgänge feststellt, deren Kenntnis zur Ausübung der parlamentarischen Funktionen notwendig ist.

Der saarländische Landtag übernimmt im Saarsport gerade solche Funktionen, er sichert nämlich als Gesetzgeber die auskömmliche Finanzierung des Saarsports. Dies geschieht zum einen aus einem gewissen Selbstverständnis heraus, weil der saarländische Landtag als Volksvertretung sich natürlich der Bedeutung des Saarsports als gesundheitlicher, kultureller, ethischer und auch sozialer Brückenbauer bewusst ist. Aber zum anderen auch, weil seit

(Abg. Berg (SPD))

1999 - wir erinnern uns - die Sportförderung als Staatsziel in Art. 34a unserer Verfassung verankert ist. Dort heißt es: „Wegen seiner gesundheitlichen und sozialen Bedeutung genießt der Sport die Förderung des Landes und der Gemeinden.“ - Also eine Staatszielbestimmung und deshalb auch Aufgabe des Parlamentes.

Der organisierte Sport genießt dabei auch eine verfassungsrechtlich garantierte Autonomie, kann aber davon alleine nicht leben, denn er ist auf öffentliche Hilfe angewiesen. Genau da ist die Verantwortung des saarländischen Landtags begründet, nämlich dafür zu sorgen, dass der Sport die Anerkennung und die Hilfestellung erhält, die er verdient. Der Saarsport ist autonom im Landessportverband für das Saarland organisiert. Die Finanzierung, wir wissen es, erfolgt im Wesentlichen aus dem sogenannten Sportachtel. Auch der Verstärkungsfonds, den die Landesregierung beschlossen hat, soll die Förderung des Saarsports gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung sichern.

Nun kam es in der Vergangenheit zu der Erkenntnis, dass die finanziellen Mittel des LSVS auf ein strukturelles Defizit hinweisen, und es ist zu erheblichen Zweifeln an einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung und Rechnungslegung gekommen. Auch die Verausgabung von Mitteln des Verstärkungsfonds und von Mitteln der Sportplanungskommission, die gebundene Mittel sind, war Zweifeln ausgesetzt und muss aufgeklärt werden. In mehreren Sitzungen des Ausschusses für Inneres und Sport wurden der Präsident des Landessportverbandes, die Geschäftsführerin des Landessportverbandes, die Geschäftsführer von Saartoto und auch das für die Rechtsaufsicht zuständige Innenministerium gehört und haben dort dem Ausschuss berichtet. Ich möchte aber hier ausdrücklich keine Schlussfolgerungen ziehen, auch nicht dem Untersuchungsausschuss vorweggreifen. Wir haben im Untersuchungsausschuss in den kommenden Wochen und Monaten die Aufgabe, nach einer erfolgten Aufklärung am Ende zu einem Ergebnis zu kommen. Allerdings steht derzeit nach den Sitzungen des Innenausschusses Folgendes fest: Es sind an der Aufarbeitung eine Vielzahl von Personen beteiligt. Sie sind beauftragt worden. Ich möchte das im Einzelnen darlegen.

Alleine vom Landessportverband sind zwei Geschäftsführer mit der Aufklärung betraut, es ist ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die Firma ATAX, betraut. Es sind die Steuerberatungsgesellschaft THS und die Rechtsanwaltskanzlei Heimes & Müller betraut, allesamt aus der Presse bekannt, und auch ein Konsolidierungsbeauftragter, jetzt Rechtsanwalt Blank. Das Ministerium für Inneres und Sport hat ebenfalls ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen betraut und auch eine Rechtsanwaltskanzlei, die Rechtsanwälte Staab & Kollegen. Die Staatsanwaltschaft hat das Gutachten eines Wirtschaftsforensikers angefordert und der Rechnungshof hat eine Prüfung angekündigt.

Uns hat sich daher auch in den vergangenen Tagen und Wochen immer die Frage gestellt, wie und wo sinnvollerweise die Ergebnisse all dieser Mandate und Gutachten zusammengeführt und ausgewertet werden können. Das ist eine herausfordernde Aufgabe und dabei geht es auch um Verantwortung. Wer hat in der Vergangenheit in Verantwortung die Dinge so gelenkt, dass der jetzige Zustand eingetreten ist? Dabei ist es Aufgabe des gesamten Parlamentes, und zwar unter Hintenanstellung politischer Interessen, dafür zu sorgen, dass hier Aufklärung und Transparenz hergestellt werden, denn es geht um sehr viel.

Für eine zügige und transparente Aufklärung und Aufarbeitung dieser Sachen im Saarsport steht eben genau das Instrument des Untersuchungsausschusses zur Verfügung, denn das Untersuchungsrecht ist nicht nur ein Mittel der Opposition, es ist vor allem das klassische parlamentarische Selbstinformationsrecht. Wir haben im Parlament, in einem Untersuchungsausschuss, ein sehr verschärftes Frage- und Kontrollrecht. Deshalb ist dieses Instrument auch geeignet, dass wir uns die nötigen Informationen beschaffen können. Zwischenzeitlich sind Informationen da, die darauf schließen lassen - wir hörten es schon vielfach -, dass das strukturelle Defizit sehr viel höher ist als zunächst angenommen. Aber unsere Sportlerinnen und Sportler, unsere Vereine mit vielen Tausend Ehrenamtlichen müssen sich darauf verlassen können, dass der Saarsport auch in Zukunft noch eine sichere und gute Grundlage für ihre Aktivitäten bietet. Dafür ist die Arbeit des Untersuchungsausschusses notwendig, um Transparenz und Aufklärung herzustellen. Auch das wurde von Stefan Pauluhn heute Morgen gesagt. Die Beschäftigten des Landessportverbandes müssen sich auf sichere Arbeitsplätze verlassen können. Für sie ist eine Sicherstellung der Finanzierung des Landessportverbandes existenziell. Auch deshalb ist das Mittel des Untersuchungsausschusses geeignet.

Noch ein letzter Satz sei mir gestattet: Ich glaube nicht, dass es bei dieser Einigkeit, die im Parlament herrscht, und bei der Einigkeit des Ziels, Aufklärung und Transparenz zu schaffen, angezeigt ist, den Vorsitz entgegen der demokratischen Spielregeln, entgegen der d`Hondtschen Verteilung der DIE LINKE-Landtagsfraktion zu geben, das würde im Übrigen auch von einem tiefen Misstrauen in dieses Parlament zeugen. Ich halte das nicht für angezeigt. Ich finde die Lösung sehr gut, dass die stärkste Fraktion den Vorsitz übernimmt und Sie, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, den stellvertretenden Vorsitz übernehmen. Damit ist eine sehr gerechte Aufteilung gewährleistet, auch eine gute Auf-

(Abg. Berg (SPD))

klärung im Untersuchungsausschuss. Wir werden alles dafür tun, die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu befördern und zu guten, gründlichen Ergebnissen zu führen. Wir werden der Einsetzung zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:
Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einsetzungsantrag Drucksache 16/317- neu. Wer für die Annahme der Drucksache 16/317 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/317 - neu - einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern und Stellvertretern des Untersuchungsausschusses „System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sportes und der Sportförderung, Transparenz der Mittel-Vergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“ (Drucksache 16/318)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/318. Wer für die Annahme der Drucksache 16/318 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/318 einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu den Punkten 8 und 16 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der Die LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Respekt für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen ausdrücken - Hinterbliebenenversorgung, Rente sowie Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf verbessern (Drucksache 16/294)

Beschlussfassung über den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Antrag betreffend: Ehrenamtliches Engagement fördern - Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen zukunftssicher gestalten (Drucksache 16/319)

Zur Begründung des Antrags der Die LINKE-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dennis Lander das Wort.

Abg. Lander (DIE LINKE):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Männer und Frauen bei der Freiwilligen Feuerwehr und beim Katastrophenschutz leisten für uns alle Tag für Tag einen großen Dienst. Sie sorgen für Sicherheit. Wir sind immer froh und dankbar, wenn sie schnell zur Stelle sind, wenn es brennt oder anderweitige Notfälle passieren.

Helmut Schmidt hat gesagt: „Ehrenamtliche Feuerwehrleute sind die zuverlässigsten und vertrauenswürdigsten Diener am öffentlichen Wohl. Ich habe sie erlebt als echte Staatsdiener.“ Hier im Landtag sind wir uns immer einig, dass die Rettungskräfte unseren Respekt und unsere Unterstützung verdienen. Nur gute Worte allein reichen an dieser Stelle nicht.

Thomas Quint, der Vorsitzende des Feuerwehrverbandes im Regionalverband, hat in der Saarbrücker Zeitung Ende Februar dargestellt, dass es immer schwieriger wird, sich als Feuerwehrmann oder -frau zu engagieren, da viele nicht mehr dort arbeiten, wo ihr Wohnort ist, und der Arbeitgeber immer weniger die Möglichkeit eröffnet, den Arbeitnehmer freizustellen, wenn plötzlich ein Einsatz droht. Thomas Quint sagte wörtlich: „Der Trend ist ein Negativ-Trend, die Uhr tickt. Und es ist bereits fünf vor zwölf. Hier und da gibt es bereits Probleme, die Tagesalarmbereitschaften zu stellen.“

Wenn es immer schwieriger wird, Ehrenamt und Beruf und beides mit der Familie zu kombinieren, wenn es keine Entschädigung und im Alter nicht mehr Rente gibt, aber gleichzeitig immer mehr Beschimpfungen und Aggression da sind, dann sind immer weniger Menschen bereit, einen echten Staatsdienst zu übernehmen. Deshalb ist unser Antrag eine konkrete Verbesserung für die knapp 11.000 freiwilligen Feuerwehrleute und die vielen Freiwilligen in den 24 THW-Ortsverbänden. Wir haben genau drei Punkte in diesem Antrag zusammengefasst: erstens die Hinterbliebenenversorgung, zweitens die Rente für die Rettungskräfte, drittens die Vereinbarkeit von Beruf und Mitarbeit beim THW oder bei der Freiwilligen Feuerwehr und vor allem da, wo das Land Arbeitgeber ist.

(Abg. Lander (DIE LINKE))

Leider gibt es zu Punkt 1 - zur Hinterbliebenenversorgung - einen aktuellen Anlass. Am 05. September 2017 kamen zwei Feuerwehrleute in Brandenburg ums Leben, als sie auf dem Weg zum Einsatzort waren. Sie sind in einen Verkehrsunfall verwickelt worden. Die freiwilligen Einsatzkräfte haben leider nicht denselben Hinterbliebenen- und Unfallschutz wie die hauptamtlichen Kräfte der Berufsfeuerwehr, obwohl die Einsätze auch hier ein hohes Risiko bergen, beginnend mit der Anfahrt.

Deshalb hat der Landtag in Brandenburg am 27. September 2017 einstimmig beschlossen, die Landesregierung aufzufordern: „(…) die Hinterbliebenenversorgung von Feuerwehrangehörigen und Angehörigen von im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen unabhängig von ihrem Status (ehrenamtliche Feuerwehrangehörige und Rettungskräfte, Beamte und Beschäftigte) anzugleichen. Ziel ist, dass die Hinterbliebenen von im Dienst ums Leben gekommenen Feuerwehrangehörigen öffentlicher Feuerwehren und Angehörigen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen gleichwertige Versorgungsleistungen erhalten. Darüber hinaus sollen die bestehenden Regelungen des Unfallschutzes dahingehend geprüft werden, wie ein vergleichbarer Versicherungsschutz erreicht werden kann.“

Wir stellen heute im Prinzip genau denselben Antrag, und ich denke, was in Brandenburg möglich ist, sollte hier kein Ding der Unmöglichkeit sein.

(Beifall bei der LINKEN.)

Sie haben im Ausschuss von einem Fonds geredet. Ich bin mir noch nicht einmal sicher, ob dieser Fonds im Ernstfall wirklich ausreicht, die Betroffenen richtig abzusichern.

Beim zweiten Punkt, den wir angesprochen haben, geht es um die Ehrenamtlichen, die einen unermüdlichen Dienst wie beispielsweise in der Freiwilligen Feuerwehr oder im THW tun. Sie sollen im Alter einen bescheidenen, kleinen Vorteil haben. Darüber diskutieren nicht nur wir, auch in anderen Bundesländern wird dieses Thema aufgerufen. So sind etwa die CDU in Brandenburg und der Stadtrat in Kaiserslautern der Ansicht, dass das umgesetzt werden muss.

Hier ist eine bundeseinheitliche Lösung gefordert. Deshalb sollte sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine solche Feuerwehrrente endlich kommt. Wir müssen hier viel konkreter als der Antrag der Landesregierung werden.

Der dritte Punkt - die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt - ist auch sehr wichtig. Das haben Sie in Ihrem Antrag sehr gut dargestellt. Das erkennen wir an. Hier muss das Land mit gutem Beispiel vorangehen. Insbesondere bei den Dienstzeiten muss viel mehr passieren. Die ehrenamtliche Arbeit sollte beim Bewerbungsverfahren positiv berücksichtigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mir heute dieselbe Einmütigkeit wünschen wie im Landtag von Brandenburg. Heute soll ein starkes Signal an die ehrenamtlichen Feuerwehrleute und die Helfer im Katastrophenschutz herausgehen: Wir stehen hinter euch. - Es ist mir deshalb ein Rätsel, warum wir keinen gemeinsamen Antrag hinbekommen haben und Ihr korrespondierender Antrag erst gestern Mittag eingegangen ist. So viel auch dazu, dass unser Untersuchungsausschussantrag erst gestern Mittag eingegangen ist.

(Abg. Pauluhn (SPD): Wir können das Gleiche machen.)

Aber sei es drum, wir haben hier konkrete Verbesserungen. Das ist ein guter erster Schritt. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN. - Zuruf von der SPD - Abg. Lander (DIE LINKE): Das ist schon vergleichbar.)

Präsident Toscani:
Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Frau Abgeordneter Ruth Meyer das Wort.

Abg. Meyer (CDU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich durfte hier als innenpolitische Sprecherin meiner Fraktion schon sehr häufig über unsere Hilfsdienste sprechen, über ihre Situation und ihre Leistungsfähigkeit. Dabei kam, wie ich doch sehr hoffe, nicht nur die große Wertschätzung zum Ausdruck, die wir diesen Organisationen entgegenbringen, sondern es wurde auch deutlich, dass wir mit konkretem Handeln auf die konkreten Herausforderungen dieser Organisationen reagieren, sei es die Verstetigung der Feuerschutzsteuer, sei es die Anhebung der Altersgrenze, die Einrichtung der Integrierten Leitstelle auf dem Winterberg. Ich könnte vieles nennen, Sie wissen das. Wir reagieren damit auf die Bedarfe der Freiwilligen Feuerwehren als einer ganz zentralen Säule unserer Katastrophenschutzeinheiten. Wir schaffen verlässliche Strukturen, Perspektiven und Planungssicherheit.

Das muss natürlich auch für die übrigen Katastrophenschutzeinheiten gelten, auch wenn diese nicht in der direkten organisatorischen Zuständigkeit unseres Landes liegen. Beim THW als Bundesorganisation und den privatwirtschaftlich organisierten Rettungsdiensten, der DLRG und der Notfallseelsorge besteht natürlich eine klare Mitverantwortung, denn alle Katastrophenschutzeinheiten bilden gleicherma-

(Abg. Meyer (CDU))

ßen unser gesellschaftliches Rückgrat für den Fall, dass eine Großschadenslage eintritt und im großen Umfang die Bergung oder Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern erforderlich wird. Aber hier müssen wir uns natürlich mit denjenigen abstimmen, die für diese Organisationen ursächlich die Verantwortung tragen.

(Beifall von der CDU und Teilen der SPD.)

An den Anfang einer jeden Debatte um unsere Blaulichtorganisationen gehören der Dank und die hohe Anerkennung für das, was diese an Zeit, Kompetenz und persönlichem Risiko einbringen für das verlässliche Miteinander in den Kameradschaften, die oft auch als Familien bezeichnet werden, und für die großartige Unterstützung, die die Engagierten dort durch ihre Angehörigen und durch ihre Arbeitgeber erfahren. Ihnen allen einen ganz herzliches Danke.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Absolute Rückendeckung und Unterstützung, das darf aber keine einmalige oder sporadische Angelegenheit sein nach dem Motto: Jetzt haben wir mal Danke gesagt, eine Forderung platziert oder was geregelt, jetzt läuft das. - Vielmehr ist es so, dass die Bedeutung der Notfallhilfe in schwierigsten Lagen verlangt, dass man mit einer gelebten Grundhaltung herangeht, und die drückt sich im steten Dialog mit den Organisationen vor Ort und den Verantwortlichen auf Landesebene aus. Das zeigt sich beispielsweise in der Teilnahme an Veranstaltungen, Festen oder Gottesdiensten. Ich finde, beim jährlichen Dankgottesdienst für die Rettungsdienste sollten alle Fraktionen vertreten sein. Da habe ich aber einige noch nicht gesehen. Aber auch die Teilnahme an anderen Gesprächskreisen ist wichtig. Erst vorgestern waren der LBI, der KBI aus meinem Kreis und andere bei mir hier im Landtag. Das ist die ständige Kommunikation, die wir brauchen, dann können wir auch konsequent auf die täglichen Herausforderungen, auf die geschilderten Probleme reagieren und fundierte Lösungen auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU und von Ministerin Bachmann.)

Weil wir das als stete Herausforderung sehen, bin ich und sind viele aus meiner Fraktion praktisch permanent dergestalt unterwegs. Deshalb haben wir auch mit unserem Koalitionspartner für diese Legislatur ausdrücklich vereinbart, vor allem das Ehrenamt im hoheitlichen Bereich noch besser abzusichern. Insofern haben die Koalitionspartner gar keine Veranlassung, sich treiben zu lassen und Initiativanträge einzubringen, weil die LINKE gerade mal was aufs Tapet bringen will und von links außen ein allzu durchsichtiges Manöver fährt. Denn was unsere Katastrophenschutzorganisationen am wenigsten brauchen, Herr Lander, ist aufwieglerischer Aktionismus, wie ihn weniger Ihr Antrag selbst, aber sehr wohl das Vorgehen der DIE LINKE-Landtagsfraktion offenbart.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Flackus (DIE LINKE): Och, jetzt aber! Das ist doch unglaublich! - Weitere Zurufe von der LINKEN.)

Ich sage Ihnen gleich noch ein bisschen genauer, wie man einen ordentlichen Antrag auf den Weg bringen könnte und wo Kommunikation stattgefunden hat.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Bleiben Sie einfach mal sachlich!)

Ja, das tue ich, denn in der Sache sind wir - das kann ich kurz machen - ganz überwiegend gar nicht weit auseinander. Vieles, was Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, finden Sie auch in unserem wieder, übrigens auch in dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD. Lesen Sie nach auf Seite 101, da finden Sie viele Ihrer Punkte längst formuliert.

Anderes, und hier meine ich die Verbesserung in der Angleichung der Hinterbliebenenversorgung, wurde ja im Nachgang zum Tod zweier Feuerwehrmänner letzten September in Brandenburg akut bereits auf den richtigen Weg gebracht, nämlich mit einem Beschluss der Innenministerkonferenz im Dezember 2017, an der auch unser Innenminister teilgenommen hat.

(Abg. Funk (CDU): Hört, hört!)

Eine bundesweite Vereinheitlichung wurde klar unterstützt und der richtige Weg bei bundeseinheitlichen Angleichungen führt sinnvollerweise nun einmal über den Bund. Dass das brandenburgische Kabinett angesichts der eben geschilderten tragischen Situation aber im Vorgriff auf die Ergebnisse bereits jetzt für diese Familien landesbezogen Lösungen auf den Weg gebracht hat, ist doch menschlich nachvollziehbar und kann nur unsere Unterstützung finden.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Zudem - auch das war Teil des Beschlusses der Innenministerkonferenz - soll auch geprüft werden, wie die Regelungen zum Unfallschutz, die Sie ja auch völlig zu Recht ansprechen, etwa bei Vorschädigung, einander angepasst werden können. Da haben wir im Saarland einen Entschädigungsfonds, der ist mit 20.000 Euro auch gut ausgestattet. Aber ich denke, auch da kann man noch nacharbeiten, weil dieser Entschädigungsfonds erst dann greift, wenn alle anderen rechtlichen Schritte abgeklärt sind, und das ist eine Durststrecke, die für viele Betroffene schwierig zu überwinden ist.

Wir können also Gutes mit Sicherheit besser machen, und da sind wir völlig beieinander. Denn die soziale Absicherung der Familien derer zu gewährleisten, die ihr Leben zur Rettung anderer einsetzen

(Abg. Meyer (CDU))

und die dabei körperlich oder seelisch verletzt wurden oder zu Tode kamen, kann uns gar nicht Wert genug sein. Das sollte weder davon abhängen, wo in der Republik eine Helferin oder ein Helfer wohnt, noch davon, welches Emblem er oder sie an seiner Einsatzkleidung trägt.

Wir brauchen auch gar nicht bis nach Brandenburg zu schauen. Ich denke an den furchtbaren Brand in Elm Anfang 2017. Das Leben der Feuerwehr- und Rettungsleute, die dort Eltern und Sohn tot bergen und die allein überlebende Schwester trösten mussten, wird schwerlich so sein wie zuvor. Traumatisierte Retter können ihrem normalen Beruf oft nicht mehr nachgehen. Sie haben dann Einkommenseinbußen. Ich bin der Auffassung, auch wenn die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren oder im Katastrophenschutz kein Beruf ist, wird sie doch ebenso verantwortungsvoll erledigt, und wenn ich aufgrund eines Rettungseinsatzes in meinem Hauptberuf nicht mehr voll arbeiten kann, müsste diese Tätigkeit genauso abgesichert sein wie die eines Hauptberuflers.

Aber, Herr Lander, Ihnen ging es ja nicht um die Sache, jedenfalls nicht in erster Linie, als Sie bereits vor Wochen versucht haben, mit Ihrem Antrag im Hintergrund schlechte Stimmung zu machen. Ihnen geht es darum - -

(Abg. Lander (DIE LINKE): Das ist eine Unverschämtheit! - Abg. Thielen (CDU): Ja, stimmt, das ist eine Unverschämtheit!)

Sie haben das in einer Mail geschrieben, die uns auch vorliegt. Ihnen ging es in erster Linie um das mediale Echo - Sie können sich heute Abend das „-mediale Echo“ im Aktuellen Bericht anschauen -, und das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Flackus (DIE LINKE).)

Wenn Ihnen nämlich ernsthaft daran gelegen gewesen wäre, Ihren Antrag durchzubringen, wäre es ein Leichtes gewesen, auf andere Fraktionen zuzugehen, so wie es hier im Haus guter Brauch ist. Wäre es Ihnen ernsthaft um eine Verbesserung für die Katastrophenschutzorganisationen gegangen, dann wäre es doch ein Leichtes gewesen - und aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit -, einen Interessenabgleich mit den betroffenen Organisationen vorzunehmen. Dann hätten Sie doch mal den Dialog mit den Spitzen der LIGA der freien Wohlfahrtspflege gesucht, mit dem THW, mit unserem LBI oder dem Landesfeuerwehrverband. Aber nix da, Fehlanzeige!

(Zuruf des Abgeordneten Lander (DIE LINKE).)

Ach, Sie haben sie nicht getroffen. Die haben Telefon, E-Mail - -

(Abg. Lander (DIE LINKE): Wir haben uns getroffen! - Weitere Zurufe von der LINKEN.)

Aber nicht mit den Spitzen. Da habe ich mich informiert, gestern.

(Abg. Lander (DIE LINKE): Sie sind mit Ihrem Antrag kurz vor knapp gekommen und werfen uns jetzt reinen Aktionismus vor! Ihr Vorgehen ist reiner Aktionismus!)

Präsident Toscani:
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lander, das Wort hat die Abgeordnete Ruth Meyer.

Abg. Meyer (CDU):
Unsere Positionen können Sie im Koalitionsvertrag nachlesen. Diese Positionen sind älter als Ihr Antrag. Die Gespräche mit den Spitzen habe ich geführt; ich weiß nicht, mit wem im Hintergrund Sie gesprochen haben. Die Spitzen jedenfalls wissen von den Gesprächen nichts.

Was Sie aber jedenfalls unternommen haben, ist der Versuch aufzuwiegeln, eine Demonstration auf die Beine zu stellen. Eines kann ich Ihnen aus meinen Gesprächen mit den Dachverbänden dazu rückmelden: Diese Aktion war nicht geeignet, sich als vertrauenswürdiger politischer Partner anzubieten.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Sie haben versucht, einzelne Verbände im Regionalverband - darauf haben Sie sich in Ihrem Verteiler wohl bezogen - über Ihnen politisch Nahestehende zu instrumentalisieren. Solches Vorgehen prägt Ihren Stil, Politik zu machen. Den Verbänden selbst und den 18.000 in den Verbänden Engagierten haben Sie damit aber insgesamt geschadet. Denn die bemühen sich mit Kommunen, Landesregierung und Bund, für ein Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren, in DRK und THW zu motivieren, um diese Organisationen zukunftssicher aufzustellen. Die Resonanz auf Ihre Agitation spricht für sich: Es waren heute Morgen, als wir das Gespräch gesucht haben, keine zehn Vertreter - die, das muss man sagen, sicherlich alle sehr engagiert sind - gekommen. Das steht in großem Widerspruch zur tatsächlichen Bedeutung der Sache.

Zurück zu dem, was noch zu tun ist. Wir wollen, dass Versicherungslücken schneller und besser geschlossen werden. So sollen die Mittel aus dem Entschädigungsfonds bereits fließen, wenn um Ansprüche aus der Unfallkasse noch gestritten wird, damit die Existenz der Geschädigten und ihrer Familien durchgehend abgesichert ist. Wir wollen, dass diese Landesregierung noch mehr als bisher unternimmt für die Wertschätzung unserer Blaulichtorganisationen und den Respekt ihnen gegenüber. Beispielsweise finde ich die blau-weiß-rote Schutzschleife

(Abg. Meyer (CDU))

hervorragend, die in Hessen vor einigen Jahren auf den Weg gebracht wurde als Zeichen der Verbundenheit mit diesen Organisationen. Ich rege an, diese Schleife im Saarland zu übernehmen.

Auch bietet die interkommunale Zusammenarbeit sehr viel Potenzial, die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren effizienter zu gestalten. Regionale Wartungs- und Dienstleistungszentren, zentrale Kleiderkammern, die zentrale Beschaffung und die gemeinsame Ausschreibung von Kraftfahrzeugen, die organisationsübergreifende Zusammenarbeit in der Ausbildung, diese Dinge dürfen wir nicht länger dem Zufall überlassen. Hier sollte der Vernunft und der Freiwilligkeit mit gezielten Anreizen auf die Sprünge geholfen werden. Das sind übrigens auch die Anliegen, die uns von den Organisationen vorgetragen wurden.

Wir wollen, dass der aktive Dienst in einer Organisation des Katastrophenschutzes bei Einstellungsverfahren ein Pluspunkt sein kann und dass Arbeitgeber, die Angestellte für Einsätze freistellen, ebenfalls die Wertschätzung unseres Landes erfahren. Und wir möchten, dass unser Land in vorderer Reihe dabei ist, wenn die angestrebte Angleichung von Todesfall- und Versicherungsleistung über die Katastrophenschutzeinheiten hinweg in Angriff genommen wird. Ich will gerne auch jene wenigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, deren Kommunen noch nicht Mitglied im Landesfeuerwehrverband sind, ermahnen, Mitglied zu werden. Denn das ist kleines, aber sehr gut eingesetztes Geld für zusätzliche Versicherungsleistungen zugunsten der Mitglieder der Wehren und ihrer Angehörigen. Nicht zuletzt muss „Feuerwehr 2020“ in unserem Land ein stetiger Prozess in die Zukunft sein.

Meine Erfahrung ist, dass die besten Ideen aus den Organisationen selbst kommen. Um sie kennenzulernen, muss man aber mit den Leuten reden, sich mit ihnen an einen Tisch setzen, ihnen zuhören und die zuständigen Gremien und Verantwortlichen einbinden. Sie dagegen versuchen lieber einen medialen Kurzschluss. Ihnen, Herr Lander, ging es aus meiner Sicht darum, auf einen längst fahrenden Zug aufzuspringen, um sich selbst in Szene zu setzen. Das wird der Sache nicht gerecht. Wir dagegen agieren nicht im Sinne von Effekthascherei, sondern kümmern uns ehrlich und konsequent, setzen auf Gespräche und stete Verbesserung. Ich bin mir sicher, die Retter da draußen wissen genau, auf wen hier im Hause sie sich verlassen können und durch wen sich wirklich etwas bewegt.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Das, meine Damen und Herren, haben diese Organisationen beileibe auch verdient. Wir sind dran und bleiben dran, dafür haben sie mein Wort und das Wort der CDU-Landtagsfraktion. Jeder, der bereit ist, sich genauso einzubringen, ist herzlich aufgerufen, sich unserem Antrag anzuschließen - auch Sie. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:
Bevor wir in der Rednerreihenfolge fortfahren, darf ich Herrn Abgeordnetem Dennis Lander das Wort erteilen. Er hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Abg. Lander (DIE LINKE):
Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Kollegin Meyer, wenn das doch alles im Koalitionsvertrag steht, warum wurde das dann bislang noch nicht umgesetzt? Des Weiteren: Ich weiß nun wirklich nicht, woher Sie Ihre Informationen beziehen. Wir hatten uns beispielsweise mit Thomas Quint getroffen. Und schließlich möchte ich noch sagen, dass unser Antrag schon länger bekannt war. Der ist schon seit mehreren Wochen bekannt. Sie hätten also ohne Weiteres die Möglichkeit gehabt, draufzuspringen, statt gestern „kurz vor knapp“ einen eigenen korrespondierenden Antrag zu stellen.

Alles in allem hat sich aber anscheinend unser Antrag gelohnt, denn es wird etwas umgesetzt und es werden konkrete Verbesserungen vorgenommen. Darauf sind wir stolz. - Vielen Dank für die Möglichkeit der Kurzintervention.

Präsident Toscani:
Die Kurzintervention bezog sich auf den Beitrag der Kollegin Ruth Meyer. Sie hat nun die Möglichkeit zur Antwort.

Abg. Meyer (CDU):
Wir sind, wie bereits gesagt, in der Sache gar nicht weit auseinander. Ich biete auch noch einmal den Dialog an. Ich meine, wir sind hier doch im Saarland, wir haben die kurzen Wege.

(Sprechen und Zurufe von der LINKEN.)

Es gibt einen Landesbrandinspekteur, es gibt den Landesfeuerwehrverband. Ich kommuniziere gerne auch per E-Mail, ich freue mich aber auch, wenn Sie auf mich zukommen, wenn Sie mich beim Essen treffen, wenn wir uns auf dem Flur treffen, im gemeinsamen Ausschuss treffen. Das sind meines Erachtens die Gelegenheiten, bei denen wir solche gute Ideen, sie Sie ja durchaus in Ihrem Antrag haben, gemeinsam voranbringen können. Dazu lade ich ganz herzlich ein.

(Beifall von der CDU.)

Präsident Toscani:
Es geht nun in der Aussprache weiter. - Ich erteile das Wort Herrn Abgeordnetem Lutz Hecker.

Abg. Hecker (AfD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Zunächst einmal möchte ich anmerken, dass mir die Debatte ein bisschen abgeglitten zu sein scheint. Ich finde das ein wenig unappetitlich. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, nun unbedingt die Intention eines Antrages zu hinterfragen. Es erscheint mir sinnvoller, sich in der Sache mit einem Antrag auseinanderzusetzen. Das dazu.

Ehrenamtliche Rettungskräfte riskieren ihr Leben im Dienst für andere, und das Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr, und vor allem auch rund um die Uhr. Dafür gebühren ihnen Respekt, Anerkennung und vor allem großer Dank für ihren Mut und die Selbstlosigkeit anderen, ihren Mitmenschen, gegenüber.

Ein solcher Dienst an der Gesellschaft bringt neben der Gefahr im Dienst aber auch noch andere persönliche und private Opfer mit sich, die in der öffentlichen Diskussion und Berichterstattung leider oftmals einen äußert geringen oder gar keinen Stellenwert erlangen und daher auch kaum benannt werden. Genannt seien beispielsweise die unzähligen Stunden, die diese Menschen in ihrer Freizeit aufbringen für Seminare, Übungen, Weiterbildungen und so weiter, überwiegend freiwillig und ohne Anspruch auf finanzielle Entlohnung. Das ist gerade auch an Wochenenden der Fall, sodass für Familie, Freunde und Hobbies oftmals wenig bis gar keine Zeit übrigbleibt.

Genannt seien aber auch die vielen Euros, die in Material, Benzinkosten und persönliche Ausrüstung gesteckt werden, häufig aufgebracht aus dem eigenen Lohn, für den man hart arbeiten musste. Das fällt nicht jedem und nicht immer leicht. „Komm, das bezahl ich selbst“, ist oftmals die Devise, weil man in der Regel um die schlechte finanzielle Ausstattung seines Vereins oder Verbandes weiß und diesen ein wenig entlasten will mit dem, was man selbst geben kann und möchte. Das ist Teil der saarländischen Tradition, der tiefen Verwurzelung mit dem Ehrenamt und mit der Arbeit und Mitwirkung in unseren Vereinen.

Doch abgesehen von diesen persönlichen Opfern, die ein Ehrenamtlicher in nahezu allen Bereichen zu bringen bereit ist, ist gerade im Bereich der Rettungskräfte in den zurückliegenden Jahren etwas in Schieflage geraten, was so nicht hingenommen, geschweige denn akzeptiert werden kann. Neben all den täglichen Risiken für Leib und Leben, die dieser Dienst an der Allgemeinheit mit sich bringt, wie es zum Beispiel beim Gang in ein brennendes Gebäude der Fall ist, gehört mittlerweile auch die Gewalt gegen Rettungs- und Hilfskräfte viel zu oft zum Alltag. Nicht selten werden die, die helfen wollen, schnell zu denjenigen, die selbst Hilfe benötigen. Dagegen muss rigoros vorgegangen werden. Genauso muss aber auch der Rahmen der strafrechtlichen Möglichkeiten in solchen Fällen ausgeschöpft werden.

Der Antrag der Linksfraktion, den wir begrüßen und dem wir zustimmen werden, beschäftigt sich mit der Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung, der Rente sowie der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen. Auch unsere Fraktion wünscht sich eine bessere Versorgung von Hinterbliebenen in dem schlimmsten Fall der Fälle und eine bundesweit einheitliche Regelung. Das sollte das Mindeste sein, was man vonseiten der Politik erwarten darf. Der Entschädigungsfonds, den die Landesregierung eingerichtet hat, ist hier ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch zusätzliche Versicherungen, wie sie der gemeinnützige saarländische Landesfeuerwehrverband zum Beispiel als Ergänzung zur gesetzlichen Unfallkasse Saarland abgeschlossen hat, sorgen dafür, dass im Saarland die Lücken geringer sind als anderswo in der Republik.

Dies ist ein Thema, dessen man sich annehmen sollte, denn auch in anderen Hilfs- und Rettungsorganisationen kommt es hin und wieder zu Gesundheitsschäden, die nicht den Kausalitätsansprüchen des SGB VII entsprechen und bei denen somit in der Folge auch kein Arbeitsunfall nach SGB VII angenommen werden kann, zum Beispiel weil bereits eine Vorschädigung vorgelegen hat. Auch wenn dieses Problem gesetzlich nicht im Saarland gelöst werden kann, kann man es aber durchaus einmal mit nach Berlin nehmen und es dort ins Aufgabenbuch schreiben.

Versorgungsleistungen für Hinterbliebene solcher Tragödien sollten gleichwertig sein, unabhängig davon, ob man der Allgemeinheit in einer Hilfsorganisation des Katastrophenschutzes oder in der Freiwilligen Feuerwehr gedient hat, und unabhängig auch davon, ob es Zusatzversicherungen gibt oder nicht.

Ein wenig Kritik kann man lediglich am dritten Punkt Ihres Antrages üben, den man leicht ein wenig falsch interpretieren kann. Die von Ihnen gewählte Formulierung kann den Anschein eines Vorteils gegenüber anderen erwecken, wenn man sich auf eine Stelle in Ministerien, Behörden und Betrieben des Landes bewirbt und bei der Freiwilligen Feuerwehr oder dem Katastrophenschutz ehrenamtlich tätig ist. Es gibt neben diesen Organisationen aber noch Hunderte anderer Vereine und Verbände, in denen ebenfalls hauptsächlich Ehrenamtliche tätig sind, ge-

(Abg. Hecker (AfD))

nauso wie viele Bürger, die sich privat engagieren. Diese Menschen sollte man bei Bewerbungen dann auch nicht vergessen und scheinbar schlechter stellen als die, die als ehrenamtliche Rettungskräfte tätig sind. Da wir Ihnen aber eine solche Absicht nicht unterstellen und der Überzeugung sind, dass dies auch nicht Ihr Anliegen ist beziehungsweise sein kann, wollen wir an dieser Stelle nicht päpstlicher sein als der Papst. In der Sache, und nur darum geht es uns, stimmen wir Ihnen zu und werden daher auch Ihrem Antrag zustimmen.

Zum Antrag der Fraktionen von CDU und SPD. Diesem Antrag könnten wir mit ähnlicher Argumentation auch zustimmen, wenn es denn ein Antrag an den Landtag wäre. Aber die Drucksache 16/319 gibt eben genau das nicht her. Es geht leider aus diesem Dokument nicht hervor, dass es sich um einen Antrag an dieses Haus handelt. Es ist lediglich zu erkennen, dass „die Landtagsfraktionen von CDU und SPD“ Dinge begrüßen und die Landesregierung zu Verschiedenem auffordern.

(Abg. Berg (SPD): Dieses Haus soll einen Antrag beschließen.)

Nein, das geht aus Ihrem Antrag eben leider nicht hervor. Die übliche Formulierung, die genau das aussagt, ist in Ihrem Antrag nicht enthalten. Deswegen können wir Ihrem Antrag leider nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall von der AfD. - Sprechen. - Ministerin Rehlinger: Ja dann!)

Präsident Toscani:
Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Reiner Zimmer.

(Abg. Pauluhn (SPD): Das war zwar inhaltlich richtig, aber irgendwie dann doch nicht? - Weitere Zurufe.)

Abg. Zimmer (SPD):
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich immer schwer, wenn man am Schluss in so einer Runde zu zwei Anträgen reden muss, weil vieles schon gesagt worden ist und man nicht so genau weiß, was man noch Neues dazu sagen soll. Aber es ist schon lustig, wenn man sich hier darüber streitet, ob in einem Antrag drinsteht, dass man „begrüßt“ oder ob man hier einen Antrag verabschiedet mit anderen Aufträgen an die Landesregierung.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir können uns im Saarland darüber freuen, dass seit Jahren wieder mehr Jugendliche den Weg in die Freiwilligen Feuerwehren finden. Im Jahr 2016 waren 4.101 jugendliche Mitglieder in den saarländischen Feuerwehren registriert. Besonders erfreulich ist es, dass mehr junge Frauen den Weg zur Feuerwehr finden. Seit 2015 ist deren Anzahl von 848 auf 937 gestiegen. Diese Männer und Frauen sind in eine Organisation eingetreten, deren ehrenamtliche Arbeit mit hohem körperlichen Einsatz, Stress und auch Lebensgefahr verbunden ist. Erst vor zwei Monaten, während des Sturmtiefs Friederike, wurde uns vor Augen geführt, unter welch gefährlichen Bedingungen die Einsatzkräfte arbeiten, nämlich zum Beispiel dann, wenn möglichst niemand mehr überhaupt noch vor die Tür geht. Die Bilanz des Sturmtiefs war verheerend, acht Menschen starben, darunter ein Feuerwehrmann aus dem Sauerland und ein Feuerwehrmann aus Bad Salzungen in Thüringen. Umso wichtiger ist es, dass wir Ehrenamtlichen mit hoheitlichen Aufgaben und ihren Familien geeignete Versorgungsleistungen im Falle eines Unfalls oder im schlimmsten Falle des Todes zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, in der Januarsitzung des saarländischen Landtages haben wir einen Antrag beschlossen, welcher sich mit dem respektvollen Umgang mit unseren Sicherheits- und Rettungskräften beschäftigte. Darüber hinaus wurden die Mitglieder des Innenausschusses in der Sitzung vom 22. Februar seitens des Innenministeriums sowie durch Herrn Landesbrandinspekteur Meyer über die zurzeit gültigen Absicherungen für Mitglieder von Rettungsorganisationen und hier im Besonderen der Mitglieder unserer Freiwilligen Feuerwehren unterrichtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute liegen uns nun ein weiterer Antrag der Fraktion DIE LINKE sowie ein Antrag der Koalitionsfraktionen vor, die sich mit den Fragen der persönlichen Absicherung von Angehörigen in Rettungsorganisationen im Saarland befassen. So sehr der Antrag der Fraktion DIE LINKE im Grunde auch zu begrüßen ist, so sehr geht er dennoch im Kern seiner Aussage an vielen schon gegebenen Realitäten ebenso wie an offenen Fragen vorbei. So erläuterten Herr Landesbrandinspekteur Meyer wie auch Herr Ltd. Ministerialrat Klein im Innenausschuss, dass die Mitglieder der saarländischen Hilfsorganisationen und im Besonderen die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Saarland durch eine auf drei beziehungsweise vier Säulen aufbauende Struktur abgesichert sind. Dies sind: Gesetzliche Unfallversicherung bei einem Arbeitsunfall beziehungsweise -einsatz, Leistungen nach dem SGB VII, Leistungen aus dem Entschädigungsfonds der saarländischen Landesregierung sowie eine weitreichende Unfallversicherung durch den Landesfeuerwehrverband, bei der leider immer noch circa 5 Prozent der Feuerwehrmitglieder nicht abgesichert sind, weil ihre Kommunen die Beiträge nicht bezahlen. Ich glaube, wir müssen daran arbeiten, dass die Kommunen das auch noch erledigen.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

(Abg. Zimmer (SPD))

Nach Aussage des Landesbrandinspekteurs ist dies im Bundesvergleich eine der besten Absicherungen der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Die über 11.500 Angehörigen der saarländischen Feuerwehren sind bereits heute umfangreich abgesichert. Die Landesregierung und der Landesfeuerwehrverband haben Absicherungslücken bereits geschlossen.

Außerdem lassen Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, in Ihrem Antrag die Ergebnisse der 93. Sitzung des Arbeitskreises der Innenministerkonferenz vom 11./12.10.2017 wie auch die Ergebnisse der Innenministerkonferenz vom 7./8.12.2017 außer Acht. Hier wurden folgende Punkte bereits in Prüfaufgaben festgelegt und beschlossen. Ich möchte sie hier im Einzelnen aufführen: Erstens. Erstellung einer Zusammenfassung der verschiedenen bundesländlichen Gegebenheiten hinsichtlich der Absicherung von Mitgliedern im Rettungs- und Katastrophenschutzwesen. Hierzu soll eine Expertise erstellt werden, die in der Frühjahrssitzung weiter beraten werden soll. Zweitens. Überprüfung der Gleichstellungsfragen bei tödlich verunfallten Feuerwehrleuten und ihren Angehörigen. Drittens. Überprüfung der Angleichung der Hinterbliebenenversorgung zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Rettungsdienst- und Katastrophenschutzmitgliedern. Viertens. Überprüfung der Altersversorgung nach SGB VI im Hinblick auf das ehrenamtliche Engagement der Hilfskräfte.

Werte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, Sie sehen, dass vieles von dem, was Sie in Ihrem Antrag fordern, schon längst innerhalb der Regierungskoalition sowohl im Bund wie auch im Land besprochen und bearbeitet wird. Man könnte auch sagen, Ihr Antrag ist ein Placebo. Es sieht gut aus, es schmeckt ganz gut, aber es hat leider keinen neuen Inhalt, es bringt uns letztendlich nicht weiter.

Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung in den letzten Jahren verstärkt die Kommunen bei der Ausstattung sowie bei Baumaßnahmen hinsichtlich ihrer Freiwilligen Feuerwehren. Man kann zurzeit landauf landab ständig in den Zeitungen wahrnehmen, wo überall neue Gerätehäuser gebaut oder neue größere und technisch verbesserte Fahrzeuge angeschafft werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich selbst bin seit über 20 Jahren Mitglied in einer Rettungsorganisation. Ich war schon bei mehr als 200 Einsätzen unter schwerem Atemschutz tätig und war auch schon bei mehreren Gegebenheiten vor Ort, als Tote geborgen wurden. Sie können mir glauben, dass ich weiß, wovon ich rede. Ich sage es sehr deutlich, es war für mich nie wichtig - ich glaube, das ist mehrheitlich so -, wie meine Altersversicherung aussieht, wenn was passiert oder was danach passiert. Der Gedanke ist immer, man will helfen und man tut es oder man lässt es. Wir können also feststellen, dass es viel wichtigere Dinge gibt als nur die Altersabsicherung oder die Unfallversicherung. Für mich und auch für viele Kollegen war es immer am wichtigsten, dass die Einsatzkleidung in Ordnung ist, dass die technische Ausrüstung vorhanden ist, damit die örtlichen Gegebenheiten zu bewältigen sind.

Für alle Mitglieder der öffentlichen Organisationen sind ebenso wichtig die Anerkennung und der Respekt. Darüber haben wir bereits im Januar gesprochen. Fehlender Respekt und fehlende Anerkennung sind leider ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es beginnt damit, dass der Einzelne eine emotionale Distanz gegenüber seinen Mitmenschen aufbaut und die Fähigkeit, sich in die Lage anderer hineinzuversetzen und einzufühlen, für ihn ein Fremdwort ist. Dieses Phänomen ist besonders ausgeprägt gegenüber den Vertretern von Institutionen mit hoheitlichen Aufgaben, sprich Lehrern, Politikern, aber auch immer mehr gegenüber Rettungskräften und Feuerwehrleuten. Auf der einen Seite fehlt die emotionale Nähe zu den Mitmenschen, auf der anderen Seite der Respekt vor den staatlichen Aufgaben.

Die Mitglieder der kommunalen Freiwilligen Feuerwehr zum Beispiel sind keine anonyme Macht mit hoheitlichen Aufgaben, sondern sie sind unsere Nachbarn und unsere Freunde. Auf der anderen Seite werden Grenzen der psychischen Nähe viel zu oft überschritten und zwar in ihrer schlechtesten Ausprägung, nämlich in Gewalt. Dass fehlender Respekt in körperliche Gewalt gegen Einsatzkräfte mündet, ist eine neue und besorgniserregende Entwicklung. Wie gesagt, wir haben bereits im Januar im Plenum darüber debattiert. Wir müssen des Weiteren feststellen, dass Angehörige von Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen im Alltag besondere Hürden überwinden müssen. Jede und jeder kann in eine Notlage geraten, aus der sie oder er sich selbst nicht befreien kann. In dieser Situation möchte sich jeder und jede auf Hilfe von Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen verlassen können. Daher bedürfen die Angehörigen der saarländischen Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes einer guten und lückenlosen Absicherung. Die Koalitionsfraktionen drücken heute ihre Anerkennung, Solidarität und Dankbarkeit gegenüber den saarländischen Organisationen des Brand- und Katastrophenschutzes aus.

Meine Damen und Herren, hier gibt es sicherlich noch vieles zu erledigen, was Sie anhand unseres Antrages auch ersehen können. Dennoch soll Ehrenamt auch Ehrenamt bleiben. Ich glaube, die Mitglieder der saarländischen Rettungs- und Katastrophenschutzorganisationen sehen das auch so. - Vielen Dank

(Abg. Zimmer (SPD))

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Präsident Toscani:
Zu dem eben gehörten Debattenbeitrag des Kollegen Reiner Zimmer hat nun Herr Kollege Lutz Hecker eine Kurzintervention angemeldet. - Herr Hecker, Sie haben das Wort.

Abg. Hecker (AfD):
Sehr geehrter Herr Kollege Zimmer, liebe Kollegen der Fraktionen von SPD und CDU, ich muss mich nochmal gegen die Anmerkung von vorhin verwahren. Es ist definitiv kein Antrag. Erstens steht nicht drüber: „Der Landtag möge beschließen“. Zweitens, selbst wenn Sie es drübergeschrieben hätten, würde da immer noch stehen: „Die Landtagsfraktionen von CDU und SPD begrüßen“ und „Die Landtagsfraktionen von CDU und SPD fordern die Landesregierung auf“.

(Zurufe der Abgeordneten Berg (SPD) und Thielen (CDU).)

Nein, das ist kein Antrag. Ich bezweifle, dass wir überhaupt darüber abstimmen können. Selbst wenn es einer wäre, kann die Opposition bei dieser Formulierung natürlich unmöglich zustimmen. - Danke.

(Sprechen und Zurufe.)

Präsident Toscani:
Ich gebe dem Abgeordneten Reiner Zimmer die Möglichkeit zu einer Reaktion auf diese Kurzintervention.

Abg. Zimmer (SPD):
Herr Kollege Hecker, also, ich halte den Antrag mal hoch. Ganz oben steht: „Antrag“.

(Abg. Hecker (AfD): Es geht darum, was darunter steht! - Sprechen und Unruhe.)

Herr Hecker, wir sind hier nicht bei einem Schauspiel, das wir hier machen und das Sie interessiert und andere auch, sondern das Geschriebene gilt nun mal. Es steht dort nun mal: „Antrag“.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen.)

Ich denke, wir brauchen das nicht mehr groß weiterzudiskutieren. Wir schreiben direkt im Betreff, was wir wollen und wohin das geht. Wenn die Fraktion der AfD das nicht versteht, dann muss sie vielleicht noch ein bisschen üben, das richtig zu lesen. - Dankeschön.

(Beifall bei SPD und CDU.)

Präsident Toscani:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion Drucksache 16/294 ab. Wer für die Annahme der Drucksache 16/294 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/294 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Landtagsfraktionen DIE LINKE und AfD, dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 16/319. Wer für die Annahme der Drucksache 16/319 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle damit fest, dass der Antrag Drucksache 16/319 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt haben die Landtagsfraktionen DIE LINKE und AfD.

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Finanzierungsstopp Landesjugendring e.V.; Überprüfung der Gemeinnützigkeit (Drucksache 16/288)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordnetem Rudolf Müller das Wort.

Abg. Müller (AfD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus einem Bericht der Saarbrücker Zeitung vom 26. Februar 2018 erfährt die Leserschaft, dass der Landesjugendring über die im Haushalt ursprünglich vorgesehenen 131.000 Euro hinaus erstens weitere 10.000 Euro erhält, dass er zweitens weitere 5.000 Euro fordert - offenbar um das Gehalt eines Geschäftsführers aufzubessern - und dass drittens der mit saarländischen Steuermitteln in sechsstelliger Höhe geförderte Verband jede Teilnahme oder Mitarbeit der AfD oder einer ihrer ihr nahestehenden Jugendorganisationen ablehnt. Als ob die mehr als 10 Prozent AfD-Wähler bei der letzten Wahl hier keine Steuerzahler wären und einfach auszugrenzen seien. Das alleine, diese offen antidemokratische Haltung, die hier zum Besten gegeben wird, reicht schon aus, um erstens die Gemeinnützigkeit und zweitens die Förderung mit hohen Beträgen aus dem saarländischen Haushalt zu überprüfen.

Wir haben uns darüber hinaus einmal die Liste der Mitglieder dieses Landesjugendrings angesehen, da

(Abg. Müller (AfD))

wir uns nicht vorstellen konnten, dass so grob und dumm antidemokratische Haltungen zum Beispiel der saarländischen Jugendfeuerwehr entspringen könnten, der THW-Jugend Saarland, der NaturFreundeJugend Saarland, dem BUND der Kaufmannsjugend Saarland oder der DLRG-Jugend. Das sind nur einige der Jugendverbände, die im Landesjugendring sind, die natürlich ihre ganz speziellen Schwerpunkte betreiben, die wohl eher unpolitisch sind und über die man sich freuen kann, dass es sie überhaupt gibt. Wir von der AfD wären die Letzten, die solchen Jugendverbänden und ihrem Dachverband die Förderung missgönnen würden.

Auch gegen Jugendverbände, die schon vom Namen her politisch ausgerichtet sind, kann man nichts sagen - wir Älteren hier brauchen ja auch eines Tages Nachfolger -, also zum Beispiel DGB-Jugend Saar, Christliche Gewerkschaftsjugend Saar oder Deutscher Beamtenbund Jugend Saar. Dagegen ist überhaupt nichts zu sagen, auch wenn eine AfD-nahe Jugendorganisation noch nicht dabei ist. Uns gibt es zumindest als Partei auch noch nicht so lange wie Sie, meine Damen und Herren, die Sie schon länger hier sitzen.

Aber in diesem - bildlich gesprochen - schönen Korb mit frischen Äpfeln gibt es auch zwei offensichtlich faule Äpfel, die den entsprechenden Geruch verströmen, nämlich einmal die SDAJ. Das ist die Jugendorganisation der DKP, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, die die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung betreibt, die eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung anstrebt und deshalb auch vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Nachzulesen ist das im Verfassungsschutzbericht von 2016 Seite 8, Seite 133, Seite 135 und Seite 141, mit einem Nebensatz reicht das wohl nicht. Von Vertretern solcher Organisationen ist bekannt, dass sie marxistisch-leninistisch geschult sind, dass sie versuchen, organisatorische und politische Schaltstellen in Verbänden zu besetzen, und dass sie versuchen, die eher Unpolitischen in ihrem Sinne zu indoktrinieren und zu instrumentalisieren.

(Sprechen bei der SPD.)

Herr Roth, ich weiß nicht, was Sie sagen, aber ich sage es Ihnen Folgendes.

(Lachen und Sprechen bei der SPD und der LINKEN. - Zuruf von der SPD.)

Ich habe nicht gehört, was Sie gesagt haben, aber sagen Sie es ruhig! Ich höre zu, ich erwidere Ihnen.

(Abg. Renner (SPD): Nein, antworten Sie zuerst darauf! - Abg. Roth (SPD): Es war ein Scherz gewesen.)

Gut, ich lache später. Ich kenne diese Typen noch. Ich kenne diese Feinde der Demokratie und des eigenen Volkes noch aus meiner Studentenzeit. Auch wenn der Kommunismus nach zig Millionen Toten, nach hunderten Millionen verpfuschten Leben untergegangen ist, das Leichengift wirkt noch!

(Abg. Thul (SPD): Der Nationalsozialismus offensichtlich auch noch! - Abg. Renner (SPD): Es müffelt gerade!)

Das Leichengift wirkt noch, lieber Herr Thul. Wenn Sie sich der SDAJ nahe fühlen, dann tut es mir leid für Sie. Die SDAJ ist ein Beispiel. Dann haben wir noch einen faulen Apfel in diesem Landesjugendring ausgemacht namens Diyanet Isleri Türk Islam Birligi, besser bekannt unter seiner Abkürzung DITIB. DITIB steht unter der dauerhaften Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten der Türkei. DITIB ist dem Amt des türkischen Ministerpräsidenten angegliedert. Der Vorsitzende von DITIB ist in Personalunion türkischer Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheiten. Imame von DITIB werden für fünf Jahre nach Deutschland geschickt und sind de facto Beamte des türkischen Staates, von dem sie auch bezahlt werden.

Wer von Integration träumt, wo solche Leute wirken, der soll ruhig weiterträumen, aber andere nicht mit seiner Naivität belästigen. Aus den Reihen von DITIB-Mitgliedern sind Sprüche zu vernehmen wie: Das Weihnachtsfest sei - Zitat -: „eine nach Blasphemie stinkende Tradition der Christen.“ Oder: „Freundschaft und Beziehungen zu Ungläubigen sind verboten.“ Ich habe noch ein Zitat. Das ist mir zu abstoßend. Ich nenne es lieber nicht.

Diese Zitate stammen übrigens aus einer Zeitschrift namens „Jüdische Allgemeine“. Die beobachten ihre Gegner wohl ziemlich genau. Die TAZ berichtete, dass seit 2011 aus einer einzigen DITIB-Gemeinde 25 junge Mitglieder nach Syrien gingen, um dem IS bei seinen Taten zu helfen. Die Liste der Fragwürdigkeiten rund um DITIB ließe sich noch fortsetzen, ebenso die Beschreibung der Hintergründe und Abgründe der SDAJ. - Und solche Organisationen sind im Landesjugendring vertreten, bestimmen dort offenbar Sprache, Diktion und politische Richtung und werden vom saarländischen Steuerzahler gefüttert.

Es geht hier aber nicht nur ums Geld. Der eine oder andere meint, 130.000 oder 140.000 Euro seien ja nicht so viel, wo hier sonst immer über Millionen oder Milliarden geredet wird. Ich sehe das etwas anders. Mir fällt da ein schönes Zitat von einer vorbildlichen Unternehmerin ein, von Grete Schickedanz. Sie sagte einmal: „Der Pfennig ist die Seele der Milliarde.“

Die Hunderttausende an Euro, mit denen wir hier um uns schmeißen, sind es erst recht. Es geht hier also nicht nur ums Geld, sondern darum, unsere Jugend vor schädlichen Einflüssen zu schützen. Ich erinnere

(Abg. Müller (AfD))

jetzt an einen Teil der Regierungserklärung von Herrn Hans, die wir heute Morgen gehört haben. Die passt hier 100-prozentig. Ich könnte es nicht besser sagen. Sie können es nachlesen auf Seite 27, ziemlich unten: „Religionsgemeinschaften, gleich welcher Glaubensrichtung, die unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft unterwandern wollen oder die gar die Interessen ausländischer Mächte auf unserem Boden vertreten und propagieren, solche Religionsgemeinschaften gehören genauso wenig ins Saarland wie Parteien, die nicht auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen.“ - Herr Hans, ich habe Sie gerade wörtlich zitiert. Schade, dass Sie nicht da waren. Sie haben mich gehört, deshalb sind Sie hereingekommen. Das ist sehr schön.

(Ministerpräsident Hans: Das hat nichts damit zu tun.)

Trotzdem ist es schön. Es ist also höchste Zeit, entweder diese beiden Organisationen aus dem Landesjugendring zu entfernen oder die Förderung des Landesjugendrings mit Steuergeldern einzustellen und ihm die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Ich bitte Sie - ich bin sehr gespannt auf Ihre Abstimmung -, die Landesregierung aufzufordern, in diesem Sinne tätig zu werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:
Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Alexander Zeyer.

Abg. Zeyer (CDU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle auch zwei Mitglieder des Landesjugendrings ganz herzlich hier begrüßen. Es freut mich, dass ihr seid bei dieser Debatte auch wieder hier.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und der LINKEN.)

Ja, liebe AfD-Fraktion, als ich Ihren Antrag vor einigen Wochen auf den Schreibtisch bekommen habe, musste ich mich doch an so viele Ausschusssitzungen erinnern, in denen Sie das eine oder andere Mal geschlafen haben, und musste mich fragen, ob Sie vielleicht auch im Dezember, als wir hier an dieser Stelle über den Haushalt diskutiert haben, auch geschlafen haben. Denn ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie sich bei der Diskussion, die wir hier über die finanzielle Ausstattung des Landesjugendrings geführt haben, beteiligt haben. Nicht mit einem Wortbeitrag und auch in keinem Antrag haben Sie sich damit beschäftigt. Jetzt kommen Sie daher und bezeichnen den Landesjugendring als grob und dumm. Das haben Sie gerade eben gesagt, das kann man so nicht stehen lassen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Abg. Müller (AfD): Das habe ich nicht gesagt. Das ist willentlich missverstanden!)

Daran sieht man mal wieder, mit welcher Arbeitseinstellung Sie Tag für Tag hier im Landtag aufschlagen. Denn wie bereits gesagt, haben Sie sich in der Haushaltsdebatte des Landtages nicht mit diesem Thema beschäftigt, sondern Sie haben erst durch den Bericht der Saarbrücker Zeitung vom 26. Februar dieses Jahres überhaupt davon erfahren, dass der Landesjugendring Steuergelder zur Verfügung gestellt bekommt. Ein echtes Trauerspiel, meine Herren von der AfD!

Lieber Herr Kollege Müller, der Landesjugendring ist eine selbstständige Organisation, die gute und funktionierende demokratische Strukturen besitzt. Wenn der Landesjugendring sich dazu entscheidet, Sie, Ihre Partei und - falls überhaupt vorhanden - Ihre Jugendorganisation nicht einzuladen, dann ist das die selbstständige Entscheidung des Landesjugendrings. Sie haben kein Recht darauf, zu einer solchen Veranstaltung eingeladen zu werden.

(Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD).)

Weder die Landesregierung noch das Parlament können hierauf Einfluss nehmen. Ob die Entscheidung des Landesjugendrings, Sie nicht einzuladen, gut war, kann jeder Bürger und jede Bürgerin für sich selbst entscheiden.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD).)

Daraufhin aber im Landtag zu fordern, die Finanzierung des Landesjugendrings komplett einzustellen, kommt einem großen Kindergartengetue sehr nahe. Das ist wirklich nur noch beschämend.

(Beifall von den Regierungsfraktionen. - Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Müller (AfD).)

Der Landesjugendring ist eine Arbeitsgemeinschaft von 24 Kinder- und Jugendverbänden im Saarland. In diesen Verbänden engagieren sich über 70.000 Kinder und Jugendliche. Alle Mitgliedsverbände des Landesjugendrings bekennen sich ausdrücklich zu den freiheitlich-demokratischen Grundwerten. Jeder Verband wird selbstständig geführt, ohne die Einflussnahme einer vielleicht darüber liegenden Organisation, eben ein echter selbstständiger Jugendverband. Weitere Verbände können nur in den Landesjugendring aufgenommen werden, wenn dies durch eine Mitgliederversammlung beschlossen wird.

Ich habe es bereits im Dezember an gleicher Stelle gesagt, ich tue es aus Überzeugung heute wieder: Der Landesjugendring leistet in diesem Land unheimlich viel. Ich erinnere zum Beispiel an den Jugendserver-Saar. Der Landesjugendring ist die Inter-

(Abg. Zeyer (CDU))

essenvertretung der Kinder- und Jugendverbände im Saarland. Auch das Projekt zur Stärkung von Migranten-Jugendorganisationen und zur Integration von Zugewanderten in die Kinder- und Jugendarbeit im Saarland gehört zu den erfolgreichen Projekten des Landesjugendrings. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ fördert das Projekt mit 27.000 Euro. Wir als CDU-Landtagsfraktion - aber ich spreche wohl auch für den Rest des Hohen Hauses - wissen um die gute Arbeit des Landesjugendrings und wollen diese zukunftsorientierte Jugendarbeit im Saarland weiter fördern und unterstützen. Deshalb haben wir ihm in diesem Haushaltsjahr wieder mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Sehr geehrte Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich mich bei den Verantwortlichen des Landesjugendrings, insbesondere bei den vielen Jugendorganisationen in unserem Land für die großartige ehrenamtliche Arbeit bedanken. Ob im Sportverein, bei der Jugendfeuerwehr oder bei der THW-Jugend, bei der DLRG oder beim Roten Kreuz, ob im Jugendklub oder im Musikverein, aber auch das Engagement in politischen Jugendorganisationen, in keinem anderen Bundesland der Bundesrepublik Deutschland engagieren sich so viele Kinder und Jugendliche ehrenamtlich wie bei uns. Das können wir alle nur weiterhin unterstützen. Herzlichen Dank an dieser Stelle für dieses Engagement.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und von der LINKEN.)

Eines ist uns allen klar und deshalb unterstützen wir auch die Arbeit des Landesjugendrings und weiterer Verbände in der Jugendarbeit, auch Ministerin Monika Bachmann und Stefan Kolling als Staatssekretär unterstützen ausdrücklich die Arbeit der Jugendverbände im Saarland: Die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Zukunft. Deshalb nochmals ein großes Dankeschön an alle. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, diesen Antrag der AfD-Fraktion geschlossen abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und bei der LINKEN.)

Präsident Toscani:
Bevor wir in der Rednerreihenfolge weitermachen, hat Herr Abgeordneter Rudolf Müller eine Kurzintervention angemeldet. - Bitteschön.

Abg. Müller (AfD):
Herr Zeyer, Sie haben willentlich missverstanden, was ich gesagt habe. Ich habe nichts gegen Jugendfeuerwehr, THW-Jugend, Beamtenjugend und so weiter. Das haben Sie lügenhaft so dargestellt.

(Laute Unmutsbekundungen bei den Regierungsfraktionen.)

Ich habe etwas gegen die Mitgliedschaft von DKP-Organisationen und von DITIB in diesem Landesjugendverband, während man gleichzeitig verlauten lässt, eine Organisation der AfD würde man nicht zulassen. Das habe ich gesagt und darauf bestehe ich. Und noch etwas: Die Öffentlichkeit wird sich an das erinnern, was Sie gerade gesagt haben.

Präsident Toscani:
Herr Abgeordneter Alexander Zeyer hat die Möglichkeit einer Reaktion auf diese Kurzintervention.

Abg. Zeyer (CDU):
Sehr geehrter Herr Müller, ich versuche, es Ihnen nochmals erklären. Sie haben zu Beginn Ihrer Rede Organisationen wie die Jugendfeuerwehren und so weiter alle in einen Topf geschmissen. - Nein, ich fange andersherum an: Über die Mitgliedschaft im Landesjugendring entscheiden die Kinder und Jugendlichen selbstständig in einer Mitgliederversammlung. Darauf können wir als Parlament, darauf kann die Landesregierung keinen Einfluss nehmen. Mit diesem Antrag wollen Sie dem Landesjugendring das Geld für seine Arbeit wegnehmen.

(Erregte Zurufe des Abgeordneten Müller (AfD). - Heftige Gegenrufe von den Regierungsfraktionen.)

Damit wollen Sie aber auch der Jugendfeuerwehr, der THW-Jugend und so weiter etwas wegnehmen. Sie wollen nämlich das Geld des Landesjugendrings komplett streichen. Das haben Sie noch nicht verstanden. Wir werden Ihren Antrag ablehnen müssen, Sie wollen nämlich der Kinder- und Jugendarbeit im Saarland schaden.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und von der LINKEN.- Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Müller (AfD).)

Präsident Toscani:
Das Wort hat der Abgeordnete Dennis Lander.

Abg. Lander (DIE LINKE):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Tobi, lieber Rainer, schön, dass ihr heute hier seid. Der Landesjugendring leistet sehr gute Arbeit. Er ist die wichtigste Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche und ihrer Verbände. Die Beispiele sind wirklich zahllos. Ich möchte eine kleine Orientierung geben: Bei den Anhörungen im Landtag setzte sich der Landesjugendring immer dafür ein, dass das Wahlalter abgesenkt wird und dass Kinder- und Jugendbeauftragte eingesetzt werden. Dazu kann man stehen, wie man will, man muss aber anerkennen, dass der Landesjugendring sich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzt.

(Abg. Lander (DIE LINKE))

Darüber hinaus gibt es viele sinnvolle Projekte des Landesjugendrings, zum Beispiel das Projekt „Migrantenorganisationen stärken“, bei dem Zugewanderte in die Kinder- und Jugendarbeit integriert werden sollen. Es wird gefördert aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“. Auch zu erwähnen ist die Kampagne „Demokratie? EI JO!“, bei der junge Menschen erleben, wie wichtig die Demokratie ist.

Allgemein sieht der Landesjugendring seinen Auftrag in der Stärkung von Kinder- und Jugendrechten. Er bietet Plattformen zum Austausch und schafft Netzwerke zur Stärkung der Interessen junger Leute. Ich finde, das sind legitime und wichtige Anliegen, die selbstverständlich unterstützungswürdig sind und die zu Recht vom Landeshaushalt gefördert werden. Daraus erwächst jedoch nicht die Pflicht, mit den politischen Parteien in einen Diskurs zu treten, außer wenn es darum geht, die Rechte von Kindern und Jugendlichen weiter zu stärken. Deshalb handelt der Landesjugendring in seinem Auftrag selbstbestimmt.

Dass der Landesjugendring nicht mit der AfD zusammenarbeiten will, wie das in der Presse berichtet wurde, ist nur verständlich. Der Landesjugendring spricht in seinem Selbstverständnis davon, dass er multikulturell und weltoffen ist. Darüber hinaus definieren die Mitgliedsverbände sich selbst wie folgt: konfessionell, gewerkschaftlich, sozial, ökologisch, freizeitorientiert und musisch-kulturell orientiert. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Landesjugendring nicht gemeinnützig ist, ganz im Gegenteil. Die politische Bewertung einzelner Mitgliedsverbände ist bei der Beurteilung der Gemeinnützigkeit im höchsten Fall zweitrangig, denn die Aktivitäten des Landesjugendrings dienen offenkundig gemeinnützigen Zwecken.

Zwei Dinge machen mich in dieser Debatte wirklich sauer: Das ist zum einen die Doppelzüngigkeit der CDU, die bei der letzten Haushaltsdebatte nicht einmal die 5.000 Euro bereitstellen wollte. Zugegebenerweise will sie aber den Landesjugendring nicht abschaffen. Das erkennen wir natürlich an. Das Zweite, das einen wirklich wütend machen kann und das viel schlimmer wiegt, ist, dass die AfD während der Haushaltsdebatte nicht einen einzigen Antrag zum Landesjugendring gestellt hat, schlimmer noch, sogar die Fakten aus dem Antrag und aus der Anfrage, die Sie gestellt haben, haben Sie lediglich der Presse entnommen. Haben Sie denn während der gesamten Haushaltsdebatte nur gepennt? Das alles ist schon längst abgearbeitet. Vielleicht wäre es Ihnen aufgefallen, wenn Sie hier keine Arbeitsverweigerung betrieben hätten.

(Beifall.)

Deshalb muss ich Ihnen vorsorglich alles erklären, zum Beispiel, dass keine Jugendpartei Mitglied des Landesjugendrings ist. Sind wir ehrlich. Nach den Aussagen von Johannes Biesel, dem zweiten Vorsitzenden der Jungen Alternative, wo dieser auf Twitter beschreibt, dass er gerne Sex mit Minderjährigen hätte ist es doch nur verständlich, dass der Landesjugendring nicht mit der Jungen Alternative zusammenarbeiten will, alleine schon zum Schutz der Mitglieder!

(Beifall.)

Liebe Kollegen von der AfD, gerade Sie sollten sich mit dem Vorwurf verfassungsfeindlicher Bestrebungen und antidemokratischem Verhalten wirklich zurückhalten, solange Sie nicht vor Ihrer eigenen Haustür gekehrt haben. Deshalb und aus den vielen vorher genannten Gründen lehnen wir diesen Antrag aus voller Überzeugung ab. - Vielen Dank.

(Beifall.)

Präsident Toscani:
Das Wort hat Herr Abgeordneter Sebastian Thul.

Abg. Thul (SPD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Erstmal ein ganz herzliches Willkommen an den Landesjugendring, vertreten durch seinen Vorsitzenden und Mitglied des Vorstandes. Herr Müller, gestatten Sie mir zunächst, konkret auf die in Ihrem Antrag genannten Punkte einzugehen. Anschließend sage ich noch etwas Grundsätzliches zur Strategie, die Sie mit solchen Anträgen verfolgen. Sie begründen Ihre Forderung nach einem Finanzierungsstopp des Landesjugendringes und der Aberkennung der Gemeinnützigkeit mit zwei Punkten.

Zum einen zweifeln Sie an der Verfassungsmäßigkeit der Mitgliedsverbände. Da sollten Sie vielleicht einmal die Präambel der Satzung des Landesjugendrings Saar lesen. In der steht: „Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings Saar bekennen sich zu Freiheit und Demokratie sowie zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Saarlandes.“ So steht es in der Präambel des Landesjugendrings Saar. Das bekunden die Mitgliedsverbände mit ihrem Eintritt. Damit ist eigentlich alles zur Verfassungsmäßigkeit gesagt.

(Beifall.)

Sie führen an dieser Stelle eine Geisterdebatte um eine kleine Splittergruppe, die meines Erachtens nach nur noch auf dem Papier besteht und die in letzter Zeit keinerlei öffentlichen Aktionen gemacht hat. Sie ist weit davon entfernt, die Position des Landesjugendringes in irgendeiner Art und Weise zu prägen. Die SDAJ besteht meines Erachtens nur auf dem Papier. Sie ist weder im Internet noch auf der Straße präsent. Auch der Verfassungsschutzbericht

(Abg. Thul (SPD))

des Saarlandes erwähnt in den vergangenen Jahren diese Gruppierung überhaupt nicht. Glauben Sie, wir merken nicht, wie Sie die Mitgliedschaft einer einzelnen Organisation dafür ausnutzen, hier eine politische Kampagne gegen den Landesjugendring zu führen? Wir sind doch nicht bescheuert.

(Beifall.)

Auch Ihre Äußerungen zur DITIB-Jugend sind entlarvend. Natürlich machen dort auch einzelne Personen mit, deren Ansichten ich nicht teile. Ich will an dieser Stelle sagen, dass ich das Gebaren von DITIB und den Einfluss des türkischen Staates in DITIB kritisiere. Das ist eine Diskussion, der wir uns nicht verschließen und die wir auch an allen möglichen Stellen führen. Aber ich bin immer dafür, den Diskurs zu führen. Der Landesjugendring hat sich entschieden, mit der DITIB-Jugend ins Gespräch zu kommen. Was kann es denn Besseres geben, als dass unsere demokratischen Jugendorganisationen in DITIB hineinwirken und DITIB zu einer demokratischen Weltansicht auf die Sprünge helfen an der einen oder anderen Stelle, wo das vielleicht bisher noch nicht der Fall ist. Das ist doch im besten Sinne des Erfinders bezüglich des Austausches zwischen den Kulturen. Aber der Austausch zwischen den Kulturen ist von Ihnen, liebe Abgeordnete der AfD, nicht gewollt; das gehört zur Wahrheit. Deswegen kritisieren Sie die DITIB-Jugend und den Landesjugendring.

(Beifall.)

Der eigentliche Stein des Anstoßes war, dass Sie nicht vom Landesjugendring auf die Mitgliederversammlung eingeladen wurden. Sie werfen dem Landesjugendring vor, dass er sich einer Diskussion mit Ihnen verweigert. Liebe Kollegen von der AfD-Fraktion, ich habe im vergangenen Jahr das Gegenteil festgestellt. Wir hatten eine Wahl-O-Mat-Veranstaltung, die vom Landesjugendring ausgerichtet wurde. Da war die AfD eingeladen, obwohl sie gar nicht in diesem Parlament saß. Man hat sich vorher darauf verständigt, dass Sie eine Chance haben, sehr wahrscheinlich in dieses Parlament einzuziehen. Ich muss Ihnen sagen, ich war eigentlich dagegen, dass man Sie einlädt, weil man bei der Aktion davor nur die im Landtag vertretenen Parteien eingeladen hat und die PIRATEN-Partei damals nicht. Das zeigt aber auch, dass wir an dieser Stelle offen in den Diskurs mit Ihnen gegangen sind. Immer da, wo wir Wahl-O-Mat-Veranstaltungen gehabt haben, und immer da, wo Sie es geschafft haben, einen Vertreter zu entsenden, hat man sich mit Ihnen auseinandergesetzt. Was wollen Sie denn mehr?

(Beifall.)

Es wird offensichtlich, dass es Ihnen mit Ihren Wortbeiträgen, Antragseinbringungen und übrigens auch durch Ihre Zwischenschreierei nur um Folgendes geht. Kollege Müller, mir hat man in der Erziehung beigebracht, wer schreit, hat noch lange nicht recht. Wer schreit, verliert. Ich finde, Sie verlieren die Debatte, weil Sie in Ihrem Antrag überhaupt gar keine vernünftigen Argumente vorbringen. Sie haben den Landesjugendring auf dem Kieker, weil er ein pluralistischer Verband ist, weil er sich nach außen hin für Demokratie engagiert und weil er solche Aktionen macht wie an der Goldenen Bremm, wo er Kinder und Jugendliche über die Verbrechen Ihrer geistigen Väter aufklärt. Deswegen haben Sie den Landesjugendring auf dem Kieker.

(Beifall.)

Es gibt mehrere Beweise, die meine These untermauern. Das Weltbild Ihrer Partei wird in vielen Wortbeiträgen ihrer sogenannten Würdenträger in den Parlamenten deutlich. Ich will dies in den Raum stellen, damit klar ist, wes Geistes Kind Sie und Ihre Partei eigentlich sind. Ein André Poggenburg hat gesagt, dass man linksextreme Lumpen wieder praktischer Arbeit zuführen wolle - Stichwort Zwangsarbeit. Er spricht von „Kümmelhändlern“ und „Kameltreibern“, wenn er die Türken meint. Wer fordert, Flüchtlingsboote samt Inhalt zu versenken - Jeanette Ihme, Beisitzerin des AfD-Landesvorstandes Saar -, und wer Menschen das Menschsein abspricht, der ist nun wahrlich weit entfernt vom demokratischen Diskurs, der verachtet ihn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall.)

Ich habe in den letzten Tagen die Schlagzeilen verfolgt. Sie picken sich zwei Beispiele aus dem Landesjugendring heraus, die Ihnen ideologisch nicht passen. Wer die Schlagzeilen im SPIEGEL heute und gestern verfolgt hat, sieht, wer zum Beispiel Mitarbeiter - ich darf nur die männliche Form benutzen; es sind ausschließlich Männer - Ihrer Bundestagsfraktion ist. Da ist alles dabei, auch die Crème de la Crème der Neonazis in Deutschland. Es sind ehemalige HDJ-Mitglieder, einer vom Verfassungsschutz beobachteten und später verbotenen Partei, darunter. Da sind Mitglieder der Identitären darunter. Da sind Mitglieder von rechten Hooligangruppen darunter. Das ist eigentlich ein klarer Fall für den Verfassungsschutz. An Ihrer Stelle wäre ich ganz leise, wenn ich auf andere Verbände zeige. Sie müssten eigentlich froh sein, dass sich der Verfassungsschutz noch nicht ausführlicher mit Ihrer Partei und den Mitgliedern oder Mitarbeitern Ihrer Partei befasst hat. Ich behaupte, dann würde sich die Öffentlichkeit ein Urteil darüber bilden können, wer hier eigentlich auf dem Boden unserer Verfassung steht und wer nicht.

(Beifall.)

Deswegen hoffe ich heute auf eine breite Ablehnung Ihres Antrages. Ich hoffe, dass sich die Fraktionen

(Abg. Thul (SPD))

ansonsten einig sind und solchen Unsinn in aller Entschiedenheit zurückweisen. - Danke.

(Beifall.)

Präsident Toscani:
Es hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Rudolf Müller zu Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, dass noch eine Restredezeit von 2 Minuten und 16 Sekunden besteht.

Abg. Müller (AfD):
Ich mache es ganz kurz. - Herr Kollege Thul, Sie haben eben den SPIEGEL erwähnt. Lesen Sie einmal, was im SPIEGEL in mehreren Artikeln über DITIB zu lesen ist, dann werden Sie Ihre Meinung vielleicht etwas revidieren. Sie sagen weiterhin, wir hätten den Landesjugendring auf dem Kieker. Wenn wir jemandem auf dem Kieker haben, dann sind es genau die beiden, die ich genannt habe. Alle anderen habe ich ausdrücklich positiv - wenn überhaupt - erwähnt. Letzten Endes geht es hier um Steuermittel. Die Verbände können unter sich machen, was sie wollen, aber wenn sie Steuermittel beantragen und bekommen, dann haben sie eine besondere Verpflichtung zur Loyalität zu unserem Staat und unserer Verfassung. Die sehe ich eben nicht gegeben, weder bei DITIB noch bei den Resten der DKP. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD.)

Präsident Toscani:
Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/288. Wer für die Annahme der Drucksache 16/288 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/288 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen und der LINKEN.)

Zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion, dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Minister für Inneres, Bauen und Sport eingebrachten Antrag betreffend: Veräußerung des landeseigenen Grundbesitzes Ensemble „Forsthaus Neuhaus“ und „Scheune Neuhaus“, Gemarkung Malstatt-Burbach (Drucksache 16/305)

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Jochen Flackus das Wort.

Abg. Flackus (DIE LINKE), Berichterstatter:
Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen jetzt in die letzte Runde der Debatte. Ich versuche, mich in beiden Beiträgen kurz zu fassen.

Der Minister für Inneres, Bauen und Sport hat mit Schreiben vom 07. März 2018 mitgeteilt, dass das Land beabsichtige, den für landeseigene Zwecke entbehrlichen Grundbesitz Forsthaus Neuhaus an die Naturlandstiftung Ökoflächenmanagement GmbH zu dem vom Gutachterausschuss ermittelten Verkaufswert von 714.687 Euro zu veräußern. Der Verkaufspreis setzt sich zusammen aus 695.000 Euro für das Forsthaus Neuhaus und 19.687 Euro für Zuwege und Parkflächen.

Seit dem Jahr 2002 koordinierten der SaarForst Landesbetrieb, das Umweltministerium und der NABU Saarland e.V. das Projekt „Urwald vor den Toren der Stadt“ erfolgreich und einvernehmlich. In der Weiterentwicklung hat der NABU 2017 innerhalb des Gesamtensembles der Scheune Neuhaus ein Informationszentrum zur Förderung und Werbung für den Lebensraum Wald geplant und errichtet. Zur Abrundung des Angebots der Ökopädagogik erstellt die Lebenshilfe mit weiteren Partnern derzeit ein Konzept zur Realisierung eines naturnahen Kindergartens am Standort. Ziel ist es, ein Zentrum für Wildnis und - man beachte - Waldkultur mit dem neuen Infozentrum, attraktiver Gastronomie und einem Landschaftspark zu schaffen. Als Erwerber der Liegenschaft kann daher nur ein Käufer infrage kommen, der sowohl bereit ist, die Philosophie dieser Kooperation mitzutragen und aktiv zu unterstützen, als sich auch zur Übernahme zahlreicher Bedingungen zu verpflichten.

Verschiedene Bewerbungs- und Informationsgespräche hatten zu dem Ergebnis geführt, dass nur die Naturlandstiftung Ökoflächenmanagement GmbH die Kriterien erfüllen könne. Die ÖFM hat sich vertraglich verpflichtet, dem Land ein dingliches gesichertes Rückübertragungsrecht für den Zeitraum von 15 Jahren einzuräumen für den Fall, dass sie den auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Um dem Erwerber entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, ist vorgesehen, der ÖFM ein Vorkaufsrecht für die in unmittelbare Nähe gelegenen Immobilien Wolfsgarten und Jungfleischhütte einzuräumen.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat sich in seiner Sitzung am 09. März mit dem Antrag des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport befasst - in einer sehr schnell einberaumten Sitzung,

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

möchte ich an dieser Stelle sagen - und empfiehlt dem Plenum einstimmig - -

(Minister Jost: Die war ursprünglich für einen anderen Termin vorgesehen, die Landtagssitzung wurde um eine Woche verschoben.)

Ja, aber die Haushaltsausschusssitzung haben wir sehr zügig einberufen. - Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig die Annahme des Antrags, der Ihnen als Drucksache 16/305 vorliegt. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN.)

Präsident Toscani:
Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Jochen Flackus für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. Flackus (DIE LINKE):
Vielen Dank, Herr Präsident! Das Forsthaus Neuhaus und seine Geschichte ist eine Art Endlosgeschichte. Seit etwa 14 Jahren diskutieren wir, was dort eigentlich passieren soll. Es hat verschiedene Varianten gegeben, es ist viel Geld investiert worden. Diese Geschichte soll jetzt mit der eben vorgestellten Lösung beendet werden. Meine Fraktion hat sich enthalten, weil wir Zweifel haben, ob das gelingen kann. Ich werde gleich etwas zu der Begründung sagen, warum wir uns enthalten haben. Es liegt sicher nicht, Herr Minister, am Ökokonzept, das finden wir absolut in Ordnung, auch was dort passiert ist. Nein, darum geht es nicht. Ich möchte zwei Punkte nennen, die Sie im Fernsehen, im Aktuellen Bericht, als „Fuppes“ bezeichnet haben. Aber immerhin darf ich sie hier noch einmal wiederholen. Erstens geht es um mangelnde Transparenz bei der Auswahl der Käufer und zweitens um das Thema Finanzierungsrahmenbedingungen.

Zu Punkt 1: Es hat keinen öffentlichen Bieterwettbewerb gegeben. Ich habe in meinem Bericht darauf hingewiesen, dass mit einigen gesprochen worden ist und dass man sich letztendlich für denjenigen entschieden hat, den man wohl auch am Anfang wollte. Das war schon 2013, ich habe ja von der Endlosgeschichte gesprochen. Es war ein Thema von öffentlicher Kritik, damals hat es eine breite öffentliche Diskussion gegeben. Es gab auch im Jahr 2016 Kritik an dem Verfahren, eben nicht öffentlich auszuschreiben, eben nicht einen öffentlichen Bieterwettbewerb zu machen. Ich stelle einfach einmal fest, als Wirtschaftspartei des Saarlandes stellt DIE LINKE fest:

(Zuruf von den Regierungsfraktionen: Hahaha)

Das ist nicht zu akzeptieren, einen Bieterwettbewerb hätte man sicherlich machen sollen.

(Zuruf von den Regierungsfraktionen. - Beifall von der LINKEN.)

Dazu können Sie ja gleich etwas sagen. Ich sehe das einfach kritisch, das ist meine Meinung, die müssen Sie schon akzeptieren.

Ausschreibung und Wettbewerb halten wir für zwingend, das ist der erste Punkt. Zu dem Punkt Finanzierung möchte ich auch etwas sagen, da gibt es auch eine Historie dazu. Seit 2013 steht das Forsthaus leer. Es gibt keine Vermietung in diesen Jahren, pro Jahr entstehen etwa 40.000 Euro Kosten für diesen Leerstand. Im Grunde genommen ist wünschenswert, dass dieser Leerstand sofort beendet wird. Wenn man das kurz hochrechnet, sind schon 200.000 Euro versenkt worden. Seit 2004 sind laut Auskunft des Umweltministeriums 2 Millionen Euro dort investiert worden. Es gibt für die Finanzierung dieses Investments Zinsaufwendungen von etwa 100.000 Euro pro Jahr. Das sind also die Kosten, die da auflaufen.

Jetzt wird für rund 770.000 Euro verkauft. Sie haben eben gesagt, da kommt jetzt mal Geld in die Kasse. Ich sage Ihnen, 2 Millionen sind investiert worden - ich rede jetzt mal nicht von den Zinsen -, jetzt bekommen wir 700.000, das ist zwar erfreulich, aber es ist noch lange nicht der Ausgleich des Wertverlustes. Das muss man an dieser Stelle einfach mal sagen.

Die Finanzierung darf für das Land keine Risiken bergen. Wir haben Bedenken, denn es gibt einen Haken: Um das Ganze realisieren zu können, muss eine Bürgerschaft des Landes gegeben werden, über 80 Prozent der Gesamtsumme. Zu dem Kaufpreis kommen nämlich noch erhebliche Sanierungskosten, etwa in gleicher Größenordnung. Der Finanzbedarf liegt also bei 1,5 Mio insgesamt. Es gibt eine Bürgschaft des Landes, das heißt, dass das Land dort ein gewisses Risiko hat. Das wurde damit begründet, dass der Restkredit von der ÖFM günstiger ist. Das muss man sich einfach auf Zunge zergehen lassen.

Herr Minister, man muss einfach sehen - das ist auch schon öffentlich kritisiert worden -, Sie sind Vorsitzender der Naturlandstiftung. Eine Tochter kauft dieses Anwesen. Das hatten wir schon einmal. Das hatten wir auch bei den Niedtalhöhlen, da waren Sie dreimal vertreten, noch zusätzlich als Ortsvorsteher. Jetzt sind Sie zweimal vertreten.

(Minister Jost: Zweimal ist falsch. Einmal heißen die nicht Niedtalhöhlen, sondern Tropfsteinhöhlen in Niedaltdorf und zweitens bin ich Ortsvorsteher von Siersburg. Da müssen Sie sich kundig machen. - Sprechen.)

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

Das ändert nichts daran, dass Sie quasi als Ortsvorsteher angeregt haben, das zu machen, und den Zuwendungsbescheid überreicht haben.

(Weiterer Zuruf von Minister Jost.)

Das stimmt auch nicht?

(Minister Jost: Das ist reiner Fuppes.)

Sie können gleich etwas dazu sagen. Sie haben den Zuwendungsbescheid überreicht. Wir reden aber heute über etwas anderes. Die Naturlandstiftung hat das Ding gekauft. Es ist doch so oder nicht?

(Minister Jost: Jo.)

Jo. - Also Fuppes? Jedenfalls ist das so. - Ei gudd. - Das ist damals übrigens auch so in der Presse kommentiert worden. Da wir heute ja schon mehrmals Zitate hatten, darf ich am Ende zu der ganzen Sache heute ganz frei nach Brecht zitieren: „Wir stehen (…) betroffen (…), Vorhang zu und alle Fragen offen.“ - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:
Als Nächster hat der Abgeordnete Dr. Magnus Jung das Wort.

Abg. Dr. Jung (SPD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Flackus, ich kann Sie beruhigen. Erstens: Der Vorhang ist noch nicht geschlossen. Zweitens: Es bleiben heute keine Fragen offen, sondern sie werden in der Debatte sicherlich alle beantwortet werden.

Wenn wir uns über den Urwald vor den Toren der Stadt in Saarbrücken unterhalten, über das Forsthaus Neuhaus, dann unterhalten wir uns über eine Einrichtung, die für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt des Regionalverbandes in vielfacher Weise von großer Bedeutung ist, was den Freizeit- und Erholungswert betrifft. Der Urwald ist für den Naturschutz von Bedeutung. Das Forsthaus ist eine bedeutende Stätte der Umweltbildung. Deshalb ist es wichtig, dass es an diesem Ort in den nächsten Jahren wieder gut weitergeht.

Schauen wir uns die Ausgangslage an, die wir im Moment vorfinden. Seit Jahren ist die Gastronomie geschlossen, das heißt, das Thema Naherholung fällt ein Stück weit weg. Wir haben einen erheblichen Sanierungsstau im Gebäude. Dort ist zwar viel investiert worden, aber es ist offensichtlich manches schlecht und schadhaft, sodass man, Herr Kollege Flackus, nicht mehr sagen kann, da sind 2 Millionen investiert worden, also muss es 2 Millionen wert sein. Es gibt ein Gutachten, das sagt, wie viel das Gebäude jetzt wert ist. An diesem Gutachten richtet sich ja auch - -

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Der Wertverlust!)

Der Wertverlust entsteht nicht dadurch, dass jetzt verkauft wird. In der Vergangenheit, vor vielen Jahren, ist ein Wertverlust entstanden. Ma kann nur noch zu dem Preis verkaufen, der jetzt ermittelt wird. Das passiert auch. Deshalb sollte man hier keinen falschen Eindruck erwecken. - Ich will die Situation noch mal beschreiben: Es gibt durch den Sanierungsstau und durch die fehlende Gastronomie natürlich viele Hemmnisse, denn wie kann man dort Umweltbildung für Gruppen organisieren, wenn wichtige Komplementärangebote fehlen?

Schauen wir uns an, wie die Situation nach dieser geplanten Operation ist. Wir werden dort mit Sicherheit eine sehr gute Gastronomie haben, denn viele wissen ja, wer da hingeht. Es ist ein Gastronom aus der Saarbrücker Innenstadt, der sein Handwerk gut versteht. Wir werden den Sanierungsstau aufheben. Wir werden wieder optimale Voraussetzungen für die Umweltbildung vor Ort und einen inklusiven Waldkindergarten haben. Die Plätze brauchen wir sowieso. Es wird ein Top-Angebot aus der pädagogischen Perspektive geben; das ist eine echte Aufwertung des Standortes.

Das Schöne an allem ist: Das kostet das Land nicht nur kein Geld, sondern wir kriegen sogar noch Geld: über 700.000 Euro. Wir sparen uns die Sanierungskosten, die wir ansonsten gehabt hätten. Was man sonst als die Quadratur des Kreises beschreibt, ist hier also nahezu gelungen. Deshalb ist dem Umweltminister ein großes Lob für die Lösung dieses Problems auszusprechen.

(Beifall bei der SPD.)

Mit der ÖFM, mit der Naturlandstiftung haben wir hier nicht irgendeinen Partner, einen Privaten oder eine zweifelhafte Organisation, sondern eine Organisation, die seit vielen Jahren ein ganz enger Partner des Landes ist. Wenn es um das Thema Naturschutz geht, dann managen die im Auftrag des Landes Naturschutzflächen. Sie machen für uns den Flächenerwerb. Sie sind an vielen Stellen im Auftrag des Landes dabei, wenn es darum geht, Ausgleichsmaßnahmen zu betreiben. Sie sind schon viele Jahre tätig, zum Beispiel mit ähnlichem Engagement an der Imsbach. Dort ist die ÖFM auch in der Trägerschaft. Es ist also ein guter, vertrauter Partner des Landes, der jetzt hier in die Verantwortung geht. Er ist zwar von der Rechtsform kein öffentlicher Träger, aber im Grunde einer mit vergleichbarer Qualität. Das Ministerium hat deshalb mit diesem Partner, der den Standort weiter entwickeln soll, eine gute Auswahl getroffen.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Das Ganze ist sehr transparent geschehen. Es ist an vielen Stellen - nicht nur in einer Sitzung im Parlament - berichtet worden, es ist öffentlich berichtet worden. Ich finde es sinnvoll, dass hier sozusagen kein klassischer Bieterwettbewerb gemacht worden ist. Einen Bieterwettbewerb macht man in der Regel dann, wenn man eine Immobilie bestmöglich verwerten will. Aber darum geht es hier nicht, sondern hier geht es, glaube ich, um das Thema Heimat.

Es gibt Immobilien, die für die Bürgerinnen und Bürger eine besondere Bedeutung haben, weil sie schon in ihrer Kindheit da waren, weil Generationen von Familien dorthin gefahren sind, weil sie Orte sind, an denen die Menschen schon seit vielen Jahren und Generationen zusammenkommen. Der Wendalinushof in St. Wendel ist ein solcher Ort oder auch die Imsbach in der Gemeinde Tholey. Es ist gut, dass diese sich mehr oder weniger im öffentlichen Eigentum befinden oder zumindest in einem gemeinnützigen Eigentum und in enger Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand betrieben werden können. Es sind Orte, die zur Identitätsbildung für die Menschen in diesem Land beitragen. Es ist ein öffentliches Interesse da. Es ist ganz wichtig, dass diese Orte öffentlich zugänglich bleiben. Deshalb wundert es mich in besonderer Weise, dass gerade die Linksfraktion bei diesem Thema ein anderes Verfahren vorschlägt, das möglicherweise zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Genau das wollten wir an dieser Stelle nicht.

Deshalb sorgt Reinhold Jost als Minister dafür, dass Orte, für die die Menschen im Saarland ein besonderes Gefühl haben und die in besonderer Weise Heimat ausdrücken, weiterhin in einer öffentlichen Nutzung gehalten werden. Das halte ich exakt für den richtigen Weg. Das sollte uns als Land weiterhin nicht nur politisch, sondern - wo immer nötig - den einen oder anderen Euro wert sein. In diesem Sinne, Herr Kollege Flackus, sind hoffentlich weniger Fragen offen als vorhin. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:
Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):
Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag des Saarlandes hat heute darüber zu entscheiden, ob das denkmalgeschützte Forsthaus Neuhaus, das sich seit seiner Erbauung im Landeseigentum befindet, an eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung verkauft wird. Die Naturland Ökoflächen-Management ist nichts anderes als eine GmbH.

Anfang des Jahrtausends wurden umfangreiche Umbauarbeiten vorgenommen und ein Gastronomieflügel angebaut. Die Regierung teilte uns aufgrund einer Anfrage mit, es seien über 2 Millionen Euro investiert worden. Ein Zehn-Jahres-Pachtvertrag über den Gastronomietrakt wurde vorzeitig beendet. Dies spricht nicht gerade für einen erfolgversprechenden Gastronomiestandort.

Gleichwohl gab es bereits 2014 Interessenten für eine Neuvermietung. Es wurde aber nicht neu vermietet. Vier Jahre steht der Gastronomietrakt leer mit der Folge, dass die hochwertige Innenausstattung stark in Mitleidenschaft gezogen wurde und ein Pachtausfall entstanden ist.

Nun soll die Immobilie für 765.000 Euro verkauft werden. Die Käuferin will erneut 750.000 Euro investieren. Finanziert wird das Ganze auch noch mit einer Landesbürgschaft über 1,2 Millionen Euro. Der Kaufpreis wird also mit einer Bürgschaft der Verkäuferin finanziert. Das Risiko dieser Transaktion liegt allein beim Land.

Abgesehen davon, dass das Land bisher einen Riesenverlust in Millionenhöhe hinnehmen musste, ist die Frage zu stellen: Was passiert, wenn das Projekt der Naturland Ökoflächen-Management GmbH, insbesondere der Gastronomiebetrieb, scheitert? Wer zahlt die weiteren Unterhaltungskosten? Es soll zwar ein Rückübertragungsanspruch für den Fall der Insolvenz vereinbart werden, allerdings nur für einen Zeitraum von 15 Jahren.

Wirtschaftlich erfolgreich betrieben werden kann das Projekt nur mit einer Gewinn abwerfenden Gastronomie. Die Käuferin bleibt den Beweis schuldig, dass ihr Konzept auf Dauer wirtschaftlich funktionieren wird. Die Referenz der Käuferin, das Hofgut Imsbach, zeugt vom Gegenteil. Die Naturlandstiftung Saar ist seit 2006 Eigentümerin des Areals Hofgut Imsbach. Die dortige Gastronomie-Pächterin verließ Mitte letzten Jahres das Anwesen, das insgesamt einen äußerst verwahrlosten Eindruck macht.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Ach du lieber Gott! Sie waren wahrscheinlich schon lange nicht mehr im Norden.)

Von einer Erfolgsgeschichte kann dort nicht gesprochen werden. Wir von der AfD wollen diese Absicht nicht schlechtreden. Allerdings ließe sich dies auch mit einem langfristigen Pachtvertrag verwirklichen. Das Land darf das Heft des Handelns nicht aus der Hand geben.

Jetzt möchte ich noch etwas anfügen zu diesem Geldtransfer, zu dieser Kaufsumme, zu dieser Bürgschaft und zu dem Zinsvorteil durch die Bürgschaft. Nach meiner Lebenserfahrung ist es in den meisten Fällen so: Wenn man eine Bürgschaft eingeht, ist man am Schluss auch derjenige, der die Bürgschaft

(Abg. Dörr (AfD))

erfüllen und bezahlen muss. Deshalb gibt es auch sehr viele Eltern, die sich weigern, eine Bürgschaft für ihre Kinder abzugeben. Es ist in der Regel ein schlechtes Geschäft, eine Bürgschaft abzugeben.

Wenn ich jetzt höre, dass dadurch die Bedingungen des Darlehens verbessert worden sind, möchte ich zuerst einmal wissen - vielleicht habe ich das irgendwo überlesen -, was der Unterschied gewesen wäre, ob 1 Prozent oder ein halbes Prozent oder wie viel auch immer. Aber wenn es wirklich teurer gewesen wäre, das Darlehen zu bekommen, muss ich doch fragen: Hat der Käufer so wenig Vertrauen in sich selbst, dass er dieses kleine Risiko nicht übernommen hätte?

(Abg. Dr. Jung (SPD): Ahnungslos!)

Nein, der bequeme Weg ist der: Man nimmt ein Darlehen auf, renoviert auch noch und dann probiert man's mal, und wenn es am Schluss nicht klappt, bezahlt ja der Bürge, und der ist das Land. - Ich denke, wir sind das Land, wir sind die Vertreter der Saarländerinnen und Saarländer und denen gehört das jetzt. Und ich meine, denen soll es unter diesen Umständen auch weiter gehören. Da wäre ein Pachtvertrag mit einem Interessenten gar nicht schlecht. Aber bei einem Verkauf ist es weg. Wir lehnen das also ab. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:
Als Nächster hat der Abgeordnete Stefan Thielen das Wort.

Abg. Thielen (CDU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zu dem, was Sie gerade gesagt haben, Kollege Dörr. Was Sie da über Bürgschaften losgelassen haben, war - das kann ich als Banker sagen - hanebüchen! Dass die zu 90 Prozent gezogen werden oder was auch immer, dazu erübrigt sich jede weitere Aussage. Ich möchte deshalb auf das eigentliche Thema zurückkommen. Auf Ihre Ausführungen kann man in der Sache nicht eingehen.

(Zuruf von Minister Jost.)

Ja, vielleicht war es früher bei Bürgschaften anders, das kann ich nicht beurteilen, aber heute passt es in keinem Fall.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU. - Zuruf: Früher war alles gut!)

Wenn man sich mit dem Objekt beschäftigt, findet man auf der Webseite, dass sich der Urwald vor den Toren der Stadt seit Jahren verändert. Ich denke, wir haben auch beim Forsthaus Neuhaus zu beachten, dass sich hier in der Diskussion der letzten Jahre große Veränderungen ergeben haben. Für uns als CDU ist einfach wichtig, dass diese Entwicklung sich fortsetzt und einen guten Verlauf nimmt. Deshalb möchten wir diesem Antrag auch zustimmen.

Herr Kollege Flackus, dass Sie hier Bertolt Brecht mit „Der gute Mensch von Sezuan" zitieren, ein kapitalismuskritisches Stück, aber gleichzeitig auf den Beharrungskräften des Marktes in dieser Sache bestehen, das geht für mich schon in Richtung absurdes Theater. Es kann ja gute Gründe geben, aber das passt in dieser Form hinten und vorne nicht zusammen, deshalb möchte ich das strikt ablehnen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen. - Zuruf des Abgeordneten Flackus (DIE LINKE).)

Natürlich wäre die öffentliche Ausschreibung in diesem Falle eine Möglichkeit gewesen, die durchaus hätte erfolgen können, man hat sich aber aus guten Gründen dagegen entschieden. Wichtig ist, dass wir die weitere Entwicklung kontrollieren können. Für uns - der Kollege Magnus Jung hat es erwähnt - stehen das Gemeinwohl und der öffentliche Auftrag im Vordergrund. Dem fühlen wir uns verpflichtet.

Der Bewerber hat auch mannigfaltige Verpflichtungen zu erfüllen. Dazu gehören unter anderem der Denkmalschutz, die Umweltverträglichkeit, die Nachhaltigkeit oder auch ein vernünftiges Veranstaltungsprogramm, das er in den nächsten Jahren dauerhaft weiterentwickeln muss. Das ist ja auch der Grund, weshalb wir hier gut zustimmen können. Aber auch der Markt findet seine Berücksichtigung. Es ist vorgesehen, dass ein gutes gastronomisches Angebot erfolgen muss und dass das Objekt zur Naherholung genutzt werden kann. In dem Zusammenhang ist eine Überlegung, dass es sich vielleicht auch deshalb eher trägt als andere Objekte, weil es sehr nahe am Ballungsraum Saarbrücken liegt und, wie aus den Unterlagen ersichtlich, in gut einer Stunde über eine Million Besucher das Objekt erreichen können. - Es ist also notwendig, dass der Erwerber ein gutes Angebot schafft und das Ganze fortlaufend weiterentwickelt.

Bei anderen Erwerbern wäre das in dieser Form fraglich gewesen. Wir haben hier einen Betreiber, der unser Vertrauen genießt und der dem Gemeinwohl verpflichtet ist, egal in welcher Rechtsform das jetzt der Fall ist. Im Endeffekt ist es für uns so, dass das Rückübertragungsrecht, das eingeräumt ist, für uns eine gute Sicherheit darstellt. - Daher möchte ich nochmals für diesen Antrag werben und danke für Ihre Zustimmung. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:
Das Wort hat nun Herr Minister Reinhold Jost.

Minister Jost:
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Es ist mir aus mehreren Gründen ein Bedürfnis, hier noch einmal ein paar Punkte auszuführen. Ich will beginnen mit einem Sprichwort: „Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe.“ Für uns als saarländische Landesregierung gab es von Anfang an den Willen, einen Weg dafür zu finden, ein Leuchtturmprojekt, das vor den Toren der Landeshauptstadt in den vergangenen Jahrzehnten eine entsprechende Ausstrahlung entwickelt hat, im wahrsten Sinne des Wortes wieder in Wert zu setzen, und zwar dem folgend, was uns der Rechnungshof ins Stammbuch geschrieben hat. Man sollte vielleicht auch mal an der einen oder anderen Stelle Rechnungshofberichte lesen. 2014 hat uns der Landesrechnungshof ins Stammbuch geschrieben, dass er der Auffassung ist, das Saarland sollte sich von dieser Immobilie trennen, sinngemäß weil das Saarland über den SaarForst Landesbetrieb kein Gaststättenbetreiber ist. Das war etwas salopp formuliert, ist aber zu dem, was gemeint war, zutreffend.

Es ist eben der Eindruck erweckt worden, als hätten wir das sehenden Auges über Jahre hinweg leer stehen lassen. Wer sich mit dem Thema ernsthaft auseinandergesetzt hat, müsste eigentlich wissen, dass wir uns von dem vorangegangenen Pächter getrennt haben und dass wegen eines anhängigen Gerichtsverfahrens keine anderweitige Weiterverpachtung oder Nutzung möglich war. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Antworten zu einer Anfrage Ihrer Fraktion, Herr Kollege Flackus. Das war die Drucksache 15/1789 vom April 2016, in der es eine ganze Reihe von Fragen gab und die auch die Genese des ganzen Themas noch einmal dargestellt hat.

Ich sage ganz klar, wir haben dabei nicht nach dem Motto gehandelt, den größtmöglichen Erwerb von irgendwem einzufahren - mit Ausschreibung, der mit dem Höchstgebot kriegt es dann, egal wofür -, sondern wir haben gesagt, dass es einen angemessenen Kaufpreis geben soll. Dafür gibt es auch einen gutachterlich festgelegten Preis. Es gab ja schon ganz am Anfang mal die Unterstellung gegenüber der Landesregierung, wir würden das kostenlos übertragen. Völliger Quatsch! Wir haben einen gutachterlich festgelegten Preis, der liegt beim jetzt Zugrundegelegten bei mehr als 700.000 Euro. Es war auch klar: Wenn wir das nicht verkaufen, wenn wir das im Eigentum behalten, müssen wir es in Wert setzen mit Kosten in einer Größenordnung von 700.000 bis 750.000 Euro, um überhaupt jemanden finden zu können, der sich als Pächter dafür interessieren lässt.

Deswegen sage ich: Wir haben uns die Zeit genommen, die wir gebraucht haben, um das Konzept abzustimmen. Sowohl der Kollege Magnus Jung als auch Kollege Thielen haben darauf hingewiesen, dass wir dabei ein Konzept verfolgen, das die Möglichkeiten an diesem Standort optimal nutzen soll. Das betrifft in erster Linie die nunmehr geschaffene Marke „Urwald vor den Toren der Stadt“. In den vergangenen Jahren konnten wir dort mit unserem Partner NABU hohe Beträge investieren über die Deutsche Bundesstiftung Umwelt; ein waldökologisches Zentrum mit bundesweiter Akzeptanz wurde eingerichtet. Uns war und ist dabei auch bewusst, dass ein Erwerber, wenn wir das einfach an irgendjemanden für möglichst viel Geld vertickt hätten, irgendwann aus seiner Sicht heraus hätte entscheiden können, dass ihm das so nicht mehr gefällt. Trotz Treueschwüren auf das ökologische Thema hätte er dann möglicherweise eher auf seine persönlichen Benefits geschaut, und eben das ist bei der jetzt gefundenen Lösung so nicht der Fall.

Wir haben mit der ÖFM eine hundertprozentige Tochter der Naturlandstiftung, deren Vorsitzender ich kraft Amtes bin. Um auch das zu sagen: Das ist nun kein Amt, bei dem ich mich in einer Stichwahl gegen einen anderen hätte durchsetzen müssen. Das war und ist vielmehr ein Amt, das man als Umweltminister angeboten bekommt. Das wird bereits seit den Achtzigerjahren so gehandhabt, und ich vermag darin nichts Ehrenrühriges zu erkennen.

Ich habe auch immer darauf hingewiesen, dass wir dieses Thema mit der größtmöglichen Transparenz angehen wollen. Dieses Thema hat uns in den unterschiedlichsten Ausprägungen nicht nur in Anfragen an die saarländische Landesregierung schon mehrfach beschäftigt, sondern war in den vergangenen Jahren auch Thema in diversen Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses oder des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz. Wir haben Ihnen dabei immer sehr gerne Rede und Antwort gestanden. Deshalb ist es Fuppes, hier zu behaupten, wir würden das intransparent machen. Ich kann mich wirklich nicht daran erinnern, dass in den mittlerweile 19 Jahren, die ich dem Landtag angehöre, eine Liegenschaft den Landtag so intensiv beschäftigt hätte wie diese. Wie transparent will man es denn noch haben? Ich sage es noch einmal: Wer nicht will, findet Ausreden. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, stelle ich hier noch einmal klar: Wir wollen uns den Lösungen zuwenden, und das, was wir im vorliegenden Fall gemacht haben, ist richtig und keinesfalls anrüchig.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

(Minister Jost)

Hinzu kommt, dass sich hier die einmalige Gelegenheit bietet, auch den sozialpolitischen Aspekt einzubeziehen, neben dem waldpädagogischen auch den sozialpädagogischen Blickwinkel zu berücksichtigen. Mit der Lebenshilfe dort einen integrativen Waldkindergarten anzusiedeln, das geht eben nur, weil das Gesamtkonzept das nun so hergibt. Das ist aber ein elementarer Bestandteil. Deswegen sage ich ganz bewusst: Wer sich gegen dieses Projekt ausspricht, muss sich auch den Vorwurf gefallen lassen, dass er gegen dieses tolle sozialpädagogische Konzept stimmt. Das aber kann ich auch beim besten Willen nicht nachvollziehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wir wollen und werden in den kommenden Wochen den Startschuss geben. Die ersten Baumaßnahmen wurden in den zurückliegenden Wochen und Monaten bereits durchgeführt, dies mit Blick auf die Inwertsetzung. Wir gehen davon aus, dass im Mai oder Juni dieses Jahres die Gaststätte dort wieder eröffnet werden kann. Ich bin ja mal gespannt, wer dann alles bei der Eröffnung dabei sein und sich gegenseitig zuprosten wird - eventuell auch einige, die hier nicht dafür waren. Das mag dann aber jeder mit sich selbst ausmachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt hier zu einer Standortaufwertung, bezogen auf die Gastronomie, bezogen auf das Waldzentrum, vor allem aber auch bezogen auf den sozialpädagogischen Ansatz der integrativen Wald-Kita. Ich bin schon etwas verwundert, dass man schon jetzt den Pächter der Gaststätte in Zweifel zieht, obwohl noch gar nicht richtig begonnen wurde. Es wird ja geredet, der bekäme das eventuell gar nicht hin, das würde dann vielleicht doch wieder „hinten runterfallen“. Wenn man etwas nicht will, findet sich immer eine Ausrede. Wir aber haben ein Interesse am Erfolg, deswegen haben wir diesen Weg gewählt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will das mit einem Zitat untermauern: Menschen, die einander ohne tatsächlichen klaren Grund nicht trauen, trauen sich in Wirklichkeit selbst nicht.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren einen Prozess angestoßen, der jetzt zu Ende geführt wird. Wir werden dieses Projekt in die Hände der ÖFM geben, die mit dem Hofgut Imsbach eine ausgezeichnete Expertise hat. Ich will das, Herr Dörr, an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Sie waren ganz offensichtlich in den zurückliegenden Jahren nicht sehr oft dort. Denn wären Sie öfters dort gewesen, hätten Sie sich davon überzeugen können, dass aktuell die Maßnahmen für den Antritt der Nachfolge-Pächterschaft laufen. Auch dort wird es noch im ersten Halbjahr einen Neubeginn geben, auf den wir sehr stolz sind. Auch hinsichtlich Hofgut Imsbach gilt das Prinzip, dass man nicht glauben sollte, jeder noch so kleinen Schlagzeile hinterherhecheln zu müssen, denn am Ende zählt das Ergebnis.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir das hier im Hause gemeinsam hinbekommen haben. Das war ein gutes Stück Arbeit, auf der sich nun aufbauen lässt. Es ist zu hoffen, dass sich auch der eine oder andere derjenigen, die daran noch zweifeln, davon überzeugen lassen wird, dass es richtig war, das so anzugehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrags Drucksache 16/305 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksacke 16/305 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion, enthalten hat sich die LINKE-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 16/292)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 16/292 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksacke 16/292 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung eingebrachten Antrag betreffend: Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht (Übersicht Nr. 2) (Drucksache 16/267)

Zur Berichterstattung aus dem Ausschuss erteile ich der Vorsitzenden, Frau Abgeordneter Elke Eder-Hippler, das Wort.

Abg. Eder-Hippler (SPD), Berichterstatterin:
Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschwerdeführerin der vorliegenden Verfassungsbeschwerde ist ein Unternehmen der Windenergiebranche. Sie stellt regelmäßig Anträge auf Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen und fühlt sich durch das „Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern“ in ihren Grundrechten auf Gleichbehandlung, Berufs- und Eigentumsfreiheit verletzt. Die Frage der gesetzlichen Regelung einer Bürgerbeteiligung bei der Errichtung von Windenergieanlagen stelle sich nach Auffassung der Beschwerdeführerin auch in allen anderen Bundesländern, weshalb die verfassungsrechtliche Klärung der Regelung von Mecklenburg-Vorpommern unter anderem auch für das Saarland erheblich sei.

Der Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung hat den Sachverhalt in seiner Sitzung am 22. Februar 2018 beraten und empfiehlt dem Landtag einstimmig, mit den Stimmen aller Ausschussmitglieder, von einer Stellungnahme zu der genannten Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Präsident Toscani:
Vielen Dank für die Berichterstattung. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrags Drucksache 16/267 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben alle Landtagsfraktionen.

Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern und Stellvertretern der Sportplanungskommission gemäß der Richtlinien der Landesregierung gemäß § 5 Abs. 2 Sportwettengesetz (Drucksache 16/293 neu)

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Lutz Hecker von der AfD-Landtagsfraktion.

Abg. Hecker (AfD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Es liegt mir fern, die Weisheit des Erweiterten Präsidiums infrage zu stellen. Es gab ja eine Vereinbarung, dass es zu diesem Punkt keine Aussprache gibt.

(Abg. Kuhn-Theis (CDU): Genau.)

Nachdem gestern dieser Antrag eingegangen ist, glaube ich doch, kurz etwas dazu sagen zu müssen, das sich nicht unbedingt mit der Sache selbst befasst, sondern mit der Grundlage dieser Sache. Wir haben gestern diesen Antrag bekommen und festgestellt, dass fünf Mitglieder für die Sportplanungskommission vorgeschlagen werden und dass die Richtlinien der Landesregierung gemäß § 5 Abs. 2 Sportwettengesetz die Grundlage dafür ist. Daraufhin haben wir versucht, uns diese Richtlinie zu beschaffen. Das war unerwartet schwierig, wir haben sie leider erst heute Morgen bekommen. Deswegen auch meine kurzfristige Wortmeldung. Vielleicht ist das ja auch ganz schnell geklärt.

In dieser Richtlinie heißt es: Über die für den Bau, die Unterhaltung und Ausstattung von Sportanlagen vorgesehenen Mittel entscheidet die Sportplanungskommission, die sich zusammensetzt aus a) drei Abgeordneten des Landtages, die von diesem entsandt werden. - Mein Problem besteht jetzt darin, dass mit diesem Antrag fünf Abgeordnete gewählt werden sollen. Ich stelle das mal als Frage in den Raum: Warum spricht die Grundlage, die Richtlinie, von drei Abgeordneten, der Antrag aber von fünf? Das ist mir unklar, ich weiß nicht, wieso über diesen Antrag mit fünf so abgestimmt werden kann. - So viel dazu. Vielen Dank.

Präsident Toscani:
Es gibt eine weitere Wortmeldung. - Ich darf Herrn Abgeordneten Stefan Thielen das Wort erteilen.

Abg. Thielen (CDU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hecker! Sie haben uns jetzt in der Tat mit Ihrer Frage überrascht. Wir hatten zu dem Tagesordnungspunkt keine Aussprache vereinbart. Ich kann jetzt auf die Schnelle nicht beurteilen, ob das, was Sie herausgefunden haben wollen, in dieser Form korrekt ist. Ich gehe einfach mal davon aus, dass die Richtlinie vielleicht in der Vergangenheit in diesem Sinne geändert worden ist, dass Sie vielleicht eine alte Fassung haben; Sie sagten ja, Sie hätten sie kurzfristig bekommen. Ansonsten würde ich Sie bitten, das Ganze noch mal im Erweiterten Präsidium oder den entsprechenden Gremien zu besprechen, wenn es Bedarf gibt. Das wäre mein Vorschlag in der Sache. Ansonsten kann ich Ihre Frage jetzt leider nicht beantworten. Dafür bitte ich um Entschuldigung.

(Sprechen.)

Präsident Toscani:
Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. - Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 16/293 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben SPD, CDU und DIE LINKE, enthalten hat sich die AfD-Landtagsfraktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten heute ein arbeitsreiches Programm, Regierungserklärung, Aussprache, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, mehrere Gesetze und mehrere Anträge. Wir sind am Ende unserer Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche einen schönen Feierabend.